



universität
wien

MAGISTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Magisterarbeit / Title of the Master's Thesis

Die Zeitungsberichterstattung über das KZ Mauthausen in
den ersten 50 Jahren nach der Befreiung

verfasst von / submitted by

Nadine Schall, Bakk. phil.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Magistra der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, 2018 / Vienna, 2018

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 841

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ. Prof. Dr. Wolfgang Duchkowitsch

Eidesstattliche Erklärung

„Hiermit erkläre ich eidesstattlich, dass ich die vorliegende Magisterarbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet habe. Alle Stellen, die wörtlich oder inhaltlich den angegebenen Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht.

Ich versichere weiterhin, dass diese Arbeit bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt wurde.“

Kronstorf, November 2018

Unterschrift der Verfasserin

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich besonders bei meinen Eltern, Monika und Adam Schall, für ihre großartige Unterstützung in jeglicher Art über all die Jahre bedanken. Ohne ihre bemerkenswerte Förderung, wäre mein Studium nicht in dieser Form möglich gewesen und ich wäre auch nicht der Mensch, der ich heute bin.

Meinem Betreuer Univ. Prof. Dr. Wolfgang Duchkowitsch, der mich zu diesem Thema inspiriert hat und mich sehr viel darüber im Laufe meines Studiums gelehrt hat, gebührt ein außerordentlicher Dank. Seine herausragende Betreuung und seine äußerst wertvollen Ratschläge werden mir auch nach dem Studium immer in Erinnerung bleiben.

Bei meinem Korrekturleser Dr. Christian Angerer möchte ich mich ebenfalls sehr für seinen bedeutenden Beitrag zu meiner Magisterarbeit bedanken.

Ein großes Dankeschön möchte ich auch an die beiden großartigen Archive, das Archiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen und das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, für die hervorragende Zusammenarbeit richten, da sie mir die Sammlung des Zeitungsmaterials ermöglicht haben.

In Gedenken an meine erst kürzlich verstorbenen Großväter Adam Schall Sen. und Erich Heschl möchte ich ihnen diese Magisterarbeit widmen.

Abstract (Deutsch)

Diese Magisterarbeit gibt einen Einblick in die nationalsozialistische Vergangenheit Österreichs im Hinblick auf das Konzentrationslager Mauthausen und in die Zeitungsberichterstattung darüber. Das Ziel dieser Arbeit ist es, den Einfluss des Umgangs Österreich mit dem Thema KZ Mauthausen auf die Zeitungsberichterstattung zu untersuchen. Darüber hinaus ist es aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive auch von Interesse, wie die RezipientInnen aufgrund des Konstruktivismus und der Sozialisationsfunktion von Medien durch die Berichterstattung bewusst beeinflusst hätten werden können.

Zur Untersuchung dieser Thematik wurden vier österreichische Zeitungen ausgewählt, die nach der Befreiung 1945 bis zum fünfzigsten Jubiläumsjahr 1995 über das KZ Mauthausen berichtet haben. Anhand einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring wurden die gesammelten Zeitungsartikel analysiert und mit dem bisherigen Forschungsstand verglichen.

Die Ergebnisse der Untersuchung deuten auf eine Zeitungsberichterstattung hin, die den österreichischen Umgang mit dem Konzentrationslager Mauthausen widerspiegeln und kaum zu einer Selbstreflexion bezüglich der Gräueltaten der NS-Vergangenheit anregt. Folglich ist diese Magisterarbeit nicht nur für geschichtlich Interessierte von Bedeutung, sondern auch für alle österreichischen JournalistInnen sowie RezipientInnen.

Abstract (English)

The present master thesis will provide an insight into the nationalistic past of Austria regarding the newspaper coverage of the concentration camp Mauthausen. The aim of this thesis was to investigate the impact of the Austrian way of dealing with the topic KZ Mauthausen on the newspaper coverage. Regarding communication science, it is interesting to show how the reporting could have influenced the recipients deliberately due to constructivism and the role of media's socialization.

In order to examine this topic, four Austrian newspapers were chosen that were reporting on the concentration camp Mauthausen between the Liberation 1945 and the fiftieth anniversary year. On the basis of a qualitative content analysis according to Mayring the gathered newspaper articles were analyzed and compared to the current state of research.

The results of the conducted survey indicate a reflecting newspaper coverage concerning Austria's handling of the concentration camp Mauthausen, which barely encourages a self-reflection in terms of the atrocities in the Nazi-past. Therefore, this master thesis is not only relevant for historically interested people but also for all Austrian journalists and recipients.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	8
THEORETISCHER TEIL	10
2. Nationalsozialistische Konzentrationslager	10
2.1. Entstehung	10
2.2. Ziele/Absichten	10
2.3. Zuständigkeit und Aufteilung	11
2.4. Aufbau eines KZ	12
2.5. Arbeit und Strafe	14
2.6. Die letzten Tage	14
3. Konzentrationslager Mauthausen	15
3.1. Aufbau	15
3.2. Gräueltaten im KZ Mauthausen	17
3.3. Mühlviertler Hasenjagd	21
3.4. Die letzten Tage	22
4. KZ-Gedenkstätten	24
4.1. Gedenken und Erinnern	24
4.2. Hintergründe	25
4.3. Ziele und Funktionen	26
4.4. Denkmäler	26
4.5. KZ-Gedenkstätte Mauthausen	27
5. Kriegsverbrecherprozesse	30
6. Opfermythos	32
6.1. Definition von „Opfer“ und „Mythos“	32
6.2. Moskauer Deklaration	32
6.3. Auswirkungen des Opfermythos	34
7. Nachkriegszeit in Österreich	37

7.1. Unabhängigkeitserklärung und der Staatsvertrag.....	37
7.2. Entnazifizierung	40
7.3. Waldheim-Affäre	42
7.4. Kollektive Identitäten.....	43
8. Schuldfrage.....	44
9. Konstruktivismus	48
10. Sozialisationsfunktion	51
11. Berichterstattung nach 1945 in Österreich	53
11.1. Die Rolle der Medien in Bezug auf die Vergangenheit	53
11.2. Mediale Thematisierung der österreichischen NS-Vergangenheit.....	54
11.3. Österreichische Zeitungslandschaft nach 1945	55
11.4. Zeitungsberichterstattung über das KZ Mauthausen.....	57
12. Ausgewählte Zeitungen.....	58
12.1. Volksstimme.....	58
12.2. Neue Zeit	59
12.3. Tagblatt.....	60
12.4. Oberösterreichische Nachrichten	61
13. Zwei Archive im Fokus.....	62
13.1. Archiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen.....	62
13.2. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes.....	62
EMPIRISCHER TEIL.....	63
14. Forschungsfragen	63
15. Forschungsmethode.....	64
15.1. Qualitative Inhaltsanalyse	64
15.1.1. Strukturierende Inhaltsanalyse	66
16. Untersuchung	68
16.1. Datenerhebung	68
16.2 Darstellung der Untersuchungsergebnisse	69

16.2.1. Volksstimme.....	69
16.2.2. Neue Zeit.....	72
16.2.3. Tagblatt.....	75
16.2.4. Oberösterreichische Nachrichten „OÖN“	78
16.3 Diskussion der Ergebnisse	80
16.3.1. Bedeutung der Berichterstattung.....	81
16.3.2. Einfluss des Opfermythos auf die Berichterstattung.....	84
16.3.3. Versuch, die Schuld den Deutschen zuzuschreiben	85
16.3.4. Thematisierung der Gräueltaten	86
16.3.5. Erinnernde oder mahnende Funktion	87
16.3.6. Aufklärungsarbeit.....	88
16.3.7. Umgang mit dem Thema KZ Mauthausen	90
17. Resümee der Untersuchung.....	92
Literaturverzeichnis.....	95
Abbildungsverzeichnis	106
Abkürzungsverzeichnis	107
Anhang	108

1. Einleitung

„Das einzige Konzentrationslager auf österreichischem Territorium war nie ein Lager für Österreicher, dennoch sind die Bezüge Österreichs zu diesem Lagerkomplex sehr vielfältig. Mauthausen wurde zu einem Symbol nationalsozialistischer Gewaltherrschaft in Österreich“ (Baumgartner, o.J.: 2).

Als Symbol für die österreichische nationalsozialistische Vergangenheit ist das Konzentrationslager Mauthausen auch aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive äußerst interessant. Aufgrund dessen steht im Fokus dieser Magisterarbeit die Zeitungsberichterstattung über das KZ Mauthausen nach der Befreiung am 5. Mai 1945 bis zum Jubiläumsjahr 1995.

Das Konzentrationslager Mauthausen kann zwar nicht zu den größten Nazi-Vernichtungslagern gezählt werden, es war aber aufgrund der Brutalität der SS-Aufseher und der menschenverachtenden Sklavenarbeit im Steinbruch einer der barbarischsten Folterstätten des NS-Regimes (Vgl. Maršálek, 1950: 7). Das Konzentrationslager Mauthausen wurde nach 1945 als Bestandteil von Nazi-Deutschland angesehen, denn Österreich fiel in dieser geschichtspolitischen Konstellation die Rolle des „Opfers“ des Nationalsozialismus zu (Vgl. Perz/ Wimmer, 2004: 63). Österreich hat aber nicht nur versucht sich hinter diesem Opfermythos zu verstecken, sondern man hat auch die Schuld an den NS-Verbrechen von sich gewiesen. Die „Waldheim-Affäre“ 1986 veranschaulichte die mangelhafte Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Österreichs (Vgl. Wodak et al., 1994: 39ff.) und brachte einen Stein der Geschichtsaufarbeitung ins Rollen. Die Erforschung der Mittäterschaft Österreichs und die erste (selbst)kritische Konfrontation mit den NS-Verbrechen der ÖsterreicherInnen wurden erst zum 50. Jahrestag des „Anschlusses“ öffentlich von LiteratInnen und JournalistInnen thematisiert (Vgl. Bailer-Galanda, 2002: 60). Diese Thematisierung hat aber nicht überall Früchte getragen, wie sich 28 Jahre später bei der Präsidentschaftswahl 2016 zeigt. Der Präsidentschaftskandidat Andreas Khol schildert im Polit-Talk „Klartext“ im österreichischen Fernsehsender ATV, dass Österreich ein Opfer des Nationalismus gewesen sei sowie Kurt Waldheim, den keine Schuld treffe (Vgl. APA, 11.4.2016).

Die Auseinandersetzung mit Österreichs NS-Vergangenheit und den damit verbundenen Gräueltaten in den Konzentrationslagern sollte daher heute nach der Aufarbeitung und Neuorientierung aus österreichischer Sicht als Lernprozess dienen. Diese Auseinandersetzung

wird durch die Krisen- und Kriegsflüchtlinge, die seit 2015 nach Europa flüchteten, nicht mehr mit der wünschenswerten Dimension und Sensibilität fortgesetzt und wird zum Teil vom Rechtspopulismus verdrängt (Vgl. Paulischin-Hovdar, 2017: 54). Dabei kommt die bedeutende Rolle der Massenmedien ins Spiel. Das System Massenkommunikation erfüllt eine „öffentliche Aufgabe“, da es soziale Bedürfnisse von Individuen und Gruppen erfasst, darstellt, Anliegen und Ansprüche in andere Bereiche überträgt sowie politische Entscheidungen veröffentlicht und auch Kritik ausübt (Vgl. Ronneberger, 1971: 45). Eine Gesellschaft benötigt folglich Massenmedien, um sie in Bezug auf ihre Vergangenheit zu lehren und sie auf wiederkehrende, ähnliche Geschehnisse aufmerksam zu machen sowie sie zu sensibilisieren. Simon Wiesenthal hat bereits früh Folgendes erkannt: „[...] das Allerwichtigste ist, die Leute aufzuklären, wohin es führt, wenn der Haß [sic] zum Programm einer Nation und eines Staates wird“ (Koelbl, 1989: 270). Da Medien eine Sozialisationsfunktion zukommt und sie in gewisser Weise an der Konstruktion der öffentlichen Meinung beteiligt sind, gehört Aufklärungsarbeit zu ihrem Aufgabenbereich. Diese Magisterarbeit soll aufzeigen, welchen Einfluss Österreichs Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit bezüglich des KZ Mauthausen auf die Zeitungsberichterstattung hatte und wie diese ihre LeserInnen bewusst beeinflussen hätte können. Mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring werden Zeitungsartikel aus der „Volkstimme“, „Neue Zeit“, „Tagblatt“ und „Oberösterreichische Nachrichten“ analysiert.

Die Magisterarbeit gliedert sich in einen theoretischen und einen empirischen Teil. Der theoretische Abschnitt beginnt mit der Beschreibung von nationalsozialistischen Konzentrationslagern im Allgemeinen, wie sie entstanden, welche Ziele und Absichten man damit verfolgte, wer zuständig war, wie der Aufbau eines Konzentrationslagers aussah, welche Arten von Zwangsarbeit und Strafe es gab und wie die letzten Tage der KZs aussahen. Das dritte Kapitel geht genauer auf das Konzentrationslager Mauthausen ein, beschreibt dessen Aufbau, welche Gräueltaten dort verübt wurden, was bei der sogenannten „Mühlviertler Hasenjagd“ geschah und wie das KZ schlussendlich befreit wurde. Danach wird alles um das Thema KZ-Gedenkstätte genauer erläutert. Die Kriegsverbrecherprozesse werden in Kapitel fünf thematisiert, gefolgt vom Opfermythos, auf dessen Ursprung in der Moskauer Deklaration sowie dessen Auswirkungen näher eingegangen wird. Die Nachkriegszeit wird im siebten Abschnitt geschildert, anhand der Unabhängigkeitserklärung und des Staatsvertrages, der Entnazifizierung, der „Waldheim-Affäre“ und der kollektiven

Identitäten in Österreich. Das darauffolgende Kapitel beschäftigt sich mit der Schuldfrage. Danach werden der Konstruktivismus und die Sozialisationsfunktion erläutert, die im Hinblick auf die Berichterstattung von Bedeutung sind. Im elften Abschnitt wird genauer auf die Berichterstattung nach 1945 in Österreich eingegangen und sie wird von verschiedenen Seiten beleuchtet. Die vier ausgewählten Zeitungen sowie die zwei Archive werden in den letzten zwei Kapiteln des Theorieteils beschrieben. Der empirische Teil beginnt mit den formulierten forschungsleitenden Fragen. In Kapitel 15 wird die Forschungsmethode vorgestellt und das methodische Vorgehen geschildert. Danach folgen die Beschreibung der Datenerhebung sowie die Darstellung und Diskussion der Untersuchungsergebnisse. Das allerletzte Kapitel dient der Zusammenfassung und es wird ein Resümee der Untersuchung gezogen.

THEORETISCHER TEIL

2. Nationalsozialistische Konzentrationslager

2.1. Entstehung

Unter nationalsozialistische Konzentrationslager „wurden die großen KZ der Kriegszeit und deren Außenkommandos gefaßt [sic], soweit sie aufgrund der damaligen Quellenanlage bereits identifiziert und zugeordnet werden konnten“ (Weinmann, 1990: CXLI). Hitler verkündete bereits im Jahr 1921, dass er Konzentrationslager für politische Gegner errichten werde (Vgl. Tuchel, 1994: 26). Am 20.3.1933 wird das erste nationalsozialistische Konzentrationslager bei Dachau auf Veranlassung von Heinrich Himmler errichtet (Vgl. Weinmann, 1990: XC). Reinhard Heydrich hat bereits im Herbst 1934 das Amt eines „Inspektors“ für KZ ausgestaltet, das an Theodor Eicke delegiert wurde, der auch das Oberhaupt des SS-Totenkopfverbandes war (Vgl. Kogon, 1974: 61).

2.2. Ziele/Absichten

Im Vergleich zu Vernichtungslagern, wurden die Konzentrationslager als Instrumente zur Massenversklavung, zur Einschüchterung und Verbreitung von Terror um soziale Kontrolle ausüben zu können genutzt, aber nicht zur systematischen Massentötung. Die gelegentliche Gleichsetzung von Vernichtungslagern mit Konzentrationslagern kann eventuell darin begründet sein, dass es zwei Vernichtungslager innerhalb eines KZ gab, nämlich in Auschwitz und in Lublin (Vgl. Weinmann, 1990: LXXIX). Folglich war das Hauptziel der KZs „die Ausschaltung jedes wirklichen oder vermuteten Gegners der nationalsozialistischen

Herrschaft“ (Kogon, 1974: 53). Die SS verfolgte aber auch einige Nebenziele mit den KZs (Vgl. Kogon, 1974: 54). Die Schutzstaffeln, abgekürzt und bekannt als SS „war die mächtigste und gewalttätigste NSDAP-Massenorganisation“ (Weinmann, 1990: LXIX). Die SS war je nach Funktion in verschiedene Gruppen gegliedert. Seit 1934 waren die „SS-Totenkopfverbände“ (SS-TV), als SS-Wachmannschaften für die Bewachung der Konzentrationslager zuständig. 16- bis 19-Jährige ließen sich freiwillig zu vier bis zwölf Jahren Dienst bei der SS-TV verpflichten (Vgl. Weinmann, 1990: LXXIf.). Die SS-TV erhielten eine Ausbildung zu Fachleuten der Brutalität, welche keine menschlichen Regungen mehr verspürten und bedingungslos ihrem Führer Folge leisteten. Als Nebenziele galten die Anhäufung und Nutzung von Arbeitssklaven durch die SS als auch wissenschaftliche Experimente für einen mutmaßlichen Fortschritt der Menschheit. Das Hauptziel der KZs wurde erreicht, denn der allgemeine Widerstand wurde enorm abgeschwächt. Dadurch gerieten die Nebenzwecke immer mehr in den Fokus und die Anzahl der KZs stieg maßlos an (Vgl. Kogon, 1974: 54ff.).

Ab 1937 vermehrten sich die Totenkopfverbände durch den Anschluss Österreichs und der Einrichtung des KZ Mauthausen. Die bereits vorhandenen drei SS-TV Standarten Thüringen, Brandenburg und Oberbayern wurde durch die Standarte Ostmark ergänzt (Vgl. Broszat, 1984: 81).

Seit den Jahren 1938/39 wurden die Häftlinge vermehrt für die Produktionsbetriebe der SS herangezogen, wie die Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH (DEST) und die Deutschen Ausrüstungswerke (DAW) (Vgl. Broszat, 1984: 84).

2.3. Zuständigkeit und Aufteilung

1942 wurde das Amt des KZ-Inspektors dem Wirtschafts-Verwaltungshauptamt (SS-WVHA) unter der Leitung von Oswald Pohl übergeben (Vgl. Kogon, 1974: 61). Innerhalb des SS-WVHA gab es fünf umfangreiche Sektoren. Neben den Amtsgruppen A, B C und W, war die Amtsgruppe D für die Verwaltung der Konzentrationslager zuständig. Die Amtsgruppe D war wiederum in vier Ämter aufgeteilt. Das Amt D I entsprach dem Zentralamt, welches für Häftlingsangelegenheiten, Lagerschutz und Wachhunde, Nachrichtenwesen, Kraftfahrwesen, Waffen und für die Schulung der Truppe verantwortlich war. Das Amt D II teilte den Arbeitseinsatz der Häftlinge ein, sorgte für deren Ausbildung und kümmerte sich auch um die Verrechnung und Statistik. Im Amt D III beschäftigte man sich mit der Lagerhygiene und dem Sanitätswesen, sprich der ärztlichen und zahnärztlichen Versorgung der SS und der Häftlinge sowie der sanitären und hygienischen Maßnahmen in den Konzentrationslagern.

Das Amt D IV war für die KZ-Verwaltung zuständig und kümmerte sich somit um Verpflegung, Haushalt, Besoldungswesen und Kassen, Bekleidung, Unterkunft und Steuer-, Rechts- und Vertragsangelegenheiten. Die für bestimmte Bereiche Verantwortlichen standen immer in direktem Kontakt mit den jeweiligen Ämtern I-IV. Bis auf den Amtschef D I, der dem Lagerkommandanten nichts befehlen konnte, waren alle anderen Ämter zur Weisung befugt. Somit erhielt der Lagerarzt beispielsweise Befehle vom Chef des Amtes D III (Vgl. Broszat, 1984: 111f.).

Die SS-WVHA entwickelte drei Stufen von Konzentrationslagern. Die mildeste Form war die Stufe 1, das Arbeitslager. Bei der Stufe 2 waren die Lebens- und Arbeitsverhältnisse verschärft und bei Lagern der Stufe 3, den sogenannten „Knochenmühlen“, hatte man kaum Überlebenschancen. Diese Einstufung zeigte aber nicht wie es tatsächlich in den einzelnen Lagern zugeht. Dachau war beispielsweise immer in Stufe 1 eingeteilt. Hier spielte vielmehr das Alter eines KZ eine Rolle. Als grauenhafteste Zeit galt immer die Phase der Gründung und des Aufbaus eines Konzentrationslagers, dann stabilisierten sich die Umstände wieder etwas. Zu Kriegsbeginn waren die Zustände wieder katastrophal, welche sich dann zunehmend im Verlauf des Krieges besserten und erst in den letzten acht bis vier Monaten vor Kriegsende zum absoluten Desaster mutierten (Vgl. Kogon, 1974: 61ff.). Für die Konzentrationslager waren generell vier Gruppen von Menschen vorgesehen: „Politische Gegner, Angehörige ‚minderwertiger Rassen‘ und ‚rasenbiologisch Minderwertige‘, Kriminelle und ‚Asoziale‘“ (Kogon, 1974: 68). Zu diesen Gruppen gehörten also JüdInnen, ZigeunerInnen, Asoziale wie kleine TaschendiebInnen oder notorische SäuferInnen, KriegsverbrecherInnen, Geistliche, Homosexuelle, Mitglieder der gegnerischen Parteien oder schwere DienstverweigerInnen galten als politische Gegner. Die SS-TV spielten die einzelnen Häftlingsgruppen gegeneinander aus, beauftragten einige aus den Lagern als ihre Spitzel und konnten somit riesige Lager unter Kontrolle halten (Vgl. Kogon, 1974: 68ff.). In den Konzentrationslagern gab es auch Kapos, das waren „Häftlinge, die die SS zu Verantwortlichen von Arbeitskommandos oder bestimmten Lagerdiensten ernannte“ (Weinmann, 1990: II). Diese Kapos waren eben Aufsichtspersonen, die selbst nicht arbeiteten, aber dafür andere Häftlinge einteilten und auch in der Lage waren Prügel auszuteilen (Vgl. Kogon, 1974: 92).

2.4. Aufbau eines KZ

Abgeschiedene Orte in Reichweite von größeren Städten wurden von der SS für den Bau von Konzentrationslagern auserkoren. In Entfernung von maximal sechs Kilometern wurden von

den Häftlingssklaven rund um das KZ SS-Siedlungen errichtet. Die hübschen Ein- bis Zweifamilienhäuser standen im krassen Gegensatz zum Stacheldrahtbereich, der alle 75 Meter von einem Wachturm mit einem schwenkbaren Maschinengewehr unterbrochen wurde. Im Innenbereich gab es einen Appellplatz, Holzbaracken, einstöckige Steinblocks und Lagerstraßen (Vgl. Kogon, 1974: 76ff.).

An der Spitze der SS-Lager stand der Kommandant, dem die komplette Verfügungsgewalt über das KZ vom SS-WVHA übertragen wurde. Die Kommandanturbefehle und der Verkehr mit amtlichen Dienststellen wurden von seinem Adjutant durchgeführt. Der untergeordnete Verwaltungsführer regelte die wirtschaftlichen Sachverhalte des KZ. Das Häftlingslager selbst führten die Lagerführer an, die sich täglich abwechselten, und sie trafen die Entscheidungen unter der Aufsicht der Kommandantur. Das Verbindungsglied zwischen dem Lager und den Lagerführern stellte der Rapportführer dar, dem wiederum die Blockführer unterstellt waren, welche die Verantwortung über die einzelnen Häftlingswohnblocks hatten. Gleichgestellt mit dem Blockführer, hatten Kommandoführer und Arbeitsdienstführer die uneingeschränkte Macht über Leben und Tod der KZ-Häftlinge. Die Wachmannschaften verhielten sich in Abhängigkeit von der Art des Truppenkommandanten (Vgl. Kogon, 1974: 84ff.).

Im Krankenzug der Konzentrationslager gab es meist eine ambulante und stationäre Behandlung, die Zahnstation und eine Station für die sogenannte Schonung. In Bezug auf die Zahnbehandlung fehlte dem Krankenpersonal meist die fachärztliche Kompetenz. Somit wurden oft gesunde Zähne gezogen oder kranke Zähne wurden nur abgebrochen, wodurch die schmerzenden Wurzelreste weiterhin für Beschwerden sorgten. Die Goldzähne wurden sowohl lebendigen als auch toten Häftlingen herausgebrochen. Im Aufnahmesaal für die stationäre Behandlung lagen alle Kranken durcheinander, unabhängig davon, ob sie eine Lungenentzündung, Durchfall oder Fleckfieber hatten. Ein Teil dieser Kranken verstarb bereits bevor der Lagerarzt sie überhaupt untersuchen konnte. In der Ambulanz mussten sich die Kranken nach Nationalität nackt auf den Steinboden legen, um dort auf einen ausgeschlafenen Lagerarzt zu warten. Der Krankenzug war aber nicht nur ein Ort, wo die Kranken wieder gesund gepflegt wurden, sondern wo die SS-Ärzte forschten und ihre Experimente an kranken als auch gesunden Häftlingen durchführten. In den schlimmsten Fällen wurden Operationen und Gliedamputationen ohne gesundheitliche Notwendigkeit und auch ohne Narkose der Opfer vollzogen. Im Fall einer zu großen Anzahl der Kranken wurde eine Tötung der Patienten durch „Abspritzen“ (Vergiftung) vorgenommen oder auch bei

ahnungslosen Neuankömmlingen unter Angabe eines beliebigen Leidens (Vgl. Kogon, 1974: 174ff.).

2.5. Arbeit und Strafe

Die Arbeit in den Konzentrationslagern galt weder als Erziehungsmittel noch erfüllte sie den menschlichen Trieb nach Beschäftigung. Die Arbeit diene also eher dem Hauptzweck der Konzentrationslager, nämlich zur Strafe. Da die Zwangsarbeit als Strafe noch nicht ausreichte, maßregelte die SS die Häftlinge aufgrund von geringsten Strafanlässen, wie beispielsweise wenn jemand bei Kälte die Hände in den Hosentaschen hatte, bei geringfügigen Kleidermängeln oder wenn versucht wurde sich woanders Lebensmitteln zu erbetteln. Es gab verschiedene Arten von Strafen, wie auf dem Appellplatz stehen, Essensentzug, Strafoxerzieren, Strafarbeit, Versetzung in die Strafkompagnie, Peitschen- und Stockhiebe, Kommandoverschlechterung, Hängen an einem Pfosten oder Baum, Arrest, Erhängen, Erschlagen, Erschießen und andere ausgewählte Quälereien. Eine Prügelstrafe durfte nur auf Anweisung des SS-WVHA und erst nach einer Bescheinigung des Lagerarztes zum Gesundheitszustand des Häftlings verhängt werden. Diese Prügelstrafen wurden auf einem Bock mit fünf bis fünfundzwanzig Hieben mit Peitsche, Stock oder Ochsenziemer innerhalb von vierzehn Tagen mit einer Wiederholung von bis zu viermal vollzogen. In der Realität wurde die Prügelstrafe meist bereits zuvor erteilt und nach dem Eintreffen der Bestätigung nochmals offiziell ausgeübt (Vgl. Kogon, 1974: 135ff.). Die Zwangsarbeit bezweckte in manchen Lagern, wie im Steinbruch von Mauthausen, eine mutwillige Vernichtung (Vgl. Broszat, 1984: 107). Wenn es keine offizielle Anordnung der Todesstrafe gab, wurde der Mord an einem Häftling mit der Begründung „Auf der Flucht erschossen“ getarnt (Vgl. Kogon, 1974: 146).

2.6. Die letzten Tage

Das erste befreite Konzentrationslager war Lublin, das die SS mitsamt den Häftlingen den Alliierten, nämlich den Sowjets überließ. Dann begann die SS mehrere Ost-Lager zu räumen. Die übrigen Häftlinge trieb man zu Fuß nach Westen und vernichtete einen Großteil der grausamen Tötungsanlagen. Diejenigen, die nicht mehr in der Lage waren weiterzugehen, wurden erschossen oder zurückgelassen (Vgl. Kogon, 1974: 401f.).

3. Konzentrationslager Mauthausen

3.1. Aufbau

Die bereits zuvor erwähnte SS-Firma Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH (DEST) wurde von den vorstehenden Funktionären der SS und Polizei im April 1938 gegründet. Der SS-Obergruppenführer Oswald Pohl, der bereits Chef des SS-Verwaltungsamtes und der SS-Brigade war, wurde zum Geschäftsführer der DEST ernannt und war für deren Organisation und Finanzierung zuständig. Aufgrund der Erwerbung von Steinbrüchen durch die DEST wurde in Mauthausen im Sommer 1938 ein neues Konzentrationslager errichtet. Ein weiterer Grund für die Errichtung eines KZ auf oberösterreichischem Boden war Hitlers Plan die Stadt Linz zu einer „Führerstadt“ auszubauen. Dabei sollte der Granit von den 20km entfernten Mauthausner Steinbrüchen als Baumaterial hergenommen werden. Bis zum August 1938 wurde der Grund und Boden gekauft und die Steinbrüche, welche der Stadt Wien gehörten, wurden gepachtet (Vgl. Maršálek, 2006: 12ff.). Am 8. August 1938 wurden die ersten 300 Häftlinge nach Mauthausen gebracht. Diese 300 Häftlinge waren Gefangene aus dem KZ Dachau und mussten das Lager Mauthausen selbst aufbauen. Für die Beaufsichtigung der Gefangenen waren 80 Mitglieder des Dachauer SS-Totenkopfverbandes verantwortlich, die dann auch das Fundament der Mauthausner SS-Wachmannschaft bildeten (Vgl. Mernyi/Wenninger, 2006: 16). Im Spätsommer 1939 war die Errichtung des Stammlagers vollendet. Der SS-Sturmabführer Albert Sauer war der erste Lagerkommandant des KZ Mauthausen. Das erste Lager setzte sich aus vier Baracken zusammen. Bereits im Jänner 1939 vergrößerte man das KZ, wobei die noch heute vorhandenen Umfassungsmauern und Wachtürme gebaut wurden (Vgl. Maršálek, 2006: 26ff.). Ab dem 17.2.1939 war der SS-Standartenführer Franz Ziereis Lagerkommandant im Konzentrationslager Mauthausen. Die SS-Führer, welche ausnahmslos der NSDAP angehörten, und die SS-Unterrführer des Kommandanturstabes, waren hauptsächlich Deutsche, aber auch Österreicher. Ab dem Winter 1942/43 zählten auch Volksdeutsche aus Ungarn, Polen, Slowakei, Jugoslawien und Rumänien zur Wachmannschaft (Vgl. Maršálek, 2006: 120ff.). Ungefähr ein Drittel der SS-Männer von Mauthausen begann den Dienst in den Konzentrationslagern zwischen 1933, der Errichtung der ersten KZ, bis 1938. Diese SS-Angehörigen waren Überzeugungstäter, welche sich später als „KZ-Veteranen“ herauskristallisierten. Mit oder nach Beginn des Krieges trat die Mehrheit den KZ-Dienst an. Ein Großteil dieser SS-Gruppe, sondern entschied sich freiwillig und bewusst für die radikale SS-Einheit (Vgl. Kranebitter/ Holzinger, 2017: 28f.).

Im Herbst 1943 gehörte das verhältnismäßig kleine Konzentrationslager Mauthausen mit durchschnittlich 8000 bis 10000 Häftlingen, die hauptsächlich in SS-eigenen Betrieben

arbeiteten, zu den umfangreichsten Lagernetzen, da zehntausende Häftlinge aus Europa für komplizierte Anfertigungen in der Rüstungsindustrie eingeliefert wurden. Der angeordnete totale Einsatz der Häftlinge in der Kriegsproduktion wurde aber bis zum Schluss nicht komplett in die Tat umgesetzt, aufgrund der Erhaltung des Betriebes der DEST in den Steinbrüchen von Mauthausen. Im Hauptlager wurden nur ungefähr zehn Prozent in der Rüstungsindustrie eingesetzt, im Vergleich zu den Nebenlagern wo etwa 80 bis 95 Prozent dafür verwendet wurden. Diese eingesetzten Häftlinge wurden dazu gezwungen Waffen, die gegen ihr Vaterland eingesetzt wurden, zu produzieren (Vgl. Maršálek, 2006: 23ff.).

Das Konzentrationslager Mauthausen bestand aus den Lagern I, II und III, einem Krankenlager, Arrest, Zeltlager, Revier, Wäscherei- und Küchenbaracken und einem Appellplatz. Die Baracke eins war in eine Lagerschreibstube, Schuhwerkstätte, „Schwabstube“, Kantine und ein Bordell unterteilt. Die restlichen 29 Baracken wurden früher oder später als Häftlingsunterkünfte herangezogen. Lager I, II und III wurden von einer 2,5 Meter hohen Mauer umfasst. Auf dieser Steinmauer war ein Stacheldraht gespannt, der mit 380 Volt geladen war. Das Krankenlager wurde zwar nicht von einer Mauer eingegrenzt, stattdessen wurde ein doppelter Stacheldraht mit Starkstromladung verwendet (Vgl. Maršálek, 2006: 71f.). Die Holzbaracken zwei bis fünfzehn wurden je nach dem Arbeitseinsatz oder auch nach der Nationalität der Häftlinge gefüllt. Eine Mauthausener Baracke, die meist 300 Personen umfasste, war in zwei Stuben eingeteilt, nämlich die Schlafstätte für die Häftlinge und den Aufenthaltsraum, der größtenteils für die Funktionäre bestimmt und sogar mit einem Ofen beheizbar war. Zwischen den beiden Stuben gab es einen Klosettraum, einen Waschraum und ein Kämmerchen für Brennmaterial. Zum Schlafen wurden zweistöckige Holz-Bettstellen herangezogen und pro Bett schliefen meist zwei Personen (Vgl. Maršálek, 2006: 63ff.). In Mauthausen wurden lange Zeit die meisten Funktionen von Häftlingen aus der Menschengruppe der von der Gestapo deklarierten „Kriminellen“ eingenommen (Vgl. Kogon, 1974: 73f.).

In der Gemeinde Mauthausen, ganz in der Nähe des Lagers wurde eine Siedlung für die Familien der SS-Angehörigen errichtet (Vgl. Maršálek, 2006: 73). Das Konzentrationslager war für einige Einwohner von Mauthausen auch Wirtschaftsfaktor und bot teilweise einen Arbeitsplatz, wie beispielsweise für mehrere männliche Jugendliche, die im KZ ihre Handwerkslehre erfolgreich abschlossen (Vgl. Kepplinger, 1997: 240).

Das Konzentrationslager Mauthausen hatte auch mehrere Nebenlager, von denen die meisten ab 1943 entstanden und die sich auf 49 Standorte verteilten. Das größte war das KZ Gusen,

das Mauthausen teilweise anhand der Häftlingsanzahl übertrumpfte. Weitere große Lager bestanden in zum Beispiel in Melk, Ebensee und Linz (Vgl. Baumgartner, o.J.: 7).

3.2. Gräueltaten im KZ Mauthausen

Das KZ Mauthausen war zunächst das einzige Lager, das als ‚Stufe III‘ sprich als Lager für ‚kaum noch erziehbare Schutzhäftlinge‘ kategorisiert wurde. Eine Einweisung in das KZ Mauthausen wurde bereits als Todesurteil verstanden, da es zu den Lagern mit der höchsten Todesrate der Häftlinge gehörte. Mauthausen verfügte über mehrere Mordanlagen, wie eine Gaskammer, einem Gaswagen, der zwischen Mauthausen und Gusen verkehrte oder eine Genickschussanlage, welche als medizinische Ambulanz getarnt war (Vgl. Weinmann, 1990: 738). Der Grund weshalb Mauthausen mit der Lagerstufe III als schlimmstes KZ kategorisiert wurde ist schwer zu eruieren, jedoch spielte hier die Verknüpfung von mutwilliger Vernichtung durch Zwangsarbeit eine große Rolle (Vgl. Maršálek, 2006: 35). Wenn Häftlinge nach Mauthausen deportiert wurden, war es für viele das Eintreffen in ein Vernichtungslager aufgrund des Vermerkes RU („Rückkehr unerwünscht“) im Häftlingsakt. Dieser Vermerk war ein Todesurteil für die Häftlinge, die bis zur Erschöpfung zur Arbeit ausgenutzt wurden. Zu den berüchtigtsten Arbeitskommandos von Mauthausen zählte die Strafkompagnie im Steinbruch. In der Strafkompagnie mussten die Häftlinge schwere Granitbrocken über die Todesstiege hinauf-schleppen, bis es zu einem Zusammenbruch kam oder sie das Gleichgewicht verloren und dann mit dem Granitbrocken die Steinstiege hinunterstürzten. Dabei wurden aber auch zahlreiche andere Häftlinge mitgerissen (Vgl. Mernyi/ Wenninger, 2006: 17f.).

Die offiziellen Strafmaßnahmen reichten von Ordnungsstrafen, über Arreststrafen bis zu körperlichen Züchtigungen und Prügelstrafen. Ordnungsstrafen vollzog man meist in Form von Essensentzug oder durch eine Einweisung in die Strafkompagnie. Die Arreststrafen wurden größtenteils mit Stockhieben gekoppelt oder man wurde in die Dunkelheit verbannt, wo man weder sitzen noch liegen konnte. Die körperliche Züchtigung erfolgte für gewöhnlich mit Stockschlägen in Form von einem

Ochsenziemer. Darüber hinaus gab es auch das Tor- oder Strafstehen, bei dem die Häftlinge oft Tage oder Nächte lang bei jedem Wetter draußen stehen mussten und dabei auch oft noch



Abbildung 1: Das ehemalige Arrestgebäude im KZ-Mauthausen (11.5.2018).

von SS-Männern geschlagen oder getreten wurden. Zu einer den grausamsten Strafen zählte das „Pfahlhängen“. Dem betroffenen Häftling wurden die Hände hinter dem Rücken mit einem Strick verbunden, der dann am Querbalken einer Baracke befestigt wurde. Der angebundene Häftling hing somit frei in der Luft. Nach dreißig Minuten führte diese schmerzhafteste Methode zur Bewusstlosigkeit. Wer sich bei einer der zahlreichen Demütigungen und Repressalien den SS-Leuten widersetzte, wurde ohne zu zögern ermordet. Aufgrund dieser grausamen Umstände überlebten die Häftlinge im Durchschnitt von August 1938 bis Herbst 1939 ungefähr fünfzehn Monate, vom Winter 1939/40 bis Spätherbst 1943 ungefähr sechs Monate, vom Winter 1943/44 bis Winter 1944/45 etwa neun Monate und ab diesem Zeitpunkt nur mehr fünf Monate (Vgl. Maršálek, 2006: 45ff.).

Die Lebensmittelzufuhr eines arbeitenden Häftlings im KZ Mauthausen entsprach durchschnittlich einem Ernährungswert von 1400 bis 1500 Kalorien, dieser Wert sank jedoch von Jahr zu Jahr. Lebensmittelpakete, die Angehörige an manche Häftlinge schickten, wurden von SS-Leuten geplündert, sodass die wertvolleren Nahrungsmittel wie Speck, Butter, Schmalz oder Mehlspeisen schlussendlich fehlten. Die Kranken im KZ Mauthausen erhielten eine noch geringere Lebensmittelzufuhr, diese wurde ab einer mehrwöchigen Bettlägerigkeit sogar halbiert (Vgl. Maršálek, 2006: 56f.).

Die durchschnittliche Arbeitszeit in der Woche umfasste bei den arbeitenden Häftlingen im Steinbruch 54 bis 60 Stunden und bei allen anderen Kommandos wurde 66 bis 72 Stunden in der Woche gearbeitet. Von 1938 bis 1939 beschränkte sich die Arbeit der Häftlinge mehrheitlich auf den Lageraufbau und ab Herbst 1939 bis Herbst 1943 wurde überwiegend in den Steinbrüchen der DEST gearbeitet. Die Sicherheitsvorkehrungen am Steinbruch wurden außer Acht gelassen und die Häftlinge wurden brutal bis zur tödlichen Verausgabung getrieben. Bei von der SS „Fallschirmspringen“ genannten Mordaktionen wurden die Häftlinge von den steilen Wänden der Steinbrüche gestürzt (Vgl. Maršálek, 2006: 87ff.). In der Strafkompagnie des Steinbruchs mussten die Häftlinge Granitblöcke tragen bis sie aus dem Gleichgewicht kamen und mit dem Granitbrocken die sogenannte Todesstiege hinunterfielen und dabei teilweise auch andere Häftlinge mit in den Tod rissen (Vgl. Baumgartner: 4). Ab dem Frühjahr 1941 wurden täglich 300 Häftlinge von Mauthausen mit der Bahn nach Steyr transportiert, um dort für die Steyr-Daimler-Puch A.G. im Bau und in der Produktion zu arbeiten. Dies war der erste Konzern, der aufgrund der kritischen Lage des österreichischen Arbeitsmarktes Sorge um mangelnde Facharbeiter hatte und daher die Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen nutzte. Generell wurden dann auch Konzentrationslager im Umkreis von Firmen errichtet, wenn dies von jenen Firmen veranlasst wurde. Die Intentionen von SS und

Rüstungsfirmen sowie ein gutes Verhältnis zu höheren NS-Funktionären begünstigen diese Initiativen (Vgl. Freund/ Perz, 2002: 672ff.).

1941 begannen die Massentötungen der erkrankten und geschwächten Häftlinge unter der Leitung des Standortarztes Dr. Eduard Krebsbach, der am längsten als SS-Arzt im KZ Mauthausen tätig war. Die Tötungen wurden mit einer Injektion ins Herz durchgeführt, wodurch sein Spitzname „Spritzbach“ entstand. Generell fehlte es den SS-Ärzten, vor allem den Jüngeren, meist an fachlicher Ausbildung. Diese Ärzte waren jedoch nur ein Teil der Maschinerie eines nationalsozialistischen Konzentrationslagers. Sie legten weniger Wert auf die Heilpraxis, sondern forcierten eher eine schnelle Tötung der Schwachen und Kranken. Es wurden ohne medizinische Notwendigkeit Operationen an gesunden Häftlingen durchgeführt. Man entfernte ihnen beispielsweise innere Organe wie Nieren, Magen oder sogar Teile des Gehirns, um herauszufinden, wie lange die Versuchsobjekte ohne die besagten Organe überleben konnten. Es wurden verschiedene Versuche in Bezug auf Hormone, Ernährung, Läuse, Tbc-Impfstoffe, Mycel-Eiweiß-Wurst und Verträglichkeitstests an den auserkorenen „Versuchskaninchen“ durchgeführt (Vgl. Maršálek, 2006: 219ff.). SS-Untersturmführer Dr. Richter führte für die deutsche Wissenschaft und vor allem wegen seiner Vorliebe für Vivisektion Versuche an lebenden Häftlingen durch. Hunderte gesunde Häftlinge wurden ohne Narkose oder Lokalanästhesie einer „Operation“ unterzogen. Der Berufsverbrecher-Häftling Opel, der von der SS als Sanitätspersonal eingesetzt wurde, betäubte seine Patienten anhand einer „Holznarkose“, bei der er mit seinen Holzpantinen gegen die Schädeldecke schlug. Die SS fand aber auch andere grausame Methoden zur Ermordung von Häftlingen zwischen 1940 und 1941. Die SS führte einen Gummischlauch direkt in den Rachen und ließ so lange Wasser in die Häftlinge laufen, bis sie quasi platzten oder eben durch die Wassermenge erstickten (Vgl. Maršálek, 1950: 62ff.).

Alle Tötungsstätten, wie Gaskammer, Erschießungsstätten oder Galgen und Krematorien wurden im KZ Mauthausen als „Sonderbauten“ bezeichnet. Der Vergasungswagen wurde „Sonderwagen“ oder nur „S-Wagen“ genannt oder beispielsweise die „Euthanasie“-Anstalt Hartheim, die zwar nicht Teil des KZ Mauthausen war, sondern zur Organisation „T4“ gehörte, wurde als „Genesungslager“ oder „Erholungsheim“ getarnt, obwohl man dort behinderte Menschen ermordete. Beim offiziellen Schriftverkehr erhielten die ermordeten Häftlinge quasi den „Gnadentot“ durch die „Desinfektions-Anstalt“, sprich der Gaskammer. Des Öfteren wurden Häftlinge, meist Kranke oder Schwache, aufgefordert an der Grenze der Postenkette Himbeeren pflücken zu gehen. Diese Häftlinge wurden dann aufgrund der Überschreitung der Grenze „auf der Flucht“ erschossen. Arbeitsunfähige Häftlinge wurden in

ein „Bad“ gebracht und dort bis zu 30 Minuten mit kaltem Wasser abgeduscht. Aufgrund der Unterkühlung starb ein Teil sofort an einem Sekundenherztod und viele anderen verendeten dann in den Tagen darauf an zum Beispiel einer Lungenentzündung (Vgl. Maršálek, 2006: 261f.). Im Winter 1941/42 wurden 3135 sowjetische Häftlinge auf grausame Weise ermordet. Man ließ sie über Nacht in einem Waschraum, drehte die Kaltwasserbrausen auf und ließ die erschöpften, kranken Häftlinge durch das Eiswasser erfrieren oder sie starben später an einer Lungenentzündung (Vgl. Maršálek, 1950: 70).

Am 4. Mai 1940 nahm man den ersten Krematoriumsofen in Mauthausen in Betrieb. Anfangs äscherte man nur eine Häftlingsleiche in jeweils einem Ofen ein, später wurde die Anzahl der Verbrennungen auf bis zu acht Leichen in den insgesamt drei Krematoriumsöfen gesteigert (Vgl. Maršálek, 2006: 283f.).

Im Herbst 1941 begann man mit der Erbauung einer Gaskammer, die im Keller des Rohbaus des neuen Krankenreviers und in nächster Nähe zu den Verbrennungsöfen des Krematoriums angesiedelt wurde. Zur Vergasung wurde das Zyklon-B-Gas verwendet. Dieses Blausäuregas wird normalerweise zur Bekämpfung von Ungeziefer eingesetzt. Beim Einatmen des Gases kommt es zum inneren Erstickten, das zusammen mit Erbrechen, Schwindel- und Angstgefühl sowie Lähmungserscheinungen des Atemzentrums auftritt. Nach ungefähr 15 bis 20 Minuten trat dann im Normalfall der Tod von den meist 30 bis 80 gleichzeitig vergasten Häftlingen ein (Vgl. Maršálek, 2006: 261ff.). Das KZ Mauthausen war durch die Errichtung der Gaskammer eines der ersten Konzentrationslager, das über ein „Tötungsfließband“ verfügte. Dieser Tötungsprozess wurde von verschiedenen Personen in diversen Arbeitsschritten vollzogen. Einige SS-Männer waren dafür verantwortlich die Häftlinge in den Auskleideraum zu bringen, andere holten das Zyklon-B aus der Lagerapotheke, wieder ein anderer SS-Mann schüttete das Zyklon-B in den Einfüllapparat oder schaltete den Ventilator ein, um das Gas in die Kammer zu befördern und SS-Ärzte waren dann für die Feststellung des Todes der Häftlinge verantwortlich. Für den Transport der Toten in den Leichenraum und das Verbrennen im Krematorium waren Funktionshäftlinge zuständig. Es war alles unter einem Dach vereint: Auskleideraum, Gaskammer, Leichenraum und Krematorium. Durch die Aufteilung des Tötungsprozesses auf mehrere SS-Männer, konnten diese bei ihrer Teilnahme am Tötungsfließband ihr „gutes Gewissen“ erhalten, wie sie auch später vor Gericht schilderten (Vgl. Freund, 1997: 211f.).

Der SS-Apotheker Dr. Erich Wassitzky gab vermutlich den Anstoß für die Anfertigung eines Lastkraftwagens zur Vergasung von Mauthausener Häftlingen, der bereits im Frühjahr 1942 zum Einsatz kam. Auf einer Strecke von fünf Kilometern wurde dieser „Sonderwagen“ zur

Vergiftung von schwachen, kranken oder arbeitsunfähigen Häftlingen genützt. Hauptsächlich wurde der „Sonderwagen“ vom SS-Unterscharführer Hartl gelenkt, aber auch der Kommandant Ziareis, der Apotheker Dr. Wassitzky oder der Lagerarzt Dr. Krebsbach fuhren mit dem Mordwagen (Vgl. Maršálek, 2006: 269ff.).

Insgesamt starben mehr als 90.000 Häftlinge im KZ Mauthausen, jedoch ist unklar wie viele tatsächlich gezielt ermordet wurden und wie viele an den Folgen der grauenhaften Bedingungen und der Zwangsarbeit verstarben (Vgl. Perz/ Skriebeleit, 2014: 122).

3.3. Mühlviertler Hasenjagd

Als „K-Häftlinge“ wurden im KZ Mauthausen Häftlinge bezeichnet, die mittels „Hinrichtung durch Erschießung“ getötet werden sollen. Das „K“ stand für „Kugel“. Ein Großteil dieser „K-Häftlinge“ waren sowjetische Kriegsgefangene, die in der Baracke 20 des Konzentrationslagers Mauthausen untergebracht waren. Diesen Häftlingen wurde keine Häftlingsnummer zugeteilt, sie waren vom übrigen Lager isoliert und wurden von einer Steinmauer und einem Starkstromstacheldraht umzäunt. Sie erhielten unregelmäßig kleine Essensrationen, mussten am Holzfußboden schlafen und eine ärztliche Versorgung stand ihnen nicht zu. Die „K-Häftlinge“ wurden in Mauthausen nicht zur Arbeit hergezogen, sondern sie wurden zu Tode misshandelt. Nachdem die Häftlinge ihre täglichen „Leibesübungen“ wie Robben, Gänsemarsch oder Springen vollzogen hatten, mussten sie bei jedem Wetter noch vor der Baracke stehen bleiben. Um sich warm zu halten, stellten sich die „K-Häftlinge“ ganz Nah aneinander, sodass sie sich beim Auf-und Ab-Hüpfen aneinander rieben. Vermutlich hatten 17 sowjetische Offiziere bei dieser täglichen Tätigkeit unbemerkt ihre Flucht geplant. Bevor dieser Plan aber in Tat umgesetzt werden konnte, wurden sie verraten. Dies führte zur Erschießung von 25 Blockinsassen, unter anderem auch der drei Hauptorganisatoren des Aufstandes. Dennoch führten sie einige Tage später, in der Nacht vom 1. auf den 2. Februar 1945, ihren Plan durch. Der Blockälteste und einige Stubenbedienstete wurden stranguliert. Mit herausgerissenen Fußbodenbrettern aus den Baracken und mit Feuerlöschern griff man den östlichen Bewachtungsturm an und eroberte diesen. Nasse Kleidungsstücke und Decken dienten zum Kurzschließen der stromführenden Stacheldrähte. Viele „K-Häftlinge“ kamen bei diesem Kampf schon ums Leben beziehungsweise waren Hunderte bereits zu erschöpft, um nach der Überwindung der Mauer weiter-zu-flüchten. Die erschöpften oder zurückgebliebenen „K-Häftlinge“ wurden noch in der Nacht des Ausbruches von SS-Männern getötet. Die SS-Lagerleitung startete unverzüglich eine Großfahndung. Bis zu drei Wochen lang beteiligten sich fast alle Mitglieder

des SS-Kommandanturstabes, Beamte der Gendarmerie, Wehrmachtseinheiten, Angehörige der NSDAP, SA-Abteilungen von Oberdonau und auch Hitlerjugend-Gruppen an der Suche nach den entflohenen Häftlingen. Alle an dieser Fahndung Beteiligten hatten die Weisung, aufgespürte „K-Häftlinge“ nicht mehr lebend ins Konzentrationslager zurückzubringen. In der Umgebung von Mauthausen wurden ungefähr 100 ausgebrochene Häftlinge aufgegriffen und sofort erschossen. Von fast 500 „K-Häftlingen“ schafften es nur 17 bis 19 Flüchtlinge komplett zu entfliehen und zu überleben. Die SS bezeichnete diese Suchaktion als „Mühlviertler Hasenjagd“. (Vgl. Maršálek, 2006: 341ff.). Diese „Mühlviertler Hasenjagd“ bezeugt aber auch die aktive Anteilnahme der zivilen Bevölkerung an der Tötung entfloher Mauthausner-Häftlinge (Vgl. Kepplinger, 1997: 239f.). Nicht nur SS-Männer, sondern auch einige nationalsozialistische Bauern aus der Umgebung erfreuten sich an der Ermordung durch Genickschuss der nicht geflüchteten und im Block zurückgebliebenen kranken Häftlinge. Man beglückwünschte sich sogar lachend zu den mörderischen „Heldentaten“ (Vgl. Maršálek, 1950: 31).

3.4. Die letzten Tage

In den letzten Kriegsmonaten machten sich einige SS-Angehörige Gedanken über ihre Untaten im KZ Mauthausen und deren mögliche Folgen. Viele sehnten einen unerwarteten Sieg durch die Wunderwaffe oder auch einen Bruch unter den Alliierten herbei. Manche versuchten eine Beziehung zu namhaften Häftlingen aufzubauen und andere besorgten sich falsche Personalausweise und machten sich aus dem Staub wie beispielsweise der SS-Offizier Anton Streitwieser. Einige hielten aber weiterhin an ihrer Meinung fest, nur „im Dienst fürs Vaterland“ gehandelt zu haben (Vgl. Maršálek, 2006: 131).

Nachdem Auschwitz nach der Annäherung der Roten Armee im Jänner 1945 evakuiert worden war, trieb man viele Häftlinge bei Eiseskälte in einem dreitägigen Marsch zu Bahnhöfen und brachte sie beispielsweise nach Mauthausen. Aufgrund der fürchterlichen Verhältnisse starben bereits viele am Weg in das KZ. Da in einem notdürftig errichteten Zeltlager nicht alle Platz fanden, mussten einige nachts draußen übernachten (Vgl. Kopetzky, 2002: 176).

Im April 1945 wurden noch Minimum neun Massenvergasungen durchgeführt. Am 28. April 1945 vollzog man die letzte nationalsozialistische Vergasung in einem Konzentrationslager, sprich im KZ Mauthausen. Danach entfernte die SS die technischen Einrichtungen wie etwa die Gasleitungsrohre, wodurch die Wandverkleidung beschädigt und neue Fliesen eingesetzt wurden. Diese neuen Fliesen sind heute noch gut ersichtlich (Vgl. Maršálek, 2006: 267f.).

In der Nacht auf den 20. April 1945 kam eine Lastwagenkolonne vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes erstmals aus Genf mit Lebensmittelpaketen in das KZ Mauthausen und nahm 756 weibliche Häftlinge mit sich in die Schweiz. Diese Aktion führte zu dem Irrglauben, dass keine Vernichtungen mehr stattfinden würden. Bis zum 25. April wurden hingegen noch 650 Häftlinge von der SS vergast (Vgl. Maršálek, 2006: 385ff.).

Ende April 1945 trieb die SS mehr als 15000 Häftlinge, größtenteils ungarische Juden, in das Auffanglager Gunskirchen bei Wels. Tausende starben jedoch bereits auf dem „Todesmarsch“. Alle Zurückgefallenen tötete man sofort mit einem Kopfschuss. Dieser Todesmarsch wurde von der umliegenden Bevölkerung verabscheut (Vgl. Kopetzky, 2002: 176).

Am 2. Mai 1945 gewährte Ziareis dem Vertreter der dritten Lastwagenkolonne des Internationalen Roten Kreuzes, Louis Haefliger sich in einer SS-Baracke niederzulassen. Nach dem Frühaufbruch am 3. Mai verließen SS-Angehörige und SS-Formationen das Konzentrationslager Mauthausen und eine Einheit der Wiener Feuerschutzpolizei übernahm die Bewachung des Lagers. Da ein Feuerschutzmann einen Häftling beim Überklettern des Stacheldrahtzaunes anschoß und sich das Häftlingslager allmählich auflöste, versuchte das Internationale Komitee die innere Verwaltung des Lagers zu übernehmen, aber ohne Erfolg. Daraufhin fuhr Haefliger mit einem Personenauto und einer Rot-Kreuz-Fahne nach Linz, um dort mit der US-Armee in Kontakt zu treten. Er schaffte es, zwei US-Panzerbesatzungen nach Mauthausen zu leiten. Mehrere US-Panzer trafen am 5. Mai 1945 auf die Stellungen der Lager-SS ungefähr sechs Kilometer von KZ Mauthausen entfernt, wo es zu einem Gefecht kam, bei dem sich die SS ergab. Die Marktgemeinde Mauthausen war somit befreit und ein Großteil der SS-Angehörigen wurde in amerikanische Gefangenschaft genommen. Ebenfalls am 5. Mai 1945 erreichte Haefliger als Befreier mit zwei US-Panzerspähwagen zu Mittag die Torflügel des Konzentrationslagers Mauthausen. Die anwesenden Angehörigen der Wiener Feuerschutzpolizei kamen in Kriegsgefangenschaft. Bis zur endgültigen Ankunft amerikanischer Soldaten der 11. Panzerdivision der dritten US-Armee, geleitet von Colonel R. R. Seibel, am 7. Mai 1945 sicherten bewaffnete Häftlinge das Lager. Aufgrund der Kritik des amerikanischen Kommandanten R. R. Seibel am kommunistisch dominierten Internationalen Komitee, meldeten sich einige befreite Häftlinge als offizielle Vertreter und somit wurde es als Internationales Mauthausen-Komitee umbenannt (Vgl. Maršálek, 2006: 396ff.).

4. KZ-Gedenkstätten

4.1. Gedenken und Erinnern

Erinnerung folgt dem Prinzip der Auswahl, welches einen Komplex von Pflichten oberster Verbindlichkeit darstellt, die absolut nicht vergessen werden dürfen. Vergangenheit ist eine soziale Rekonstruktion, die durch Erinnerung geschaffen wird, da man sich auf die Vergangenheit bezieht. Damit dieser Bezug aber bewusst hergestellt werden kann, darf die Vergangenheit nicht komplett verloren gegangen sein, aufgrund des Vorhandenseins von Zeugnissen. Diese Zeugnisse müssen wiederum über eine kennzeichnende Differenz zur augenblicklichen Gegenwart verfügen (Vgl. Assmann, 2005: 31f.). Der einzelne Mensch ist das Subjekt von Erinnerung, aber dieses Subjekt ist abhängig von den Rahmenbedingungen, die seine Erinnerung arrangieren (Vgl. Assmann, 2005: 36). Nicht nur einzelne Subjekte, sondern ganze Gesellschaften benötigen die Vergangenheit um sich vor allem selbst zu definieren (Vgl. Assmann, 2005: 132f.). Die Gemeinschaften streben nach Kreation und Sicherung von Orten, die nicht nur Lokalitäten für ihre Interaktion bieten, sondern die als Symbole für Anhaltspunkte ihrer Erinnerung und ihrer Identitäten stehen (Vgl. Assmann, 2005: 39. Zitiert nach Cancik/Mohr, 1990: 312).

„Überspitzt könnte man sagen, Vergangenheit entsteht erst dadurch, daß [sic] sie erzählt, aufgeschrieben und dargestellt wird, ob in Denkmälern oder an Gedenktagen, in Dokumentationen, wissenschaftlichen Deutungen oder in epischen Werken“ (Reichel, 1995: 19). Vergangenheit ist laut dem Soziologen Maurice Halbwachs eine kulturelle Schöpfung, die sich aus dem Bezugsrahmen und Sinnbedürfnissen der momentanen Gegenwart zusammensetzt (Vgl. Assmann, 2005: 48). Das individuelle und kollektive Erinnern kann somit nicht nur als eine „Aufbewahrung“, sondern eher als eine „Konstruktionsarbeit“ angesehen werden. Die NS-Zeit stellt dabei über Generationen hinweg eine problematische und umstrittene Erinnerungslast dar (Vgl. Reichel, 1995: 18ff.). Nach der militärischen Zerschlagung des Nazi-Systems wollten viele ÖsterreicherInnen nicht nur den fröhlichen Empfang dieses Systems vergessen. Eine Erinnerung an die Beteiligung der einheimischen Nazis und Nicht-Nazis an den organisierten Verbrechen war nicht erwünscht (Vgl. Safrian, 2002: 175). Laut Theodor W. Adorno will man die Vergangenheit vergessen, da es sich schwer in Erinnerung an das Vergangene leben lässt und weil es zur Anwendung eines Prinzips kommt, bei dem man die Schuld wieder mit Gewalt (Todesurteile) aufzulösen versucht. Dennoch sollte man sich der Vergangenheit stellen, weil diese noch sehr lebendig in der Gesellschaft vertreten ist. Es kann schließlich nicht mit Sicherheit gesagt werden, dass der Nationalsozialismus mit Hitlers Dritten Reich untergegangen ist und dass die Bereitschaft zu

solchen Gräueltaten nicht trotz allem in einigen Menschen fortlebt (Vgl. Adorno, 1996: 555). Simon Wiesenthal bestätigt Adornos Aussagen: „Wir müssen uns an alles erinnern, was geschehen ist. Man sagt, die Geschichte wiederholt sich. Ich glaube, daß [sic] die Fehler, die man macht, sich wiederholen. Und das sollten wir verhindern“ (Koelbl, 1989: 270). Das Vergangene kann erst als „aufgearbeitet“ angesehen werden, wenn die Ursachen dieser Vergangenheit beseitigt wurden (Vgl. Adorno, 1996: 572).

Das Gedenken in Form von einer Verknüpfung und Vermittlung der Zeiten dient zur Orientierung sowohl in der Gegenwart als auch in der Zukunft und hängt nicht nur von den zeitlichen, sondern auch von den politischen Verhältnissen ab (Vgl. Reichel, 1995: 26).

4.2. Hintergründe

Nachdem die Konzentrationslager von den Besatzungsmächten in Deutschland als Internierungslager oder im Osten auch als „Speziallager“ für Nationalsozialisten verwendet worden waren, ließ man die Lager meist abreißen. In den 1960er Jahren wandelte sich dieses Bild und man begann in der BRD mit der Errichtung der ersten Gedenkstätten (Vgl. Wippermann, 1999: 11f.).

Die Überreste des Holocaust, wie Konzentrationslager, die als Relikte die wahre Begebenheit des Geschehenen beweisen, veranlassen auch eine deutliche Vorstellung von Erzählungen über diese Orte des Schreckens (Vgl. Rüsen, 1998: 331). KZ-Gedenkstätten entsprechen einem Ort mit einem historischen Wert. Um dessen Existenz gewährleisten zu können, müssen ökonomische, materielle, symbolische und politische Investitionen getätigt werden (Vgl. Perz/ Wimmer, 2004: 58). Für die Nachgeborenen erfüllen Gedenkstätten mehrere Funktionen wie Dokumentation, pädagogische und didaktische Lernmöglichkeit, Erklärung und Interpretation, moralischen und politischen Appell und ästhetische Repräsentation (Vgl. Rüsen, 1998: 333).

In Ergänzung zum kognitiven Lernen über die nationalsozialistischen Konzentrationslager, ermöglichen Gedächtnisstätten die Entwicklung von Emotionen in Bezug auf das Gedenken der Opfer (Vgl. Wippermann, 1999: 7).

Die Politiker der Zweiten Republik Österreich streben mit Gedächtnisorten und –tagen nach der Konstruktion einer kontinuierlichen nationalen österreichischen Identität (Vgl. Lichtblau, 1997: 145).

4.3. Ziele und Funktionen

KZ-Gedenkstätten erfüllen mehrere wertvolle Aufgaben. „Einerseits sind sie ein Ort des Gedenkens, ein Ort des Trauerns für Angehörige und Überlebende, andererseits haben sie die aufgrund der aktuellen Tendenzen immer wichtiger werdende Aufgabe der historischen Wissensvermittlung als Lernort, der einen ständigen Bezug zur Gegenwart herstellt“ (Bauer/ Eiter/ Mernyi, 2015: 26). Somit sollte eine KZ-Gedenkstätte nicht nur das Leiden der Opfer darstellen, sondern auch auf die Motive der TäterInnen aufmerksam machen. Darüber hinaus sollten auch die Methode und der Aufbau der Herrschaftssysteme und die gesellschaftliche Konstellation reflektiert werden. Durch die Auseinandersetzung mit KZ-Gedenkstätten und deren Vorgeschichte sollte eine Sensibilisierung bezüglich der Bedrohung der Menschenrechte in der heutigen Zeit herbeigeführt werden. Vor allem jungen Leuten sollte dort eine persönliche „Zivilcourage“ als bedeutendstes Instrument zur Bekämpfung von menschenfeindlichen Bewegungen vermittelt werden (Vgl. Bauer/ Eiter/ Mernyi, 2015: 26f.). Gedenkstätten spiegeln die politische Selbstdarstellung einer Nation und dienen auch als Anhaltspunkt für das kollektive Gedächtnis. Gedenkstätten sind nicht nur Lernorte, sondern auch Friedhöfe für die Getöteten, die kein Grab haben. Des Weiteren erforschen und dokumentieren sie die Geschichte der Tatorte und gewährleisten folglich die Erinnerung an die NS-Verbrechen und deren zahlreiche Opfer (Vgl. Haug/ Kößler, 2009: 80f.).

In Bezug auf die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit Österreichs und um der Opfer dieser Zeit zu gedenken, setzen Gedenkdienstleitende unzählige Aktivitäten an Gedenkstätten in aller Welt. Dies zeigt jedoch auch, dass dieser zeitgeschichtliche Teil persönlich und gesellschaftlich nicht abgeschlossen werden kann. Somit sollte es auch zukünftig reichliche Initiativen als Fortführung des Gedenkdienstes geben (Vgl. Wulz, 2002: 145).

4.4. Denkmäler

„Ein Denkmal ist ein sichtbares Zeichen zur Erinnerung an vergangene Ereignisse oder (meist verstorbene) Personen“ (Gärtner, 2008). Ziel eines Denkmals ist es bestimmte Bestandteile der Vergangenheit nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Es gibt verschiedene Kategorien von Denkmälern, wie beispielsweise Kriegsdenkmäler, die zur Erinnerung an gefallene Soldaten dienen, oder eben Denkmäler an Gedenkstätten (Vgl. Gärtner, 2008).

Denkmäler entsprechen symbolisch der Vergangenheit und ihre lokalen Plätze verorten unser historisches „Bewusstsein“ im Gedächtnis. Wenn wir uns an die Vergangenheit erinnern wollen, nehmen wir die Denkmäler bewusst wahr. Wenn wir aber unsere Geschichte ausklammern wollen, sind diese Denkmäler nicht mehr präsent. Denkmäler symbolisieren den

Umgang einer Gesellschaft mit ihrer Geschichte, da sie kulturelle und öffentliche Identitäten widerspiegeln (Vgl. Riesenfellner, 1997: 386f.).

4.5. KZ-Gedenkstätte Mauthausen

Mauthausen ist für Österreich heutzutage ein fundamentaler Ort der Erinnerung an die nationalsozialistische Vergangenheit. Ungefähr 100.000 Personen kamen zwischen Sommer 1938 und Mai 1945 im Konzentrationslager Mauthausen ums Leben. Die Überreste des Konzentrationslagers Mauthausen, wie der Steinbruch, die Todesstiege, das Krematorium, die Gaskammer oder das Lagertor, entsprechen einem archäologischen Ort des nationalsozialistischen Regimes. Das Vorhandensein dieser historischen Relikte verleiht der Gedenkstätte Authentizität. Es stellt einen Tatort der NS-Verbrechen, einen Leidensort, einen Ort des Todes und gleichzeitig auch einen Lernort dar (Vgl. Perz, 2006: 11f.).



Abbildung 2: Das Lagertor der KZ-Gedenkstätte Mauthausen (11.5.2018).

Bereits wenige Tage nach der Befreiung des Konzentrationslagers erfolgte die erste größere

Feier auf dem Gelände des Lagers. Diese Befreiungsfeier wurde ehemaligen Häftlingen aus der Sowjetunion als Abschiedsfeier gewidmet und wies schon Elemente späterer „offizieller“ internationaler Befreiungsfeiern auf (Vgl. Perz, 2006: 52f.).

In der unmittelbaren Nachkriegszeit nahmen ehemalige Häftlinge Dokumente der damaligen SS-Verwaltung oder auch Einrichtungen des Stammlagers mit, wie beispielsweise Teile der Gaskammer. Um die Verbreitung von Seuchen zu vermeiden, haben die amerikanischen Truppen Zelt- und Krankenlager und das Nebenlager Gusen II sofort nach der Befreiung in Schutt und Asche gelegt (Vgl. Fiereder, o.J.: 3).

Mauthausen wurde von den sowjetischen Besatzern verwaltet. Im Frühsommer 1947 übergab die Sowjetunion das Lager an die Republik Österreich. Im Herbst 1948 erhielt das Innenministerium die Verantwortung für das ehemalige KZ aufgrund des Beschlusses des Kriegsgräberministeriums. Die oberösterreichische Landesregierung war maßgeblich bei der Einrichtung der Gedenkstätte involviert (Vgl. Perz, 2006: 21).

Als das Lager in eine Gedenkstätte umgewandelt wurde, riss man auch weitgehend Baulichkeiten ab, da man die Kosten zur Erhaltung sparen beziehungsweise finanzielle Mittel für die Gedenkstätte durch den Verkauf von Baracken sicherstellen wollte. Folglich war

bereits vor der Übergabe 1947 eine große Anzahl von Objekten des ehemaligen Konzentrationslagers nicht mehr vorhanden (Vgl. Perz/Wimmer, 2004: 63).

In vielen Zeitungen bezeichnete man das Konzentrationslager Mauthausen als „landfremd“, „unösterreichisch“ und dass es nicht zur österreichischen Kultur gehören würde und daher auch keine „Konservierung“ notwendig sei. Ein weiterer Grund weshalb die Gedenkstätte abgelehnt wurde, war die von den Zeitungen vertretene Meinung, die Baulichkeiten des ehemaligen Lagers sollten anderweitig genutzt werden. (Vgl. Perz/Wimmer, 2004: 64).

Im Vergleich zu zahlreichen anderen vormaligen Konzentrationslagern wurde das ehemalige KZ-Mauthausen äußerst früh in eine Gedenkstätte umgewandelt. Dieser frühe Prozess wurde durch die Selbstpräsentation Österreichs als Opfer des NS-Regimes begünstigt (Vgl. Perz/Wimmer, 2004: 67).

Ab 1948 wurden in der Gedenkstätte Gedenktafeln, Denkmäler, diverse Objekte von Staaten oder anderen nationalen Gruppen sowie von Einzelpersonen ergänzt (Vgl. Fiereder, o.J.: 10).

1949 wurde die KZ-Gedenkstätte Mauthausen eröffnet und Mauthausen wurde als „Öffentliches Denkmal“ unter den Schutz des österreichischen Denkmalschutzes gestellt. Darüber hinaus ist die KZ-Gedenkstätte Mauthausen durch eine blau-weiße Tafel als „Kulturdenkmal“ gekennzeichnet und entspricht somit laut der Haager Konvention einem schutzwürdigen Kulturgut. Die Gedenkstätte ist aber auch als Ganzes ein Friedhof, da die Asche, der im Krematorium verbrannten Leichen beim Lager verstreut wurde. Ab 1960 errichtete man auch Friedhöfe im Inneren des ehemaligen KZ. Seit den 1970er Jahren gab es eine von Hans Maršálek zusammengestellte zeitgeschichtliche Ausstellung, welche die Gedenkstätte auch zu einem „öffentlichen Museum“ machte. Bis zu 200.000 BesucherInnen besichtigen jährlich die Gedenkstätte, ungefähr die Hälfte davon sind Jugendliche, die im Zuge ihres Studiums oder des schulischen Geschichtsunterrichts hierher-kommen (Vgl. Perz, 2006: 13f.). 1960 verwies der Wiener Stadtschulrat als erste Schulbehörde aufgrund des 15. Jahrestages der Befreiung auf die Möglichkeit von historischer und politischer Bildung im Zuge von Besuchen von Schulklassen in Mauthausen. Ein weiterer Grund für das Aufkommen der Schulklassenthematik wäre die Tatsache, dass es nun eine junge heranwachsende Generation gab, die nicht selbst mit dem Nationalsozialismus in Berührung gekommen war (Vgl. Perz, 2003: 265). Mit Beginn der 1970er Jahre stieg nicht nur die Anzahl der BesucherInnen von Haupt- und Mittelschulen an, sondern sowohl für das Bundesheer als auch für die Polizei und Gendarmerie stellte Mauthausen einen bedeutenden Ort für politische Bildung dar (Vgl. Perz, 2003: 302).

In der Gedenkstätte Mauthausen wurden zahlreiche Nationalstaaten durch die Errichtung nationaler Denkmäler repräsentiert. Für Österreich wurde jedoch kein eigenes nationales Denkmal aufgestellt, da man der Meinung war, dass die Bestimmung des ehemaligen Konzentrationslagers zum „Öffentlichen Denkmal“ bereits als Andenken für die ermordeten österreichischen Häftlinge diene. Generell wurde das frühere SS-Gelände als Denkmalforum verwendet. Diese Auswahl erweckte den Anschein der Ausklammerung des „Täterortes“ Mauthausen, schließlich wurde auch die SS-Siedlung nicht in die Gedenkstätte integriert (Vgl. Perz, 2003: 236f.).

Die Republik Österreich versuchte durch die Selbstdefinition als „erstes Opfer“ des NS-Regimes und durch einen Versuch der Abgrenzung zu Deutschland mit einer nationalen österreichischen Identität das ehemalige KZ als Wahrzeichen österreichischer Martyrologie zu definieren. In anderen besetzten Ländern wie beispielsweise Polen ging man ebenso vor. Die Alliierten ließen dies zu, was sich vor allem durch die Bereitschaft der Sowjetunion zur Übertragung des vormaligen Lagers an Österreich verdeutlichte. Im Vergleich zu den Konzentrationslagern in Deutschland, die über mehrere Jahre als Kasernen, Wohn-, Flüchtlings- und Internierungslager verwendet wurden, hatte Mauthausen keine derartige „doppelte Geschichte“, abgesehen von der Einquartierung sowjetischer Soldaten für ein paar Monate (Vgl. Perz, 2006: 15).

Österreich strebte nach einer Verdeutlichung der „Opferthese“ im Zuge der 20-Jahrfeier des Wiederaufbaues der Republik 1965 und veranlasste deshalb, neben den Bemühungen ehemaliger Häftlinge, erst 1970, einundzwanzig Jahre nach der Einweihung der Gedenkstätte, die Eröffnung der zeitgeschichtlichen Ausstellung. Die „Opferthese“ wurde aber durch die Waldheim Affäre in den 1980er Jahren in Frage gestellt (dies wird in den darauffolgenden Kapiteln ausführlicher beschrieben), das führte in der Folge auch zu einem Wandel im Umgang mit der Gedenkstätte. Der Beitritt zur Europäischen Union 1995 trug ebenfalls durch eine Neupositionierung zu Veränderungen bei (Vgl. Perz, 2006: 15). In den 1990er Jahren wurde Mauthausen zu einem Beweisstück für die Partizipation Österreichs am Nationalsozialismus (Vgl. Perz, 2006: 236). Am 11. November 1997 fasste das österreichische Parlament aufgrund des europäischen Anliegens, sich an die Opfer des Nationalsozialismus mit einem Gedenktag zu erinnern, folgenden Beschluss: „Der 5. Mai – der Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen – möge in Österreich im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus als Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus begangen werden (...)“ (Perz, 2003: 313. Zitiert nach Präsident des Nationalrates, 21.10.1997).

Mauthausen entspricht heutzutage einem „Schaufenster, in dem das offizielle Österreich bei den jährlichen Befreiungsfeiern gegenüber der internationalen Öffentlichkeit die geleisteten Aufarbeitungsschritte ausstellen kann“ (Perz, 2006: 30).

Mit 1. Jänner 2017 wurde die KZ-Gedenkstätte Mauthausen durch das Gedenkstättengesetz in eine gemeinnützige Bundesanstalt transformiert (Vgl. Kniefacz/ Vorberg, 2017: 113).

5. Kriegsverbrecherprozesse

Gleich nachdem das Konzentrationslager Mauthausen befreit worden war, startete die US Army mit einer Untersuchungskommission die Aufnahme von Aussagen von ehemaligen Häftlingen für die späteren Kriegsverbrecherprozesse. Diese aufgenommenen Aussagen wurden dann im Nachhinein als „Taylor Report“ bekannt (Vgl. Holzinger, 2015: 74).

Laut dem § 13 Abs. 2 des Kriegsverbrechergesetzes vom 26. Juni 1945 gilt es als nationalsozialistisches Kriegsverbrechen, wenn „der Täter aus nationalsozialistischer Gesinnung oder aus Willfährigkeit gegenüber Anordnungen gehandelt hat, die im Interesse der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft oder aus nationalsozialistischer Gesinnung ergangen sind“ (Garscha, 2002: 864). Bei nationalsozialistischen Kriegsverbrechen wurde eine Mindeststrafe von 10 Jahren verordnet, wenn jedoch eine Person körperliche Schäden durch das Verbrechen erlitt, wurde lebenslanger Kerker verhängt, ebenso wie bei wiederholten verbrecherischen Befehlen. Im Falle des Todes einer Person, wurde die Todesstrafe erteilt. Es gab aber auch Personengruppen, die bereits alleine durch ihre Funktion, für Misshandlungen und Quälereien zur Verantwortung gezogen wurden. Zu diesen Personengruppen, die mit dem Tod ihre gerechte Strafe erhalten sollten, zählten Lagerführer, deren Stellvertreter, Kommandanten und andere leitende Funktionäre von Konzentrationslagern, Beamte in führenden Positionen bei der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) oder vom Sicherheitsdienst (SD), Mitglieder des Volksgerichtshofes oder auch Oberreichsanwälte und deren Stellvertreter beim Volksgerichtshof (Vgl. Garscha, 2002: 866ff.).

Die West-Alliierten gaben sich zur Entnazifizierung der Gesellschaft nicht mit den Kriegsverbrecherprozessen zufrieden, da hiermit nur die Führungsspitzen und geschnappten SS-Mörder zur Rechenschaft gezogen wurden. Durch einen großen administrativen Aufwand erstellten die US-Behörden ein kompliziertes System von Kammern zur Entnazifizierung, die eine Einstufung der Schuld und Mitschuld anhand der NSDAP-Mitgliedschaft und Funktion im NS-Regime vollzogen (Vgl. Steinacher, 2017: 43).

Simon Wiesenthal gründete und leitete das Dokumentationszentrum des Bundes Jüdischer Verfolgter des Naziregimes, um auch VerbrecherInnen und ZeugInnen ausfindig zu machen, da er mit der Einstellung der Amerikaner nicht ganz übereinstimmte. In einem Interview schildert er die Kriegsverbrecherprozesse folgendermaßen: „Für mich hat jeder Fall und jeder Prozeß [sic] drei Dimensionen: eine juristische Dimension, eine historische Dimension und eine erzieherische. [...] man kann das nicht bestrafen, wie man es hätte bestrafen müssen. Aber diese Leute sollten nicht als Unschuldige sterben“ (Koelbl, 1989: 268).

Zwischen 1945 und 1949 war eine (Aus-)Reise für Deutsche und ÖsterreicherInnen fast unmöglich, da die Alliierten die Zonengrenzen stark kontrollierten. Trotzdem gelang vielen Tätern zwischen 1946 und 1950 eine Flucht nach Übersee, die 1948 ihren Höhepunkt erreichte. Diese Fluchtbewegung der Nationalsozialisten kam 1950 mit dem Ende der Entnazifizierung zu einem Stillstand. Insgesamt soll es ungefähr hundert österreichischen Nationalsozialisten und NS-Verbrechern gelungen sein, nach Übersee zu flüchten (Vgl. Steinacher, 2017: 44ff.).

Die Provisorische Regierung richtete nach Kriegsende Volksgerichte ein, um NS-Verbrechen und Vergehen gegen das kürzlich erlassene NS-Verbotsgesetz und Kriegsverbrechergesetz zu ahnden. Diese Gerichtsbarkeit wurde anhand von zwei Berufsrichtern und drei Schöffen vollzogen. Ungefähr 2000 Personen wurden wegen NS-Gewaltverbrechen verurteilt. Darunter gab es bis 1948 auch Todesurteile (Vgl. Forsthuber, 2015: 72). Das Volksgericht Wien war nicht nur für Wien, Burgenland und Niederösterreich verantwortlich, sondern auch für die russische Besatzungszone, welche das oberösterreichische Mühlviertel mit einschließt. Zusätzlich zum Linzer Volksgericht, fanden somit auch einige Verhandlungen zu den Verbrechen im KZ Mauthausen im Wiener Volksgericht statt (Vgl. Garscha, 2002: 862). Bei dem Großteil der Personen, die von den Volksgerichten verurteilt wurden, kam es zu einer frühzeitigen Entlassung, erhebliche Zeit vor dem Ablauf der verhängten Strafen. Diese Strafminderung war rechtlich jedoch schwer nachzuvollziehen (Vgl. Garscha, 2002: 878). In einem Interview gesteht auch Bruno Kreisky: „[...] einige sind freigesprochen worden, weil man von Menschen dreißig Jahre nach Kriegsende nicht mehr verlangen konnte, sich vorzustellen, daß [sic] ihre Väter Kriegsverbrecher waren“ (Koelbl, 1989: 144).

Am 20. Dezember 1955 wurden aufgrund des Verfassungsgesetzes die Volksgerichte aufgehoben. Somit waren die gewöhnlichen Geschworenen- und Schöffengerichte für die Urteilssprüche gegen ehemalige NS-Täter zuständig (Vgl. Neugebauer, 2000: 60).

In den 1960er und 1970er Jahren wurden mehrere Angeklagte von den Geschworenen in Wien freigesprochen, obwohl diese teilweise in anderen Ländern eigentlich zum Tode

verurteilt waren oder nachweislich Wehrlose getötet hatten (Vgl. Safrian, 2002: 196). Von 1975 bis im März 2000, als ein Prozess gegen den Euthanasie-Arzt Heinrich Gross geführt wurde, fanden keine Gerichtsverhandlungen mehr bezüglich nationalsozialistische Verbrechen statt (Vgl. Garscha, 2002: 880). Inoffiziell kam es 1975 unter Dr. Christian Broda, der zu diesem Zeitpunkt Justizminister war, zur Einstellung der Ahndung aller NS-Verbrechen. Generell wurden die Geschworenenfreisprüche mit dem großen Zeitabstand begründet, da dieser (angeblich) zu ungenauen und zweifelhaften Zeugenaussagen führte (Vgl. Neugebauer, 2000: 60).

6. Opfermythos

6.1. Definition von „Opfer“ und „Mythos“

Laut Duden kann „Mythos“ folgendermaßen definiert werden: „Person, Sache, Begebenheit, die (aus meist verschwommenen, irrationalen Vorstellungen heraus) glorifiziert wird, legendären Charakter hat“ (Duden Online, o.J. a). Laut Assmann kann man Mythos auch als fundierte Geschichte bezeichnen. Vergangenheit entspricht nämlich einem Mythos, der als fundierte Geschichte verinnerlicht und verfestigt wird, egal ob es sich um Fiktion oder Fakten handelt. Ein Mythos ermöglicht eine Orientierung über sich selbst und in seiner Umwelt. Ein Mythos bezieht sich auf die Vergangenheit und erhellt durch diesen Bezug die Gegenwart und folglich die Zukunft (Vgl. Assmann, 2005: 75ff.). Mythen bestimmen die Erinnerungen, welche besonders wichtig sind in Bezug auf das entfachte und gefestigte Bestreben zum Miteinander-leben in einer Gemeinschaft. Mythen haben eine identitäts- und sinnstiftende Eigenschaft, die auch bei der Erinnerungskultur mit einfließt (Vgl. Keil, 2009: 34). Als ein Opfer im nationalsozialistischen Sinn kann „jemand, der durch jemanden, etwas umkommt, Schaden erleidet“ (Duden Online, o.J. b) charakterisiert werden.

6.2. Moskauer Deklaration

Die Grundlage für die Moskauer Deklaration legte England. Der Berufsdiplomat Geoffrey W. Harrison erarbeitete im Frühjahr 1943 in dem Memorandum „Die Zukunft Österreichs“ Ansatzpunkte für die Nachkriegsplanung von England und den Alliierten. Am 19. Oktober 1943 fand die erste Konferenz in Moskau statt. Die drei Außenminister Anthony Eden (England), Cordell Hull (USA) und Wjatscheslaw Molotow (Sowjetunion) thematisierten Österreich nur am Rande, nämlich nur als „Anhängsel“ der Deutschlandfrage. Es wurde festgelegt, dass Österreich eine Verantwortung trage, da es sich am Krieg an Deutschlands Seite beteiligt hatte (Vgl. Stourzh, 1975: 11ff.). Trotz Mitverantwortung am Krieg, wurde

Österreich hier als das „erste Opfer“ von Hitler betitelt. Österreich sollte aber dennoch seinen eigenen Beitrag zur Befreiung leisten (Vgl. Knight, 1994: 81). Der Annex 6 der Niederschrift der Moskauer Konferenz enthielt die am 1. November unterzeichnete Österreich-Erklärung. Somit stand die Wiederherstellung der österreichischen Unabhängigkeit als eines der Kriegsziele der Alliierten fest (Vgl. Stourzh, 1975: 15. Zitiert nach FR, 1943, I: 749ff.). Laut der Proklamation über die Selbstständigkeit Österreichs erachtete man in der Moskauer Deklaration „[...] den Anschluß [sic], der Österreich am 15. März 1938 von Deutschland aufgezwungen worden ist, als null und nichtig. Sie geben ihrem Wunsch Ausdruck, ein freies und wiederhergestelltes Österreich zu sehen und dadurch dem österreichischen Volke selbst, [...], die Möglichkeit zu geben, diejenige politische und wirtschaftliche Sicherheit zu finden, die die einzige Grundlage eines dauerhaften Friedens ist“ (StGBI 1/1945).

Die Regierungen der Sowjetunion, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten bewerteten also alle Maßnahmen des Dritten Reiches nach dem „Anschluss“ als völkerrechtlich illegal und als Unterwerfung Österreichs. Somit wurde Österreich keine Verantwortung in dieser Zeit zugeschrieben und dessen staatliche, politische und zivilrechtliche Handlungen galten gänzlich als ungültig. Diese Deutung der Moskauer Deklaration ermöglichte es den ÖsterreicherInnen und vor allem den PolitikerInnen, Österreich als Opfer zu erachten und jede Mitverantwortung von sich zu weisen. Die österreichischen PolitikerInnen witterten darin eben die ideale Chance, Österreich aus einer misslichen Lage zu manövrieren und die Wiederherstellung eines selbständigen Staates zu gewährleisten (Vgl. Möller, 2015: 26). Die Alliierten hatten während des Krieges versucht einen österreichischen Widerstand im Untergrund aufzubauen. Diese Versuche scheiterten jedoch aufgrund von Verrat oder Misserfolg, da die Bereitschaft zum Widerstand in Österreich gering war. Die ÖsterreicherInnen litten nicht im gleichen Maß Terror oder Verfolgung, wie beispielsweise die Polen, Südslawen oder Italiener, unter denen der Widerstand viel stärker war. Darüber hinaus war das Nationalgefühl der ÖsterreicherInnen nicht ausgeprägt genug, damit ein bedeutender Widerstand gegen die Nationalsozialisten organisiert werden konnte (Vgl. Knight, 1994: 80f.). In der Proklamation über die Selbstständigkeit Österreichs 1945 erklärt man sich mit Bedauern das großräumige Scheitern des österreichischen Widerstandes durch die „Entkräftung unseres Volkes und Entgüterung unseres Landes“ (StGBI 1/1945).

Im Vergleich zu Deutschland fühlte sich die Republik Österreich nicht dazu verpflichtet eine „Wiedergutmachung“ beziehungsweise eine Entschädigung zu leisten, sondern man veranlasste 1945 lediglich Fürsorgemaßnahmen für frühere politische Widerstandskämpfer. Das erste Opferfürsorgegesetz wurde am 17. Juli 1945 beschlossen. Es wurde aber erst

bedeutend später durchgeführt, was darauf schließen lässt, dass Österreich in Bezug auf die Moskauer Deklaration nachweislich auf seinen Beitrag zur Befreiung verweisen wollte und weniger die Fürsorge für die Opfer im Fokus hatte (Vgl. Bailer, 1993: 25ff.).

Das zweite Opferfürsorgegesetz von 1947 war ebenfalls noch weit von einer Wiedergutmachung entfernt, da nur wenige Betroffene eine Unterstützung für ihren Lebensunterhalt erhielten, welche nicht von einem großen Ausmaß war (Vgl. Bailer, 1993: 45). Erst ab dem 21. Nachtragsgesetz zur Opferfürsorge von 1970 konnten auch die Opfer, die beispielsweise sechs Monate lang zum Tragen des Judensterns gezwungen worden waren, Entschädigungsleistungen fordern (Vgl. Bailer, 1993: 144f.).

Die österreichischen PolitikerInnen ließen sich öfter unter Druck der Besatzungsmächte von Maßnahmen zur Entschädigung und Unterstützung der Opfer der NS-Verbrechen überzeugen, jedoch kam es bei der Entnazifizierung zu zahlreichen Konflikten mit den Alliierten. Die TäterInnen, Mitschuldigen und MitläuferInnen erhielten insgesamt eine erheblich bessere Behandlung von der Republik Österreich als die eigentlichen Opfer des NS-Regimes (Vgl. Bailer, 1993: 255ff.). Eine tatsächliche „Wiedergutmachung“ fehlte beziehungsweise fehlt den meisten Opfern in Österreich noch bis heute (Vgl. Bailer, 1993: 281).

„Erinnerungen an die Opfer, deren persönliches Auftreten, ihr mahnendes ‚Niemals vergessen‘ konterkarieren die mühsam aufrecht erhaltende Verdrängung des eigenen Schuldbewusstseins [sic] und werden dementsprechend aggressiv abgelehnt“ (Bailer, 1993: 280).

In Bezug auf die Präambel zum Staatsvertrag war die Verantwortlichkeitsklausel der Moskauer Deklaration bei allen entworfenen Plänen der Alliierten von bedeutender politischer und juristischer Relevanz (Vgl. Stourzh, 1980: 28).

6.3. Auswirkungen des Opfermythos

Im Rot-Weiß-Rot-Buch wird der Einmarsch der Deutschen Wehrmacht am 12. März 1938 folgendermaßen geschildert (1946: 5):

„In treuer Erfüllung seiner europäischen Friedensfunktion hatte Österreich fünf Jahre lang dem übermächtigen Druck der nationalsozialistischen Aggression standgehalten. Sein – unter damals gegebenen Verhältnissen – unvermeidlicher Fall war der Dammbruch, durch den sich die Elemente der braunen Sintflut über ganz Europa ergießen sollte. Ihr erstes von der Welt im Stiche gelassene Opfer war Österreich.“

Darüber hinaus spricht man im Rot-Weiß-Rot-Buch auch davon, „daß [sic] Österreich überdies noch zu schweren Blutopfern in dem ihm verhaßten [sic] Hitlerkriege gezwungen wurde“ (1946: 7).

Laut diesem Opfermythos sei die Euphorie nach dem Anschluss durch baldige Ernüchterung erloschen. Verbrecherische Gestapo-Angehörige und preußische Gauner hätten Österreich überfallen. Die ÖsterreicherInnen hätten sich eigentlich möglichst bald vom Nationalsozialismus und der großdeutschen Idee abgewandt. Unter Obhut der Nazis sei man jedoch dem österreichischen Nationalbewusstsein und dem Verständnis für Demokratie treu geblieben und hätte sich quasi widersetzt (Vgl. Knight, 1994: 80).

Durch die deutsche Besatzung nach dem Anschluss 1938 wurde der Staat Österreich tatsächlich als Völkerrechtssubjekt unfähig zum Handeln, erhielt dann 1945 seine Souveränität zurück und 1955 erst in vollem Ausmaß. Die ÖsterreicherInnen, welche sich am Nationalsozialismus beteiligt oder dessen Verbrechen toleriert hatten, waren aber zu dieser Zeit und auch später in Österreich (Vgl. Bailer-Galanda, 2002: 58).

In der österreichischen Politik zielte man darauf ab, sich mit einem hergeleiteten Mythos durch die Moskauer Deklaration aus der Verantwortung für den Völkermord und für die Verbannung österreichischer Juden zu stehlen. Dieser Mythos besagt, dass Österreich das erste Opfer von Hitler und seinem NS-Staat gewesen wäre (Vgl. Lichtblau, 1997: 145).

Nach 1945 wollte sich Österreich klar von Deutschland abgrenzen und eine Staatsideologie charakteristisch für Österreich entwickeln. Man strapazierte dadurch die Opferthese und verwandelte die Täterrolle in eine Nebensache. Eine frühzeitige Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit wurde von Österreich ausgeklammert, da es „der Staatsräson widersprochen und einer wie auch immer gearteten Nachfolgeschaft Österreichs vom Dritten Reich Nahrung gegeben hätte“ (Gehler, 1997: 128).

Die Selbstdarstellung Österreichs als „erstes Opfer“ des Nazi-Regimes wurde als Rechtfertigung für das Wirtschaftswachstum in der NS-Zeit herangezogen, welches durch den Einsatz von Zwangsarbeit, Kriegsgefangenen oder KZ-Häftlingen in der „Ostmark“ zustande kam. Dieser wirtschaftliche Boom setzte sich in der Nachkriegszeit fort. Man wollte diesen jedoch nicht mit der NS-Arbeitskräftepolitik in Zusammenhang bringen, da man auf dem alleinigen „Wiederaufbau“ und auf der Wirtschaftshilfe der Amerikaner beharrte (Vgl. Freund/ Perz, 2002: 684f.).

Dieser Opferbegriff wurde ausgeweitet, da quasi alle Opfer waren, sogar die ehemaligen österreichischen Nationalsozialisten wurden als Opfer der Entnazifizierungsmaßnahmen der Alliierten angesehen, während die eigentlichen NS-Opfer in Vergessenheit gerieten (Vgl.

Bailer-Galanda, 2002b: 887). Dem Holocaust fielen aber nicht nur Juden und Jüdinnen zu Opfer, auch zwei Drittel der ungefähr 12.000 österreichischen Roma und Sinti wurden ermordet. Die überlebenden Roma und Sinti erkannte man mehrere Jahrzehnte lang nicht als Opfer an. Den HeimkehrerInnen aus den Konzentrationslagern wurde keine Hilfe zurück ins normale Leben gewährt. Man schloss sie auf wirtschaftlicher und staatlicher Ebene aus und verminderte sogar ihre Existenzmöglichkeiten (Vgl. Rieger, 1997: 191).

Österreich entschloss sich aber freiwillig dazu, für die Opfer, die für ein freies und demokratisches Österreich gekämpft hatten, und deren Angehörigen zu sorgen. Dieser Gedankengang war 1947 die Basis für das „Opferfürsorgegesetz“, bei dem jedoch nur wenige tatsächlich eine Unterstützung erhielten und erst durch jahrelange Bemühungen mehr Personen in Frage kamen. Die WiderstandskämpferInnen wurden aber hier meist gegenüber anderen Opfern bevorzugt (Vgl. Neugebauer, 2000: 61).

In Bezug auf die Identität in der Nachkriegszeit fungierte die Opferthese ebenfalls als Basis. Man hinterfragte diese These aus österreichischer Sicht nicht und die Alliierten befürworteten dies sogar. Das Konstrukt des Opfermythos bröckelte jedoch durch die Existenz der überlebenden Opfer, insbesondere der JüdInnen. Viele von ihnen lebten allerdings nicht mehr in Österreich und konnten somit schwer diesen Mythos zunichtemachen. Der „Judenstaat“ Israel, der 1948 gegründet wurde, akzeptierte die „Moskauer Deklaration“ und die damit verbundene Opferthese, lehnte eine Wiedergutmachungszahlung ab und sprach Österreich sozusagen frei. Der Staat Israel unterschied Österreich eindeutig von Deutschland, einzelne israelische Politiker, Journalisten und vertriebene, österreichische Juden sahen aber in den 1950er Jahren Österreich als „unmoralisch“ an, da die ÖsterreicherInnen sich zu keiner Schuld bekannten im Vergleich zu Deutschland. 1967 wurde weiterhin auf eine Thematisierung der Täterrolle und auf ein Hinterfragen der Opferthese verzichtet, man stellte stattdessen einen Vergleich zwischen dem bedrohten Israel von 1967 und dem (ebenfalls überfallenen und bedrohten) Österreich von 1938 her und belegte und rechtfertigte diese These sogar damit. Erst bei der Bundespräsidentenwahl 1986 wurde durch die Reaktion einiger PolitikerInnen auf den World Jewish Congress (WJC) die österreichische Identität als erstes Opfer von Nazi-Deutschland weltweit angezweifelt. Kurt Waldheim verbreitete antisemitische Stereotype, wie beispielsweise „Christusmörder“, „ehrlöse Gesellen“ oder „jüdische Weltverschwörung“. Israel selbst war erneut eher zurückhaltend im Vergleich zu den israelischen Medien. Diese „Waldheim-Affäre“ brachte die Opferidentität zum Kollabieren. Nun war Österreich gezwungen mit 50 Jahren Verspätung seine Beziehung zum Staat Israel und zum Judentum zu bereinigen. Mit dem Beginn der 1990er Jahre wurde dies

durch ein diplomatisches Verhalten mit Staatsbesuchen von zahlreichen Ministern, von Bundeskanzler Vranitzky und Bundespräsident Klestil teilweise in die Tat umgesetzt (Vgl. Embacher/ Reiter, 1997: 168ff.). Am 8. Juli 1991 hielt Franz Vranitzky, der damals Bundeskanzler in Österreich war, eine Rede vor dem Nationalrat, in der er über die Rolle Österreichs im Nationalsozialismus sprach und dabei auch die Verantwortung vieler ÖsterreicherInnen für NS-Verbrechen betonte (Vgl. Legerer, 2002: 88). Dies gilt als der offizielle Durchbruch zum Bekenntnis der Mittäterschaft der ÖsterreicherInnen am NS-Regime und an den verübten Verbrechen. 1995 wurde daher ein neues Verfassungsgesetz zur Gründung des Nationalfonds Österreichs für NS-Opfer beschlossen, das erstmals auch wirklich alle Opfer der nationalistischen Verbrechen mit einbezog, wie beispielsweise zuvor diskriminierte Homosexuelle oder Euthanasieopfer. Es wurden schließlich auch die Zwangsarbeiter entschädigt (Vgl. Neugebauer, 2000: 62).

7. Nachkriegszeit in Österreich

7.1. Unabhängigkeitserklärung und der Staatsvertrag

Die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Österreichs war ein Resultat der Deutschlandpolitik der Alliierten, da sie eigentlich auf die Schwächung Deutschlands abzielten (Vgl. Stourzh, 1980: 3).

Zahlreichen ÖsterreicherInnen war nicht bewusst, ob sie den Mai 1945 als Niederlage oder Befreiung wahrnehmen sollten. Das Wort „Nationale Befreiung“ erschien den ÖsterreicherInnen eher als ein Fremdwort (Vgl. Wodak et al., 1994: 24. Zitiert nach Bluhm, 1973: 52ff.). Der berühmte Satz von Leopold Figl „Österreich ist frei“ wurde nicht 1945 verkündet, sondern 1955. Der Nationalfeiertag wird ebenfalls am 26. Oktober anstatt am 8. Mai gefeiert, da man sich an diesem Tag über die Befreiung von den befreienden Alliierten erfreut, mit der Österreich komplett unabhängig wurde (Vgl. Hausjell/ Langenbacher, 2005: 17). Durch das Kriegsende wurde die Verwaltung Österreichs mit erheblichen Problemen, wie Besetzung durch fremde Staaten, Rekonstruktion der Wirtschaft, Entnazifizierung von ungefähr 500 000 ehemaligen Mitgliedern oder Entschädigung der nationalsozialistischen Opfer konfrontiert. Die problematische Zeit wurde als „Wiederaufbau“ kaschiert (Vgl. Wodak et al., 1994: 24f.).

Die provisorische Regierung, die nach dem Einmarsch der Roten Armee in Wien von dieser beauftragt wurde, rief am 27. April 1945 die Zweite Republik aus. Der erste Staatskanzler der Zweiten Republik war Karl Renner (Vgl. Knight, 1994: 81).

Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Ing. Leopold Figl wurde nach den Wahlen im November 1945 auch von den Alliierten anerkannt. Im Jänner 1946 diskutierten die amerikanischen Diplomaten in Wien über einen „Friedensvertrag“ mit Österreich, der jedoch nicht in Frage kam, da Österreich als Staat keinen Krieg gegen die Alliierten geführt hatte. Dennoch wurde ein anderer Vertrag besprochen, nämlich einer der die Unabhängigkeit Österreichs bezeugte und die Relation zu anderen Staaten regulierte (Vgl. Stourzh, 1975: 20. Zitiert nach FR, 1946, V: 285). Die österreichische Bundesregierung vertrat öffentlich die Meinung, dass Österreich aus völkerrechtlicher Sicht von 1938 bis 1945 nicht existiert und folglich nicht am Krieg partizipiert hatte. Die österreichischen Politiker und Diplomanten waren bei den Verhandlungen um einen Staatsvertrag Österreichs darum bemüht, die (Mit-) Schuld der ÖsterreicherInnen abzustreiten und versuchten auch Österreichs Beteiligung an der Befreiung zu beweisen. Um dies zu unterstreichen, wurde von der Bundesregierung das „Rot-Weiß-Rot-Buch“ herausgegeben, für das erstmals nach Dokumenten zur NS-Zeit geforscht wurde (Vgl. Bailer/ Neugebauer, 1993: 4).

Besonders als Bundespräsident setzte sich Karl Renner für den Abschluss eines „Staatsvertrages“ anstatt eines „Friedensvertrages“ ein. Figl präsentierte am 15. Jänner 1947 im Nationalrat ein 16-Punkte-Programm für die Richtlinien des Abschlusses eines Staatsvertrages. Bereits am Tag darauf fand die erste Sitzung, von insgesamt 260-Sitzungen der Sonderbeauftragten (oder Stellvertreter der Außenminister) zur Vorbereitung des Staatsvertrages statt (Vgl. Stourzh, 1975: 27f.). Darin wurde beispielsweise die Wiederherstellung der österreichischen Unabhängigkeit in den von 1937 vorherrschenden Grenzen, die Ahndung von Kriegsverbrechen, der österreichische Eintritt in die Vereinten Nationen, der Rückzug der Besatzungsmächte oder die Weigerung, Reparationszahlungen zu leisten aufgelistet (Vgl. Stourzh, 1980: 20).

In Bezug auf die Reparationsleistungen wurde Österreich herausgenommen, da Österreich laut Stalin keine eigene Armee im Krieg hatte. Dies wurde schlussendlich am 1. August 1945 bei der Potsdamer Konferenz beschlossen, bei der ebenfalls die Zuteilung von deutschem Eigentum im Ausland erfolgte. In Österreich sollten die jeweiligen Besatzungsmächte der Zonen das deutsche Eigentum erhalten (Vgl. Stourzh, 1975: 37f. Zitiert nach FR, 1945, Bd. 2: 1484f.). Bei den Moskauer Beratungen vom März bis April 1947 wurde dank des amerikanischen Außenministers George Marshall (der Byrnes abgelöst hatte) das Deutsche Eigentum zu einem Hauptthema bezüglich des Staatsvertrages. Sein Vorschlag war es bei einer Nichteinigung diese Sachlage der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNO) vorzulegen. Molotow schlug daraufhin vor, dass sich eine Vertragskommission der Alliierten

in Wien zusammenfinden sollte, um dort noch alle offenen Vertragsbedingungen, wie etwa die jugoslawischen Ansprüche, zu klären. Der Außenministerrat willigte in den Gegenvorschlag von Molotow ein (Vgl. Stourzh, 1980: 39f.)

Durch einen Bruch zwischen Belgrad und Moskau Ende Juni 1948 erreichte der Kalte Krieg in Europa seinen drastischsten Punkt, was auch einen Umbruch in den Staatsvertragsverhandlungen herbeiführte. Der Nachfolger von Molotow als sowjetischer Außenminister, Andrej Wyschinski, trat nicht mehr für eine Unterstützung der jugoslawischen Ansprüche auf Gebiet- und Reparationszahlungen ein (Vgl. Stourzh, 1980: 54ff.). Am 2. April 1953 übernahm Julius Raab als neuer Bundeskanzler die Regierung und brachte frischen Wind in die Staatsvertragsverhandlungen durch eine Entkrampfung des Verhältnisses zur Sowjetunion und durch neue Initiativen auf österreichischer Seite. Dies führte zu einem Rückzug fast aller Franzosen aus ihrer Zone sowie einer starken Truppenreduktion der Engländer. Die Inspektion des Telegraf-, Brief- und Telefonverkehrs wurde ebenfalls von den Alliierten für ganz Österreich aufgehoben (Vgl. Stourzh, 1980: 81ff.).

Ende Jänner 1954 fand die Berliner Außenministerkonferenz statt, bei der hauptsächlich wieder die deutsche Frage diskutiert wurde, aber auch der Staatsvertrag Österreichs stand auf der Tagesordnung. Hierfür luden die Alliierten dieses Mal sogar eine österreichische Regierungsdelegation ein, auf Wunsch Österreichs als gleichberechtigter Verhandlungspartner teilnehmen zu dürfen. Man konnte sich jedoch nicht auf einen geeigneten Staatsvertrag einigen, da Molotow (der nach Stalins Tod wieder sein Amt übernommen hatte) nicht umzustimmen war, weder von der österreichischen noch von der westlichen Seite (Vgl. Stourzh, 1975: 96ff.). „Die Logik war auf seiten [sic] Österreichs, das Durchsetzungsvermögen auf seiten [sic] Rußlands [sic]“ (Stourzh, 1975: 99).

Am 8. Februar 1955 kam es zu einer Wende bei den Staatsvertragsverhandlungen durch die Übergabe des Amtes des Ministerpräsidenten der Sowjetunion von Malenkow zu Bulganin. Außenminister Molotow verkündete zugleich vor dem Obersten Sowjet, dass eine Aufschiebung des Staatsvertragsabschlusses nicht gerechtfertigt sei (Vgl. Stourzh, 1975: 103). Am 11. April 1955 trat die österreichische Regierungsdelegation dann die Reise zu Gesprächen nach Moskau an. Man einigte sich im „Moskauer Memorandum“ auf eine Neutralität, wie sie in der Schweiz gepflegt wurde. Die Unabhängigkeit und die Freiheit Österreichs wurden von sowjetischer Seite zugesichert. Nur der Abzug der Besatzungsgruppe sorgte anfangs für verstärkte Diskussion, aber auch hier willigte Molotow schlussendlich auf den spätesten Abzugstermin, den 31. Dezember 1955 (Dreimonatsfrist), ein (Vgl. Stourzh, 1975: 112ff. Zitiert nach Kindermann, 1955: 32ff.). Bei der Wiener Botschafterkonferenz, die

von 2. bis 12. Mai 1955 stattfand, einigte man sich über das Deutsche Eigentum. Somit konnte man zur eigentlichen Konferenz, der Außenministerkonferenz am 14. Mai in Wien, übergehen. Auf Wunsch vom Außenminister Figl wurde dabei der Absatz, der die Verantwortung Österreichs aufgrund der Teilnahme am Krieg thematisierte, aus der Präambel des Staatsvertrages gestrichen. Am 15. Mai 1955 kam es im Oberen Belvedere zur Unterzeichnung des Staatsvertrages durch die Außenminister Figl, Molotow, Macmillan, Dulles und Pinay (Vgl. Stourzh, 1975: 119ff.). Am 26. Oktober 1955 wurde im Nationalrat das Bundesverfassungsgesetz über die Neutralität Österreichs beschlossen, es war der erste Tag nach der Räumungsfrist für die Besatzungstruppen (Vgl. Stourzh, 1975: 125).

Nach Abschluss des Staatsvertrages verlor man das Interesse an den zuvor hervorgehobenen österreichischen WiderstandskämpferInnen. Man wollte zuvor für den Staatsvertrag den Bestimmungen der Moskauer Deklaration gerecht werden, da diese ein gewisses Maß an österreichischen KämpferInnen gegen das Nazi-Regime verlangte. Danach wurde man als vormaliger WiderstandskämpferIn oder Opfer des Nationalsozialismus argwöhnisch beäugt (Vgl. Langbein, 1997: 15).

7.2. Entnazifizierung

Anfangs versuchten die Amerikaner durch einen umfangreichen Fragebogen ehemalige Nazis unter der erwachsenen Bevölkerung ausfindig zu machen, jedoch kam der Großteil der Bevölkerung nicht der Pflicht zur Ausfüllung des Fragebogens nach. Anhand der ausgewerteten Fragebögen wurden auch einige aus ihren Ämtern entlassen. Ab dem Februar 1946 wurde die Aufgabe zur Entnazifizierung an Österreich übergeben. Die sowjetische Besatzungsmacht führte Verhaftungen eher willkürlich durch, wie beispielsweise wenn es zu einem Streit zwischen einer Person und der Roten Armee gekommen war. Ansonsten mischten sich die Sowjets nicht in die Entnazifizierung der ÖsterreicherInnen ein (Vgl. Garscha, 2002: 855ff.).

Bezüglich der Behandlung der wirklichen Nazis waren sich alle politischen Parteien in Österreich einig. Beim Umgang mit den MitläuferInnen waren die Parteien jedoch unterschiedlicher Meinung. Die ÖVP war der Meinung, dass man alle MitläuferInnen bedingungslos amnestieren sollte, sofern sie das nationalsozialistische Gedankengut nicht verinnerlicht hatten. In der SPÖ erachtete man die Entnazifizierung als einen Prozess der Umerziehung. Ehemalige Nationalsozialisten sollten daher eine Bedenkzeit bekommen und erst danach wieder richtig in die Gesellschaft integriert werden. Die „Nazi-Frage“ führte in der KPÖ am meisten zur Diskussion. Auf der einen Seite trat sie für die strengste Bestrafung

unter den Parteien ein, besonders in Bezug auf die wirklichen Nazis. Auf der anderen Seite setzt sie sich auch für die MitläuferInnen und kleineren Nazis ein (Vgl. Stiefel, 1986: 31).

Im Mai 1945 trat das erste österreichische Entnazifizierungsgesetz in Kraft. Laut diesem Gesetz sollten ungefähr 100 000 „illegale“ NSDAP-Mitglieder aus der Vorkriegszeit inhaftiert werden. Nach dem „Anschluss“ war ein Großteil der Illegalen aber desillusioniert. Die Anzahl der Gnadengesuche war ebenfalls bis Herbst ziemlich gestiegen, sodass zahlreiche Akten dieses Gesetz zu begraben schienen. Die Entnazifizierung ging nicht über die rechtlichen und politischen Verfahren hinaus, da man sich nicht auf einheitliche Kriterien einigen konnte, die einen Nazi ausmachten. Eine Wiedereingliederung der ehemaligen Nazis in die österreichische Gesellschaft funktionierte jedenfalls problemlos aufgrund der Hintertürchen, die das Entnazifizierungsgesetz bot. Um seinen Job wiederzuerlangen oder um erst gar nicht entlassen zu werden, musste ein Nazi für Schutz durch eine der beiden Großparteien ansuchen. Wenn ein besagter Nazi als wichtig oder fähig erachtet wurde, erhielt diese/r auch genügend Unterstützung (Vgl. Knight, 1994: 84ff.). Die von außen diktierte, bürokratisch-formale Entnazifizierung stieß auf eine widerwillige Durchführung und war folglich zum Scheitern verurteilt. Die Umerziehung zum antifaschistisch-demokratischen Denken wurde nicht in die Tat umgesetzt. Ganz im Gegensatz wurde durch die Entnazifizierung eher eine Abneigung gegenüber dem demokratischen Österreich entwickelt. Manche blieben ihrer alten Vorstellung treu oder wandten sich wieder rechtsextremen und nationalsozialistischen Organisationen zu (Vgl. Neugebauer, 2000: 58).

Im Februar 1947 wurde ein zweites Entnazifizierungsgesetz auf Wunsch der Alliierten verabschiedet, das zwischen „Belasteten“ und „Minder-belasteten“ einen Unterschied machte. Die Maßnahmen dieses Gesetzes sahen vor, dass die Nazis durch Verlust ihrer Wohnung oder ihres Arbeitsplatzes, Vermögensabgaben oder auch durch Internierung bestraft werden sollten. Dieses Gesetz wurde zwar anfangs bezüglich dessen Härte kritisiert, wies aber erneut Lücken auf beziehungsweise wurden beide Kategorien deutlich abgeschwächt, sodass auch dieses Gesetz spätestens 1948 scheiterte. Im März 1948 waren eine halbe Million „minderbelasteter“ Nazis wieder berechtigt zu wählen. Der Verband der Unabhängigen (VdU) wurde gegründet, um unzufriedene Nazis aufzunehmen. 1949 war der VdU bei den Wahlen sehr erfolgreich und erzielte 16 Sitze im Parlament. 1953 kam es sogar beinahe zu einer Koalition zwischen dem VdU und der ÖVP. Der Erfolg verblasste wieder und der VdU reduzierte sich auf die Kerngruppe der Reaktionäre, die vor allem in der Provinz (Kärnten) Wurzeln schlugen (Vgl. Knight, 1994: 85f.).

In Folge der NS-Amnestie wurden ab 1957 keine Entnazifizierungsmaßnahmen mehr durchgeführt. Gegenteiliges war der Fall, denn es kam zu Wiedereinstellungen, Vermögensrückstellungen, Gehalts- und Pensionsnachzahlungen, Strafminderung oder Ungültigkeitserklärung von Verurteilungen und alle Verbots- und Sühnemaßnahmen wurden aufgehoben. Im Grunde genommen wurde dadurch die zuvor erfolgte Entnazifizierung rückgängig gemacht. Bis 1956 vertrat der VdU und dann die FPÖ parlamentarisch die Rekonstruktion des deutschnational-rechtsextremen Gedankengutes. Sowohl die Politik als auch die Behörden duldeten die NS-Rechtfertigung und das Abstreiten der Nazi-Verbrechen (Vgl. Neugebauer, 2000: 59f.).

7.3. Waldheim-Affäre

Das Jahr 1988 wurde in Österreich als Gedenkjahr ausgerufen, da in diesem Jahr der 50. Jahrestag des Anschlusses an das Deutsche Reich und der Pogromnacht vom November 1938 war. Die österreichische nationalsozialistische Vergangenheit unterlag nun einer Aufarbeitung und Reflexion. In diesem Gedenkjahr 1988 wurde am 8. Februar auch der Bericht der internationalen Historikerkommission übergeben, welcher die Vergangenheit des österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim in Bezug auf den 2. Weltkrieg thematisierte. Die Diskussion zur nationalsozialistischen Vergangenheit Österreichs war aber bereits im Wahlkampf bei der Wahl zum Bundespräsidenten zwei Jahre zuvor eröffnet worden. Der Grund dafür war die Auseinandersetzung österreichischer und internationaler Medien mit den Kandidaten und dem darauf folgenden Sieger Kurt Waldheim (Vgl. Wodak et al., 1994: 9).

Insgesamt kam der Stein durch die Nominierung von Kurt Waldheim für das Bundespräsidentenamt durch die ÖVP im März 1985 ins Rollen. In der deutschen Wochenzeitschrift Stern wurde erstmals im Oktober auf seine Mitgliedschaft im NS-Studentenbund hingewiesen. Das österreichische Nachrichtenmagazin Profil enthüllte im März 1986 die ersten Dokumente, welche die Wahrscheinlichkeit einer Mitgliedschaft in der SA belegten. Dies wurde auch von identischen Veröffentlichungen vom WJC und der New York Times bestätigt und international bekannt. Waldheim entzog sich aber diesen Anschuldigungen und verwies auf eine „Lügenkampagne“ der SPÖ. Trotz oder sogar wegen dieser Anschuldigungen wurde er von den ÖsterreicherInnen am 8. Juni 1986 zum Bundespräsidenten gewählt. Den Diskussionen zum neuen Bundespräsidenten war dennoch kein Ende gesetzt, Waldheim wurde in den USA auf die „Watch List“ gesetzt und durfte somit nicht mehr einreisen. Um den Beendigungsprozess schließlich in Gang zu setzen,

forderte Waldheim die Bundesregierung zur Beauftragung einer Kommission zur Untersuchung seiner Vergangenheit während des Nazi-Regimes auf. Laut dem Bericht der Internationalen Historikerkommission (IHK) war Kurt Waldheim nicht nachweislich in Kriegsverbrechen involviert. Die IHK stellte jedoch fest, dass er sich im Vergleich zu anderen Offizieren nie kriminellen Befehlen widersetzt hatte, dass er sehr wohl über die widerrechtlichen Handlungen Bescheid wusste und dass er bewusst belastende Fakten vergessen und sein Wissen verleugnet hatte. Die Schuldfrage wurde auf ein Wissen und Nicht-Handeln ausgeweitet. Somit wurde Waldheim eine Mitverantwortung und Mitschuld von Seiten der IHK zugeschrieben. Waldheim verkörperte symbolisch die unzureichende Auseinandersetzung mit seiner persönlichen und der nationalsozialistischen Vergangenheit Österreichs (Vgl. Wodak et al., 1994: 39ff.). Mit der Aussage, nur „seine solidarische Pflicht erfüllt“ zu haben sprach er scheinbar die Mehrheit der österreichischen WählerInnen an. Nur wenige merkten dabei an, dass durch eine solche Aussage diejenigen, welche den Dienst in der Hitler-Armee verweigert hatten, mit einem Pflichtvergessen degradiert wurden (Vgl. Langbein, 1997: 13).

Dieser Wahlkampf veranschaulichte, wie beängstigend real der Antisemitismus noch in Österreich vorhanden war. Juden wurden von bekannten PolitikerInnen als „ehrloses Gesindel“ betitelt und auch Zeitungen, wie die Kronen Zeitung schrieben in vergleichbarer Manier, teilweise wurden auch Wörter aus dem nationalsozialistischen Jargon angewendet (Vgl. Langbein, 1997: 13).

Am Höhepunkt der Feiern zum Gedenkjahr im März 1988 gestand Kurt Waldheim aber ein, dass Österreich sehr wohl moralisch am Nationalsozialismus mitverantwortlich war, seine eigene Mitverantwortung ließ er jedoch außen vor (Vgl. Botz, 1994: 62).

7.4. Kollektive Identitäten

Identitäten stehen im Zusammenhang mit „Geschichtlichkeit“, denn das Wissen über das „Woher“ und „Wohin“ ist essentiell. Diese Identitäten bauen aber auch auf einen Prozess der Integration und Segregation auf (Vgl. Ardelt, 1994: 280f.).

Zu den politischen Opfern des nationalsozialistischen Regimes zählte man die Sozialdemokraten und die Christlich-Sozialen in abweichenden Dimensionen. Der Opferstatus der Juden und Jüdinnen wurde zwar nicht negiert, jedoch verharmloste man die öffentliche Wahrnehmung durch die Beschreibung „passiv zu Schaden gekommen“. Somit reifte eine neue österreichische Identität heran basierend auf Inklusion und dem Ausschluss von bestimmten Opfer(gruppen). Das neue Österreich-Bewusstsein bedeutete gleichzeitig

einen Geschichtsverlust aufgrund der selektiven Beschaffenheit des kollektiven Gedächtnisses, gepaart mit der Nichtanerkennung der tatsächlichen Verantwortung (Vgl. Stögner, 2008: 62).

In der Zweiten Republik war Bruno Kreisky durch seinen betriebenen „Versöhnungsdiskurs“ der Hauptprotagonist der österreichischen Identität. Dieser Versöhnungsdiskurs ist durch die Verleugnung und Verdrängung der Vergangenheit charakterisiert, anstatt diese mittels Aufarbeitung zu bewältigen. Der Großteil der ÖsterreicherInnen verehrte ihn, da er Jude war und sich trotzdem antisemitisch äußerte. Darüber hinaus machte er sich trotz seines Nazi-Opferstatus gleichzeitig für eine Abwehr der Schuld und Erinnerung stark und legitimierte folglich die Schuld. Durch die Verehrung Kreiskys war die Überwindung des Schattenreiches von Diktatur und der damit verbundenen Genozide möglich und man konnte somit geradewegs an das Märchen der guten alten Zeit anknüpfen. Infolgedessen wird die kollektive österreichische Identität nicht durch eine Verantwortung gegenüber den Opfern der Nationalsozialisten gekennzeichnet, sondern mittels eines Schlusstriches zur Gegenwart wird diese Identität durch eine Unbeschwertheit im Umgang mit der Vergangenheit geprägt. Kreisky und andere österreichischen PolitikerInnen sahen in der tatsächlichen Aufarbeitung der Vergangenheit eher ein Risiko des „Aufbrechens alter Wunden“, welches dann eine (Wieder)-Belebung des Antisemitismus nach sich ziehen würde (Vgl. Stögner, 2008: 64ff.).

8. Schuldfrage

„Schuld bedeutet [...] etwas ‚angestellt‘ zu haben, zugelassen zu haben, was geschehen ist; sie gibt das Gefühl, sich frei entschieden zu haben, als hätte man anders handeln können“ (Hauer, 1997: 35). In der Proklamation über die Selbstständigkeit Österreichs wird dieses Gefühl von freier Entscheidungsmöglichkeiten negiert, da Hitler „[...] das macht- und willenlos gemachte Volk Österreich in einen sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg geführt hat, den kein Österreicher jemals gewollt hat, jemals voraussehen oder gutzuheißen instand gesetzt war, zur Bekriegung von Völkern, gegen die kein wahrer Österreicher jemals Gefühle der Feindschaft oder des Hasses gehegt hat, [...]“ (StGBI 1/1945).

Hinter den nationalsozialistischen Verbrechen stand eine riesige Bürokratie mit staatlichen Mitteln und die Schuldigen versuchten sich gerade vor Gericht oft als „winzige Rädchen“ in diesem Getriebe darzustellen. Diese Räder und Rädchen des Nazi-Getriebes waren aber auch Täter und somit Menschen, die für ihre weitreichenden Taten auch verantwortlich waren (Vgl. Arendt, 1992: 17). Anhand des Prozesses gegen den ehemaligen SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann (in Linz aufgewachsener gebürtiger Deutscher, der in Wien der Leiter der

Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Österreich war und auf dessen Anweisung Menschen ins Vernichtungslager gebracht wurden), der 1961 in Jerusalem stattfand, wird deutlich, dass die Nationalsozialisten im Dritten Reich eigentlich gesetzestreue BürgerInnen waren. Hitlers Befehle entsprachen der „Gesetzeskraft“, sprich der Befehl des Führers war der Schwerpunkt der vorherrschenden Rechtsordnung. Die Taten der Nationalsozialisten könnten, so wurde behauptet, erst im Nachhinein als Verbrechen angesehen werden. Somit seien auch die Bekenntnisse zur Schuld der VerbrecherInnen in den Nachkriegsjahren problematisch (Vgl. Arendt, 1992: 52ff.). Besonders bei den Strafprozessen spielte daher der „Befehlsnotstand“ eine maßgebende Rolle. Hier versuchten sich nicht nur die untergeordneten Organe darauf auszureden, sondern auch auf der Seite der Verteidigung bei den Nürnberger Prozessen wurde damit argumentiert. Anhand dieser Argumentationslinie hätte es überhaupt nur einen einzigen Verantwortlichen gegeben, nämlich Adolf Hitler. Der deutsche Autor Adalbert Rückerl hat in einer umfangreichen Nachuntersuchung „Die Strafverfolgung der NS-Verbrechen 1945-1978“ das Gegenteil belegt. Mittels Dokumenten der NS-Behörden und vor allem der SS konnte er aufweisen, dass ein tatsächlicher Notstand bezüglich angeordneter Misshandlungen und Tötungen in Konzentrationslagern und auch auf den Transporten nur vereinzelt oder gar nicht für die Befehlsübermittler oder Befehlsempfänger gegeben war (Vgl. Markus, 1986: 154f.).

In Bezug auf die Gräueltaten im Nationalsozialismus trifft Bruno Kreisky in einem Interview den Nagel auf den Kopf: „Den Holocaust in Kauf zu nehmen, ist bereits ein Verbrechen“ (Koelbl, 1989: 144). Jedoch waren die ÖsterreicherInnen nicht nur an der Hinnahme der nationalsozialistischen Verbrechen maßgeblich beteiligt, denn laut Simon Wiesenthal beteiligten sich ÖsterreicherInnen wesentlich an der Hälfte der Verbrechen. Seiner Berechnung zufolge entsprach der Bevölkerungsanteil der ÖsterreicherInnen im Großdeutschen Reich rund achteinhalb Prozent, dabei nahmen aber die österreichischen Nazis Schlüsselpositionen ein und machten sich somit für einen großen Teil der Verbrechen verantwortlich (Vgl. Koelbl, 1989: 270). Simon Wiesenthal war aber dennoch folgender Meinung: „Die Leute waren normal und wurden durch die Diktatur verändert. Nach dem Kriege wollten sie wieder ins normale Leben zurück, als hätten sie eine Grippe überstanden. Als man ihnen in der Kleiderkammer ihre Uniform gegeben hat, haben sie dort ihr Gewissen deponiert“ (Koelbl, 1989: 267). Besonders diese Normalität der Schuldigen war zum Teil erschreckender als die Gräueltaten selbst, da sich die VerbrecherInnen ihrer Schuld nicht bewusst waren aufgrund ihres Gehorsams (Vgl. Arendt, 1992: 326).

Die Zweite Republik versuchte sich 1945 und danach hinter der Opferrolle zu verstecken, um die Schuld an den NS-Verbrechen den Deutschen und Nazis zuzuschieben. Dabei wurde jedoch bewusst außer Acht gelassen, dass sich zwischen 1938 und 1945 zahlreiche ÖsterreicherInnen als Deutsche und sogar als Nazis gefühlt hatten (Vgl. Pelinka/ Weinzierl, 1997: 5).

Die SS-Männer, die von 1938 bis 1945 Adolf Eichmann unterstellt waren, stammten zu einem großen Teil aus Österreich. Sie waren sich sehr wohl bewusst über ihre Taten und vollzogen diese aus eigener Überzeugung. Unpräzise Vorgaben ermöglichten eigenständige Entscheidungen und einige Taten wurden auch ohne Befehle durchgeführt. In dutzenden Fällen entschieden diese SS-Männer über Leben und Tod (Vgl. Safrian, 1997: 225). Diese Wiener Eichmann-Männer verfolgten auch außerhalb ihres „Dienstes“ Menschen, wodurch deutlich wird, dass sie eben nicht nur ihre „Pflicht“ erfüllten. Sie hatten keinen Skrupel, eigene Vorteile aus der Jagd auf ihre Opfer zu ziehen. Die SS-Männer beschlagnahmten beispielsweise die Wohnungen der JüdInnen oder genossen es, ihnen Sklavenarbeit aufzwingen zu können (Vgl. Safrian, 1993: 177f.). Die österreichischen Eichmann-Männer beteuerten, nichts von den Konzentrationslagern gewusst zu haben, jedoch zeigte keiner von ihnen nach Kriegsende Entsetzen oder Betroffenheit über die planmäßige Tötung von zehntausenden Menschen (Vgl. Safrian, 1993: 329).

Österreichische Ärzte waren ebenfalls wesentlich an der Auswahl der NS-Gesellschaft beteiligt. Sowohl die Leistungsfähigkeit und – bereitschaft als auch der Wert der Arbeit und des Erbgutes der PatientInnen wurde von den ÄrztInnen bestimmt. Diese Bestimmung bedeutete für manche das Todesurteil (Vgl. Malina/ Neugebauer, 2002: 707).

In Kriegsgefangenschaft bekannten sich viele Soldaten wieder eindeutig zu ihrer österreichischen Herkunft. Sich als Österreicher zu bekennen kam vielen hier gelegen, um eine bessere Behandlung zu genießen oder um früher entlassen zu werden. Eine Distanz zur Deutschen Wehrmacht wurde bewusst geschaffen und es gab auch Erzählungen, die von einer angeblichen Diskrepanz zwischen österreichischen und deutschen Ansichten innerhalb der Deutschen Wehrmacht handelten (Vgl. Hornung, 1997: 270).

Die Mauthausenprozesse wurden nicht auf österreichischem Boden durchgeführt, sondern wurden von einem US-Militärgericht gemeinsam mit den anderen KZ-Prozessen in Dachau abgehalten. Somit wurde die Tendenz, die Schuld für die NS-Gräueltaten nicht aus österreichischer Sicht zu verantworten, um eben diese ausschließlich Deutschland zuzuschreiben, noch mehr bestärkt (Vgl. Perz, 2006: 45). Man versuchte aber nicht nur die Schuld den Deutschen zuzuschieben, sondern auch den Opfern. Dies zeigt sich in der SWS-

Umfrage 1982, bei der 22 Prozent vollkommen und 57 Prozent zum Teil zustimmten, dass es kein Zufall sei, dass JüdInnen verfolgt wurden und teils selbst daran schuld waren (Vgl. Safrian, 2002: 197. Zitiert nach Journal für Sozialforschung 23 (1): 1983).

Die österreichische Politik versuchte selbstverständlich die Unterschiede zu Nazideutschland zu betonen, da man sich von den Gräueltaten der Nationalsozialisten distanzieren wollte. Der österreichische Anteil der Beteiligten an den nationalsozialistischen Verbrechen stand zumindest in einem ausgewogenen Verhältnis zum Anteil der Deutschen. Zu den bekannteren österreichischen Hauptverbrechern gehörten neben Hitler auch Eichmann, Kaltenbrunner, Stangl oder Seyss-Inquart (Vgl. Wodak et al., 1994: 23f.).

Hitler beschreibt im ersten Band seines Buches „Mein Kampf“, dass er zur Jahrhundertwende in seiner Zeit in Wien zum Antisemiten geworden ist. Er wurde dort nämlich von zwei politischen Antisemiten beeinflusst. Einerseits vom wirtschaftlich-christlichsozialen Antisemitismus, den Karl Lueger repräsentierte und andererseits vom alldeutsch-rassischen Antisemitismus, der von Georg von Schönerer vertreten wurde (Vgl. Weinzierl, 1997: 180).

Die ÖsterreicherInnen beteiligten sich massiv an der „Arisierung“. In der „Reichskristallnacht“ steckten ÖsterreicherInnen Synagogen in Brand und ermordeten JüdInnen. Zahlreiche kleine, namenlose ÖsterreicherInnen, die sich beteiligt hatten, die Verbrechen ermöglicht und die Atmosphäre dafür kreiert hatten, blieben unerwähnt (Vgl. Langbein, 1997: 14). Ein Beispiel dafür wären die „Reibpartien“, bei der SA-Männer in Wien JüdInnen aus ihren Wohnungen zerrten, um sie die Straßen mit Zahnbürsten putzen zu lassen. Die schaulustigen Wiener klatschten bei diesen erniedrigenden Aktionen Beifall oder grölten laut vor einem englischen Journalisten: „Wir danken unserem Führer, er hat Arbeit für die Juden geschafft!“ (Vgl. Weinzierl, 1997: 182). Nach dem „Anschluss“ wurden die Neid- und Hassgefühle der AntisemitInnen aus Wien in den ersten Wochen und Monaten in die Tat umgesetzt und nicht mehr nur auf verbale und schriftliche Artikulation beschränkt. Zehntausende wendeten materielle Gewalt zur Umsetzung persönlicher Interessen an. Im Prinzip konnte sich jede Person als Gestapo-Beamter ausgeben oder mit einer Hakenkreuzbinde um den Arm mit den JüdInnen nach Belieben umspringen, denn die Trennlinie zwischen privatem und amtlichem Terror war nicht mehr existent (Vgl. Safrian, 1993: 29f.). Die österreichischen NationalsozialistInnen übertrumpften in Bezug auf die Verfolgung, Beraubung und Vertreibung der JüdInnen sogar die Deutschen. Zehntausende ÖsterreicherInnen wollten sich an der Herstellung der Arisierung der Gesellschaft beteiligen und partizipierten somit sehr aktiv an der Existenzvernichtung der JüdInnen sowohl in Österreich als auch im gesamten Dritten Reich (Vgl. Safrian, 1993: 48).

In einer Rede weist Kurt Waldheim nicht auf einen österreichischen Antisemitismus hin oder auf die damaligen Verfolgungen in Wien beziehungsweise auf die Ausführung der Rassengesetze. In Bezug auf die Täter spricht er lediglich von ÖsterreicherInnen, die ihren Anteil am Nationalsozialismus und dessen Verbrechen hatten. Dies ist verharmlosend, da die teilweise führende Rolle der antisemitischen ÖsterreicherInnen bei der Judenverfolgung und -vernichtung somit kaschiert wird (Vgl. Wodak et al., 1994: 145).

9. Konstruktivismus

Es gibt grob eingeteilt vier Zugangsmöglichkeiten zum Konstruktivismus: die biologisch-neurowissenschaftliche nach Humberto Maturana, die kybernetische von Heinz von Foerster, die philosophisch-soziologische in der Tradition von Niklas Luhmann und die philosophisch-psychologische konstruktivistische Hypothese nach beispielsweise Ernst von Glasersfeld. Im Sinne von Konstruktivisten ist eine Konstruktion ein Prozess, bei dem Wirklichkeitsentwürfe ausgeformt werden. Diese Wirklichkeitsentwürfe bilden sich nicht zufällig, sondern aufgrund von einer kognitiven, biologischen und soziokulturellen Beschaffenheit, die das natürliche und soziale Umfeld von sozialisierten Individuen erheblich beeinflusst. Individuen können nicht über einen Großteil dieser Beschaffenheit verfügen, folglich kann eine Wirklichkeitskonstruktion nicht als planvoll gesteuerter Prozess angesehen werden. Eine Wirklichkeitskonstruktion wird einem Individuum erst bewusst, wenn beobachtet wird, wie es beobachtet, kommuniziert und auch handelt. Man spricht beim Konstruktivismus oft von einer Theorie der Beobachtung der zweiten Ordnung (Vgl. Schmidt, 1994: 4f.).

„Medienrealität“ entspricht einer Konstruktion, welche operative Bedingungen voraussetzt. Diese Konstruktion nimmt einen Bezug auf andere mediale Angebote oder Kommunikation und lässt unmerklich materielle, wahrnehmungssteuernde Instrumente von Medien einfließen. Medienangebote können nicht als die Reproduktion der Wirklichkeit angesehen werden, da sie als Angebote an kommunikative und kognitive Systeme erachtet werden, welche Wirklichkeitskonstruktionen in die Wege leiten. In einer Gesellschaft, die von Massenmedien geprägt ist, gleicht deren Wirklichkeit der konstruierten Wirklichkeit aufgrund der Verwendung von Medien (Vgl. Schmidt, 1994: 15ff.).

Es gibt auch eine konstruierte soziale Medienwirklichkeit der RezipientInnen, bei der die individuelle Wirklichkeit von den RezipientInnen anhand der Selektion der Medienangebote konzipiert wird. Diese Konstruktion erfolgt durch eine Aufnahme der Nachrichten und durch die Interpretation auf Basis ihres Wissens. Dies wird dann sorgfältig als „Erinnerung“

ausgebildet. RezipientInnen konsumieren zur Orientierung im kontemporären Zeitgeschehen meist verschiedene Medien oder differenzierte Darstellungen (Vgl. Ruhrmann, 1994: 246f.).

Kommunikation wird aus Maturanas Perspektive für Beobachter, sprich Menschen, nicht als eine Instruktionsübermittlung oder instruierende Informationen angesehen, sondern diese koordiniert Handlungen und somit auch das Verhalten anhand von Sprache. Diese Koordination kann eine parallel gekoppelte permanente Veränderung der Strukturen von zwei oder mehreren Beobachtern herbeiführen, worin ein soziales System, also eine Gesellschaft ihren Ursprung hat. Diese Gesellschaft nützt Medien als technisches Mittel, um zu kommunizieren. Die Medien ermöglichen die Erschaffung von konsensuellen Bereichen im Kollektiv, welche man als „Realität“ bezeichnen kann. Innerhalb dieser Realität können wiederum die Handlungen der einzelnen Personen koordiniert werden. Folglich ist die Realität ein Konstrukt der Gesellschaft, welche durch die Beobachtung der Gesellschaft geschaffen wird. Mit gesteigerter Größe und Komplexität der Gesellschaft nimmt auch die Bedeutsamkeit der Medienfunktion zu, da ansonsten eine größere und komplexere Gesellschaft nicht ordnungsgemäß ablaufen würde (Vgl. Krieg, 1991: 131).

Der Philosoph und Biologe Humberto Maturana verdeutlicht auch, dass die Kreation unserer Welt von unserer Gefühlslage abhängig ist und ebenfalls von der Struktur, in der wir uns aufhalten. Da wir in einer Gesellschaft strukturell an andere BeobachterInnen gekoppelt sind, ist es nicht abwegig, dass diese gekoppelten BeobachterInnen übereinstimmende Welten kreieren, welche sich bei einer Abwandlung von deren Strukturen mit verwandeln. Zum Zeitpunkt der Entstehung der Realität wird der/die BeobachterIn als SchöpferIn bewusst ausgeklammert, um die Emotionen bei der Erschaffung auszublenden. Dies veranschaulicht, dass sowohl einzelne Personen als auch die Medien generell von einer Realität ausgehen, die nicht von der psychischen Verfassung der BeobachterInnen abhängig und somit schlichtweg gegeben ist. Dennoch zeigt sich aber eine psychische Beeinflussung der Medien, die sich beispielsweise anhand von Karikaturen verdeutlicht. Medien haben die Möglichkeit die Gefühlslage einer oder mehrerer Gruppen in der Gesellschaft darzustellen. Die Medien gelten dabei aber nicht als Schöpfer dieser Gefühle, da sie sensiblen Detektoren für diese Stimmungen entsprechen und bei der strukturellen Koppelung der einzelnen Personen ihren Beitrag leisten. Folglich kann man davon ausgehen, dass Medien die Realitäten durchaus „vermitteln“, jedoch findet diese „Vermittlung“ unter der Voraussetzung unterschiedlicher emotionaler Realitäten der Zugehörigen einer Gruppe statt (Vgl. Krieg, 1991: 131ff.).

Laut Niklas Luhmann ist es hilfreich, die Welt anhand der Differenz von System und dessen Umwelt zu betrachten. Man geht hier von einem gesamten Sozialsystem der Gesellschaft aus.

Als Umwelt des Sozialsystems wird alles erachtet, was nicht unmittelbar von der Einheit und den Grenzen dieses Systems reproduziert wurde. Operativ sind alle Systeme in eine Umwelt eingeflochten und stehen in einer Abhängigkeit zu ihr. Kognitiv lässt sich das System aber von den entsprechenden eigenen Differenzierungen leiten. Die Auswahl der jeweiligen Differenzierungen, welche die Beobachtung kennzeichnet, wird nie durch die Umwelt bestimmt, sondern durch das System selbst konstruiert. Folglich ist jede Beobachtung eine Konstruktion, abhängig von den Differenzierungen (Vgl. Luhmann, 1993: 7ff.).

Der Konstruktivismus bestreitet nicht die Realität und die Existenz der Welt, betont aber ihren konstruierten Charakter (Vgl. Luhmann, 1993: 57). Der Modus der Wirklichkeitskonstruktion hat die Objektivität als einen regulativen Grundgedanken, dem die JournalistInnen folgen (Vgl. Brukart, 2002: 309f.).

Laut Giambattista Vico verbinden wir alles, was unter „Fakten“ fällt, unbewusst mit einer tatsächlich erfolgten Handlung, da sich der Begriff „factum“ vom lateinischen Verb „facere“ herleiten lässt. Diesen Gedankengang kann man auch auf die deutsche Sprache ummünzen, in der das Wort „Tatsache“ ebenfalls im Akt des „Tuns“ verankert ist (Vgl. Glasersfeld, 1991: 20). Daraus könnte man schließen, dass alles, was selbst gemacht wurde beziehungsweise gemacht wird, den Fakten und somit auch der Tatsache entspricht. Eine Beobachtung gleicht ebenfalls einer Art menschlichen Handels und könnte aufgrund der erläuterten Denkweise folglich auch für wahr und nicht nur konstruiert erachtet werden.

„Die Gesellschaft ist ein operativ geschlossenes, autonomes Kommunikationssystem“ (Luhmann, 1993: 27). Alles, was von der Gesellschaft beobachtet und beschrieben wird, spricht jede Kommunikation, liegt einer Selbstreferenz als Form der Übereinstimmung von Selbst- und Fremdbeschreibung zu Grunde (Vgl. Luhmann, 1993: 27).

Für die öffentliche Meinung sind Medien von zentraler Bedeutung, da die Individuen daraus großteils ihre Auffassung der Meinung anderer beziehen, wenn auch oft nur vage. Medien haben bei der Entstehung der öffentlichen Meinung einen besonderen Einfluss durch die großflächige Erfassung von informeller Kommunikation und durch deren andauernde Berichterstattung, die zu einer Intensivierung der öffentlichen Meinung führen kann (Vgl. Merten/ Westerbarkey, 1994: 202). Franz Ronneberger formuliert dies sehr zutreffend: „In den Massenkommunikationsmitteln wird nicht nur Meinung weitergegeben, sondern auch gemacht“ (Ronneberger, 1971: 46).

10. Sozialisationsfunktion

Sozialisation entspricht einem Vorgang, bei dem Wissen über die gesellschaftliche Wirklichkeit durch Symbolinterpretation und Sprache angeeignet wird. Sie ist aber gleichzeitig auch ein Prozess, in dem die Integration eines Menschen in die Gesellschaft erfolgt. Des Weiteren wird im Vorgang der Sozialisation sowohl Individualität vermittelt als auch Identität und Selbstbewusstsein durch zwischenmenschliche Interaktion geformt (Vgl. Burkart, 2002: 147ff.). Die Sozialisation durch Massenmedien ist dadurch charakterisiert, dass die Sozialisationsimpulse durch ein/e KommunikatorIn nur indirekt über ein Medium, wie eine Zeitung, Wirkung zeigen können (Vgl. Stosberg, 1971: 277). Das System Massenkommunikation erfüllt soziale Funktionen, da im Zuge der Sozialisation nicht nur ein individuelles Lernen vonstattengeht, sondern dabei auch ein gesellschaftsbildender und gesellschaftserhaltender Prozess erfolgt. Die Sozialisationsfunktion gleicht teilweise auch einer sozialen Orientierungsfunktion, da die Versorgung mit zahlreichen Details durch die Massenmedien zur Orientierung in einer feindseligen und unüberschaubarer werdenden Umgebung maßgeblich beitragen. Sie sind uns beim instruktiven Gebrauch von Dienstleistungen und Gütern in einer Industriegesellschaft und beim Ausgleich des Defizits an sozialen Kontakten und Erfahrungen behilflich. Darüber hinaus leisten sie Hilfestellung im generellen Alltag. Anhand der Sozialisation durch Massenmedien werden bestehende gesellschaftliche Rollen, Strukturen und Einstellungen bestätigt und ihr Wandel bezüglich Forderungen und Umweltbedingungen aufgezeigt. Diese Sozialisation inkludiert auch den Wandel des Selbstverständnisses in Bezug auf das gesamte System (Vgl. Ronneberger, 2009: 61ff.). In einem historisch-gesellschaftlichen Kontext wird die Sozialisation anhand der Massenmedien begreiflich. Der Einfluss, den die Sozialisation bewirkt, ist nicht einseitiger Prozess, da die einzelnen Personen eine gesellschaftlich-produzierte Umwelt gestalten und durch diese Umwelt selbst auch Gestalt annehmen. Dies deutet auf die Umkehrbarkeit des Sozialisationsergebnisses und -prozesses hin (Vgl. Schorb/ Mohn/ Theunert, 1982: 603).

Laut Ronneberger werden aufgrund der Sozialisation mittels Massenkommunikation verschiedene Leitbilder, Normen und Werte sowie Verhaltensweisen und Denkmuster, welche die Gesellschaft erhalten und auch vorantreiben, vermittelt (Vgl. Burkart, 2002: 385). Sozialisation führt nicht zwingend zu einem Wandel der Einstellungen oder des Verhaltens, sondern soll hauptsächlich das Verhalten stabilisieren und sichern. Massenkommunikation leistet bei der Sicherung und Stabilisierung einen adäquaten Beitrag. Durch die zunehmende Komplexität der politischen Strukturen und den Zuwachs des Gesellschaftswandels haben die

Massenmedien auch eine politische Bildungsfunktion übernommen. Jede/r StaatsbürgerIn muss nicht nur politische Rollen lernen, zum Beispiel als WählerIn oder Parteimitglied, sondern trägt auch politische Verantwortung. Dies wird zwar durch primäre Sozialisationsinstanzen wie Familie, Nachbarschaft oder Schule vermittelt, jedoch benötigt es auch eine kontinuierliche, aktuelle und rechtmäßige Information durch Massenmedien, um auf dem neuesten Stand zu sein. PolitikerInnen kommunizieren ebenfalls ihre Argumente über die Massenmedien, müssen aber auch mediale Kritik und Kontrolle über ihr politisches und auch privates Auftreten erdulden (Vgl. Ronneberger, 1971: 48ff.). Die politische Kontrolle, die Massenmedien ausüben, weist auf eine Sozialisationsfunktion von Massenkommunikation hin, nämlich auf die Funktion der politischen Sozialisation. Politische Kontrolle und politische Sozialisation gehen Hand in Hand, schließlich ist die politische Kontrolle unverzichtbar für die Gewährleistung von Sozialisationsinhalten (Vgl. Friedrich, 1971: 417f.). In einer Demokratie sind die Massenmedien entscheidend an der Konfrontation mit den rivalisierenden Vorstellungen von Normen beteiligt. Sie kritisieren, befürworten oder schlagen neue Normen vor. Folglich ist Massenkommunikation von einer enormen Bedeutung für die Demokratie, da sie politische Werte vermittelt und gegenüber jeglichen politischen Entscheidungen und Aussagen kritisch eingestellt ist. Eine der Hauptaufgaben der JournalistInnen ist es, politische Missstände aufzudecken. Massenmedien können durch ihre Aussagen diverse Kontrollobjekte direkt zu Handlungen veranlassen. Konkrete Beispiele hierfür wären das Aufgreifen von bestimmten vorherrschenden Unstimmigkeiten sowie unannehmable Bedingungen in Krankenhäusern oder wenn Straßenzustände zu erhöhten Unfallzahlen führen, wo Massenkommunikation auf Sanktionsmaßnahmen hinweist und diese erzielt. Natürlich haben Massenmedien nicht die Sanktionsmöglichkeiten wie die Verwaltung oder die Justiz, dennoch haben sie andere Mittel, um Veränderungen herbeizuführen: Mit Hilfe des Modus der Berichterstattung, die Richtung, welche die Kommentierung, Positionierung und Aufmachung einschlägt als auch durch die Bebilderung und Präzision der Berichte kann das massenmediale System kontrollierende Sanktionen durchführen (Vgl. Friedrich, 1971: 421ff.). Die Wirkung der Massenmedien im Sozialisationsprozess ist umso ausgeprägter, je jünger die RezipientInnen sind (Vgl. Schorb/ Mohn/ Theunert, 1982: 604). Den Massenmedien wird eine qualitative „Objektivität“ zugeschrieben, wodurch den konsumierten massenmedialen Inhalten ein entsprechend hoher Wahrheitsgehalt zugeschrieben wird. Somit können Massenmedien sozialisationsrelevante Auswirkungen erzielen wie beispielsweise die Beeinflussung des Bewusstseins der

RezipientInnen oder die individuelle Festigung von transportierten Ideologien (Vgl. Schorb/ Mohn/ Theunert, 1982: 617).

11. Berichterstattung nach 1945 in Österreich

11.1. Die Rolle der Medien in Bezug auf die Vergangenheit

Die Gesellschaft ist ein soziales System, das sich aus Kommunikation zusammensetzt. Die öffentliche Meinung, welche sich auf die Gesellschaft bezieht, entspricht einem Kommunikationsnetz. Die Darstellung und Festigung der öffentlichen Meinung erfolgt durch Rundfunk und Presse (Vgl. Luhmann, 1993: 172ff.). Medien bieten späteren Generationen die Möglichkeit bereits vergangene Ereignisse zu beobachten. Dadurch erweitert sich das Wissen erheblich. Die lebendigen Erinnerungen werden durch Medien archiviert (Vgl. Assmann/ Assmann, 1994: 120).

Medien haben nicht nur die Aufgabe eines Chronographen beziehungsweise einer Instanz, die das Geschehene nur verfolgt, beobachtet und dann darüber berichtet, sondern sie ermöglichen auch eine historische Selbstreflexion. Durch einen Blick in die Vergangenheit wird die Geschichte aus der Sichtweise der Gegenwart entsprechend neu aufgefasst und veranschaulicht (Vgl. Hömberg, 2010: 27). Gerade hinsichtlich einer problematischen Vergangenheit ist es von besonderer Bedeutung diese gesellschaftlich zu verarbeiten, und somit ist es die Pflicht der JournalistInnen, darüber auch umfangreich zu berichten. Dennoch stellt die Qualitätsforderung nach Aktualität eine Schwierigkeit bei der Thematisierung der Geschichte im Journalismus dar, weil diese eben der Vergangenheit angehört. Der Journalismus umgeht aber dieses Problem durch die Schilderung der Geschichte mit Bezug zur Gegenwart. Diesbezüglich könnte eine Berichterstattung über das NS-Regime sich mit dem Lerneffekt zu dieser braunen Zeit auseinandersetzen, um vergleichbar Schreckliches im Keim zu ersticken. GeschichtsjournalistInnen lassen sich was die Themenwahl anbelangt gerne von Jubiläen oder Gedenktagen leiten (Vgl. Pöttker, 2010: 32ff.).

Bei dem so genannten „Jubiläumsjournalismus“ sind Medien dazu veranlasst, entweder auf eigene Faust oder aufgrund von Veranstaltungen von Organisationen oder Institutionen über runde oder ovale Jahresjubiläen zu berichten. Meist herrscht ein lokaler Bezug vor, sodass insbesondere Lokal- und Regionalzeitungen zum Jubiläumsjournalismus tendieren. Nicht nur Erinnerungsorte spielen eine bedeutende Rolle, sondern auch Erinnerungszeiten, wie man anhand eines „Gedenktagjournalismus“ erkennen kann. Der mediale Fokus wird öffentlich auf gewisse Ereignisse, Personen und Entwicklungen gerichtet und es kommt zu einer Synchronisierung des kollektiven historischen Gedächtnisses (Vgl. Hömberg, 2010: 17f.). An

nicht staatlichen Gedenktagen versucht man nicht nur durch die erzählte Vergangenheit, sondern auch durch die Gestaltung, wie Ermahnungen, symbolische Handlungen oder vertraute, eigentümliche Formen der Selbstdarstellung einer Gruppe oder Gemeinschaft, die Sinne und Gefühle anzusprechen (Vgl. Bergmann, 2009: 29). Der Gedenktagjournalismus entspricht einer Form der Erinnerungskultur, da er einen entscheidenden Beitrag dazu leistet, ob und wie die Erinnerung einer Gesellschaft zur Vergangenheit aussieht. Denjenigen, die nicht selbst die Erfahrung gemacht haben, wird die Erinnerung durch die Medien weitervermittelt. Die Erinnerungskultur hat wiederum eine soziale und kulturelle Dimension. Einerseits wird in einem Prozess in der Form von sozialer Interaktion mit den Mitmenschen durchgehend debattiert und ausgehandelt, was in Erinnerung bleiben soll. Andererseits ist es relevant, die kulturellen Vorräte zu selektieren und deren Sinn und Deutung zu konstruieren. Neben der Orientierungsleistung, soll die Erinnerungskultur auch zur kollektiven Identitätsbildung der sozialen Gruppen beziehungsweise der Nationen beitragen (Vgl. Ammann, 2010: 153ff.). Der gesellschaftliche Stellenwert der Ereignisse bestimmt darüber, ob und wie umfangreich JournalistInnen daran erinnern. Die erinnernde Berichterstattung von vergangenen Ereignissen zeigt deren soziale Relevanz, denn man kann zum Beispiel politisches Handeln legitimieren oder Gründungsmythen von sozialen Gruppen eruieren (Vgl. Donk/ Herbers, 2010: 214).

11.2. Mediale Thematisierung der österreichischen NS-Vergangenheit

Die Erforschung der Mittäterschaft Österreichs und die erste (selbst)kritische Konfrontation mit den NS-Verbrechen der ÖsterreicherInnen wurden erst zum 50. Jahrestag des „Anschlusses“ öffentlich von LiteratInnen und JournalistInnen thematisiert (Vgl. Bailer-Galanda, 2002: 60). Österreichs JournalistInnen haben einen erheblichen Beitrag zur Vergangenheitsverdrängung geleistet, besonders in der Verdrängung der aktiven Rolle zahlreicher ÖsterreicherInnen im NS-Regime, um so auch ihre eigene Rolle im NS-Propagandaapparat nicht thematisieren zu müssen (Vgl. Fabris, 1991: 3).

Die enge Beziehung zwischen den beiden Großparteien und der Mehrheit der Presse hatte einen großen Einfluss auf das in den Zeitungen vermittelte Bild über die NS-Zeit. Die PolitikerInnen waren in der Nachkriegszeit bestrebt den Opferstatus Österreichs zu forcieren, um einen günstigen Staatsvertrag aushandeln zu können. Somit spiegelt sich die Begnadigung der (Mit-)Täter durch die PolitikerInnen anhand des Verschwindens der Entnazifizierung in beinahe allen Zeitungen wider (Vgl. Hausjell, 1991: 42).

Laut einer Umfrage des IMAS-Instituts in Linz, die im April 1986 durchgeführt wurde, erachteten zu diesem Zeitpunkt lediglich 16 Prozent der erwachsenen RezipientInnen in Österreich die Berichterstattung zur NS-Zeit als sachlich. Die restlichen 84 Prozent beurteilten die Behandlung der Vorgänge im Zweiten Weltkrieg als eher einseitig und verzerrt. Für Ernst Hanisch hängt diese nicht geradezu objektive Berichterstattung der Medien zum Teil auch mit der wissenschaftlichen Forschung zusammen (Vgl. Hanisch, 1994: 150).

Die Berichterstattung von Massenmedien zu einem gewissen Ereignis kann schwer objektiv sein, da sich eine bestimmte Verzerrung sowohl auf ProduzentInnen- als auch auf RezipientInnenseite ergibt, aufgrund unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Vorstellungen beziehungsweise mangelhafter oder fehlender Information (Vgl. Wodak et al., 1994: 65).

11.3. Österreichische Zeitungslandschaft nach 1945

Die österreichische Medienlandschaft erlitt 1945 einen bedeutenden Einschnitt, da das NS-Regime zuvor die Massenmedien zur Machtausübung instrumentalisiert hatte. Am 5. August 1945 war es erstmals erlaubt, Parteizeitungen zu publizieren (Vgl. Fanta, 2016: 17). Ende 1945 erschienen nur sechs von den früheren 32 Tageszeitungen in Österreich, die schon während der Ersten Republik gedruckt worden waren. Wie in anderen Bereichen, wurde im Journalismus ebenfalls unzureichend entnazifiziert (Vgl. Fanta, 2016: 27). Laut dem Nationalsozialistengesetz vom 6. Februar 1947 durften „belastete“ Personen den Inhalt einer Zeitung nicht (mit)gestalten und „minderbelastete“ Personen waren ebenfalls vom Mitwirken an Zeitungsinhalten bis 30. April 1950 ausgeschlossen, außer von Fachzeitschriften (Vgl. Fanta, 2016: 29. Zitiert nach BGBl 25/1947, § 18h./ §19f.). In den ersten Nachkriegsjahren waren jene JournalistInnen in der Überzahl, die den Job der zwischen 1938 und 1945 geflüchteten und gekündigten Personen übernommen oder die sich dem NS-Regime angepasst hatten. Mindestens 42 Prozent der JournalistInnen der parteiunabhängigen Zeitungen, wie die „Oberösterreichischen Nachrichten“, hatten bereits im Nazi- oder in anderen faschistischen Regimen diesen Beruf ausgeübt. Bei der Parteipresse war der Anteil dieser RedakteurInnen wesentlich geringer, sprich bei der ÖVP-Presse zumindest 33 Prozent, bei SPÖ-Zeitungen mindestens 22 Prozent und bei der KPÖ-Presse fast sieben Prozent. Dieser Prozentanteil ist erschreckend hoch, wenn man bedenkt, dass sich die Journalistengewerkschaft selbst um eine Entnazifizierung bemühte. Außerhalb Wiens wurde diese Entnazifizierung jedoch nur halbherzig betrieben, da sich auch einige JournalistInnen mit eigener nationalsozialistischer Vergangenheit daran beteiligten (Vgl. Hausjell/ Langenbucher, 2005: 20f.). Bis zum 7.

Dezember 1947 wurde jede/r zehnte JournalistIn, der/die bis dahin von der Journalistengewerkschaft untersucht worden war, aufgrund von nationalsozialistischer Vergangenheit nicht in der Journalistengewerkschaft aufgenommen. Die Ablehnung erfolgte anhand einer Mitgliedschaft bei der NSDAP und ihren Unterorganisationen, verdächtigen Karriereverlauf oder privaten Verhaltens und wegen der Ausdrucksweise unter dem NS-Regime. Darüber hinaus beschränkten sich die Entnazifizierungsmaßnahmen der Journalistengewerkschaft vorrangig auf ZeitungsjournalistInnen, genauer genommen auf JournalistInnen von Tageszeitungen (Vgl. Hausjell, 1991: 35ff.). Lizenzierte Zeitungen mussten um eine Lizenz bei den Alliierten nachfragen. Dies traf sowohl auf die Parteizeitungen der drei Parteien SPÖ, ÖVP und KPÖ als auch unabhängige Zeitungen zu, die von Privatpersonen herausgegeben und anfangs von den Alliierten kontrolliert wurden. Die Kontrolle über diese unabhängigen Bundesländerzeitungen wurde aber bereits nach wenigen Wochen an die österreichischen Herausgeber zurückgegeben. Die Alliierten gaben aber auch selbst Besatzungszeitungen heraus, die für sie eine bedeutende medienpolitische Funktion übernahmen. Am 1. Oktober 1945 wurde die Pressefreiheit in Österreich deklariert und somit wurden neue Parteiorgane in den Bundesländern gegründet. Bis zur Pressefreiheit nahmen die Alliierten einen direkten Einfluss im Printsektor durch das Verbieten oder Zulassen von Zeitungen und durch das Kontrollieren der Papierzuteilung, der Auflagenzahl und der Nachrichtenversorgung. Danach wurde nur mehr indirekt bis zum Besatzungsende der Alliierten Einfluss genommen (Vgl. Fanta, 2016: 33ff.). Die US-Besatzungsmacht war zu einer Nachzensur befugt. Bei Verstößen gegen amerikanische oder alliierte Medienvorschriften wurde diejenige Zeitung eine Zeit lang eingestellt oder erhielt im besten Fall nur eine barsche Zurechtweisung. 1946/47 waren diesen Nachzensurbestimmungen aber nicht mehr rechtmäßig, da sich die Alliierten intern bei den meisten Fällen nicht gesetzlich einigen konnten. Darüber hinaus lag der Fokus der US-Pressepolitik nun speziell auf der Propaganda des totalen Antikommunismus (Vgl. Rathkolb, 1991: 63ff.). Bei „Deutschtümelei“ setzten die Alliierten besonders auf scharfe Maßnahmen. Der Linzer „Tagblatt“-Chefredakteur Dr. Alois Oberhumer verlor zum Beispiel im Februar 1946 seinen Job aufgrund von groß-deutscher Propaganda in einem Leitartikel und das „Tagblatt“ durfte einen Monat nicht erscheinen. Der „Neuen Zeit“ wurde ebenfalls aufgrund eines Artikels, bei dem die „kleinen Nazis“ in Schutz genommen wurden, die Lizenz durch die Briten entzogen, jedoch erhielt die „Neue Zeit“ wenige Tage später wieder eine neue Lizenz. Aufgrund der Zensur wagten es auch viele JournalistInnen nicht, negativ über die Alliierten zu berichten. Folglich trauten sich nur wenige mutige Blätter in äußerst verwickelter und schwer

verständlich formulierter Ausdrucksweise beispielsweise über Raubüberfälle durch die alliierten Soldaten zu berichten. In diesen Meldungen bezog man sich anhand von Umschreibungen wie „die unbekannten Täter“ auf die Besatzungssoldaten (Vgl. Muzik, 1984: 124f.).

Ende der 1940er Jahre wurden in Österreich mehrere unabhängige Zeitungen neu- oder wiedergegründet, da die Alliierten ihre Kontrolle lockerten und sich auch die wirtschaftliche Situation verbesserten. Der langsam ansteigende Zeitungsumfang war ein Zeichen für die Normalisierung der Verhältnisse. In den 1950er Jahren erfolgte eine Pressekonzentration. Es kam zu einer Umwandlung der regionalen Parteizeitungen, vorrangig SPÖ und KPÖ, in Ausgaben der Wiener Zentralorgane (Vgl. Fanta, 2016: 41f.). Mitte der 1950er Jahre betrug der Anteil der Parteizeitungen an der Gesamtauflage aller österreichischen Tageszeitungen ungefähr 50 Prozent und Mitte der 1980er Jahre minimierte sich dieser Anteil bereits auf nur 15 Prozent (Vgl. Fabris, 1991: 4). Trotz staatlicher Fördermittel wurden 1987 zwei Parteizeitungen der ÖVP eingestellt und drei weitere Parteizeitungen lösten sich von ihren Parteien und erschienen als unabhängige Zeitungen. Die „Neue Zeit“ und die „Neue Arbeiterzeitung“ gehörten auch dazu und trennten sich jeweils von der SPÖ. Die Volksstimme blieb der KPÖ bis 1991 treu (Vgl. Steinmaurer, 2002: 17).

11.4. Zeitungsberichterstattung über das KZ Mauthausen

Eine Sammlung von Zeitungsausschnitten zum KZ-Mauthausen stellt eine essenzielle Ressource für die Nachkriegszeit des Lagers dar, da Medienberichte nicht nur Entwicklungen und Ereignisse der Gedenkstätte dokumentieren, sondern auch als Informationsquelle zur Geschichte des KZ Mauthausens für die Öffentlichkeit dienen (Vgl. Perz, 2006: 27f).

In den ersten Nachkriegsjahren wurde die österreichische Öffentlichkeit über die Ereignisse im KZ Mauthausen vorläufig durch die Prozessberichterstattungen in den größeren Tageszeitungen informiert, da ansonsten nur zum Anlass der jährlichen Befreiungsfeier Berichterstattung über das Lager erfolgte. Ab den 1950er Jahren, nachdem die juristische Aufarbeitung und Verfolgung verebbt war, nahm auch die Berichterstattung zu Mauthausen bedeutend ab. Erst ab den 1970er Jahren vermehrte sich die Berichterstattung durch die ansteigende gesellschaftliche Relevanz der KZ-Gedenkstätte wieder, besonders zu den jährlichen Gedenktagen (Vgl. Perz, 2006: 45f.).

Einige Zeitungen, unter anderem auch katholische Zeitungen, berichteten ablehnend über die Eröffnung der KZ-Gedenkstätte, da man weiterhin an den Glauben der Nicht-Beteiligung der

österreichischen Gesellschaft an den NS-Verbrechen festhalten wollte. Das KZ-Mauthausen wurde hier als „unösterreichisch“ oder „landfremd“ beschrieben (Vgl. Perz, 2006: 112).

12. Ausgewählte Zeitungen

In den folgenden Unterkapiteln werden die vier ausgewählten Zeitungen näher beschrieben, um deren politische Hintergründe und deren generellen (geschichtlichen) Werdegang bei der späteren Analyse der Artikel mit einfließen lassen zu können.

12.1. Volksstimme

Am 5. August 1945 erschien erstmals die Parteizeitung „Österreichische Volksstimme“. Durch die Gründung dieses Zentralorgans der KPÖ brach eine neue Ära für die kommunistische Presse in Österreich an (Vgl. Fanta, 2016: 17). Die „Rote Fahne“, die in der Ersten Republik als Zentralorgan der KPÖ fungierte, wird als Vorgängerin der „Volksstimme“ angesehen. Nach dem Verbot der KPÖ im Mai 1933 erschien die „Rote Fahne“ nur mehr wenige Monate stark zensuriert bis zum endgültigen Verbot dieses Parteiorgans (Vgl. Fanta, 2016: 43f.). Die personelle und strukturelle Verstrickung von KPÖ und ihrem Zentralorgan wird anhand der zahlreichen Charakteristika der „Volksstimme“ deutlich, da diese eindeutig von den parteiunabhängigen Zeitungen abwichen (Vgl. Fanta, 2016: 16.):

- Es gab keine veröffentlichte formulierte Blattlinie aufgrund der programmatischen Leitlinie der Partei.
- Die Parteiführung ernannte den Chefredakteur.
- Die JournalistInnen traten als FunktionärInnen der Partei auf.

Der „Volksstimme“-Chefredakteur Erwin Zucker-Schilling beschreibt das KPÖ-Zentralorgan folgendermaßen: „Die ‚Volksstimme‘ sollte eine Parteizeitung sein, aber volkstümlicher, als es unsere Zeitung in der ersten Republik war [„Rote Fahne“]; sie sollte eine Zeitung der bewußten [sic], kämpferischen Arbeitsklasse sein, aber zugleich ein Blatt, das auch andere Kreise der Bevölkerung anspricht, es sollte eine Stimme des Volkes sein“ (Fanta, 2016: 46. Zitiert nach Volksstimme, 1.8.1965: 1). Das fundamentale Bestreben der sechs Mal wöchentlich erscheinenden „Volksstimme“ lag in der antifaschistischen Aufklärung (Vgl. Fanta, 2016: 46). Diese Aufklärung sollte sowohl anhand der Vermittlung geschichtlicher Erfahrung und Wahrheit als auch anhand der Darlegung der Auslöser und der Konsequenzen der nationalsozialistischen Vergangenheit erfolgen. Die aktuelle Bedrohung durch den Neofaschismus wurde dabei jedoch nicht außer Acht gelassen. Obendrein setzte sich die

„Volksstimme“ ebenso für das Erreichen des Staatsvertrages wie für die Unabhängigkeit Österreichs ein. Beim Kampf um bedeutend mehr Demokratie und soziale Weiterentwicklung leistete die „Volksstimme“ in den Nachkriegsjahren den größten Beitrag aus sozialer und politischer Sicht (Vgl. Graber, 1983: 313ff.).

Aufgrund der antinationalsozialistischen Einstellung mussten die JournalistInnen der „Volksstimme“ keine Entnazifizierungsprogramme der Journalistengewerkschaft durchlaufen, außerdem gehörten sie oft zu den Untergetauchten, Vertriebenen und Verfolgten des Nazi-Regimes (Vgl. Fanta, 2016: 31). Die „Volksstimme“ war auch eine der drei Zeitungen, die sehr vielen aus dem Exil zurückgekehrten JournalistInnen Arbeit gab (Vgl. Hausjell/Langenbacher, 2005: 20). Anhand der Arbeit von Bianca Maria Fanta wird deutlich, dass zahlreiche „Rote Fahne“-JournalistInnen später auch in der „Volksstimme“-Redaktion tätig waren (Vgl. Fanta, 2016: 45).

Von 1965 bis 1968 wurde die „Volksstimme“ reformiert, indem man einen linken „Qualitätsjournalismus“ einschlug, was sich anhand des abgeänderten Stils und am überarbeiteten Layout erkennen ließ. Ab 1970 minimierte sich die Auflage der „Volksstimme“ um zwei Drittel, da „Kronen-Zeitung“, „Kurier“, „Kleine Zeitung“, „Oberösterreichische/Salzburger/Vorarlberger Nachrichten“ und die „Tiroler/Kärntner Tageszeitung“ den österreichischen Zeitungsmarkt dominierten. Darüber hinaus kam es zu einer Abschwächung der Loyalität gegenüber Parteien. Schlussendlich wurde die „Volksstimme“ mit 3. März 1991 eingestellt und erschien in der wöchentlich erscheinenden Zeitschrift „Salto“ (Vgl. Fanta, 2016: 49f.).

12.2. Neue Zeit

Kurz vor den Nationalratswahlen im November 1945 gestattete die britische Besatzungsmacht allen Parteien das Publizieren von Wochenzeitungen (Vgl. Riedler, 1983: 223). Im Oktober 1945 wurde dann in der britischen Zone in Graz und Klagenfurt erstmals das neue Wochenblatt „Neue Zeit“ herausgegeben, welches das Parteiorgan der SPÖ war. Ab 1. Jänner 1946 wurde die „Neue Zeit“ auch als Tageszeitung herausgegeben (Vgl. Fanta, 2016: 40f.). Die Tageszeitung wurde von einem vormals NS-Gauverlag herausgegeben, der sich wieder auf seinen ursprünglichen Namen „Leykam“ zurücktaufte. In der Steiermark zählte die „Neue Zeit“ zu den meist wertgeschätzten Medien. Die Redaktion bestand aus äußerst qualifizierten JournalistInnen, die sich teilweise selbst gemeldet hatten oder unter den Grazer StudentInnen rekrutiert worden sind. Die Redaktion vertrat den sozialdemokratischen Gedanken und diesen Gedanken wollte sie mit der „Neuen Zeit“ zum Ausdruck zu bringen. Man wollte die Zeitung

aber so gestalten, dass auch andersgesinnte RezipientInnen sie zur Erfassung gegnerischer Meinungen rezipieren können, ohne sich dabei persönlich angegriffen zu fühlen. Als Sprachrohr der arbeitenden Bevölkerung war die „Neue Zeit“ hauptsächlich in den Industriegebieten verbreitet. Den umfassendsten Teil macht die Lokalberichterstattung aus, die auf einer ausgezeichneten Recherche fußte (Vgl. Riedler, 1983: 226ff.). In der Blattlinie legte die „Neue Zeit“ Folgendes offen: „Die ‚NZ‘ bekennt sich zu ihrer Verfassung und zu ihrer immerwährenden Neutralität. Die ‚NZ‘ bekennt sich zum föderalistischen Geist des Bundesstaates. [...] Sie setzt sich besonders für benachteiligte Menschen und Gruppen unseres Landes ein. Sie will helfen, den Geist der Toleranz und der Liberalität in der Steiermark zu entwickeln. [...] Sie tritt unverbrüchlich für die Demokratie ein und lehnt jede Diktatur einer Minderheit ebenso ab wie eine Menschenrechte verletzende Vergewaltigung von Minderheiten durch die Mehrheit. [...]“ (Riedler, 1983: 238).

12.3. Tagblatt

Das „Tagblatt“ wurde in der Ersten Republik das letzte Mal am 12. Februar 1934 herausgegeben. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das „Tagblatt“ erstmals wieder ab 8. Oktober 1945 als Sprachrohr der SPÖ Oberösterreich publiziert. Das „Tagblatt“ wurde ziemlich benachteiligt, da die Zeitung nicht wie alle anderen von den Alliierten zugelassenen Blättern in einem eigenen Haus drucken konnte, sondern sie war von der „Demokratischen Druck- und Verlagsanstalt“ abhängig, dem Produktionsort der „Oberösterreichischen Nachrichten“. Des Weiteren schränkten die Amerikaner, neben der Erschwernis des frühen Redaktionsschlusses und der Begrenzung auf drei Ausgaben pro Woche bis 30. Dezember 1945, die Auflagenzahl auf 40.000 Stück ein. Das bereits zuvor geschilderte einmonatige Erscheinungsverbot aufgrund des Leitartikels des Chefredakteurs Dr. Alois Oberhumer war ebenfalls ein herber Rückschlag beim Wiederaufbau des „Tagblattes“. Ab 1. Oktober 1948 konnte das „Tagblatt“ wieder in den eigenen, traditionellen Baulichkeiten in Spittelwiese 5 produziert werden (Vgl. Czekal, 1983: 253f.). Der Chefredakteur und die gesamte Redaktion vertraten ab 1965 folgende Position: „[...] Es ist aber auch unsere Absicht, noch mehr als bisher auf die Meinungsvielfalt Rücksicht zu nehmen, den Lesern [sic] Schutz gegen bürokratische Schikane und obrigkeitliche Anmaßung zu bieten sowie darauf zu achten, daß [sic] das Programm unserer Partei, in dessen Mittelpunkt der Mensch steht, nirgendwo und von niemandem gegen den Menschen ausgelegt werde!“ (Czekal, 1983: 255ff.). 1975 wurde die Zeitung auf „Oberösterreichisches Tagblatt“ umbenannt und spielte trotz Startschwierigkeiten eine sehr bedeutende Rolle für die sozialdemokratische

Gesinnungsgemeinschaft (Vgl. Czekal, 1983: 255). 1987 wurde das „Oberösterreichische Tagblatt“ von der „Neuen Arbeiterzeitung“ (AZ) übernommen, deren Auflagenzahl, durch diese Kooperation und auch durch die 1984 vollzogene Fusion mit dem „Salzburger Tagblatt“ (SPÖ), anstieg. 1988 wurde die „Neue AZ“ von mehr als einer Viertelmillion rezipiert und nahm im Ranking der Tageszeitungen in Österreich den vierten Platz ein (Vgl. Scheuch, 1989: 197).

12.4. Oberösterreichische Nachrichten

1864 entschloss sich der Buchdrucker Josef Wimmer eine Zeitung zu gründen und am 1. Jänner 1865 erschien die „Tages-Post“ erstmals. Nach dem Anschluss an Deutschland blieb der Familie Wimmer das Eigentumsrecht an der „Tages-Post“, jedoch wurde diese als „Oberdonau-Zeitung – Amtliche Zeitung der NSDAP“ weiter publiziert. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Familien-Betrieb von den Amerikanern besetzt, obwohl es keinen Nachweis für schuldhaftes Verhalten beziehungsweise eine Zusammenarbeit zwischen der Familie Wimmer und dem NS-Regime gab (Vgl. OÖ Nachrichten Online, 2008).

Die neue Tageszeitung mit der Betitelung „Oberösterreichische Nachrichten“ wurde am 11. Juni 1945 von der US-Heeresgruppe 12 erstmals herausgegeben und war die beliebteste Zeitung in Oberösterreich. Anfangs berichteten die „Oberösterreichischen Nachrichten“ (OÖN) beispielsweise über die Umbenennung des Adolf-Hitler-Platz in Linz zurück auf Hauptplatz und es wurden auch zahlreiche Kleinanzeigen publiziert (Vgl. Muzik, 1984: 112). Aus wirtschaftlichen Gründen kam es 1953 zu einer Fusion der OÖN und der „Tages-Post“, die dann am 3. Jänner erstmals vereint erschienen (Vgl. OÖ Nachrichten Online, 2008). Im Zeitungskopf der OÖN gab man auch folgende Information an: „Vereinigt mit der Tages-Post, gegründet 1865“, da die OÖN durch ihre Übernahme der geschätzten Tradition der „Tages-Post“ auch in deren Fußstapfen trat (Vgl. Lehr, 1983: 244). Im Untertitel der OÖN war ein Vermerk, der auf die Gnade der Alliierten bezüglich des Erscheinens der Zeitung hinwies. Die österreichischen JournalistInnen wurden durch sogenannte „Communication Officers“ ergänzt. Am 6. Oktober 1945 rief der US-General Mark Clark die Pressefreiheit in Oberösterreich aus, wodurch die OÖN als unabhängige, kritische Zeitung privat herausgegeben werden konnte (Vgl. Lehr, 1983: 239ff.).

Die Blattlinie lautet heute: „Die Oberösterreichischen Nachrichten sind eine überparteiliche und unabhängige Tageszeitung. Sie bekennen sich zur pluralistischen Gesellschaftsordnung der parlamentarischen Demokratie, zu den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft sowie zur

Integration Europas und fühlen sich den Menschenrechten verpflichtet“ (OÖ Nachrichten Online, 2013).

13. Zwei Archive im Fokus

Um zu veranschaulichen, wie der Materialbestand für diese Masterarbeit zustande gekommen ist, werden in den folgenden Unterkapiteln die beiden Archive skizziert, aus denen die Artikel gesammelt wurden.

13.1. Archiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen

Das „Archiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen“ (AMM) ist bei der Verwaltung der KZ-Gedenkstätte im Bundesministerium für Inneres (BMI) in Wien angesiedelt. Das AMM verfügt Großteils über Kopien von Originalunterlagen bezüglich des KZ Mauthausen und dessen Außenlager. Diese Originalunterlagen sind meist in ausländischen Archiven vorzufinden. Darüber hinaus beinhaltet das AMM auch eine kleine Handbibliothek. Die Bestände sind zum größten Teil durch Hans Maršálek zusammengekommen, der seit 1963 Materialien für die Gestaltung der Gedenkstätte und für eine historische Dokumentation gesammelt hat. Seit Hans Maršálek in Pension gegangen ist, wurde nicht mehr systematisch nach Materialien gesucht, obwohl sich durch die Öffnung der Archive der Zugang zu Akten von Prozessen erleichtert hat. Folglich kann diese Ansammlung als nicht vollständig erachtet werden (Vgl. Fliedl et al., 1991: 25).

13.2. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes

Am 25. Juni 1963, 18 Jahre nach dem Ende des NS-Regimes und der Befreiung Österreichs, gründeten Herbert Steiner, andere vormalige Verfolgte und WiderstandskämpferInnen und auch mehrere engagierte WissenschaftlerInnen offiziell das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW). Laut der Grundsatzerklärung zur Tätigkeit des DÖW sollte das Archiv besonders durch dokumentarische Beweise die Jugend zeitgeschichtlich erziehen, da sie sowohl mit den schrecklichen Auswirkungen des Verlustes der Freiheit Österreichs als auch mit den tapferen Taten der WiderstandskämpferInnen vertraut gemacht werden sollte. 1963 umfasste das DÖW bereits über 1500 Dokumente, wie Originale und Kopien von Zeugenaussagen, Gestapo-Akten, Erinnerungsberichte oder Briefe aus den KZs. Während der Anfangsphase des DÖW wurde die geleistete Arbeit freiwillig durchgeführt. Im Zuge der Recherche für das „Rot-Weiß-Rot-Buch“ forschte man erstmals nach Dokumenten und Darstellungen des österreichischen Widerstandes. Dafür wurde eine umfangreiche

amtliche Erhebung durchgeführt, bei der sich besonders Polizei- und Gendarmeriedienststellen beteiligten. Im DÖW befinden sich die Kopien zu dieser Recherche im Hof-, Haus- und Staatsarchiv als auch den Landesarchiven. Anfang der 1960er Jahre erhielt man durch Aufrufe zur Übermittlung von Materialien über verschiedene Zeitungen zum ersten Mal Spenden von Privatpersonen. Mit der Gründung des Stiftungsrates „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“ 1983 war die finanzielle Lage des DÖW gesichert und man konnte nun auch MitarbeiterInnen für eine ausgedehntere Forschung anstellen (Vgl. Bailer/ Neugebauer, 1993: 3ff.). Man recherchierte aber nicht nur nach Dokumentationen zu regelwidrigen Reaktionen auf das NS-Regime, wie beispielsweise Widerstand, Unzufriedenheit oder Opposition, sondern forschte auch nach Darstellungen zur nationalsozialistischen Verfolgung, Zwangssterilisierung, „Euthanasie“ oder auch zur Beteiligung der ÖsterreicherInnen an den nationalsozialistischen Gräueltaten. Diese Sammlung wurde ab Mitte der 1970er Jahre aufgrund der Verleugnung von NS-Delikten und WiderstandskämpferInnen durch rechtsextreme und deutschnationale Materialien und Publikationen erweitert. Das DÖW hat sich die Förderung eines demokratischen Bewusstseins der ÖsterreicherInnen als Hauptziel gesetzt. In vielen Fällen von nationalsozialistischer Wiederbetätigung werden daher auch Behörden und die Justiz durch Anzeigen zu einschreitenden Handlungen aufgefordert. Darüber hinaus wies das DÖW auch auf rechtsextreme Tendenzen in der FPÖ hin, was zur Niederlegung von Parteifunktionen beziehungsweise Abweisung eines Mandates führte. Im Schnittarchiv des DÖW werden in- und ausländische Zeitungsartikel und private vermachte Ausschnittsammlungen aufbewahrt (Vgl. Bailer/ Neugebauer, 1993: 13ff.).

EMPIRISCHER TEIL

14. Forschungsfragen

Anhand der Literaturrecherche wurden folgende forschungsleitende Fragen aufgestellt, die eine bedeutende Funktion bei der späteren qualitativen und quantitativen Inhaltsanalyse haben werden:

- a) Wie wichtig war es generell in den Zeitungen, über das Geschehen im KZ Mauthausen zu berichten?

- b) Welchen Einfluss hatte der sogenannte Opfermythos Österreichs auf die Zeitungsberichterstattung über das KZ Mauthausen?
- c) Inwieweit wurde versucht, die Schuld den Deutschen zuzuschreiben?
- d) Wie sehr wird auf die Gräueltaten im KZ Mauthausen eingegangen oder versucht man diese auszuklammern?
- e) Nehmen Zeitungen eine erinnernde beziehungsweise mahnende Funktion ein?
- f) Wird in den Berichterstattungen eine Aufklärungsarbeit geleistet?
- g) Wie gehen die Zeitungen generell mit dem Thema KZ Mauthausen um?

Um diese Forschungsfragen beantworten zu können, wird der Fokus auf die Merkmale Opferrolle, Schuldfrage, Gräueltaten, Erinnern, Mahnen, Aufklärungsarbeit und genereller Umgang mit dem KZ Mauthausen in den Zeitungsartikeln gelegt. Erkenntnisse sollten anhand einer Archivrecherche mit diesen Forschungsfragen gewonnen werden. Die Auswirkung der Berichterstattung auf die ZeitungsrezipientInnen ist mit der Qualitativen Inhaltsanalyse der Artikel nicht eruierbar, da man hierfür Interviews mit damaligen und aktuellen LeserInnen durchführen müsste. Deshalb wird dieser Aspekt nicht von den Forschungsfragen abgedeckt und es können nur Mutmaßungen angestellt werden.

15. Forschungsmethode

Für diese Magisterarbeit wurde eine Inhaltsanalyse als Forschungsmethode gewählt, da diese auf die „Analyse von Material, das aus irgendeiner Art von Kommunikation stammt“ (Mayring, 2000: 11), abzielt und sich daher gut für die Analyse von Zeitungsartikeln eignet. Die Entscheidung, qualitativ oder quantitativ vorzugehen, fiel relativ rasch. Heutzutage ist es nämlich nicht so einfach, alle erschienenen Zeitungsartikel zu diesem Thema aufzufinden. Aufgrund dessen wurde die Qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring ausgewählt. Die quantitative Analyse wurde jedoch zusätzlich mit einbezogen, um genauere Aussagen bezüglich der Forschungsfragen machen zu können.

15.1. Qualitative Inhaltsanalyse

Bei der Inhaltsanalyse erfolgt die Analyse des Materials sowohl als Bestandteil des Kommunikationsprozesses als auch für das Material selbst, wie es beispielsweise bei der Textanalyse der Fall ist. Anhand der Analyse will man logische Folgerungen bezüglich diverser Zusammenhänge der Kommunikation schließen, die Absichten der „Sender“ herausfiltern und die Auswirkung auf den „Empfänger“ ablesen (Vgl. Mayring, 2000: 12).

Die Texte werden im Zusammenhang mit deren Kontext interpretiert. Die Qualitative Inhaltsanalyse verlangt als Auswertungsmethode ein systematisches Vorgehen, da diese keinem immer gleichbleibenden Standardinstrument entspricht. Es wird ein Ablaufmodell erstellt, das sich an dem aktuellen Gegenstand beziehungsweise dem Material orientiert sowie von speziellen Fragestellungen geleitet ist. Dieses Ablaufmodell beinhaltet jeden Analyseschritt und die Reihenfolge der Schritte, welcher gut begründet sein muss. Generell muss eine durchgeführte Qualitative Inhaltsanalyse nachvollziehbar sein. Dies setzt eine ausreichende Beschreibung des systematischen Vorgehens voraus, damit auch andere diese Analyse ähnlich auswerten könnten. Als primäres Analyseinstrument gilt das Kategoriensystem, welches die Nachvollziehbarkeit und die Intersubjektivität des Vorgehens gewährleistet. Quantitative Analyseschritte können aber ebenfalls mit eingebunden werden. Hier könnte beispielsweise die Häufigkeit einer Kategorie auf ihre besondere Bedeutung hinweisen. Bei der Festlegung des zu analysierenden Materials muss dieses genau definiert werden. Nur unter speziellen, gerechtfertigten, notwendigen Umständen darf dieses Material auch während der Analyse ergänzt oder abgeändert werden. Die Entstehungssituation des „Corpus“ sollte ebenfalls sorgfältig geschildert werden. Der/die VerfasserIn, Zielgruppe, Bedingungen der Entstehung sowieso der sozio-kulturelle Hintergrund sind hier von großer Bedeutung. (Vgl. Mayring, 2000: 42ff.). Die Interpretation verfügt über drei Grundformen, nämlich die Zusammenfassung, die Explikation und die Strukturierung. Bei der Interpretation erfolgt eine Reduktion des Materials, sodass die grundlegenden Inhalte bestehen bleiben. Das Grundmaterial soll abgebildet werden, um einen guten Überblick über den „Corpus“ zu erlangen. Ziel der Explikation ist es, fragliche Textpassagen, wie Sätze oder Begriffe, mithilfe von zusätzlichem Material zu erklären. Die Grundform Strukturierung zielt auf das Herausfiltern spezifischer Aspekte aus dem Material ab und bezweckt auch das Einschätzen des „Corpus“ mittels festgelegter Kriterien (Vgl. Mayring, 2000: 58). Die Bildung von Kategorien kann entweder induktiv oder deduktiv erfolgen. Bei der deduktiven Kategorienbildung werden die Kategorien von Voruntersuchungen, dem aktuellen Forschungsstand oder von neuen Theorien beziehungsweise Theoriekonzepten in einem Prozess der Operationalisierung abgeleitet. Die induktive Kategoriendefinition setzt keine Beziehung auf zuerst formulierte Theoriekonzepte voraus, da die Kategorien unmittelbar in einem Verallgemeinerungsprozess aus dem Material entwickelt werden. Die für diese Magisterarbeit ausgewählte Grundform der Strukturierung verlangt eine deduktive Kategorienbildung (Vgl. Mayring, 2000: 74f.).

15.1.1. Strukturierende Inhaltsanalyse

Die qualitative Technik der Strukturierung zielt auf das Herausfiltern von einer gewissen Struktur des Materials ab. Anhand eines Kategoriensystems wird diese Struktur ermittelt. Die Dimensionen der Strukturierung müssen aus den Fragestellungen hergeleitet werden und verlangen eine theoretische Begründung, und aus diesen Dimensionen erstellt sich dann das Kategoriensystem. Jene Textstellen, die unter die Kategorien fallen, werden aus dem Material dann mit System herausgefiltert. Um feststellen zu können, ob jene Materialstellen tatsächlich einer Kategorie angehören, wird ein bestimmtes Verfahren angewendet. Zuerst wird genau definiert, welche Textpassagen von einer Kategorie angesprochen werden. Danach werden Ankerbeispiele aufgestellt, bei denen unmissverständliche Textausschnitte herausgenommen werden, um als Beispiele eine Kategorie zu repräsentieren. Zusätzlich müssen auch Kodierregeln erstellt werden, um Bereiche, wo Probleme bei der Abgrenzung zwischen den Kategorien auftauchen könnten, durch formulierte Regeln exakt zuordnen zu können. Wie der genaue Ablauf einer strukturierenden Inhaltsanalyse im Allgemeinen aussehen sollte, lässt sich in der folgenden Abbildung gut ablesen (Vgl. Mayring, 2000: 82f.).

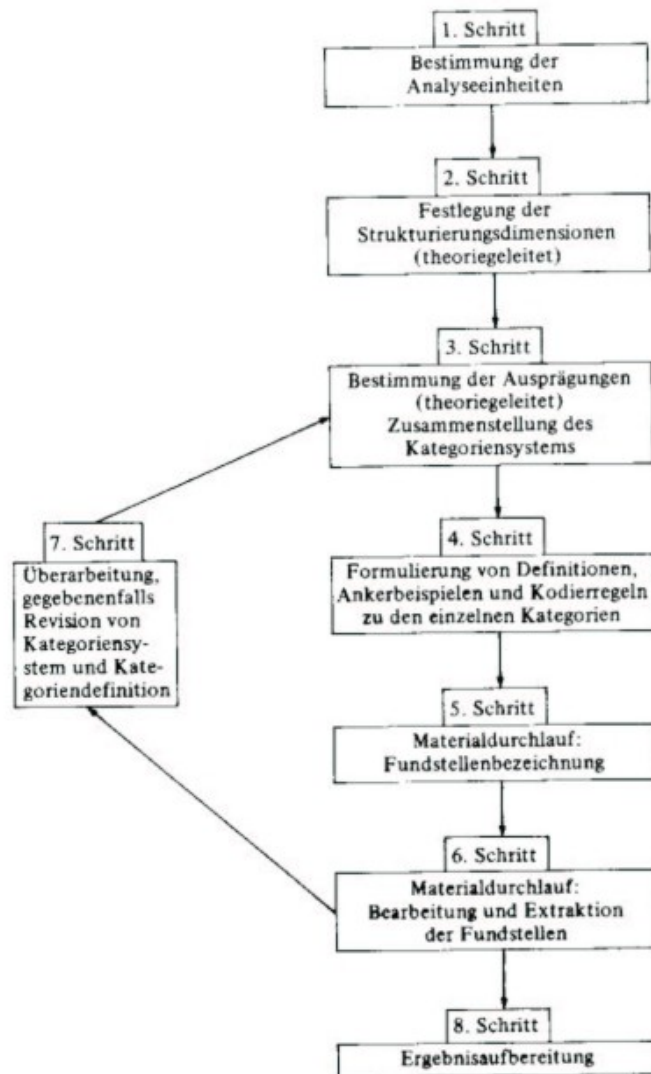


Abbildung 3: Ablaufmodell strukturierender Inhaltsanalyse (Mayring, 2000: 84).

Da dieses Modell noch sehr allgemein ist, gibt es noch folgende vier Formen, die jeweils unterschiedliche Ziele verfolgen: formale, inhaltliche, typisierende und skalierende Strukturierung. Diese vier Formen unterscheiden sich im zweiten und im achten Schritt des Ablaufmodells der Strukturierung (Vgl. Mayring, 2000: 85). Zur Analyse der Zeitungsartikel wurde die inhaltliche Strukturierung als geeignetste Methode gewählt.

Die inhaltliche Strukturierung strebt nämlich eine Aussonderung und Zusammenfassung von speziellen Inhalten, Themen und Aspekten an. Zuerst wird das Material mit Hilfe des erstellten Kategoriensystems bearbeitet und dann werden die paraphrasierten, herausgefilterten Textteile pro Kategorie zusammengefasst (Vgl. Mayring, 2000: 89).

16. Untersuchung

16.1. Datenerhebung

Zuerst war es von Bedeutung passende Archive ausfindig zu machen, die über ausreichendes Zeitungsmaterial zum Konzentrationslager Mauthausen verfügen. Durch eine frühere Zusammenarbeit mit dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) und dem Archiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen (AMM) im Rahmen einer Forschungsarbeit war der Zeitungsbestand der beiden Archive bereits bekannt. Sowohl das DÖW als auch das AMM wurden Ende April 2018 per E-Mail kontaktiert, da sie sich als die geeignetsten und kooperativsten Archive herausstellten. Im Mai wurden fast einen Monat lang zuerst die Zeitungsbestände des DÖW und dann die des AMM nach passenden Material abgesucht. Der Zeitraum zur Auswahl der Zeitungartikel, die das KZ Mauthausen thematisieren, beschränkt sich auf 50 Jahre, sprich ab dem Zeitpunkt der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen 1945 bis zum Jubiläumsjahr 1995. Der Grund für die Beschränkung auf 50 Jahre liegt darin, dass viele Zeitungen, die bereits gleich nach der Befreiung publiziert wurden, ab den 1990er Jahren eingestellt wurden. Darüber hinaus wurden viele bedeutende Zeitungen, wie beispielsweise die Presse, erst Jahre nach der Befreiung ins Leben gerufen. Die Auswahl der Zeitungen für diese Untersuchung hing infolgedessen ebenfalls von deren Erscheinungsdaten ab. Zudem spielten auch die Lokalität und der politische Hintergrund eine große Rolle bei der Wahl der Zeitungen. Schlussendlich fiel die Entscheidung auf vier Zeitungen, deren Geschichte bereits im Kapitel 12 beschrieben wurde, nämlich auf die „Oberösterreichischen Nachrichten“, die „Volksstimme“, die „Neue Zeit“ und auf das „(Oberösterreichische/Linzer) Tagblatt“. Die beiden Archive und deren Rahmenbedingungen wurden ebenfalls im Kapitel 13 genauer unter die Lupe genommen, da auch der Korpus, aus dem die Zeitungartikel herausgenommen wurden, einen nicht außer Acht zu lassenden Einfluss auf die Untersuchung haben kann. Schließlich hatten die Archive auch ein gewisses Motiv für die jahrelange Sammlung ihrer Artikel. Insgesamt wurden im Zuge der Recherche 237 Zeitungartikel zum Thema KZ Mauthausen ausfindig gemacht, davon verfügte das DÖW über 198 und das AMM über 39 Berichte. Thematisch wurde die Auswahl der Zeitungartikel ebenfalls eingegrenzt. Die Artikel kamen nur dann in Frage, wenn sie sich mit dem Konzentrationslager Mauthausen auseinandersetzten und dieses nicht nur kurz in einem Satz erwähnten. Die Untersuchung schließt auch die zahlreichen Nebenlager des KZ Mauthausen aus, da eine entsprechend große Materialsammlung in dieser Magisterarbeit nicht bewältigbar gewesen wäre. Die ausgewählten Artikel wurden vor Ort in

den Archiven abfotografiert oder auch kopiert, um sie später in Ruhe analysieren und interpretieren zu können.

16.2 Darstellung der Untersuchungsergebnisse

Der Ergebnisse der Untersuchung werden in diesem Kapitel dargestellt. Die Erläuterung der einzelnen Artikel anhand eines deduktiv gebildeten Kategoriensystems (siehe Anhang) wird zugunsten der Lesbarkeit dieser Magisterarbeit in den Anhang verlegt. Hier folgt nun eine zusammenfassende Darstellung aller Artikel innerhalb jeder Kategorie, um die Gemeinsamkeiten und Unterschiede erkennen zu können. Diese Analyse erfolgt separat anhand der vier gewählten Zeitungen.

16.2.1. Volksstimme

Mehr als die Hälfte der 111 Artikel, sprich 60 Berichte, nehmen die Befreiungs-/Gedenkfeiern als Anlass der Berichterstattung zum KZ Mauthausen. Oft wird nur kurz geschildert wer, wie und wann was passiert. Die wichtigsten anwesenden Persönlichkeiten werden erwähnt und auch der zusammengefasste Inhalt ihrer Reden. Ein weiteres bedeutendes Thema in Bezug auf die Gedenkkundgebungen ist die Zahl der Gäste und aus welcher Nation sie dafür anreisen. Die Errichtung von Denkmälern, wie beispielsweise eines Gedenksteines für rumänische Opfer, wird ebenfalls thematisiert. Bei einer Befreiungsfeier hängten einige Jugendliche ein Transparent mit den Worten „Wir brauchen einen Antifaschisten als Bundespräsidenten“ auf. In einem Artikel der „Volksstimme“ sollte dies laut einem Sicherheitsbeamten den derzeitigen Bundespräsidenten (Waldheim) beleidigen. In einem anderen Artikel, der sich nicht mit einer Befreiungsfeier befasste, wird aber auch die Schilderung eines respektlosen Verhaltens von Jugendlichen auf dem Gelände des ehemaligen KZ Mauthausen beschrieben. Die Kriegsverbrecherprozesse spielen bei der Berichterstattung der „Volksstimme“ mit sechs Artikeln eine nicht so große Rolle. Man zeigt in dieser Berichterstattung aber auf, wie die Angeklagten versuchen sich aus der Verantwortung zu ziehen, da sie angeblich nichts gewusst hätten. Bei Gerichtsurteilen selbst wird ein „außerordentliches Milderungsrecht“ angewendet, aufgrund der anderen Umstände in der verjährten Zeit. Die Berichte zu den Prozessen ermöglichten aber auch eine Darstellung der (grausamen) Geschehnisse im KZ Mauthausen. In anderen Artikeln wird kurz der Anstieg der Besucherzahlen vermerkt, besonders wenn es die Jugendlichen betraf. Anlässlich neuer Filme oder Sonderausstellungen über das KZ Mauthausen kam es ebenfalls zu einer Berichterstattung. Des Öfteren wird auch mit eingebaut, dass Vertreter der KPÖ anwesend waren und/oder Kränze niedergelegt haben.

Opfermythos:

Die „Volksstimme“ geht nur ein einziges Mal auf den Opfermythos ein, indem sie schildert, dass die neuen Machthaber in den ersten Tagen nach der Okkupation Österreichs viele hunderte aufrechte Österreicher, Katholiken, Sozialdemokraten und Kommunisten, verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau eingeliefert haben.

Schuldzuweisung:

Die Schuld wird in zwei Artikeln den Deutschen zugeschrieben beziehungsweise die Rolle der ÖsterreicherInnen im NS-Regime thematisiert. Im Artikel zu den 47 alliierten Fallschirmjägern beschreibt man, dass diese „in deutsche Hände“ fielen und ins KZ Mauthausen gebracht wurden. Laut einem anderen Bericht leisteten all jene, die ihre Pflicht im NS-Staat erfüllten, einen Verrat an Österreich, denn die Widerstandskämpfer seien die „getreuen Österreicher“ gewesen.

Gräueltaten:

Die Gräueltaten werden in 23 „Volksstimme“-Artikeln geschildert. Es werden Ausdrücke wie „auf der Flucht erschossen“ erläutert. Diverse Arten der Schikane, Quälerei und Ermordung durch die SS-Wächter, oder Kapos werden genauer beschrieben, wie beispielsweise: Ein polnischer Häftling wurde gezwungen die Worte einer Überschrift in einem akzentfreien Deutsch zu wiederholen. Da dieser nur gebrochen Deutsch sprach, wurde er zu Tode geprügelt. Dazu gibt es noch weitere Beispiele: Ein nackter Mann wurde so lange mit kaltem Wasser übergossen, bis er zu Tode erstarrte; Häftlinge wurden von scharf abgerichteten Hunden auf dem Appellplatz zerfleischt. Man schildert, dass die Quälerei durch die SS „unmenschlich“ war, das KZ Mauthausen bisherige Gräueltaten übertraf und daher auch „Mordhausen“ genannt wurde. Es wird auch versucht den LeserInnen deutlich zu machen, wie grausam man tatsächlich mit unschuldigen Menschen umging, durch detaillierte Beschreibungen wie: Um die Häftlinge mit den 100 bis 120 Kilogramm schweren Steinen am Rücken zu beladen, benötigte es oft drei Männer, oder: Die Verbrennungsöfen liefen Tag und Nacht. Darüber hinaus gehen die JournalistInnen auch auf andere Tötungsmöglichkeiten wie den Gaswagen ein, in dem Lagerkommandant Zierys als Zeitvertreib Häftlinge am Weg zwischen Mauthausen und Gusen ermordete.

Erinnern:

In 14 Artikeln bezieht man sich bewusst auf die Vergangenheit des KZ Mauthausen. Diese Erinnerungen erfolgen des Öfteren im Zusammenhang mit geleisteten Schwüren. Mit detaillierten Beschreibungen wie beispielsweise den Schilderungen zu den sowjetischen Offizieren aus Block 20, wie man sie behandelte und wie sie ihre Flucht durchführten, versucht man den RezipientInnen das KZ Mauthausen ins Gedächtnis zu rufen. Man nimmt Zitate, um an die Heldentat von Maria Langthaler zu erinnern, die zwei entflozene sowjetische Häftlinge versteckt hat, um ihnen das Leben zu retten, obwohl sie dabei sich und ihre Familie in Gefahr gebracht hat. Die Wahrnehmung zum KZ Mauthausen aus der Sicht des amerikanischen Truppenkommandanten wird ebenfalls im Zuge einer Berichterstattung zur Gedenkkundgebung geschildert. Außerdem betont man, dass ein Vergessen der Faschismusopfer gleichzeitig ein Vergessen Österreichs bedeuten würde.

Mahnung:

In den 31 Artikeln, die eine Mahnung beinhalten, werden oft Phrasen wie „Niemals wieder!“, „Niemals vergessen“ oder „Mauthausen darf niemals wiederkehren“ verwendet. Es wird davor gewarnt, dass alle NS-VerbrecherInnen beseitigt werden müssen, da ansonsten ein dritter Weltkrieg bevorsteht oder, dass die ÖsterreicherInnen sowie die österreichische Unabhängigkeit durch das freie Herumlaufen der Gestapohenker in Gefahr sind. Man schildert aber auch die Gefahren, die von Atomwaffen ausgehen, denn diese dürfen keinesfalls in die Hände der VerbrecherInnen gelangen, die Millionen Menschen in Gaskammer ermordet haben. Die „Volksstimme“-JournalistInnen versuchen die LeserInnen darauf aufmerksam zu machen, dass der Krieg und Faschismus noch nicht im Keime erstickt sind. Gleichzeitig wird auch darauf hingewiesen, dass die Opfer als Mahnung gelten sollen, damit es zu keiner Wiederholung der Vergangenheit kommt. Folglich dürfe Mauthausen nicht verharmlost werden. Man wird durch die Berichterstattung dafür sensibilisiert, sich für eine Nicht-Wiederholung der Gräueltaten einzusetzen und die Gewaltherrschaft und den Faschismus nicht wieder aufkeimen zu lassen, indem man niemals vergisst.

Aufklärungsarbeit:

Die JournalistInnen der „Volksstimme“ leisten in 20 Zeitungsartikeln eine Aufklärungsarbeit. Sie weisen darauf hin, dass der Antisemitismus schon länger in Österreich war als Hitler. Schließlich fruchtet der Faschismus in der Gesellschaft, denn die Mehrheit der ÖsterreicherInnen vertraute sich 1938 blind dem Faschismus an und jubelte Hitler beim Anschluss zu. Es wird deutlich, dass es genügend willige kleine Befehlsempfänger gab, die

erst die furchtbare Mordmaschinerie, wie Mauthausen, ermöglichten. Darüber hinaus wird in der Berichterstattung auch darauf eingegangen, wie viele (tatkraftige) Unterstützer des Nazi-Regimes nach Kriegsende problemlos ihre Karriere fortsetzen konnten und teilweise sogar ein Ehrenzeichen erhielten. In Zuge dessen weist man auch darauf hin, dass bereits vier Jahre nach der Befreiung wieder eine unbestrafte, öffentliche Faschismuspropaganda gemacht wird. Die Politik der Verdrängung und der Nichtbewältigung der Vergangenheit nach 1945 wird in diversen Artikeln behandelt und durch verschiedene Situationen erläutert. Dies zeigt sich beispielsweise am Verschweigen einiger Lebensabschnitte des Bundespräsidenten Waldheim. Man bezieht sich hier auf den Staatsvertrag, laut dem es unzulässig sei bei einer Präsidentschaftskandidatur einen Neonazi als ersten Kandidaten zu haben. Da die Aufklärungsarbeit in Schulen ein bedeutendes Thema in der Gesellschaft sein sollte, wird darauf eingegangen, dass es nicht genügend fähige GeschichtslehrerInnen gebe, um die Jugendlichen zu politisch hellhörigen und gegenüber den Opfern ihrer Vorfahren respektvollen BürgerInnen auszubilden. Es wird aber auch Kritik am ORF geübt, der trotz seiner gesetzlichen Verpflichtung, laut den „Volksstimme“-JournalistInnen keinen angemessenen Beitrag zur antifaschistischen Aufklärung leistet.

16.2.2. Neue Zeit

In der Berichterstattung der „Neuen Zeit“ nehmen die Kriegsverbrecherprozesse eine bedeutende Rolle ein, da 21 von insgesamt 47 Artikeln diese thematisieren. Davon beschäftigen sich aber 13 Berichte ausschließlich mit Prozessen zur „Mühlviertler Hasenjagd“ und behandeln dabei die Beteiligung der zivilen Gesellschaft an den NS-Verbrechen. Generell wird aber geschildert, wie die Angeklagten mit ihrem Todesurteil umgingen. August Eigruber nahm beispielsweise sein Todesurteil durch den Strang ohne Zucken und mit einem „verächtlichen Lächeln“ zu Kenntnis. Die Versuche der Angeklagten, ihre Schuld durch Berufung auf Befehlsnotstand abzustreiten, werden beschrieben und auch teilweise von Zeugen widerlegt. Dennoch gebe es auch andere Fälle, wie zum Beispiel Hitlerjungen, die trotz gestandener Tat freigesprochen wurden, da sie aufgrund ihrer Erziehung in der Hitlerjugend gehorsam waren und unter Zwang standen. Die „Neue Zeit“ berichtet neun Mal über die Gedenk- und Befreiungsfeiern. Es wird vorrangig geschildert, welche verschiedenen ausländischen und nationalen Delegationen anwesend waren, wie der Ablauf der Feierlichkeiten war und wer die Reden mit welchem Inhalt hielt. Bei einer der Gedenkkundgebungen hielt Papst Johannes II. eine Rede, die in einem der Artikel jedoch kritisiert wird. Denkmäler spielen auch hier wieder eine Rolle, besonders das für die

spanischen Opfer. Mehrere spanische Arbeiter und ehemalige Mauthausen-Häftlinge haben in Mauthausen eine neue Heimat gefunden, da in Spanien noch immer der Faschismus vorherrscht. In der „Neuen Zeit“ verweist man darauf, dass von der Landesleitung der KPÖ, der Linzer, Welser und Steyrer Bezirksleitung und weiteren Organisationen Kränze vor dem Mahnmal am Appellplatz platziert wurden. Es wird auch darauf aufmerksam gemacht, dass es organisierte Fahrten zur KZ-Gedenkstätte Mauthausen gibt, wo man zwei Museen und den Film „Rückkehr unerwünscht“ ansehen kann.

Opfermythos:

In zwei Artikeln der „Neuen Zeit“ ist der Opfermythos von Bedeutung. Laut diesem haben die ÖsterreicherInnen aufgrund ihrer demokratischen Überzeugung jahrelang in den Konzentrationslagern gelitten. Es sei auch viel zu viel Leid über das österreichische Vaterland gekommen.

Schuldzuweisung:

Wie bereits zuvor erwähnt versuchten in den Kriegsverbrecherprozessen viele Angeklagte die Schuld von sich zu weisen, was in acht Artikel thematisiert wird. Viele gaben an, dass sie auf Anweisung gezwungen gehandelt zu hätten und es nicht gewagt hätten, die Befehle zu verweigern, beziehungsweise wird versucht die Gräueltaten den SS-Männern zuzuschieben. Die JournalistInnen der „Neuen Zeit“ spielen in Zusammenhang mit diesem Thema gerne mit dem Wort „Nazi“ als Schuldige, was sich anhand dieser Beispiele gut erkennen lässt: Die „Mühlviertler Hasenjagd“, „eines der erbärmlichsten Verbrechen“, wurde von den „Nazimordgesellen“ auf „unserem Heimatboden“ begangen. Die „Nazihenker“ hätten die 15- bis 16-jährigen Hitlerjungen zur Hasenjagd beauftragt und zur Erschießung der Gefangenen gezwungen. Tausende Juden seien in „diesem Nazi-Vernichtungslager“ ermordet worden. Auch das Wort „Schandmal“ wird auf interessante Weise in Verbindung mit „unserem“ Österreich verwendet, wie sich in diesem Satz zeigt: „Neben den Schandmalen Mauthausen, Gusen und Ebensee ist auch die ‚Mühlviertler Hasenjagd‘ ein Schandmal, das unserem Lande aufgebrannt wurde.“

Gräueltaten:

20 „Neue Zeit“-Artikel beschreiben die Gräueltaten im KZ Mauthausen. Die Gräueltaten handeln mehrheitlich von der „Mühlviertler Hasenjagd“, um aufzuzeigen wie grausam und mit was für einem Blutdurst man die entflohenen KZ-Häftlinge ermordete. Die entflohenen

sowjetischen Offiziere wurden mit Hunden gehetzt, einfach niedergeschossen oder im KZ auf grauenvolle Art erschlagen. Die „Neue Zeit“-JournalistInnen verwenden bezüglich der Ermordung von 440 entflohenen Häftlingen das Wort „hingemetzelt“ oder finden auch andere treffende Beschreibungen wie: Berndl jagte einem Mann seine Schrotladung in den Rücken. Da der Mann noch am Leben war, stieg der Volkssturmkommandant Knoll auf dessen Brust und trat ihm mit seinem Stiefel dreimal gegen die Schläfe. In Bezug auf die Fallschirmjäger sparte man nicht an der Schilderung der Grausamkeiten in den Berichten, wie zum Beispiel: SS-Männer trieben die Fallschirmjäger in die Sperrzone, wo sie dann von Wachposten erschossen wurden. Oder: „Einigen hing die Haut in Fetzen von den Leibern“. Man weist in der Berichterstattung auch darauf hin, dass der Schornstein des Krematoriums Tag und Nacht rauchte und dass sich in den Kellern die Leichen türmten. Einer der Peiniger soll 90 Häftlinge aus Mauthausen und Melk mit Giftinjektionen getötet haben, während ein anderer verdächtigt wurde, ein eigenes Konzentrationslager gehabt zu haben, wo er selbst Experimente mit aufklappbaren Stühlen speziell zum Hängen durchgeführt haben soll.

Erinnern:

Das Thema der Erinnerung an die Vergangenheit des KZ Mauthausen erfolgt in zwei Artikeln anhand von Zitaten. Einmal durch ein Zitat eines Hofrates, das zur Erinnerung an die unmenschlichen Ereignisse in Mauthausen dienen soll. Somit werden die vergangenen Geschehnisse im KZ Mauthausen geschildert und veranschaulicht.

Mahnung:

Die „Neue Zeit“ mahnt ihre RezipientInnen in nur drei Artikeln. In einem Bericht thematisiert man den Wert eines Menschenlebens, das scheinbar nichts wert sein kann, wenn ein Mörder (NS-Täter) mit drei Jahren schweren Kerkers davon kommt. Dabei wird darauf hingewiesen, dass eigentlich davon ausgegangen wird, diese Zeit hinter sich zu haben. Ausschnitte der Predigt eines Pfarrers werden wiedergegeben. Laut ihm sollen die Toten mahnen und der Friede, die Freiheit und die Menschenwürde sollen für jede/n gewährleistet werden. Es wird auch gewarnt, dass eine Glorifizierung des „hitlerschen“ Krieges vier Jahre danach sehr gewagt sei und dass man es einst für unmöglich gehalten hätte, Naziopfer zurückzuweisen oder Hitlers treueste Unterstützer wieder in Führungspositionen einzusetzen, sowohl in der Wirtschaft als auch im Staat selbst. In einem anderen Artikel werden die GewerkschafterInnen dazu aufgefordert, niemals mehr Zeiten aufkeimen zu lassen, in denen Konzentrationslager errichtet werden.

Aufklärungsarbeit:

Aufklärungsarbeit wird in fünf Berichten der „Neuen Zeit“ geleistet. Es wird geschildert, dass die Grausamkeiten die Überhand gewannen, da die demokratische Welt nicht früh genug etwas dagegen unternommen hat. Um diesen Schandfleck „abwaschen“ zu können, müsse laut einem Artikel die Ideologie der Nazis im österreichischen Volk bekämpft und auch die Errichtung einer wahren Demokratie gewährleistet werden. Es wird darauf hingewiesen, dass jedoch bereits vier Jahre nach der Befreiung des KZ wieder eine öffentliche und unbestrafte Propaganda für Faschismus gemacht wird.

16.2.3. Tagblatt

Das „Tagblatt“ behandelt bei insgesamt 45 KZ Mauthausen-Artikeln 14 Mal die Kriegsverbrecherprozesse. Es wird geschildert, dass bei einem Todesurteil der Angeklagte nicht mal Reue zeigte. Viele Angeklagte versuchten jedoch zu leugnen, die Schuld von sich zu weisen oder, wenn kein anderer Ausweg mehr bestand, die Tat zu gestehen, aber mit dem Vorwand selbst mit Misshandlungen bedroht worden zu sein. Das Gericht habe teilweise als Milderungsgrund „die allgemeine Psychose der damaligen Zeit“ angegeben und es sei auch zu einer frühzeitigen Entlassung eines Mauthausner Mörders gekommen, der neun Menschen auf dem Gewissen haben soll. Diese Entscheidungen werden jedoch nicht genauer thematisiert in den Artikeln, nur nüchtern wiedergegeben. In fünf Berichten der Prozessberichterstattung ist die „Mühlviertler Hasenjagd“ im Fokus. Zehn Artikel werden im Zuge der Befreiungs- und Gedenkfeiern publiziert. Dabei befasst man sich mit der Anzahl der Anwesenden aus verschiedenen Ländern oder mit dem Inhalt der Reden. Es gibt Schilderungen zu den Gedenkkundgebungen. Der Papstbesuch in Mauthausen wird ebenfalls beschrieben und dessen Rede sogar in einem Bericht kritisiert. Der Bundespräsident wird ebenso kritisiert bei einer Großkundgebung der Roten Falken. Darüber hinaus wird das KZ Mauthausen auch im Zusammenhang mit Lesung zu Ehren der Opfer, mit Ausstellungen von Gedichten, mit der Errichtung und Enthüllung des BRD-Mahnmals und mit dem Besuch von Sozialisten in der KZ-Gedenkstätte behandelt. Im „Tagblatt“ spielt auch der Anstieg der Besucherzahlen eine Rolle. Sogar die Entfernung einer Birke, die ein sowjetisches Denkmal zu zerstören drohte, ist Thema der KZ Berichterstattung.

Opfermythos:

Ein „Tagblatt“-Artikel weist darauf hin, dass österreichische BürgerInnen als Opfer galten, denn der Leiter des Steyrer Krematoriums (wo Leichen vom KZ Mauthausen verbrannt wurden) Franz Moser sei ein fanatischer Nationalsozialist gewesen, der seine Angestellten mit der Gestapo beziehungsweise mit dem KZ drohte und sie teilweise sogar selbst misshandelte.

Schuldzuweisung:

In sechs Berichten des „Tagblatt“ wird ersichtlich, wie die Schuld anderen zugeschrieben wurde. Die Schuldigen hätten sich davor gefürchtet, wegen Pflichtverletzung angeklagt zu werden oder seien unter Zwang gestanden, da sie ansonsten selbst von SS-Bewachungsmannschaften misshandelt worden wären. Sogar der Lagerleiter Ziereis soll laut Artikel Angst um sein eigenes Leben gehabt haben. Er war daher der Meinung, dass nur ein „Leichenhaufen“ ihn vor Berlin bezüglich der geflüchteten russischen Häftlinge rechtfertigen könne. Bei einem Angeklagten wird sogar extra erwähnt, dass dieser ein gebürtiger Bayer war, der zu der Auslandsorganisation der NSDAP gehörte und somit kein österreichischer Täter war. Dennoch lassen die „Tagblatt“-JournalistInnen das Zitat eines Häftlings mit einfließen: „Wir dachten, in Österreich wird es nicht so schlimm sein, dort sind gemütliche Leut‘!“ Sie kommentieren dies folgendermaßen: Da irrte sich aber der ehemalige Häftling und Zeuge, denn in Mauthausen machte er Bekanntschaft mit der SS und unter anderem auch mit Gogl. Darüber hinaus kritisiert ein Artikel auch die Kollektivschuld der ÖsterreicherInnen in einem Zitat: „[...] obwohl viele Österreicher den Nazis ‚nicht unfreundlich‘ gegenüberstanden, müsse man berücksichtigen, daß [sic] die Leiden der Opfer immer auf die Schuld einzelner zurückzuführen sind“.

Gräueltaten:

15 Artikel des „Tagblatt“ beschreiben die Grausamkeiten, die im KZ Mauthausen begangen wurden. Laut einem Bericht waren 158.000 Häftlinge im KZ-Mauthausen, 89.000 davon wurden durch Hinrichtung oder Vergasung getötet. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass die Anzahl der Häftlinge und vor allem der Toten noch höher gewesen sein soll. Nach der Befreiung verließen hunderte als Krüppel das KZ. Die Gräueltaten einiger Kapos werden ebenfalls geschildert: Wenn sich ein Häftling mit Mütze oder Strümpfen vor der Kälte beim Schlafen schützte, beförderte der Kapo ihn unter das Bett, steckte ihm ein Sesselbein in den Rachen und trat mit Hilfe eines SS-Mannes auf den Sessel ein, bis der Häftling tot war. Der Kapo Franz Steurer erschlug seine Mithäftlinge für Zigaretten, stieß sie die Todesstiege

hinunter oder trieb sie in den elektrisch geladenen Zaun sowie in die Kugeln der SS. Wie blutrünstig man im KZ Mauthausen war, verdeutlichten die JournalistInnen des „Tagblatt“ durch Ausdrücke wie: „Der weiße Schnee trank viel rotes Blut.“ Oder: Beim Rasieren der Fallschirmjäger wurde bereits viel Blut vergossen. Ein weiteres Beispiel wäre folgender Satz: Nachdem sie blutüberströmt die Stufen bewältigt hatten, wurden sie in den Zaun getrieben, um dort von Wachposten erschossen zu werden. Man veranschaulicht durch die Schilderung anderer diverser Maßnahmen, wie grausam man dort mit den Häftlingen umging. Abgemagerte Skelette mussten fünfzig Kilogramm schwere Granitblöcke im Nacken über die Todesstiege hinauftragen, scharf abgerichtete Hunde wurden auf die Häftlinge gehetzt und auf einer steinernen Platte mit einer Rinne wurden die Mauthausner Opfer von den Nazis seziert. Es wird auch erwähnt, dass sich im Lagerraum des Krematoriums oft die Leichen bis zur Decke stapelten.

Erinnern:

In vier „Tagblatt“-Artikeln bezieht man sich bewusst auf die Vergangenheit des KZ Mauthausen, indem an die „unmenschlichen Misshandlungen“ erinnert wird. Man zieht auch Vergleiche mit der heutigen Erscheinung des ehemaligen KZ Mauthausen. Laut einem Artikel sollte man ebenfalls nicht vergessen, dass der Antisemitismus bereits lange Zeit vor Hitler in Österreich existiert hatte und dass der Austrofaschismus den Weg des Naziregimes nach Österreich vorbereitet hatte.

Mahnung:

Zum Lernen aus den NS-Grausamkeiten wird in vier Berichten des „Tagblatt“ gemahnt. Laut einem Artikel soll ein Denkmal mahnen und an das Grauen erinnern und „unsere Heimat“ vor einem wiederaufkeimenden Faschismus schützen. In einem Zitat wird auch gewarnt: „Die jüngere Generation darf das schreckliche geistige Erbe nicht vergessen, damit es uns Nachgeborenen nicht wieder einmal so geht, nur weil wir vergessen haben.“

Aufklärungsarbeit:

In fünf Artikeln des „Tagblatt“ wird versucht zur Aufklärung über das KZ Mauthausen und zur Sensibilisierung beizutragen, denn gemäß einem Bericht ist und bleibt die bedeutendste Maßnahme im Kampf gegen die neonazistische Provokation die Aufklärung, die in Bezug auf die Respektlosigkeit vor dem Leben geleistet werden muss. Die JournalistInnen schildern, dass laut einer Umfrage sieben Prozent der ÖsterreicherInnen Antisemiten sind, was darauf

hinweist, dass sich noch nicht genug in Österreich verändert hat. Daher müsse man wachsam sein und die Ursache des Antisemitismus bekämpfen. In einem weiteren Artikel geht man auch auf die Rede des Innenminister Franz Löschnak ein, denn es dürfe eine Intoleranz, welche die Entstehung von Mauthausen ermöglicht hat, nicht toleriert werden. Drei andere Berichte machen darauf aufmerksam, dass die Schuld heute ihren Anfang nimmt, wenn keine (selbst)kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und der Gegenwart stattfindet.

16.2.4. Oberösterreichische Nachrichten „OÖN“

Beinahe die Hälfte der insgesamt 34 Artikel der „OÖN“, nämlich 14, berichten im Zuge der Befreiungs- und Gedenkfeiern. Diesbezüglich wird meist der Inhalt der Gedenkreden, die Anzahl der BesucherInnen aus diversen Ländern und der Ablauf der Feierlichkeiten thematisiert. Die Gedenkrede von Papst Johannes Paul II. gehört ebenfalls dazu, über den bereits vor seinem Eintreffen berichtet wurde. Prozessberichterstattung erfolgt sechs Mal, davon behandeln vier Artikel die Prozesse zu den Angeklagten der „Mühlviertler Hasenjagd“. Es wird nüchtern und kurz geschildert, weshalb die Angeklagten vor Gericht standen und wie das Urteil lautete. In einem Artikel wird ein Angeklagter von einem anderen neunfachen Mörder entlastet, worauf nicht näher eingegangen wird. Die „OÖN“ berichtet ebenfalls über die Birke, die beinahe ein Russendenkmal zerstörte. Weitere Gründe zur Berichterstattung sind die Enthüllung von einem Mahnmal, die Dreharbeiten des Films „Hasenjagd“ sowie Erklärungsversuche, wie es im KZ Mauthausen gewesen sein muss beziehungsweise wie es überhaupt dazu gekommen war. Es gibt auch eine Schilderung zur Absicht der Grünen, dass sich die Bundesratsabgeordneten am 50. Jahrestag des Anschlusses in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen versammeln sollten und dass sie es nicht befürworten, wenn Bundespräsident Waldheim eine Ansprache zum Gedenken hält.

Opfermythos:

Der Opfermythos wird in zwei „OÖN“-Artikeln thematisiert, indem man die ÖsterreicherInnen als Opfer in den Fokus stellt. In einem Bericht stammen die aufgezählten politischen Häftlinge allesamt aus Österreich, genauer gesagt, aus Oberdonau. Laut einem anderen Artikel kann man aus den Worten „vielgeprüftes Österreich“ des gebürtigen polnischen Papstes schließen, dass viele ÖsterreicherInnen auch zu den Opfern dieser „dunklen Jahre“ gehören.

Schuldzuweisung:

Die „OÖN“ mindert in zwei Artikeln die Schuld der ÖsterreicherInnen beziehungsweise wälzt man diese auf die Nazis ab. In einem Bericht gibt man die Worte des Innenminister Blecha wieder: „Widerstandskämpfer, deren Opfer Österreich vom Makel der Mitschuld bewahre“. Ein anderer Artikel erwähnt nichts von der österreichischen Beteiligung in der Reichskristallnacht, in der „Nazi-Berserker“ durch die „Städte des Deutschen Reiches“ zogen und jüdisches Eigentum zerstörten. Wenn, dann merkt man nur an, dass das KZ Mauthausen der Hauptstützpunkt des NS-Regimes in der „Ostmark“ war.

Gräueltaten:

Die Gräueltaten werden innerhalb von sieben Artikeln beschrieben. Bei der Prozessberichterstattung inkludiert man teilweise eine kurze Schilderung der Gräueltaten jener, die als Angeklagte vor Gericht standen. Es wird geschildert, dass die Häftlinge nicht nur körperlich ausgebeutet wurden, sondern auch durch die Arbeit vernichtet wurden. Wie sehr die Häftlinge physisch verausgabt wurden, wird anhand der Erwähnung, die Häftlinge hätten durchschnittlich nur 42 Kilogramm gewogen, deutlich. Wer nicht bereits erschossen worden sei oder vor Erschöpfung bei der Arbeit im Steinbruch zusammengebrochen sei, der sei durch Gas oder in der Genickschusseecke ermordet, erschlagen oder am Galgen erhängt worden. Von insgesamt 200.000 Häftlingen seien 100.000 ermordet worden, die Hälfte davon in der Gaskammer.

Erinnern:

Drei Artikeln in der „OÖN“ erinnern durch detaillierte Beschreibungen an das grauenhafte Geschehen im KZ Mauthausen. Einmal wird dem/der LeserIn durch die Schilderung eines KZ-Häftlings bewusst gemacht, was erst vor kurzem im ehemaligen KZ Mauthausen passiert ist. Ein anderes Mal bezieht sich ein Darsteller des Films „Hasenjagd“ auf das vergangene Geschehen im KZ Mauthausen, wodurch man daran erinnert wird, was die Häftlinge damals durchgemacht haben.

Mahnung:

Insgesamt sieben Artikel beinhalten eine Mahnung. Ein Priester aus Wien ermahnt alle Anwesenden, sich unermüdlich für den Frieden einzusetzen. Man weist darauf hin, dass man aus der Vergangenheit lernen und sich gegen anfänglichen Faschismus wehren muss. Daher sollte die Exekutive zukünftig verschärft gegen NeofaschistInnen in Österreich vorgehen.

Darüber hinaus dürfte man gemäß einem „OÖN“-Artikel nicht vergessen, da das Verdrängte ansonsten in verschiedenen Gestalten wiederkehre, denn das „Vergessen gebiert Monster“. „Wir sind verpflichtet, uns gegen die Anfänge von Menschenverachtung und Terror zu wehren“. Des Weiteren wird gewarnt: „Wer heute der Erinnerung an die Verbrechen der NS-Vergangenheit ohne Erschütterung, Scham und Traurigkeit standzuhalten weiß, der ist sich ihrer historischen Tragweite nicht bewußt [sic].“

Aufklärungsarbeit

In drei Artikeln der „OÖN“ klärt man die RezipientInnen über die NS-Vergangenheit auf. Laut der Aussage in einem Artikel soll man nicht vergessen, dass der Antisemitismus bereits lange Zeit vor Hitler in Österreich existiert hatte und dass der Austrofaschismus den Weg des Naziregimes nach Österreich vorbereitet hatte. Gemäß einem anderen Bericht waren Konzentrationslager nur deshalb möglich, da es die Nazis geschafft hatten, die Menschen durch ihre „autoritär-brutale Erziehung“ gefühlskalt zu machen. Darüber hinaus will man mit diesem Zitat wachrütteln: „Aus der Erfahrung der Geschichte wurde so gut wie nicht gelernt.“

16.3 Diskussion der Ergebnisse

In diesem Kapitel werden die bedeutendsten Ergebnisse der Untersuchung bezüglich der im Kapitel 14 formulierten Forschungsfragen interpretiert und mit dem bisherigen Forschungsstand verglichen.

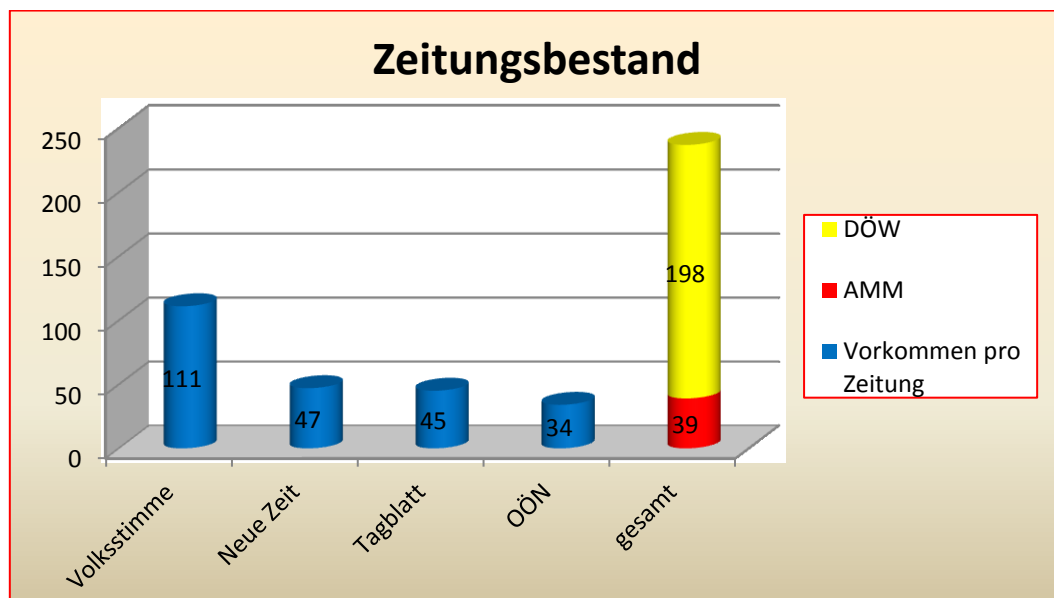


Abbildung 4: Zeitungsbestand der Untersuchung.

Wie sich anhand der Grafik erkennen lässt, stammt ein Großteil (198 Artikel) des Zeitungsbestandes aus dem Archiv des DÖW, das bereits relativ früh durch die Recherche für das „Rot-Weiß-Rot-Buch“ (das 1946 erschien) mit Sammlung von Dokumenten begonnen hat. Im Archiv der Gedenkstätte Mauthausen hat man erst ab 1963 richtig mit der Sammlung von Material begonnen, dies diente aber anfangs eher zur Gestaltung der KZ-Gedenkstätte. Aufgrund dessen wurden für diese Magisterarbeit nur 39, dennoch sehr bedeutende Artikel aus dem AMM herangezogen. Die „Volksstimme“ spielt mit 111 von insgesamt 237 Artikeln eine sehr große Rolle bezüglich der Berichterstattung zum KZ Mauthausen. 107 davon kommen aus dem Archiv des DÖW. Bei der „Neuen Zeit“ und beim „Tagblatt“ ist die Verteilung relativ ähnlich. Verhältnismäßig gering ist die Berichterstattung der „Oberösterreichischen Nachrichten“, die als unabhängige, kritische Zeitung aus Oberösterreich die NS-Vergangenheit des lokalen ehemaligen Konzentrationslagers überraschenderweise weniger thematisiert.

16.3.1. Bedeutung der Berichterstattung

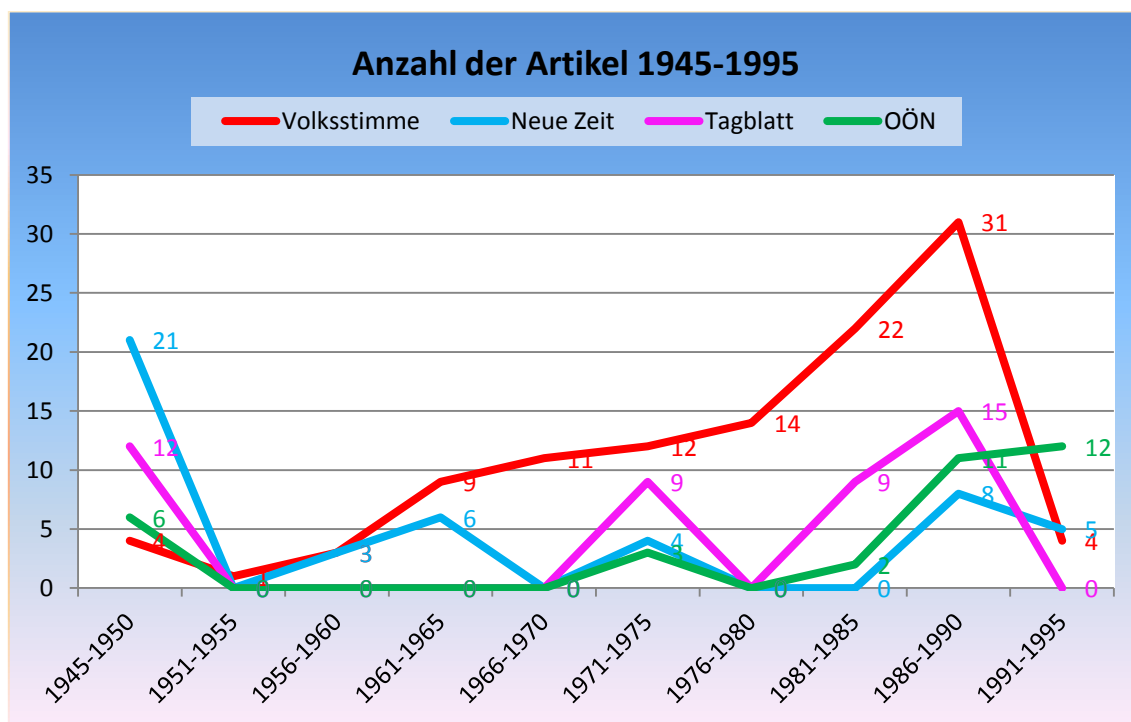


Abbildung 5: Anzahl der Artikel von 1945 bis 1995 in Fünferschritten.

Die Grafik veranschaulicht die Berichterstattung der vier ausgewählten Zeitungen von 1945 bis 1995 in Fünferschritten. In den ersten fünf Jahren nach dem Krieg wurde relativ häufig über das KZ Mauthausen berichtet, dies reduziert sich aber von 1951 bis 1955 fast auf null.

Ein Grund dafür wäre, dass es anfangs für die Zeitungen von Bedeutung war, über das KZ Mauthausen zu berichten, da einige Kriegsverbrecherprozesse auch auf österreichischem Boden stattfanden. In den Berichten schildert man, wie die Angeklagten versuchen sich aus der Verantwortung zu ziehen, da sie angeblich unter Zwang standen. Dabei geht man auch näher auf den Umgang der Angeklagten mit ihrem Todesurteil ein oder dass sie oft nicht einmal Reue zeigten. Urteils minderungen wie beispielsweise durch „die allgemeine Psychose der damaligen Zeit“ wird nüchtern beschrieben, ohne die Argumentation zu hinterfragen. Selbst wenn die Angeklagten ihre Tat gestanden und das Urteil milder ausfiel, wird in keiner der Zeitungen Kritik geübt, sondern nur die Begründung des Gerichts wiedergegeben, als würde es keine Rolle spielen, dass die Schuldigen nicht zur Verantwortung gezogen werden. Laut Simon Wiesenthal kann man natürlich „[...] das nicht bestrafen, wie man es hätte bestrafen müssen. Aber diese Leute sollten nicht als Unschuldige sterben“ (Koelbl, 1989: 268). Die Zeitungen vertreten aber scheinbar nicht dieselbe Meinung wie Simon Wiesenthal. Somit ist es auch fraglich, ob die erzieherische Dimension der Kriegsverbrecherprozesse, von der Simon Wiesenthal einst gesprochen hat, überhaupt gegeben ist. Die „Mühlviertler Hasenjagd“ wird im Zuge der Prozessberichterstattung ebenfalls thematisiert. Hier wird jedoch ebenfalls trocken geschildert, was den lokalen Angeklagten vorgeworfen wird und wie ihr Gerichtsurteil lautete.

Einen leichten Anstieg in der Berichterstattung von 1961 bis 1965 könnte der Eichmannprozess in Israel bewirkt haben, da dies der erste Prozess war, der die weltweite Öffentlichkeit mit dem Holocaust konfrontierte. Man thematisiert zwar den Prozess nicht in Zusammenhang mit dem KZ Mauthausen, dennoch scheint die Gesellschaft gerade 1961 für dieses Thema sensibilisiert worden zu sein. In diesem Jahr erscheinen nämlich fünf Artikel, während in den zehn Jahren davor insgesamt gerade einmal sieben Berichte publiziert werden. Die Jahre zwischen 1971 und 1975 waren scheinbar auch von mehr Bedeutung für eine öffentliche, mediale Behandlung des KZ Mauthausen. Ein Grund dafür könnte die zeitgeschichtliche Ausstellung sein, die von Hans Maršálek gestaltet wurde. Diese Ausstellung machte die KZ-Gedenkstätte zu einem „öffentlichen Museum“ (Vgl. Perz, 2006: 13f.). Darüber hinaus stieg mit Beginn der 1970er Jahre die Anzahl der BesucherInnen von Haupt- und Mittelschulen, Bundesheer, Polizei und Gendarmerie, wodurch Mauthausen zu einem bedeutenden Ort der politischen Bildung wurde (Vgl. Perz, 2003: 302). 1981 bis 1985 kommt es wieder zu einem leichten Anstieg in der Berichterstattung. Diese erreicht jedoch zwischen 1986 bis 1990 ihren Höhepunkt. Auslöser dafür könnten sowohl die Bundespräsidentenwahl von Kurt Waldheim als auch das Gedenkjahr 1988 (50 Jahre nach

dem Anschluss) sein. 1986 erscheinen gesamt sieben Artikel, zwei davon beschäftigen sich damit, dass es „kein Weglügen der Vergangenheit“ geben sollte und ein Artikel beschreibt, wie man „Die dunklen Seiten der Vergangenheit bewältigen“ sollte. Im März 1986 wurden vom österreichischen Nachrichtenmagazin Profil die ersten Dokumente zur wahrscheinlichen SA-Mitgliedschaft von Kurt Waldheim enthüllt. Am 8. Juni 1986 wurde Waldheim jedoch zum Präsidenten gewählt. Laut der internationalen Historikerkommission war er nicht nachweislich in die Kriegsverbrechen involviert, ihm wurde aber von der IHK eine Mitverantwortung und Mitschuld zugeschrieben (Vgl. Wodak et al., 1994: 39ff.). Kurt Waldheim sprach die Mehrheit der österreichischen WählerInnen damit an, nur „seine solidarische Pflicht erfüllt“ zu haben (Vgl. Langbein, 1997: 13). Im Nachhinein betrachtet, wenn die Zeitungen durch mehr Berichterstattung in den Jahren zuvor ihre Sozialisationsfunktion erfüllt hätten, indem sie vor allem kontinuierlich kritische Information zum KZ Mauthausen geliefert hätten (Vgl. Ronneberger, 1971: 48ff.), wäre es vermutlich undenkbar gewesen, dass Waldheim zum Bundespräsidenten gewählt wird. 1987 werden fünfzehn Artikel zum KZ Mauthausen veröffentlicht, die sich auch mit der Pflichterfüllung beschäftigten. Österreich habe sich noch nicht genug verändert in Bezug auf den Antisemitismus, da man eine „Politik der Verdrängung und Nichtbewältigung der Vergangenheit nach 1945“ geführt habe. Bei einem Artikel zur Befreiungsfeier inkludiert man die Worte eines Transparents: „Wir brauchen einen Antifaschisten als Bundespräsidenten“. Kurt Waldheim stand symbolisch für die unzureichende Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Österreichs (Vgl. Wodak et al., 1994: 39ff.). Somit wird in den Artikeln bezüglich des KZ Mauthausen aufgezeigt, wie wenig Toleranz man für Waldheim als Bundespräsidenten sowie für die Nichterfüllung des österreichischen antifaschistischen Auftrages aufbringen sollte. Im Gedenkjahr 1988 berichtet man nicht nur aufgrund des Papstbesuches im KZ Mauthausen insgesamt 26 Mal, sondern auch wegen des Berichtes der IHK, der die Vergangenheit von Kurt Waldheim thematisierte (Vgl. Wodak et al., 1994: 9). Darüber hinaus gestand Waldheim, dass Österreich moralisch für den Nationalsozialismus mitverantwortlich war, auf seine Mitverantwortung nahm er jedoch keinen Bezug (Vgl. Botz, 1994: 62). Im Vergleich dazu fällt die Berichterstattung zum fünfzigjährigen Jubiläum der Befreiung 1995 mit acht Artikeln relativ gering aus. Bezüglich der Befreiungs- und Gedenkfeiern generell schildert man meist in den Berichten welche Persönlichkeiten teilnahmen, was der Inhalt ihrer Reden und wie der Ablauf der Feierlichkeiten war. Die Anzahl der Gäste sowie aus welchen Nationen sie anreisten, ist ebenfalls von Bedeutung. Weitere Themen zur Berichterstattung über das KZ Mauthausen

sind der Anstieg der Besucherzahlen, Errichtung und Enthüllung von Denkmälern, neue Filme, Ausstellungen, Lesungen, organisierte Fahrten nach Mauthausen und auch die Entfernung einer Birke auf dem Gelände der Gedenkstätte. Die „Volksstimme“ baut auch des Öfteren ein, dass VertreterInnen der KPÖ anwesend waren und/oder Kränze niederlegten. Das „Tagblatt“ schildert ebenfalls den Besuch von SozialistInnen an der KZ Gedenkstätte, jedoch in einem geringeren Ausmaß als die „Volksstimme“. Erklärungsversuche, wie es im KZ Mauthausen gewesen sein muss beziehungsweise wie es überhaupt dazu gekommen war, liefern die „OÖN“ in vereinzelt Artikeln.

Wenn man die Grafik mit der Anzahl der Artikel nochmals genauer betrachtet, wird deutlich, dass man zwar in den ersten fünf Jahren aufgrund der Kriegsverbrecherprozesse mehr publiziert hat, dennoch wird dem Thema bis Anfang der 1970er Jahre kaum Bedeutung zugeschrieben. Erst im Zuge der Waldheim-Affäre wird es für die Zeitungen wichtiger über das KZ Mauthausen zu berichten. Diesbezüglich bringt man erst richtig die Relevanz des KZ Mauthausen für die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit Österreichs zur Sprache. Man sollte diese nicht mehr verdrängen, sondern bewältigen, um den Faschismus nicht mehr aufleben zu lassen und anhand der KZ Gedenkstätte seine Lehre zu ziehen. Zusammenfassend lässt sich aber bei insgesamt 237 Artikeln von vier Zeitungen innerhalb von 50 Jahren feststellen, dass die Thematisierung des KZ Mauthausen für die Zeitungen nicht von allzu großer Bedeutung gewesen sein konnte.

16.3.2. Einfluss des Opfermythos auf die Berichterstattung

Als erstes Opfer von Hitler und seinem NS-Staat (Vgl. Lichtblau, 1997:145), wie es der Opfermythos besagt, wird der Staat Österreich nicht eindeutig in den Artikeln beschrieben. Lediglich ein einziger Bericht in der „Neuen Zeit“ kommt nahe an die Definition eines Opfers im nationalsozialistischen Sinn ran. Laut dieser Definition ist jemand ein Opfer, der „durch jemanden, [...], Schaden erleidet“ (Duden Online, o.J. b). Der besagte Bericht schildert, dass viel zu viel Leid über Österreich gekommen sei und impliziert somit, dass Österreich dem Hitler-Regime zum Opfer gefallen ist. In den anderen fünf Berichten geht man jedoch näher auf ÖsterreicherInnen als Opfer ein. Diese wurden teilweise aufgrund ihrer politischen Überzeugung, die nicht im Sinne des Nationalsozialismus war, verhaftet, misshandelt und/oder in Konzentrationslager eingeliefert.

Generell nimmt der Opfermythos wenig Einfluss auf die Berichterstattung über das KZ Mauthausen. In vier Artikeln von 1945 bis 1947 bezeichnet man die ÖsterreicherInnen als Opfer. Erstaunlicherweise wird 1988 in der Papstrede und 1989 noch einmal von den

österreichischen Opfern gesprochen, obwohl die „Waldheim-Affäre“ 1986 die österreichische Opferidentität zum Kollabieren gebracht hat (Vgl. Embacher/ Reiter, 1997: 168ff.). Dies sollte jedoch nicht überbewertet werden, da es tatsächlich auch zahlreiche Opfer aus Österreich gab.

16.3.3. Versuch, die Schuld den Deutschen zuzuschreiben

Von insgesamt 18 Artikeln, welche die Schuldfrage thematisieren, stellen nur wenige die Deutschen eindeutig als Schuldige hin. In diesen ist man bestrebt deutlich zu machen, dass der Täter ein gebürtiger Deutscher ist. Generell versucht man aber den SS-Männern oder den Nazis die Schuld zuzuschreiben, was wahrscheinlich des Öfteren auch als Synonym für Deutsche genommen wurde. Jene, die ihre Pflicht im Sinne des NS-Staates erfüllt haben, werden als keine richtigen Österreicher hingestellt, als hätten diese dadurch ihre Nationalität gewechselt. Von einer Kollektivschuld sieht man ab und weist auf die Schuld einzelner hin. Darüber hinaus erachtet man das KZ Mauthausen als ein Schandmal, das Österreich aufgezwungen wurde. Mit einer derartigen Aussage wollten die JournalistInnen vermutlich darauf aufmerksam machen, dass Österreich unschuldig war. Man wollte sich von den Gräueltaten der Nationalsozialisten distanzieren (Vgl. Wodak et al., 1994: 23f.) Bei den Kriegsverbrecherprozessen weisen die angeklagten Täter die Schuld von sich, in dem sie angeben unter Zwang gestanden zu sein, es nicht gewagt hätten Befehle zu verweigern oder Angst davor hatten bei Befehlsverweigerung selbst misshandelt zu werden. Einige Taten, bei denen auch über Leben und Tod entschieden wurde, wurden aber auch ohne Befehle durchgeführt (Vgl. Safrian, 1997: 225). Am häufigsten wird die Schuldfrage 1946 und 1947 in die Berichterstattung mit einbezogen, was auf die Kriegsverbrecherprozesse zurückzuführen ist. In den Jahren 1986, 1987 und 1988 (Mai) zur Zeit der „Waldheim-Affäre“, kommt das Thema drei Mal auf: in Bezug auf die Pflichterfüllung als Verrat an Österreich und dass einzelne ÖsterreicherInnen schuldig waren, jedoch nicht der Staat Österreich. Dies ist verwunderlich, wenn man bedenkt, dass Kurt Waldheim im März 1988 die moralische Mitschuld von Österreich am Nationalsozialismus eingestand (Vgl. Botz, 1994: 62) und somit nicht nur Deutschland als alleinige Schuldige hinstellte. 1991 betonte Bundeskanzler Franz Vranitzky in einer Rede vor dem Nationalrat die Verantwortung vieler ÖsterreicherInnen für NS-Verbrechen (Vgl. Legerer, 2002: 88). Dies galt als der offizielle Durchbruch bezüglich des Bekenntnisses zur österreichischen Mittäterschaft im NS-Regime (Vgl. Neugebauer, 2000: 62). Dennoch folgen 1992 und 1995 noch zwei Artikel, welche allein die Nazis als Schuldige hinstellen.

In der Berichterstattung spielt es insgesamt keine große Rolle, die Schuld unbedingt den Deutschen zuzuschieben, dennoch versucht man die Verantwortung der ÖsterreicherInnen zu minimieren, indem man von SS-Männern oder Nazis spricht. Darüber hinaus zeigt man in den Artikeln, wie die Täter ihre Gräueltaten zu legitimieren versuchten. Einerseits hätten diese nüchternen Beschreibungen gerade zu den Kriegsverbrecherprozessen in den ersten Jahren nach der Befreiung des KZ Mauthausen den RezipientInnen als Vorlage dienen können, wie man sich von Schuld freisprechen konnte. Andererseits wäre es auch durchaus möglich gewesen, dass die JournalistInnen noch nicht dazu bereit waren, die Argumentation der Angeklagten kritisch zu hinterfragen.

16.3.4. Thematisierung der Gräueltaten

In insgesamt 65 Artikeln geht man auf die Gräueltaten im KZ Mauthausen ein. Es werden unterschiedliche Arten von Schikane, Quälerei und Ermordung durch SS-Wächter, oder Kapos genauer geschildert. Diese Quälereien werden als „unmenschlich“ bezeichnet und sollen laut Artikel bisherige Gräueltaten übertreffen, daher wird das KZ auch „Mordhausen“ genannt. Um den LeserInnen deutlich zu machen, wie grausam man tatsächlich mit den unschuldigen Häftlingen umging, inkludiert man detaillierte Beschreibungen der Gräueltaten und weist mehrmals darauf hin, dass viel Blut im KZ Mauthausen vergossen wurde. Man geht dabei auch näher auf die „Mühlviertler Hasenjagd“ ein, um aufzuzeigen, wie grausam und mit was für einem Blutdurst die Zivilbevölkerung die entflohenen Häftlinge aufspürte und ermordete. Im Zuge der Prozessberichterstattungen wird teilweise von den Gräueltaten der Angeklagten berichtet. Man versucht auch die Anzahl der getöteten Häftlinge in Zahlen zu fassen. Die Mordanlagen, über die Mauthausen verfügte, wie eine Gaskammer, ein Gaswagen, der zwischen Mauthausen und Gusen verkehrte, oder eine Genickschussanlage, welche als medizinische Ambulanz getarnt war (Vgl. Weinmann, 1990: 738), werden in der Berichterstattung nicht ausgeklammert, aber nicht übermäßig oft geschildert. Während das „Pfahlhängen“, das zu den grausamsten Strafen in Mauthausen gehörte, kein einziges Mal erläutert wird, werden die grausamen Geschehnisse auf der Todesstiege in mehreren Artikeln angesprochen. Die medizinischen Experimente werden nur kurz vereinzelt angeschnitten, jedoch geht man nicht näher darauf ein, welches abscheuliche Ausmaß diese im KZ Mauthausen angenommen hatten. Ohne medizinische Notwendigkeit wurden Operationen an gesunden Häftlingen durchgeführt. Man entfernte den Versuchskaninchen bestimmte Organe wie Magen oder Teile des Gehirns, um zu sehen, wie lange sie ohne diese überleben konnten (Vgl. Maršálek, 2006: 219ff.). Darüber hinaus erwähnt man auch nicht, dass österreichische

Firmen Häftlinge aus dem KZ Mauthausen anstellten und somit die Zwangsarbeit befürworteten. Der erste Konzern, der ab dem Frühjahr 1941 täglich 300 Mauthausner Häftlinge nach Steyr transportieren ließ, die dort im Bau und in der Produktion arbeiten mussten, war die Steyr-Daimler-Puch A.G (Vgl. Freund/Perz, 2002: 672ff.). Somit verschwieg man in den Zeitungen, dass österreichische Firmen ebenfalls an den NS-Gräueltaten beteiligt waren.

Wenn man aber generell bedenkt, wie viele Artikel oft eher kürzer ausgefallen sind, kann man sehr wohl davon ausgehen, dass es den JournalistInnen schon ein Anliegen war, ihre RezipientInnen darauf hinzuweisen, mit welcher Grausamkeit man im KZ Mauthausen gegen die Häftlinge vorging. Man hat einen Großteil der Mordmaschinerie des KZ Mauthausen dargestellt, ohne die Gräueltaten zu verharmlosen.

16.3.5. Erinnernde oder mahnende Funktion

Man bezieht sich in insgesamt 23 Artikeln mit Erinnerung an das KZ Mauthausen. Des Öfteren erfolgen diese Erinnerungen im Zusammenhang mit geleisteten Schwüren oder Zitaten von wichtigen Persönlichkeiten. In Zuge dessen werden die unmenschlichen Ereignisse im KZ Mauthausen geschildert und veranschaulicht. Durch die Aufnahme dieser Beschreibungen konstruieren RezipientInnen ihre soziale Medienwirklichkeit, die sie auf Basis ihres Wissens interpretieren und somit daraus ihre Erinnerung bilden (Vgl. Ruhrmann, 1994: 246). Folglich ist es sehr bedeutend, dass sich die Zeitungen auf das KZ Mauthausen beziehen. Das Nicht-mehr-Erinnern spielt ebenfalls eine Rolle in den Artikeln, indem darauf hingewiesen wird, dass man die grausamen Geschehnisse nicht vergessen darf. Dies stimmt mit Adornos Ansicht überein, dass man sich der Vergangenheit stellen sollte, da diese noch lebendig in unserer Gesellschaft vertreten ist, schließlich kann der Nationalsozialismus in den Menschen fortleben, trotz dessen Untergang mit Hitlers Drittem Reich (Vgl. Adorno, 1996: 555). Es werden aber auch Vergleiche der heutigen KZ-Gedenkstätte mit dem damaligen KZ Mauthausen hergestellt. Durch eine Auseinandersetzung mit der Geschichte des KZ Mauthausen, kann man die LeserInnen für die Bedrohung der Menschenrechte in der heutigen Zeit sensibilisieren (Vgl. Bauer/ Eiter/ Mernyi, 2015: 26f.), wodurch die Zeitungen nicht nur eine erinnernde, sondern auch mahnende Funktion einnehmen sollten. In insgesamt 45 Artikeln versuchen die JournalistInnen zu mahnen mit Phrasen wie „Niemals wieder!“, „Niemals vergessen“ oder „Mauthausen darf niemals wiederkehren“. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass der Krieg und Faschismus noch nicht im Keime erstickt sind. Darüber hinaus warnt man auch vor einem dritten Weltkrieg beziehungsweise einem Verlust

der österreichischen Unabhängigkeit, wenn die NS-VerbrecherInnen nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Folglich sollte die Exekutive verschärfter gegen die österreichischen Neofaschisten vorgehen. Die Opfer sowie die Denkmäler sollen als Mahnung gelten und das Geschehen im KZ Mauthausen dürfe auch nicht verharmlost werden. Man dürfe nicht vergessen, auch zuliebe der jüngeren Generation, da das Verdrängte ansonsten wiederkehrt. Vor allem junge Leute können durch die KZ-Gedenkstätte eine persönliche „Zivilcourage“ als wichtiges Instrument bei der Bekämpfung von menschenfeindlichen Bewegungen erlernen (Vgl. Bauer/ Eiter/ Mernyi, 2015: 26f.). Aufgrund der Sozialisationsfunktion der Medien, genauer gesagt der Zeitungen, können verschiedene Leitbilder, Werte und Normen sowie Verhaltensweisen und Denkmuster vermittelt werden, um die Gesellschaft voranzutreiben (Vgl. Burkart, 2002: 385). Dies spielt in Bezug auf die Mahnung eine bedeutende Rolle, da die LeserInnen in einem individuellen und gesellschaftlichen Lernprozess davor bewahrt werden, faschistischen Leitbildern, Normen, Werten und Denkmustern zu verfallen. Aufgrund der qualitativen „Objektivität“ können Massenmedien sozialisationsrelevante Auswirkungen erzielen wie beispielsweise die Beeinflussung des Bewusstseins der RezipientInnen oder die persönliche Festigung von transportierten Ideologien (Vgl. Schorb/ Mohn/ Theunert, 1982: 617). Um die Werte einer Demokratie aufrechterhalten zu können, ist es deshalb von Bedeutung, dass die JournalistInnen eine mahnende Funktion übernehmen.

Wenn man bedenkt, dass eine erinnernde Berichterstattung aufzeigt, welche soziale Relevanz diese Vergangenheit hat (Vgl. Donk/Herbers, 2010: 214), dann erwecken die vier untersuchten Zeitungen nicht gerade den Eindruck, als würde das ehemalige KZ Mauthausen bedeutend sein. Vielleicht hängt dies aber auch damit zusammen, dass viele JournalistInnen die NS-Vergangenheit lieber ausgespart haben, da sie so auch ihre eigene Rolle im NS-Propagandaapparat nicht thematisieren mussten (Vgl. Fabris, 1991: 3). Als Ausnahme könnte hier die „Volksstimme“ genannt werden, weil sie eine der drei Zeitungen war, welche sehr viele aus dem Exil zurückgekehrte JournalistInnen wieder aufnahm (Vgl. Hausjell/ Langenbucher, 2005: 20). Die „Volksstimme“ nahm sich auch die mahnende Funktion in ihrer Berichterstattung zu Herzen. Die anderen drei Zeitungen beschränkten ihre Mahnungen zusammen auf vierzehn Artikel. Somit nehmen die besagten Zeitungen weder eine beachtliche erinnernde noch bedeutend mahnende Funktion ein.

16.3.6. Aufklärungsarbeit

33 Artikel leisten eine Aufklärungsarbeit zum KZ Mauthausen. Man weist darauf hin, dass der Antisemitismus bereits länger in Österreich war als Hitler, da der Faschismus in der

Gesellschaft fruchtet. Schließlich vertraute sich die Mehrheit der ÖsterreicherInnen blind dem Faschismus an und jubelte 1938 beim Anschluss Hitler zu. Daher sei es umso schlimmer, dass bereits vier Jahre nach der Befreiung wieder eine unbestrafte, öffentliche Faschismuspropaganda gemacht werde. Es wird auch veranschaulicht, dass es genügend kleine willige Befehlsempfänger gegeben hat, die erst die grausame Mordmaschinerie, wie Mauthausen, ermöglicht haben. Die RezipientInnen werden auch darauf aufmerksam gemacht, wie die PolitikerInnen durch Verdrängung und Nichtbewältigung mit der NS-Vergangenheit umgingen. Ein gutes Beispiel dafür ist das thematisierte Verschweigen einiger Lebensabschnitte des Bundespräsidenten Waldheim. Darüber hinaus will man die RezipientInnen wachrütteln, indem man behauptet, nichts aus den Erfahrungen der Geschichte gelernt zu haben. Um die Vergangenheit richtig bewältigen zu können, muss laut Artikel die Ideologie der Nationalsozialisten in der österreichischen Bevölkerung bekämpft werden, damit eine wahre Demokratie vorherrschen kann. Dass Aufklärung für den Respekt vor dem Leben eine sehr bedeutende Maßnahme ist, wird in den Berichten betont. Man müsse sich (selbst)kritisch mit der Vergangenheit und der Gegenwart auseinandersetzen, damit die Schuld gar nicht erst ihren Anfang nehmen kann.

Massenmedien haben eine politische Bildungsfunktion und sollen ihre RezipientInnen auf ihre politische Verantwortung hinweisen (Vgl. Ronneberger, 1971: 48ff.). Aufgrund dessen ist eine kritische Aufklärung sehr wichtig, wenn es darum geht, die ÖsterreicherInnen im Sinne der Demokratie politisch zu erziehen. Wie bei der Mahnung leistet die „Volksstimme“ auch vergleichsweise mehr Aufklärungsarbeit, was sich durch ihr erklärtes Ziel der antifaschistischen Aufklärung begründen lässt (Vgl. Fanta, 2016: 46). Die „OÖN“ mahnt ihre LeserInnen ebenfalls deutlich öfter in Relation zu ihrer generell geringen Berichterstattung, da sie laut Blattlinie eine unabhängige, überparteiliche Zeitung ist, die sich den Menschenrechten verpflichtet fühlt (Vgl. OÖ Nachrichten Online, 2013). Wenn man aber das Gesamtbild der Aufklärungsarbeit im Zuge der Berichterstattung betrachtet, muss man dennoch feststellen, dass die Aufklärung zum ehemaligen KZ Mauthausen scheinbar eher als Nebensache erachtet wurde. Gerade in den ersten 50 Jahren nach der Befreiung des KZ Mauthausen wäre aber diese Aufklärungsarbeit vermutlich für zahlreiche ÖsterreicherInnen äußerst relevant gewesen zur Bewältigung und Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im Zusammenhang mit dem KZ Mauthausen.

16.3.7. Umgang mit dem Thema KZ Mauthausen

Anhand der Berichterstattung in den vier ausgewählten Zeitungen kristallisiert sich heraus, dass Gedenktage oder Jubiläen sehr gerne als Anlass genommen werden, um über das KZ Mauthausen zu berichten. Die Tendenz zum Jubiläumsjournalismus von Regionalzeitungen (Vgl. Hömberg, 2010: 17f.) lässt sich anhand der beiden oberösterreichischen Zeitungen „Tagblatt“ und „OÖN“ im Vergleich zu den anderen beiden Zeitungen jedoch nicht erkennen. Darüber hinaus informiert man die RezipientInnen anlässlich der Kriegsverbrecherprozesse über die Urteilsverkündung zu den Tätern im KZ Mauthausen sowie die blutrünstige Beteiligung an der „Mühlviertler Hasenjagd“. In Zuge dessen werden die Gräueltaten der Angeklagten erläutert, um aufzuzeigen, weshalb diese überhaupt vor Gericht standen.

Abgesehen von anderen aktuellen Anlässen wie Dokumentationen, Ausstellungen oder der Errichtung von Denkmälern, wird das KZ Mauthausen nur selten thematisiert. Die Zeitungen ermöglichen somit kaum eine historische Selbstreflexion, denn durch den Blick in die Vergangenheit würde diese durch den Blickwinkel der Gegenwart neu aufgefasst und veranschaulicht werden (Vgl. Hömberg, 2010: 27). Gerade in den ersten Jahren nach der Befreiung wäre eben eine vermehrte Berichterstattung zur Aufarbeitung der braunen Gräueltaten im Zusammenhang mit dem KZ Mauthausen von besonderer Bedeutung gewesen, um die Menschen im Umgang mit ihrer und der österreichischen Vergangenheit zu lehren und um sie auch in Bezug auf die Gegenwart zu sensibilisieren. Denn in einer Demokratie benötigt es Massenmedien, die sich an der Konfrontation mit den rivalisierenden Vorstellungen der Normen beteiligen, da sie neue Normen vorschlagen, bemängeln oder befürworten und auch gegenüber jeglichen politischen Aussagen und Entscheidungen kritisch eingestellt sein sollten (Vgl. Friedrich, 1971: 421ff.). Eigentlich vermitteln die primären Sozialisationsinstanzen, wie Familie, Nachbarschaft oder Schule, eine politische Verantwortung, dennoch benötigt es auch eine Sozialisation durch die Massenkommunikation, um mittels kontinuierlicher Information auf dem neuesten Stand zu sein (Vgl. Ronneberger, 1971: 48ff.).

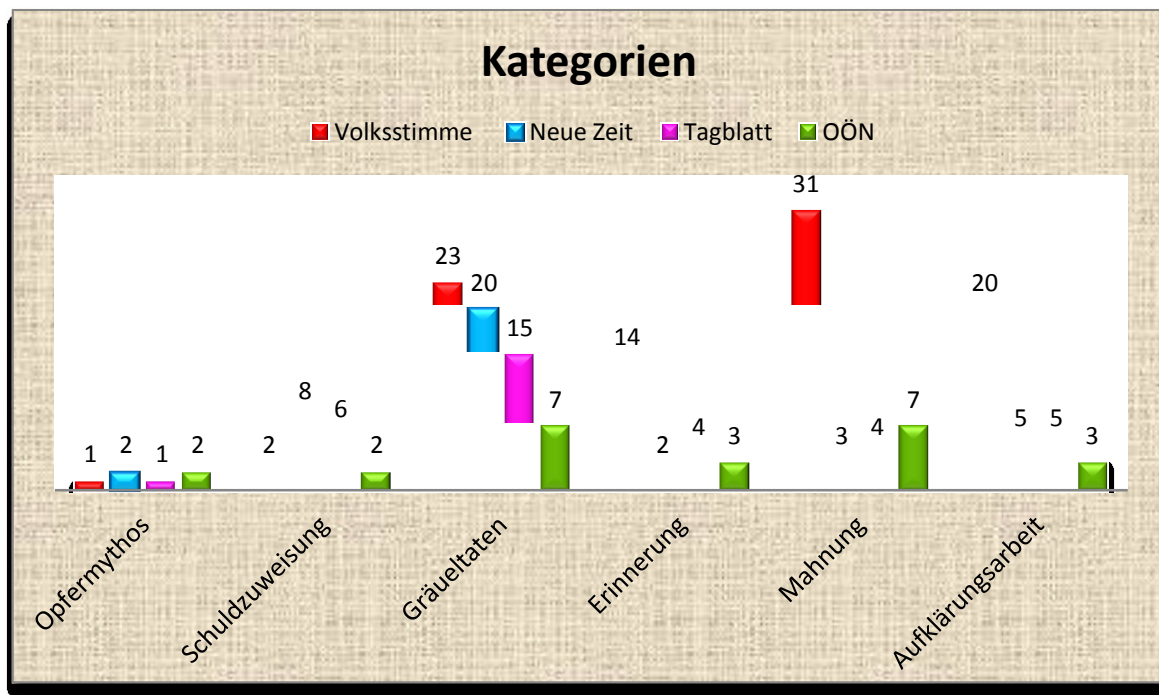


Abbildung 6: Vorkommen der Kategorien in den ausgewählten Zeitungen.

Beim Umgang mit dem Thema KZ Mauthausen selbst bleibt man in den vier Zeitungen meist eher bei nüchternen Schilderungen der Vergangenheit. Wie man anhand der Grafik erkennen kann spielt die Beschreibung der Gräueltaten die größte Rolle bei fast allen Zeitungen, außer bei der „Volksstimme“. Diesbezüglich spart man auch nicht mit detaillierten Angaben zu den Grausamkeiten beziehungsweise versucht man, den LeserInnen begreiflich zu machen, mit welchem Blutdurst man die Häftlinge damals mutwillig gequält hat. Bei der Thematisierung des KZ Mauthausens wird auf die anderen Kategorien Opfermythos, Schuldzuweisung, Erinnerung, Mahnung und Aufklärungsarbeit relativ wenig eingegangen, mit Ausnahme der „Volksstimme“, von der aber auch deutlich mehr Zeitungsartikel vorhanden sind.

Die grundsätzliche Behandlung des Themas KZ Mauthausen gleicht der damaligen kollektiven österreichischen Identität, die von einer Unbeschwertheit im Umgang mit der Vergangenheit geprägt ist, welche mit einem Schlusstrich zur Gegenwart begründet wurde (Vgl. Stögner, 2008: 64f.). Dies könnte dadurch erklärt werden, dass Medien die psychische Gefühlslage in einer Gesellschaft darstellen können aufgrund ihrer sensiblen Detektoren für die Stimmungslagen einer oder mehrerer Gruppen. Die Medien konstruieren diese Gefühle aber nicht, sondern „vermitteln“ diverse emotionale Realitäten für die unterschiedlichen Gruppen (Vgl. Krieg, 1991: 131ff.). Selbst wenn die Gefühle der Gesellschaft in der Berichterstattung gespiegelt werden, hätte man durchaus Kritik am öffentlichen, gesellschaftlichen Umgang mit dem KZ Mauthausen beziehungsweise den teilweise

amnestierenden Gerichtsurteilen üben können, was in den vier Zeitungen nicht wirklich der Fall war. In Anbetracht eines Zitates von Franz Ronneberger wird einem vor Augen geführt, dass eine kritischere Berichterstattung auch die RezipientInnen vermutlich zu mehr Kritik und Selbst-Reflexion in Bezug auf die Grausamkeiten in der NS-Vergangenheit ermutigt hätte: „In den Massenkommunikationsmitteln wird nicht nur Meinung weitergegeben, sondern auch gemacht“ (Ronneberger, 1971: 46).

17. Resümee der Untersuchung

Die vorliegende Magisterarbeit befasst sich mit der Zeitungsberichterstattung über das KZ Mauthausen in den ersten 50 Jahren nach der Befreiung. Für die Untersuchung dieses Themas werden insgesamt vier Zeitungen ausgewählt, die „Volksstimme“, die „Neue Zeit“, das „Tagblatt“ und die „Oberösterreichischen Nachrichten“.

Im theoretischen Teil werden die Hintergründe zum KZ Mauthausen und zur KZ-Gedenkstätte geschildert, der geschichtliche Verlauf zu diesem Thema wird aus österreichischer Sicht beschrieben, dabei wird auch näher auf den Opfermythos und die Schuldfrage eingegangen. In Österreich wollte man sich nicht frühzeitig mit der NS-Vergangenheit auseinandersetzen, da man sich als erstes Opfer von Hitlers Regime ansah. Obwohl ungefähr die Hälfte der Verbrechen auf das Konto von ÖsterreicherInnen ging, versuchte man die Schuld an die Deutschen und Nazis abzuwälzen. Erst durch die Waldheim-Affäre konnte man sich nicht mehr hinter der Opferrolle verstecken und zweifelte den Opfermythos an. In den 1990er Jahren bekannte man sich dann auch offiziell zur Mitschuld an den NS-Verbrechen. Der Umgang der Zeitungen mit der (österreichischen) NS-Vergangenheit wird thematisiert sowie die Rahmenbedingungen der ausgewählten Zeitungen. Dabei fällt bereits auf, dass sich die „Volksstimme“ von den anderen drei Zeitungen unterscheidet aufgrund ihres kommunistischen Parteihintergrunds. Die kommunikationswissenschaftlichen Perspektiven des Konstruktivismus und der Sozialisationsfunktion von Zeitungen spielen eine bedeutende Rolle in dieser Arbeit, da die öffentliche Meinung durchaus von Zeitungen konstruiert werden kann, schließlich erfolgt durch die Medien auch ein gesellschaftsbildender Prozess. Basierend auf diesen theoretischen Standpunkten, wird das Zeitungsmaterial anhand einer Qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring untersucht.

Die Ergebnisse der Untersuchung spiegeln zum Teil die theoretischen Erkenntnisse dieser Magisterarbeit wider. In den ersten fünf Jahren wird erstaunlich viel publiziert, jedoch nur aufgrund der Kriegsverbrecherprozesse, die kurz geschildert werden. Bis Anfang der 1970er

Jahre war es nicht von Bedeutung über das KZ Mauthausen zu berichten. Erst zwischen 1986 und 1990 erreicht die Berichterstattung ihren Höhepunkt aufgrund der Bundespräsidentenwahl von Kurt Waldheim und des Gedenkjahres 1988, da die Zeitungen nun die Relevanz dieses Themas anerkennen und berichten, dass die NS-Vergangenheit bewältigt werden sollte. Der Opfermythos hat überraschenderweise fast gar keinen Einfluss auf die Berichterstattung über das KZ Mauthausen. In Bezug auf die Schuldfrage wird in den Artikeln ebenfalls eher selten die Schuld den Deutschen zugeschrieben, aber durch das Erwähnen von SS-Männern und Nazis versucht man die Verantwortung der ÖsterreicherInnen zu reduzieren. Im Vergleich dazu haben es die JournalistInnen aber nicht gewagt, die Gräueltaten zu verharmlosen. Ihnen war es eher ein Anliegen, ihre LeserInnen darauf aufmerksam zu machen, wie grausam man gegen die Häftlinge in der Mordmaschinerie Mauthausen vorging. Bis auf die „Volksstimme“ nehmen die Zeitungen kaum eine erinnernde oder mahnende Funktion ein. Dasselbe Ergebnis zeigt sich auch bezüglich der Aufklärungsarbeit, mit Ausnahme der „ÖÖN“, die in ihrer vergleichsweise geringen Berichterstattung deutlich öfter ihre RezipientInnen mahnt. In Anbetracht des geschilderten österreichischen Umgangs mit der NS-Vergangenheit nach 1945 wäre gerade in den ersten 50 Jahren nach der Befreiung eine Aufklärungsarbeit zum KZ Mauthausen essentiell für viele ÖsterreicherInnen gewesen. Möglicherweise hätte dies dann zu einer früheren Aufarbeitung und Bewältigung der NS-Vergangenheit geführt. Dabei wäre auch ein kritischerer Umgang mit dem Thema KZ Mauthausen von Bedeutung gewesen, da dieser fast durchwegs einer nüchternen Schilderung gleicht.

Die Ergebnisse der Untersuchung sollten mit Vorsicht betrachtet werden, da für die Analyse nur ein Ausschnitt der österreichischen Zeitungslandschaft mit einbezogen wurde. Eine größere Anzahl an diversen politischen, lokalen Zeitungen könnte noch detailliertere Ergebnisse zur Berichterstattung über das KZ Mauthausen liefern. Darüber hinaus wurde der Zeitrahmen auf die ersten 50 Jahre nach der Befreiung beschränkt. Wie man über die zahlreichen Nebenlager des KZ Mauthausen berichtet, wird in dieser Arbeit nicht thematisiert, wäre jedoch ein weiterer interessanter Aspekt in Bezug auf die Berichterstattung.

Diese Magisterarbeit soll einen Einblick geben, wie die Zeitungen durch den österreichischen Umgang mit der NS-Vergangenheit im Hinblick auf das KZ Mauthausen selbst beeinflusst wurden beziehungsweise wie man auf die RezipientInnen mit der Berichterstattung Einfluss nehmen wollte beziehungsweise wie man sie vielleicht in eine andere Richtung hätte lenken können. Diesbezüglich wäre es von Bedeutung, Augenzeugen bezüglich der KZ-Berichterstattung zu befragen und weitere empirische Studien in Richtung

Medienwirkungsforschung durchzuführen, um präzisere und mehr fundierte Ergebnisse zu erhalten. Diese Magisterarbeit bietet hoffentlich nicht nur aufschlussreiche Einblicke in die der Berichterstattung über das KZ Mauthausen, sondern es wäre auch wünschenswert, wenn sie zu mehr Sensibilität hinsichtlich der Auseinandersetzung mit Krisen- und Kriegsflüchtlingen und dem Antisemitismus in der Gegenwart anregen könnte.

Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W.: Kulturkritik und Gesellschaft II. Eingriffe, Stichworte, Anhang. In: Tiedemann, Rolf (Hrsg.): Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. 1996. 2. Auflage. S. 455-843.
- Ammann, Ilona: Gedenktagsjournalismus. Bedeutung und Funktion in der Erinnerungskultur. In: Arnold, Klaus/ Hömberg, Walter/ Kinnebock, Susanne (Hrsg.): Geschichtsjournalismus. Zwischen Information und Inszenierung. Berlin: Lit Verlag. 2010. S. 153-167.
- Ardelt, Rudolf G.: „Wie deutsch ist Österreich?“ Eine Auseinandersetzung mit Karl Dietrich Erdmann und Fritz Feller. In: Botz, Gerhard/ Sprengnagel, Gerald (Hrsg.): Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker. Frankfurt/ New York: Campus Verlag. 1994. S. 266-286.
- Arendt, Hannah (1992): Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen. München: Piper. Neuausgabe, 4. Auflage.
- Assmann, Aleida/ Assmann, Jan: Das Gestern im Heute. Medien und soziales Gedächtnis. In: Merten, Klaus/ Schmidt, Siegfried J./ Weischenberg, Siegfried (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag. 1994. 1. Auflage. S. 114-140.
- Assmann, Jan (2005): Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München: Verlag C. H. Beck oHG.
- Bailer, Brigitte (1993): Wiedergutmachung kein Thema. Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus. Wien: Löcker Verlag.
- Bailer, Brigitte/ Neugebauer, Wolfgang (1993): Dreißig Jahre Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (1963-1993). Wien: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes.
- Bailer-Galanda, Brigitte: Restitution. Warum sollen Generationen zahlen, die nichts verursacht haben? In: Horváth, Martin/ Legerer, Anton/ Pfeifer, Judith/ Roth, Stephan (Hrsg.): Jenseits des Schlussstriches. Gedenkdienst im Diskurs über Österreichs nationalsozialistische Vergangenheit. Wien: Löcker Verlag. 2002a. S. 57-63.
- Bailer-Galanda, Brigitte: Die Opfer des Nationalsozialismus und die so genannte Wiedergutmachung. In: Tálos, Emmerich/ Hanisch, Ernst/ Neugebauer, Wolfgang/ Sieder, Reinhard (Hrsg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch. Wien: öbv & hpt VerlagsgmbH & Co. KG. 2002b. 1. Auflage, Nachdruck. S. 884-901.

- Bauer, Christa/ Eiter, Robert/ Mernyi, Willi: Gesichter des Rechtsextremismus. In: Bundesministerium für Inneres (Hrsg.): Jahrbuch Mauthausen. Mauthausen Memorial 2014. KZ-Gedenkstätte und die neuen Gesichter des Rechtsextremismus. Wien: New Academic Press. 2015. S. 17-28.
- Bergmann, Klaus: Gedenktage, Gedenkjahre und historische Vernunft. In: Horn, Sabine/ Sauer, Michael (Hrsg.): Geschichte und Öffentlichkeit. Orte – Medien – Institutionen. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. 2009. S. 24-31.
- Botz, Gerhard: Krisen der österreichischen Zeitgeschichte. In: Botz, Gerhard/ Sprengnagel, Gerald (Hrsg.): Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker. Frankfurt/ New York: Campus Verlag. 1994. S. 16-76.
- Broszat, Martin (1984): Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933-1945. München: Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG. 4. Auflage.
- Burkart, Roland (2002): Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umrisse einer interdisziplinären Sozialwissenschaft. Wien/ Köln/ Weimar: Böhlau Verlag. 4. Auflage.
- Czekal, Hermann: „Oberösterreichisches Tagblatt“. In: Ivan, Franz/ Lang, Helmut W./ Pürer, Heinz (Hrsg.): 200 Jahre Tageszeitung in Österreich 1783-1983. Festschrift und Ausstellungskatalog. Wien: Österreichische Nationalbibliothek, Verband Österreichischer Zeitungsherausgeber und Zeitungsverleger. 1983. S. 253-256.
- Donk, André/ Herbers, Martin R.: Journalismus zwischen öffentlichem Erinnern und Vergessen. 9/11 in deutschen und amerikanischen Tageszeitungen. In: Arnold, Klaus/ Hömberg, Walter/ Kinnebock, Susanne (Hrsg.): Geschichtsjournalismus. Zwischen Information und Inszenierung. Berlin: Lit Verlag. 2010. S. 195-216.
- Embacher, Helga/ Reiter, Margit: Kontinuitäten/ Diskontinuitäten österreichischer Identität am Beispiel der Beziehung zu Israel. In: Ardelt, Rudolf G./ Gerbel, Christian (Hrsg.): Österreichischer Zeitgeschichtetag 1995. Österreich – 50 Jahre Zweite Republik. Innsbruck/ Wien: Studien Verlag. 1997. S. 168-172.
- Fabris, Hans Heinz: Journalismus im „neuen“ Österreich. In: Fabris, Hans-Heinz/ Hausjell, Fritz (Hrsg.): Die vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik Ges.m.b.H. & Co KG. 1991. S. 1-9.
- Fanta, Maria Bianca (2016): Arbeiter der Feder. Die Journalistinnen und Journalisten des KPÖ-Zentralorgans „Österreichische Volksstimme“ 1945-1956. Graz: Clio.

- Fliedl, Gottfried/ Freund, Florian/ Fuchs, Eduard/ Perz, Bertrand im Auftrag des Bundeskanzleramtes (1991): Gutachten über die zukünftige Entwicklung der Gedenkstätte Mauthausen. Wien.
- Forsthuber, Friedrich: Das Landesgericht für Strafsachen Wien. NS-Zeit – Gedenkstätte – Volksgerichte. In: Bundesministerium für Inneres (Hrsg.): Jahrbuch Mauthausen. Mauthausen Memorial 2014. KZ-Gedenkstätte und die neuen Gesichter des Rechtsextremismus. Wien: New Academic Press. 2015. S. 71-72.
- Freund, Florian: Technisierung des Tötens: Mauthausen im historischen Kontext. In: Ardelt, Rudolf G./ Gerbel, Christian (Hrsg.): Österreichischer Zeitgeschichtetag 1995. Österreich – 50 Jahre Zweite Republik. Innsbruck/ Wien: Studien Verlag. 1997. S. 209-213.
- Freund, Florian/ Perz, Bertrand: Zwangsarbeit von zivilen AusländerInnen, Kriegsgefangenen, KZ-Häftlingen und ungarischen Juden in Österreich. In: Tálos, Emmerich/ Hanisch, Ernst/ Neugebauer, Wolfgang/ Sieder, Reinhard (Hrsg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch. Wien: öbv & hpt VerlagsgmbH & Co. KG. 2002. 1. Auflage, Nachdruck. S. 644-695.
- Friedrich, Ingo: Die Funktion der politischen Kontrolle durch das Massenkommunikationssystem im Sozialisationsprozeß [sic]. In: Ronneberger, Franz (Hrsg.): Sozialisation durch Massenkommunikation. Der Mensch als soziales und personales Wesen. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag. 1971. S. 417-435.
- Garscha, Winfried R.: Entnazifizierung und gerichtliche Ahndung von NS-Verbrechen. In: Tálos, Emmerich/ Hanisch, Ernst/ Neugebauer, Wolfgang/ Sieder, Reinhard (Hrsg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch. Wien: öbv & hpt Verlags GmbH & Co. KG. 2002. 1. Auflage, Nachdruck. S. 852-883.
- Gehler, Michael: Westorientierung oder Westintegration? Überlegungen zur politikgeschichtlichen Entwicklung Österreichs von 1945 bis 1960 im wissenschaftlichen Diskurs. In: Ardelt, Rudolf G./ Gerbel, Christian (Hrsg.): Österreichischer Zeitgeschichtetag 1995. Österreich – 50 Jahre Zweite Republik. Innsbruck/ Wien: Studien Verlag. 1997. S. 128-133.
- Glasersfeld, Ernst von: Abschied von der Objektivität. In: Watzlawick, Paul/ Krieg, Peter (Hrsg.): Das Auge des Betrachters. Beiträge zum Konstruktivismus. München: R. Piper GmbH & Co. KG. 1991. S. 17-30.
- Graber, Michael: Die „Volksstimme“. In: Ivan, Franz/ Lang, Helmut W./ Pürer, Heinz (Hrsg.): 200 Jahre Tageszeitung in Österreich 1783-1983. Festschrift und

Ausstellungskatalog. Wien: Österreichische Nationalbibliothek, Verband Österreichischer Zeitungsherausgeber und Zeitungsverleger. 1983. S. 309-318.

- Hanisch, Ernst: Zeitgeschichte in der Krise! In: Botz, Gerhard/ Sprengnagel, Gerald (Hrsg.): Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker. Frankfurt/ New York: Campus Verlag. 1994. S. 150-156.
- Haug, Verena/ Kößler, Gottfried: Vom Tatort zur Bildungsstätte. Gedenkstätten und Gedenkstättenpädagogik. In: Horn, Sabine/ Sauer, Michael (Hrsg.): Geschichte und Öffentlichkeit. Orte – Medien – Institutionen. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. 2009. S. 80-88.
- Hauer, Nadine: NS-Trauma und kein Ende. In: Pelinka, Anton/ Weinzierl, Erika (Hrsg.): Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit. Wien: Verlag Österreich. 1997. 2. Auflage. S. 28-41.
- Hausjell, Fritz: Zur Entnazifizierung und Umgang von Journalistinnen und Journalisten mit der nationalsozialistischen Vergangenheit nach 1945. In: Fabris, Hans-Heinz/ Hausjell, Fritz (Hrsg.): Die vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik Ges.m.b.H. & Co KG. 1991. S. 29-49.
- Hausjell, Fritz/ Langenbucher, Wolfgang R. (Hrsg.): Unerhörte Lektionen. Journalistische Spurensuche in Österreich 1945-1955. Wien: Picus Verlag. 2005.
- Holzinger, Gregor: Das letzte Urteil. In: Bundesministerium für Inneres (Hrsg.): Jahrbuch Mauthausen. Mauthausen Memorial 2014. KZ-Gedenkstätte und die neuen Gesichter des Rechtsextremismus. Wien: New Academic Press. 2015. S. 73-108.
- Hornung, Ela: Erinnerungsspuren. Erzählformen zum 2. Weltkrieg und zur Kriegsgefangenschaft. In: Ardelt, Rudolf G./ Gerbel, Christian (Hrsg.): Österreichischer Zeitgeschichtetag 1995. Österreich – 50 Jahre Zweite Republik. Innsbruck/ Wien: Studien Verlag. 1997. S. 267-271.
- Hömberg, Walter: Die Aktualität der Vergangenheit. Konturen des Geschichtsjournalismus. In: Arnold, Klaus/ Hömberg, Walter/ Kinnebock, Susanne (Hrsg.): Geschichtsjournalismus. Zwischen Information und Inszenierung. Berlin: Lit Verlag. 2010. S. 15-30.
- Keil, Lars-Border: Fiktion im Geschichtsbewusstsein. Wie Legenden und Mythen das Bild von vergangener Wirklichkeit beeinflussen können. In: Horn, Sabine/ Sauer,

Michael (Hrsg.): Geschichte und Öffentlichkeit. Orte – Medien – Institutionen. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. 2009. S. 32-39.

- Kepplinger, Brigitte: Nationalsozialismus und Modernisierung. Strukturveränderungen in Oberösterreich 1938-1945. In: Ardel, Rudolf G./ Gerbel, Christian (Hrsg.): Österreichischer Zeitgeschichtetag 1995. Österreich – 50 Jahre Zweite Republik. Innsbruck/ Wien: Studien Verlag. 1997. S.237-241.
- Kniefacz, Katharina/ Vorberg, Robert: Diskussion um die Reorganisation der KZ-Gedenkstätte Mauthausen. In: KZ-Gedenkstätte Mauthausen/ Mauthausen Memorial/ Bundesanstalt öffentlichen Rechts (Hrsg.): NS-Täterinnen und –Täter in der Nachkriegszeit. Forschung/ Dokumentation/ Information. Wien: New Academic Press. 2017. S. 107-115.
- Knight, Robert: Der Waldheim-Kontext. Österreich und der Nationalsozialismus. In: Botz, Gerhard/ Sprengnagel, Gerald (Hrsg.): Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker. Frankfurt/ New York: Campus Verlag. 1994. S. 78-88.
- Koelbl, Herlinde (1989): Jüdische Portraits. Photographien und Interviews. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.
- Kogon, Eugen (1974): Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. München: Kindler Verlag GmbH.
- Kopetzky, Roman: Todesmarsch oder „Einmal Lehrer, immer Lehrer“. Gedenkdienst als Brücke zur ehemaligen Heimat. In: Horváth, Martin/ Legerer, Anton/ Pfeifer, Judith/ Roth, Stephan (Hrsg.): Jenseits des Schlusstriches. Gedenkdienst im Diskurs über Österreichs nationalsozialistische Vergangenheit. Wien: Löcker Verlag. 2002. S. 175-182.
- Kranebitter, Andreas/ Holzinger, Gregor: Class Matters. Zur Sozialstruktur des SS-Kommandanturstabs im KZ Mauthausen. In: KZ-Gedenkstätte Mauthausen/ Mauthausen Memorial/ Bundesanstalt öffentlichen Rechts (Hrsg.): NS-Täterinnen und –Täter in der Nachkriegszeit. Forschung/ Dokumentation/ Information. Wien: New Academic Press. 2017. S. 17-40.
- Krieg, Peter: Blinde Flecken und schwarze Löcher. Medien als Vermittler von Wirklichkeiten. In: Watzlawick, Paul/ Krieg, Peter (Hrsg.): Das Auge des Betrachters. Beiträge zum Konstruktivismus. München: R. Piper GmbH & Co. KG. 1991. S. 129-138.

- Langbein, Hermann: Darf man vergessen? In: Pelinka, Anton/ Weinzierl, Erika (Hrsg.): Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit. Wien: Verlag Österreich. 1997. 2. Auflage. S. 8-16.
- Legerer, Anton: Nimmt eine Generation die Geschichte ihrer Vorfahren in die Hand? Entstehung und Entwicklung des Gedenkdienstes in Österreich. In: Horváth, Martin/ Legerer, Anton/ Pfeifer, Judith/ Roth, Stephan (Hrsg.): Jenseits des Schlussstriches. Gedenkdienst im Diskurs über Österreichs nationalsozialistische Vergangenheit. Wien: Löcker Verlag. 2002. S. 82-96.
- Lehr, Rudolf: Die „Oberösterreichischen Nachrichten“. In: Ivan, Franz/ Lang, Helmut W./ Pürer, Heinz (Hrsg.): 200 Jahre Tageszeitung in Österreich 1783-1983. Festschrift und Ausstellungskatalog. Wien: Österreichische Nationalbibliothek, Verband Österreichischer Zeitungsherausgeber und Zeitungsverleger. 1983. S. 239-252.
- Lichtblau, Albert: Österreichs „Identitäten“ nach 1945 als response. In: Ardel, Rudolf G./ Gerbel, Christian (Hrsg.): Österreichischer Zeitgeschichtetag 1995. Österreich – 50 Jahre Zweite Republik. Innsbruck/ Wien: Studien Verlag. 1997. S. 145-146.
- Luhmann, Niklas (1993): Soziologische Aufklärung 5. Opladen: Westdeutscher Verlag. 2. Auflage.
- Malina, Peter/ Neugebauer, Wolfgang: NS-Gesundheitswesen und –Medizin. In: Tálos, Emmerich/ Hanisch, Ernst/ Neugebauer, Wolfgang/ Sieder, Reinhard (Hrsg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch. Wien: öbv & hpt VerlagsgmbH & Co. KG. 2002. 1. Auflage, Nachdruck. S. 696-720.
- Markus, Josef: Die Strafverfolgung von nationalsozialistischen Gewaltverbrechen und die völkerrechtliche Verantwortung Österreichs. In: Meissl, Sebastian/ Mulley, Klaus-Dieter/ Rathkolb, Oliver (Hrsg.): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945-1955. Bad Vöslau: Verlag für Geschichte und Politik. 1986. S. 150-170.
- Maršálek, Hans (1950): Mauthausen mahnt! Kampf hinter Stacheldraht. Tatsachen, Dokumente und Berichte über das größte Hitler'sche Vernichtungslager in Österreich. Wien: Mauthausen-Komitee des Bundesverbandes der österreichischen KZler, Häftlinge und politisch Verfolgten.
- Maršálek, Hans (2006): Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen. Dokumentation. Wien: Mauthausen Komitee Österreich. 4. Auflage.
- Mayring, Philipp (2000): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim: Deutscher Studien Verlag. 7. Auflage.

- Mernyi, Willi/ Wenniger, Florian (2006): Die Befreiung des KZ Mauthausen. Berichte und Dokumente. Wien: Verlag des ÖGB GmbH.
- Merten, Klaus/ Westerbarkey, Joachim: Public Opinion und Public Relations. In: Merten, Klaus/ Schmidt, Siegfried J./ Weischenberg, Siegfried (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag. 1994. 1. Auflage. S. 188-211.
- Möller, Horst: Die Moskauer Außenministerkonferenz von 1943. In: Karner, Stefan/ Tschubarjan, Alexander O. (Hrsg.): Die Moskauer Deklaration 1943. „Österreich wieder herstellen“. Köln: Böhlau Verlag. 2015. S. 25-27.
- Muzik, Peter (1984): Die Zeitungsmacher. Österreichs Presse. Macht, Meinungen und Milliarden. Wien: Verlag Orac.
- Paulischin-Hovdar, Sylvia (2017): Der Opfermythos bei Elfride Jelinek. Eine historiografische Untersuchung. Wien/ Köln/ Weimar: Böhlau Verlag Ges.m.b.H & Co. KG.
- Pelinka, Anton/ Weinzierl, Erika: Vorwort. In: Pelinka, Anton/ Weinzierl, Erika (Hrsg.): Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit. Wien: Verlag Österreich. 1997. 2. Auflage. S. 5-7.
- Perz, Bertrand (2003): Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen 1945-2000. Teil 2. Wien: Habilitationsschrift.
- Perz, Bertrand (2006): Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen. 1945 bis zur Gegenwart. Innsbruck: Studienverlag Ges.m.b.H.
- Perz, Bertrand/ Wimmer, Mario: Geschichte der Gedenkstätte. In: Bundesministerium für Inneres (Hrsg.): Das Gedächtnis von Mauthausen. Melk: Gugler Print & Media. 2004. S. 58-75.
- Perz, Bertrand/ Skriebeleit, Jörg: Den Tod ausstellen. In: Verein für Gedenken und Geschichtsforschung in österreichischen KZ-Gedenkstätten (Hrsg.): Der Tatort Mauthausen. Eine Spurensuche. Wien: New Academic Press. 2014. S. 117-133.
- Riesenfellner, Stefan: Todeszeichen. In: Ardelt, Rudolf G./ Gerbel, Christian (Hrsg.): Österreichischer Zeitgeschichtetag 1995. Österreich – 50 Jahre Zweite Republik. Innsbruck/ Wien: Studien Verlag. 1997. S. 386-388.
- Pöttker, Horst: Gegenwartsbezüge. Über die Qualität von Geschichtsjournalismus. In: Arnold, Klaus/ Hömberg, Walter/ Kinnebock, Susanne (Hrsg.): Geschichtsjournalismus. Zwischen Information und Inszenierung. Berlin: Lit Verlag. 2010. S. 31-44.

- Rathkolb, Oliver: US-Medienpolitik und die „neue“ österreichische Journalistenelite. In: Fabris, Hans-Heinz/ Hausjell, Fritz (Hrsg.): Die vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik Ges.m.b.H. & Co KG. 1991. S. 51-79.
- Reichel, Peter (1995): Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit. München/ Wien: Carl Hanser Verlag.
- Riedler, Josef: Geschichte der „NZ“ (Neue Zeit). In: Ivan, Franz/ Lang, Helmut W./ Pürer, Heinz (Hrsg.): 200 Jahre Tageszeitung in Österreich 1783-1983. Festschrift und Ausstellungskatalog. Wien: Österreichische Nationalbibliothek, Verband Österreichischer Zeitungsherausgeber und Zeitungsverleger. 1983. S. 223-238.
- Rieger, Barbara: Roma und Sinti in der Zweiten Republik. Zum Zusammenspiel staatlicher und wirtschaftlicher Ausgrenzungsmechanismen. In: Ardel, Rudolf G./ Gerbel, Christian (Hrsg.): Österreichischer Zeitgeschichtetag 1995. Österreich – 50 Jahre Zweite Republik. Innsbruck/ Wien: Studien Verlag. 1997. S. 191-194.
- Ronneberger, Franz: Sozialisation durch Massenkommunikation. In: Ronneberger, Franz (Hrsg.): Sozialisation durch Massenkommunikation. Der Mensch als soziales und personales Wesen. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag. 1971. S. 32-101.
- Ronneberger, Franz: Funktionen des Systems Massenkommunikation. In: Haas, Hannes/ Jarren, Otfried (Hrsg.): Mediensysteme im Wandel. Struktur, Organisation und Funktion der Massenmedien. Wien: Wilhelm Braumüller. 2009. 3. Auflage. S. 61-68.
- Rot-Weiß-Rot-Buch. Gerechtigkeit für Österreich! Darstellungen, Dokumente und Nachweise zur Vorgeschichte und Geschichte der Okkupation Österreichs. Wien: Druck und Verlag der österreichischen Staatsdruckerei. 1946. Erster Teil.
- Ruhrmann, Georg: Ereignis, Nachricht und Rezipient. In: Merten, Klaus/ Schmidt, Siegfried J./ Weischenberg, Siegfried (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag. 1994. 1. Auflage. S. 237-256.
- Rösen, Jörn: Über den Umgang mit den Orten des Schreckens. In: Hoffmann, Detlef (Hrsg.): Das Gedächtnis der Dinge. KZ-Relikte und KZ-Denkmäler 1945-1995. Frankfurt/Main; New York: Campus Verlag. 1998. S. 330-343.
- Safrian, Hans (1993): Die Eichmann-Männer. Wien: Europa Verlag GesmbH.

- Safrian, Hans: Österreichische Täter im Nationalsozialismus. In: Ardelt, Rudolf G./ Gerbel, Christian (Hrsg.): Österreichischer Zeitgeschichtetag 1995. Österreich – 50 Jahre Zweite Republik. Innsbruck/ Wien: Studien Verlag. 1997. S. 225-227.
- Safrian, Hans (2002): Land der Täter, Land der Opfer? Zur Partizipation von Österreichern am Nationalsozialismus. Wien: Habilitationsschrift.
- Scheuch, Manfred: Von der Arbeiter-Zeitung zur „Neuen AZ“. Die AZ in der 2. Republik. In: Pelinka, Peter (Hrsg.): 100 Jahre AZ. Wien: Europa Verlag. 1989. S. 115-200.
- Schmidt, Siegfried J.: Die Wirklichkeit des Beobachters. In: Merten, Klaus/ Schmidt, Siegfried J./ Weischenberg, Siegfried (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag. 1994. 1. Auflage. S. 3-19.
- Schorb, Bernd/ Mohn, Erich/ Theunert, Helga: Sozialisation durch Massenmedien. In: Hurrelmann, Klaus/ Ulich, Dieter (Hrsg.): Handbuch der Sozialisationsforschung. Weinheim/ Basel: Beltz Verlag. 1982. 2. Auflage. S. 603-627.
- Stiefel, Dieter: Nazifizierung plus Entnazifizierung – Null? Bemerkungen zur besonderen Problematik der Entnazifizierung in Österreich. In: Meissl, Sebastian/ Mulley, Klaus-Dieter/ Rathkolb, Oliver (Hrsg.): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945-1955. Bad Vöslau: Verlag für Geschichte und Politik. 1986. S. 28-36.
- Steinacher, Gerald: Österreich und die Flucht von NS-Tätern nach Übersee. In: KZ-Gedenkstätte Mauthausen/ Mauthausen Memorial/ Bundesanstalt öffentlichen Rechts (Hrsg.): NS-Täterinnen und –Täter in der Nachkriegszeit. Forschung/ Dokumentation/ Information. Wien: New Academic Press. 2017. S. 41-58.
- Steinmaurer, Thomas (2002): Konzentriert und verflochten. Österreichs Mediensystem im Überblick. Innsbruck: Studienverlag.
- Stosberg, Krista: Hypothesen und Ergebnisse der Wirkungsforschung im Hinblick auf Sozialisation durch Massenkommunikation. In: Ronneberger, Franz (Hrsg.): Sozialisation durch Massenkommunikation. Der Mensch als soziales und personales Wesen. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag. 1971. S. 276-289.
- Stourzh, Gerald (1975): Kleine Geschichte des Österreichischen Staatsvertrages. Mit Dokumententeil. Graz/ Wien/ Köln: Verlag Styria.
- Stourzh, Gerald (1980): Geschichte des Staatsvertrages 1945-1955. Österreichs Weg zur Neutralität. Graz/ Wien/ Köln: Verlag Styria. 2. Auflage.

- Stögner, Karin: Bruno Kreisky. Antisemitismus und der österreichische Umgang mit dem Nationalsozialismus. In: Pelinka, Anton/ Sickinger, Hubert/ Stögner, Karin: Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten. Wien: Braumüller. 2008. S. 25-110.
- Tuchel, Johannes (1994): Die Inspektion der Konzentrationslager 1938-1945. Das System des Terrors. Berlin: Edition Hentrich.
- Weinmann, Martin (1990): Das nationalsozialistische Lagersystem (CCP). Frankfurt a. Main: Zweitausendeins.
- Weinzierl, Erika: Schuld durch Gleichgültigkeit. In: Pelinka, Anton/ Weinzierl, Erika (Hrsg.): Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit. Wien: Verlag Österreich. 1997. 2. Auflage. S. 174-195.
- Wippermann, Wolfgang (1999): Konzentrationslager. Geschichte, Nachgeschichte, Gedenken. Berlin: Elefanten Press Verlag GmbH.
- Wodak, Ruth/ Menz, Florian/ Mitten, Richard/ Stern, Frank (1994): Die Sprachen der Vergangenheit. Öffentliches Gedenken in österreichischen und deutschen Medien. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Verlag. 1. Auflage.
- Wulz, Irma: Fortsetzung folgt... Projekte und Aktivitäten ehemaliger Gedenkdienstleistender. In: Horváth, Martin/ Legerer, Anton/ Pfeifer, Judith/ Roth, Stephan (Hrsg.): Jenseits des Schlussstriches. Gedenkdienst im Diskurs über Österreichs nationalsozialistische Vergangenheit. Wien: Löcker Verlag. 2002. S. 139-145.

Internetquellen

- APA: Khol sieht Österreich als „Opfer des Nationalsozialismus“. In: Der Standard Online. <https://derstandard.at/2000034653467/Khol-sieht-Oesterreich-als-Opfer-des-Nationalsozialismus>, 11.4.2016. (24.10.2018).
- Baumgartner, Andreas: Kurzgeschichte des KZ-Mauthausen 1938-1945. In: Materialsammlung des Mauthausen Komitee Österreich. o.J. <https://www.mkoe.at/sites/default/files/files/service/Kurzgeschichte-des-KZ-Mauthausen-1938-1945.pdf> (7.11.2018).
- Duden Online. o.J. a. <https://www.duden.de/rechtschreibung/Mythos> (22.11.2017).
- Duden Online. o.J. b. <https://www.duden.de/rechtschreibung/Opfer> (22.11.2017).
- Fiereder, Helmut: Kurzgeschichte der KZ-Gedenkstätte Mauthausen. In: Materialsammlung des Mauthausen Komitee Österreich. o.J. S. 1-15. <https://www.mkoe.at/sites/default/files/files/service/Kurzgeschichte-der-KZ-Gedenkstaette-Mauthausen-1945-bis-heute.pdf> (20.6.2018).
- Neugebauer, Wolfgang: Zur Problematik der NS-Vergangenheit. In: Institutsgruppe Geschichte (Hrsg.): Wiener Schnitzel, Antifaschismus und die Krone. Reader. 31.5.2000. S. 57-62. Online: <https://www.univie.ac.at/strv-geschichte/images/uploaded/Reader-Antifatut.pdf> (19.6.2018).
- OÖ Nachrichten Online: Die Geschichte der OÖN. 4.11.2008 http://www.nachrichten.at/aboservice/ueber_uns/geschichte_medienhaus_wimmer/art140,53156 (16.6.2018).
- OÖ Nachrichten Online: Blattlinie. 14.1.2013. http://www.nachrichten.at/aboservice/ueber_uns/impressum/art138,54715 (16.6.2018).
- Gärtner, Reinhold: Denkmal. In: Politik Lexikon für junge Leute. Wien: Verlag Jungbrunnen. 2008. Online: <http://www.politik-lexikon.at/denkmal> (2.10.2018).
- Proklamation über die Selbstständigkeit Österreichs vom 27. April 1945. StGBI 1/1945. Online: <http://www.verfassungen.ch/at/index.htm> (21.6.2018).

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Das ehemalige Arrestgebäude im KZ-Mauthausen (11.5.2018).....	17
Abbildung 2: Das Lagertor der KZ-Gedenkstätte Mauthausen (11.5.2018).....	27
Abbildung 3: Ablaufmodell strukturierender Inhaltsanalyse (Mayring, 2000: 84).....	67
Abbildung 4: Zeitungsbestand der Untersuchung.	80
Abbildung 5: Anzahl der Artikel von 1945 bis 1995 in Fünferschritten.	81
Abbildung 6: Vorkommen der Kategorien in den ausgewählten Zeitungen.....	91

Abkürzungsverzeichnis

KZ = Konzentrationslager

NS = Nationalsozialismus

NSDAP = Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

DAW = Deutsche Ausrüstungswerke

DEST = Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH

SS = Schutzstaffel

SA = Sturmabteilung

SS-TV = SS-Totenkopfverbände

SS-WVHA = Wirtschafts-Verwaltungshauptamt

Kapo = Aufsichtspersonen, die selbst nicht arbeiteten, aber dafür andere Häftlinge einteilten und auch in der Lage waren Prügel auszuteilen (Vgl. Kogon, 1974: 92)

RU = Rückkehr unerwünscht

K-Häftling = Sowjetische Häftlinge, die durch Erschießung getötet werden sollen

Gestapo = Geheime Staatspolizei

SD = Sicherheitsdienst

WJC = World Jewish Congress

UNO = Vereinte Nationen

FR = Foreign Relations of the United States (Serie von Aktenpublikationen des Department of State)

VdU = Verband der Unabhängigen

IHK = Internationale Historikerkommission

OÖN = Oberösterreichische Nachrichten

AMM = Archiv der Gedenkstätte Mauthausen

BMI = Bundesministerium für Inneres

DÖW = Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes

VdU = Verband der Unabhängigen

Anhang

Kategoriensystem:

Kategorie	Definition	Ankerbeispiele	Kodierregeln
Opfermythos	Darstellung Österreichs und dessen BürgerInnen als (erstes) Opfer des NS-Regime	- Die neuen Machthaber hatten schon in den ersten Tagen nach der Okkupation Österreichs viele hunderte aufrechte Österreicher verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau geliefert. - Es ist viel zu viel Leid über unser Vaterland gekommen.	Aussagen, die ÖsterreicherInnen oder auch den Staat Österreich als (erstes) Opfer definieren
Schuldzuweisung	Schuld der NS-Verbrechen den Deutschen und Nazis zuschreiben bzw. Abweisen der (österreichischen) Täterrolle bzw. Täter selbst	47 alliierte Fallschirmjäger fielen in deutsche Hände. - Die „Mühlviertler Hasenjagd“ wurde von den „Nazimordgesellen“ auf „unserem Heimatboden“ begangen.	Wenn die TäterInnen als Deutsche bezeichnet werden, man auf Nazis oder SS-Männer verweist und man die österreichische Beteiligung weglässt, versucht man die Schuld abzuweisen
Gräueltaten	Beschreibung von diversen Foltermethoden, Tötungsmaßnahmen, unmenschliche Zwangsarbeit oder	Die Welser Gruppe musste zwei Tage und drei Nächte lang ohne Ausruhen oder Schlafen unter der scharfen	Es darf kein Konjunktiv bei der Beschreibung vorkommen, um die Gräueltaten zu verharmlosen

	medizinische „Versuche“	Beobachtung der SS-Leute an der Lagermauer stehen. • Der Bart wurde einem Häftling von Gesaposchergen weggebrannt.	
Erinnern	Bewusstes Beziehen auf die Vergangenheit des KZ Mauthausen und des NS-Regime	• Man erzählt bewusst von der „Mühlviertler Hasenjagd“ und von hartherzigen Zivilisten, die zusammen mit den SS-Leute, Volkssturm, Nazi-Organisationen oder der Gendarmerie die Häftlinge gejagt haben. • Man bezieht sich immer wieder auf die vergangenen Geschehnisse beziehungsweise zieht man Vergleiche mit der heutigen Erscheinung des ehemaligen KZ Mauthausen.	Detaillierte Schilderungen zur Vergangenheit des KZ Mauthausen
Mahnung	Zur Vorsicht in Bezug auf Grausamkeiten der NS-Zeit mahnen bzw. das nachdrückliche Erinnern an die Verpflichtung zur Vermeidung solcher	• Es muss alles unternommen werden, um das Wiederaufkeimen vom Faschismus und dem Vernichtungswahn	Aufforderungen zur Vorsicht und zur Verpflichtung der Vermeidung von Gräueltaten wie in Mauthausen

	Gräueltaten	der Völker zu verhindern.	
Aufklärungsarbeit	Aufklären und unterrichten über das KZ-Mauthausen sowie sensibilisieren bezüglich der Bedrohung der Menschenrechte	• Die Basis des Faschismus fruchtet in der Gesellschaft. Die Mehrheit der ÖsterreicherInnen ließ sich 1938 mit nahezu blindem Vertrauen auf den Faschismus ein. • Das Großdeutschtum und der Antisemitismus waren schon länger in Österreich als Hitler.	Aussagen, die aufzeigen, wie es zu Grausamkeiten, wie im KZ Mauthausen, kommen konnte bzw. kommen kann

Analyse aller Zeitungsartikel:

DÖW

1) An alle ehemaligen Häftlinge des KZ Mauthausen (Tagblatt Linz 8.1.1946)

Es wird ausgeschrieben, dass alle ehemaligen KZ Häftlinge von Mauthausen und dessen Unterlager dazu aufgefordert werden in einem Brief anzugeben wer wen ermordet, geprügelt oder misshandelt hat.

2) Die Hölle von Mauthausen – Probleme der Zukunft (Tagblatt Linz 8.1.1946)

Es wird auf das schreckliche Geschehen in Mauthausen durch den Zweiten als auch den Ersten Weltkrieg hingewiesen. Danach wird beschrieben wie es der Gemeinde Mauthausen nach der Befreiung des Konzentrationslagers erging und welche Probleme sie hatten, vor allem bezüglich der Arbeitslosigkeit.

Gräueltaten

Es waren 158.000 Häftlinge im KZ-Mauthausen, 89.000 davon wurden durch Hinrichtung oder Vergasung getötet. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass die Anzahl der Häftlingen und vor allem der Toten noch höher gewesen sein sollte. Nach der Befreiung verließen hunderte als Krüppel das KZ.

3) Die „Hasenjagd“ im Mühlviertel (Neue Zeit 2.3.1946)

In diesem Artikel werden die Planung und das Vorgehen der KZ-Häftlinge bei der Flucht sowie der Ablauf der Jagd geschildert.

Schuldzuweisung

Das Menschenrecht wurde im Dritten Reich als „Humanitätsduselei“ verhöhnt.

Die Mühlviertler Hasenjagd, „eines der erbärmlichsten Verbrechen“ wurde von den „Nazimordgesellen“ auf „unserem Heimatboden“ begangen.

Der Schandfleck kann nur durch ein Bekämpfen der Naziideologie in „unserem Volke“ beseitigt werden.

Bezeichnungen wie „nazistisches Mordgesindel“ oder „braune Mordgesellen“ werden verwendet.

„Neben den Schandmalen Mauthausen, Gusen und Ebensee ist auch die ‚Mühlviertler ‚Hasenjagd‘ ein Schandmal, das unserem Lande aufgebrannt wurde“.

Gräueltaten

Die schwerverwundeten Entflohenen wurden dann zurück im Lager einfach erschlagen. 440 wurden bei dieser Hasenjagd „hingemetzelt“.

Aufklärungsarbeit

Um den Schandfleck „abwaschen“ zu können, muss die Ideologie der Nazis im österreichischen Volk bekämpft und auch die Errichtung einer wahren Demokratie gewährleistet werden.

Diese Demokratie muss frei vom Völkerhass sein.

4) Die Mühlviertler Hasenjagd (Neue Zeit 11.10.1946)

Es wird das Vorgehen bei der „Hasenjagd“ beschrieben. Dabei wird näher auf den Volkssturmmann Franz Berndl eingegangen, der einen Wald nach geflohenen KZlern absuchen musste. Er brachte einen aufgespürten Häftling zu einem SS-Offizier, der dem Volkssturmmann Springensteiner die Erschießung befahl. Dieser weigerte sich aber, daher wurde Berndl dazu beauftragt, der sich mit der Ermordung sogar danach rühmte.

Gräueltaten

Die russischen Offiziere wollten ihrem sicheren Tod in den Gaskammern entgehen. Die Entflohenen wurden mit Hunden gehetzt, einfach niedergeschossen oder im KZ auf grauenvolle Art erschlagen. Volkssturmmann Franz Berndl schoss einen aufgespürten Häftling bereitwillig nieder.

5) Die Mühlviertler Hasenjagd vor dem Volksgericht (Neue Zeit 18.10.1946)

Es wird erneut auf die Erschießung eines entflohenen KZlers durch Volkssturmmann Franz Berndl beschrieben und wie die SS generell bei der Mühlviertler Hasenjagd vorgegangen ist. Berndl versuchte seine Schuld aufgrund des Zwanges zu mildern, jedoch haben Zeugen von seiner bereitwilligen Erschießung berichtet.

Schuldzuweisung

Berndl behauptete zum Schuss gezwungen worden zu sein, da man ihm selbst mit der Erschießung oder dem KZ drohte. Diese Aussage wurde jedoch durch Zeugenaussagen widerlegt.

Gräueltaten

Die Verhandlung zeigte auf wie grausam die Entflohenen gehetzt und dann getötet wurden. Berndl „jagte dem Mann seine Schrottladung in den Rücken“. Da der Mann noch am Leben war, stieg der Volkssturmkommandant Knoll auf dessen Brust und trat ihm mit seinem Stiefel dreimal gegen die Schläfe.

6) Wieder einer von der Hasenjagd (Neue Zeit 29.10.1946)

Als Volkssturmkommandant gab Ferdinand Leitl den Befehl die entflohenen Mauthausner KZler nicht nur wieder einzufangen, sondern diese auch gleich zu erschießen. Leitl behauptete aber bei der Verhandlung, dass er gezwungen war die Befehle weiterzugeben. Da Leitl aber zum Ende der Nazizeit darum bemüht war, seine Gemeinde Neumarkt durch die Verhinderung der Verteidigung vor Schaden zu bewahren, wurde er nur zu fünfzehn Monaten schweren Kerkers verurteilt.

Schuldzuweisung

Leitl gehörte in seiner Studentenzeit der völkischen Burschenschaft an und war später auch Obmann des deutschvölkischen Turnvereins, der als „Keimzelle des Nazismus“ in Österreich bezeichnet wurde. Er gab vor Gericht an nur höhere Befehle gezwungen weitergegeben zu haben.

7) Drei Hitlerjungen unter Mordanklage (Neue Zeit 29.10.1946)

Die drei Hitlerjungen haben bereitwillig jeweils einen entflohenen KZler auf Befehl von SS-Offizieren mit einem Kopfschuss ermordet. Daraufhin wurden die drei Hitlerjungen in Pregarten gelobt und es wurde sogar ein Foto von ihnen in der HJ ausgehängt. Die Jungen sind geständig, jedoch geben sie an, sich nicht zu widersetzen gewagt zu haben.

Schuldzuweisung

Die Jungen gaben an auf Anweisung geschossen zu haben. Sie hätten es schließlich nicht gewagt, den Befehl zu verweigern.

Gräueltaten

Ein Hitlerjunge „jagte“ dem entflohenen Häftling „eine Kugel in den Hinterkopf“. Die anderen zwei Jungen „knallten“ ebenfalls freiwillig die Gefangenen ab.

8) Das wahre Gesicht des Nazismus (Neue Zeit 4.12.1946)

Fünfzehn- bis sechzehnjährige Hitlerjungen wurden von den SS-Männern dazu gezwungen einen der wiedereingefangenen Häftlinge zu erschießen. Vor Gericht gestanden die Jugendlichen ihre Tat. Sie wurde aber freigesprochen, da sie es aufgrund ihrer Erziehung in der Hitlerjugend gehorsam waren und unter Zwang standen.

Schuldzuweisung

Von den „Nazihenkern“ wurden auch 15- bis 16jährige Hitlerjungen zur Hasenjagd beauftragt und auch zu Erschießung der Gefangenen gezwungen. Sie waren seit ihrem zehnten Lebensjahr in der Hitlerjugend und hatten somit gelernt sich Befehlen nicht zu widersetzen.

9) Sadist zum Tode verurteilt (Tagblatt Linz 18.1.1947)

Johann Ludwig wurde vom Linzer Volksgericht zum Tode durch den Strang verurteilt, da er seine Mithäftlinge in Mauthausen grausam zu Tode gequält hatte. Der Angeklagte zeigt keine Reue.

Gräueltaten

Als „Stubenältester“ peinigete er die anderen Häftlinge mit Fußtritten, Ohrfreigen, Schlägen und ermordete sie teilweise auch auf grausame Weise. Wenn sich Häftlinge mit Mützen oder Strümpfen vor der Kälte beim Schlafen schützten, beförderte er sie unter das Bett und steckte ein Sesselbein in dessen Rachen und trat mit Hilfe eines SS-Mannes auf den Sessel ein bis der Häftling Tod war.

10) Mordprozesse vor dem Linzer Volksgericht (OÖN 20.1.1947)

Der gebürtige Linzer Adolf Dietscher wird wegen Mordes beschuldigt. Er stöberte mit seiner Gauleiterabteilung einen entflohenen Häftling aus Mauthausen auf und befahl seinen Leuten diesen zu erschießen. Diese verweigerten seinen Befehl, sodass er selbst zur Waffe griff.

Gräueltaten

Adolf Dietscher feierte eine ganze Salve seines Maschinengewehres auf den entflohenen KZler.

11) Kommende Mordprozesse vor dem Linzer Volksgericht (Neue Zeit 21.1.1947)

Der Oberregierungsrat Dr. Adolf Dietscher führte während der Mühlviertler Hasenjagd eine Gausturmabteilung an. Er befahl seinen Leuten den aufgestöberten KZler zu erschießen, diese verneinten jedoch und somit erschoss er den Häftling selbst. Dietscher war der Erfolg seiner Streife wichtig.

Gräueltaten

Adolf Dietscher feuerte eine ganze Salve seines Maschinengewehres auf den entflohenen KZler.

12) Der Prozess Dr. Dietscher (OÖN 24.1.1947)

Dr. Dietscher, früherer Landrat und Oberregierungsrat, steht vor dem Linzer Volksgericht, da er wegen Hochverrat und Tötung eines entflohenen Häftlings beschuldigt wird. Er gesteht seine Tat jedoch nicht, sondern erklärt, dass er geglaubt hat einen kriminelle Häftling verfolgt zu haben und diesen dann eventuell mit seiner Schusswaffe (tödlich) getroffen zu haben.

13) Ich habe ihn erschießen müssen (Tagblatt Linz 24.1.1947)

Der Oberregierungsrat Adolf Dietscher war an der Mühlviertler Hasenjagd beteiligt, er leugnet aber seine Tat und behauptet Schüsse abgegeben zu haben, welche aber nicht tödlich gewesen sein sollten. Die Verhandlung am Linzer Volksgericht wurde vertagt aufgrund der Einvernahme weiterer Zeugen.

Gräueltaten

Dietscher ermordete einen geflüchteten Häftling mittels Schüssen aus seiner Maschinenpistole.

14) Oberregierungsrat Dr. Dietscher auf der Anklagebank (Neue Zeit 25.1.1947)

Der Oberregierungsrat Adolf Dietscher versuchte vor Gericht den Mord an einem entflohenen Häftling unbekannten SS-Männern zuzuschreiben. Nach weiteren Versuchen seine Tat zu leugnen, dass er nämlich geglaubt hatte zu Tode verurteilte kriminelle Verbrecher verfolgt zu haben, gestand er den Mord teilweise.

Schuldzuweisung

Im selben Augenblick sollen auch SS-Männer auf den Entflohenen geschossen haben, somit versucht Dietscher seine Schuld am Tod des Häftlings abzuweisen, da es nicht sicher ist, ob seine Schüsse tödlich waren.

15) Landrat Dietscher auf Hasenjagd (Tagblatt Linz 25.4.1947)

In diesem Artikel wird geschildert wie der interessante Prozess gegen Landrat Dietscher, der in Linz geboren ist, vonstattenging. Dietscher leugnete seine Schuld, aber die Zeugenaussagen deuteten eindeutig auf dessen Schuld hin. Sein Urteil lautete daher zehn Jahre schwerer Kerker und der Verfall seines Vermögens.

16) Keine Sühne für Mühlviertler Hasenjagd (Neue Zeit 2.5.1947)

Der Gruppenführer des Volkssturmes Franz Bernbl behauptete einen entflohenen Mauthausner KZler erschossen zu haben, da er von einem SS-Offizier bedroht wurde selbst erschossen zu werden, wenn er den Befehl nicht ausführte. Der Gerichtshof befand ihn aber

für schuldig, weil er mit Mordabsicht gehandelt haben soll. Bernbl wurde jedoch nur zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt, was laut Artikel zeigt, dass ein Menschenleben nachwievor nichts wert zu sein scheint.

Schulduweisung

Bernbl habe nur auf Befehl eines SS-Offiziers gehandelt, da er ansonsten selbst erschossen worden wäre.

Gräueltaten

Fünftzehn Schritte entfernt schoss er mit einem Jagdgewehr auf den Rücken eines entflohenen KZlers, der dann in seiner Blutlache liegen blieb. Ein Volkssturmführer trat dem leblosen Häftling auf die Brust und versetzte seiner Schläfe noch mehrere Tritte.

Mahnung

Wenn ein Mörder mit drei Jahren schweren Kerkers davon kommt, kann ein Menschenleben nach wie vor nichts wert sein, obwohl eigentlich davon ausgegangen wird, dass diese Zeit vorüber sei.

17) Mordversuch mit dem Schrotgewehr (OÖN 2.5.1947)

Franz Bernbl aus Hartberg war als Volkssturmmann an der Mühlviertler Hasenjagd beteiligt. Er stöberte einen entflohenen Mauthausner KZler auf und erschoss ihn auf Anordnung eines SS-Offiziers. Da nicht eindeutig bewiesen werden konnte, dass sein Schuss tödlich war, wurde er nur zu drei Jahren Kerker verurteilt.

Gräueltaten

Fünftzehn Schritte entfernt schoss er mit einem Jagdgewehr auf den Rücken eines entflohenen Häftlings, der dann zu Boden stürzte.

18) Die Ermordung von KZlern anbefohlen (Neue Zeit 23.7.1947)

Ferdinand Fröhlich, der Bürgermeister von Pregarten, steht vor dem Volksgericht, da er dem Volkssturm und der HJ von Pregarten befohlen hat, die entflohenen Häftlinge aus Mauthausen nicht nur einzufangen, sondern auch zu erschießen.

Gräueltaten

Ferdinand Fröhlich hat ausländische Zwangsarbeiter in Pregarten bestialisch behandeln lassen. Bei einer angeblichen Widersetzung wurden sie mit Stöcken und Gummiknütteln misshandelt.

19) Wieder zwei von der Mühlviertler Hasenjagd (Neue Zeit 16.8.1947)

Der Kommandant der dritten Volkssturmkompanie in Schwertberg, namens Norbert Niedermayr, soll den Befehl zur Erschießung der entflohenen Mauthausner KZler gegeben haben. Niedermayr war im März 1946 nach Salzburg geflüchtet. Dort wurde er ausfindig gemacht und in das Landesgericht Linz-Nord eingeliefert. Weitere Nachforschungen haben ergeben, dass der ehemalige Bürgermeister von Schwertberg, Ferdinand Simader, den erhaltenen Befehl zur Erschießung vom Lagerkommando Mauthausen an Niedermayr weitergegeben hat. Gegen beide wird ein gerichtliches Verfahren beim Volksgericht in die Wege geleitet.

20) Traurige Helden der „Inneren Front“ (OÖN 29.10.1947)

Der ehemalige Bürgermeister von Pregarten Ferdinand Fröhlich wurde freigesprochen, obwohl er den Befehl zum Aufspüren und Erschießen von 400 KZlern gegeben haben soll. Gaßner und Haghofer wurden beschuldigt, zwei bzw. einen entflohenen Häftling erschossen zu haben und Spengler soll durch das Leuchten mit der Taschenlampe Beihilfe am Mord geleistet haben. Haghofer und Spengler wurden zu zehn Jahren und Gaßner zu zwanzig Jahren schweren Kerker verurteilt.

21) Die Alarmnacht von Pregarten (Tagblatt Linz 29.10.1947)

Im Bezug auf die Mühlviertler Hasenjagd standen vier Angeklagte aus Pregarten wegen Mordes oder der Beihilfe dazu vor Gericht. Es wird geschildert wie die vier ihre Schuld von sich zu weisen versuchten. Drei der Angeklagten wurden zu zehn bis zwanzig Jahren Kerker verurteilt, während Fröhlich freigesprochen wurde.

Schuldzuweisung

Einer hat einen Schreckschuss Richtung Häftling abgegeben, da er von einem Nationalsozialisten begleitet wurde und daher sich davor fürchtete wegen Pflichtverletzung angeklagt zu werden.

22) Die Mühlviertler Hasenjagd wieder vor Gericht (Neue Zeit 30.10.1947)

Der Bürgermeister von Pregarten, Ferdinand Fröhlich, und die Gendarmen Haghofer und Gaßner müssen sich nun vor Gericht für ihre Beteiligung an der Mühlviertler Hasenjagd verantworten. Die beiden Gendarmen behaupten jedoch, den Befehl zur Erschießung von Gendarmerieoberleutnant Obermaier erhalten zu haben, gegen den ebenfalls ein Verfahren läuft, der aber noch nachwievor als Polizist tätig ist. Haghofer und Gaßner bekamen zehn und zwanzig Jahre Kerkerstrafe und Fröhlich wurde freigesprochen.

23) Die Schicksalsgenossen zu Tode gequält (Tagblatt Linz 5.11.1947)

Das Todesurteil von Capo, Johann Ludwig, wurde aufgehoben, jedoch wurde er vom Linzer Volksgerichtssenat erneut zum Tode durch den Strang verurteilt, da er mindestens sechs Mauthausner Häftlinge getötet haben soll. Er gab seine bestialischen Taten zu, jedoch sei er unter Zwang gestanden, weil ihm selbst Misshandlungen gedroht hätten.

Schuldzuweisung

Er gab an zu derartigen Misshandlungen gezwungen worden zu sein, da ihn ansonsten die SS-Bewachungsmannschaften misshandelt hätten.

Gräueltaten

Der Capo soll mindestens sechs Häftlinge „auf bestialische Weise“ getötet haben. Er erwürgte sie mit seinen bloßen Händen oder erstickte sie durch das Herumtreten auf einem Stock oder Stuhlbein über den Hals.

24) Die Treibjagd auf Mauthausner KZler (Volksstimme 16.12.1948)

Der Unteroffizier Hugo Tacha wird wegen fünffachen Mordes angeklagt, während der Volkssturmkommandant Norbert Niedermayer nur wegen Anstiftung zum Mord angeklagt wurde. Der Staatsanwalt plädierte jedoch zur Anwendung eines „außerordentlichen Milderungsrecht“, da die Taten zu einer ausordentlichen Zeit verbrochen wurden, aber dass Tacha trotzdem aus Eigeninitiative gehandelt haben soll.

25) Fünf KZler kaltblütig ermordet (Neue Zeit 16.12.1948)

Der Angeklagte Hugo Tacha soll sich freiwillig zur Treibjagd gemeldet haben. Der zweite Angeklagte Norbert Niedermayer soll angeordnet haben, dass alle eingefangenen KZler gleich erschossen werden mussten, was zu einem „Blutbad“ geführt haben soll. Niedermayer leugnete diesen Befehl verordnet zu haben und Tacha behauptete von einem SS-Offizier zum Mord angestiftet worden zu sein. Die Zeugen sagten Gegenteiliges aus. Der Prozess wurde aufgrund eines Lokalaugenscheins in Schwertberg unterbrochen.

Gräueltaten

Tacha hat verwundete Häftlinge sich entkleiden und mit dem Gesicht auf den Boden legen lassen, um sie dann mit einem Genickschuss zu töten. Im Gemeindearrest erschlug man sieben KZler und sorgte für ein „Blutbad“. Ein Beteiligter beging gleich nach dem „Gemetzel“ Selbstmord.

26) Urteil im Schwertberger Mordprozeß [sic] (Volksstimme 19.12.1948)

Der Angeklagte Hugo Tacha wurde für schuldig befunden, als Volkssturmmitglied mindestens drei eingefangene Mauthausner KZler erschossen zu haben. Er wurde zu zwanzig Jahren schweren Kerkers verurteilt. Norbert Niedermayer hingegen wurde freigesprochen, da bezeugt wurde, dass er nicht einen direkten Schussbefehl gegeben haben soll. Bei Tacha wurden sogar die Milderungsumstände, „die allgemeine Psychose der damaligen Zeit“, beim Gerichtsurteil mit einbezogen.

Gräueltaten

Tacha soll die geflüchteten Häftlinge „in einen qualvollen Zustand versetzt“ und mindestens drei sogar mit dem Gewehr erschossen haben.

27) „Sühne“ für die Menschenjagd in Mauthausen (Tagblatt Linz 20.12.1948)

Der Lagerkommandant von Mauthausen Ziereis erteilt in Schwertberg den „Blutbefehl“ und die Jagd auf die entflohenen Häftlinge hat begonnen. Der Unteroffizier Tacha wurde wegen Mordes an mindestens drei entwichenen Häftlingen zu zwanzig Jahren schweren Kerkers verurteilt und der leitende Kommandant des Volkssturmes Niedermayr wurde wegen mangelnden Beweisen freigesprochen. „Die allgemeine Psychose der damaligen Zeit“ wurde als Milderungsgrund vor Gericht angenommen.

Schuldzuweisung

Ziereis hatte Angst um sein eigenes Leben, daher war er der Meinung, dass nur ein „Leichenhaufen“ ihn vor Berlin rechtfertigen kann.

Gräueltaten

„Der weiße Schnee trank viel rotes Blut.“

28) Mauthausen-Sonderpoststempel (Volksstimme 5.5.1949)

Im Zuge der Befreiungsfeier am 8. Mai wird ein Sonderpostamt errichtet, das einen Sonderpoststempel führt.

Mahnung

Sonderpoststempel mit einem Bild vom Stacheldraht umgebenen Krematoriumschlotes und den Worten „Niemals wieder!“ wird eingeführt.

29) Erinnerungen zur Eröffnung des KZ Mauthausen als Mahnmal (Tagblatt Linz 7.5.1949)

Das ehemalige KZ Mauthausen wird feierlich als ewiges Mahnmal eröffnet. Es wird in diesem Artikel aber mehr an die Zeit zwischen 1934 und 1938 erinnert und wie man Insassen des Polizeigefängnisses in der Linzer Rathausgasse beim Verhör misshandelte.

Gräueltaten

Beim Durchgehen durch die Räumlichkeiten des KZ kann man erahnen, dass hier „Menschenhirne, Herzen und Leiber“ furchtbares über sich ergehen lassen mussten.

Erinnern

Dumpfe Erinnerungen an das Terrorregime unter Dollfuß und Schuschnigg werden wach und es wird an die „unmenschlichen Misshandlungen“ erinnert.

30) Wenn das Mahnmal Mauthausen sprechen könnte (Tagblatt Linz 7.5.1949)

Es wird die schöne Landschaft von Mauthausen und auch das Lager in seinem momentanen Zustand beschrieben. Die Reaktionen der BesucherInnen werden ebenfalls geschildert. Es werden immer wieder rhetorische Frage an den/die LeserIn gestellt, wie man hinter all den Dingen überhaupt die Grausamkeit erkenne könne.

Gräueltaten

Innerhalb von sieben Jahren sind 123.000 unschuldige Menschen „qualvoll zu Tode gemartert worden“.

Eine steinerne Platte mit einer Rinne wurde von den Nazis zum Sezieren der Mauthausner Opfer benutzt.

Als abgemagerte Skelette mussten die Häftlinge fünfzig Kilogramm schweren Granitblöcke im Nacken über die Todesstiege hinauf ins Lager tragen.

„Eine Baracke, für hundert Menschen gebaut, in der tausende Zusammengepfercht auf den Tod warteten.“

Mahnung

Ein Denkmal soll mahnen und an das Grauen erinnern und „unsere Heimat“ vor einem wiederaufkeimenden Faschismus schützen.

31) Non! J'aurais plus ça ... (ÖÖN 9.5.1949)

„Non! J'aurais plus ça ...“ war die Grundlage der Rede des französischen Hochkommissar für einen in Mauthausen verstorbenen Landsmann bei der Befreiungsfeier in Mauthausen. Dies war auch das Leitmotiv einer Gedenkrede eines Pfarrers in Wien beim Festakt.

Mahnung

Der Priester ermahnte alle Anwesenden sich unermüdlich für den Frieden einzusetzen.

32) Die Befreiungsfeier in Mauthausen (Neue Zeit 9.5.1949)

Zum vierten Jahrestag der Befreiung fand eine Feier statt, bei der verschiedene ausländische Delegationen anwesend waren. Der Ablauf der Befreiungsfeier wird geschildert und auch einige Passagen der Rede eines Pfarrers werden wiedergegeben.

Erinnern

Es wird ein Zitat vom Hofrat eingebaut, das zur Erinnerung an die unmenschlichen Ereignisse in Mauthausen dienen soll.

Mahnung

Der Pfarrer predigt, dass die Toten mahnen und dass Friede, Freiheit und Menschenwürde für jede/n gewährleistet werden soll.

Eine Glorifizierung des „hitlerschen“ Krieges ist vier Jahre danach sehr gewagt und dass man es einst für unmöglich gehalten Naziopfer zurückzuweisen oder Hitlers treuesten Unterstützer wieder in Führungspositionen sowohl in der Wirtschaft als auch im Staat selbst einzusetzen.

Aufklärungsarbeit

Es wird auch darauf hingewiesen, dass bereits vier Jahre nach der Befreiung des KZ wieder eine öffentliche und unbestrafte Propaganda vom Faschismus gemacht wird.

33) „Errichten wir die Welt des freien Menschen“ (Volksstimme 10.5.1949)

Die Anwesenden, darunter ehemalige Häftlinge und ausländische Delegationen befürworteten die zitierten Worte des Pfarrers (siehe Mahnung). Die Delegationsführer hielten ebenfalls Reden in denen sie vom Kampf für den Frieden sprachen.

Gräueltaten

Ein russischer General wurde wochenlang in einer Einzelzelle angekettet gehalten. Kurz vor der Befreiung zerrte man ihn auf den Appellplatz und überschüttete den nackten Mann so lange mit kaltem Wasser, bis er vor Kälte zu Tode erstarrte.

Mahnung

„Wir können heute nicht die Hände in den Schoß legen, denn überall rührt sich das neufaschistische Unkraut!“

Es müssen wirklich alle VerbrecherInnen, die an der Vorbereitung und Durchführung des Krieges beteiligt waren, beseitigt werden, da ansonsten durch sie ein dritter Weltkrieg bevorsteht.

Das KZ soll ihren BesucherInnen die Grausamkeiten vor Augen halten und sie somit darin bestärken, gegen Faschismus und so etwas wie in Mauthausen zu kämpfen.

Aufklärungsarbeit

Bereits vier Jahre nach der Befreiung des KZ wird wieder eine öffentliche und unbestrafte Propaganda vom Faschismus gemacht, was direkt nach der Befreiung für unmöglich gehalten wurde.

34) *Das Gelöbnis von Mauthausen ist erneuert + Zwischen Mahnmal und den Gräberfeld* *(Volksstimme 10.5.1955)*

Bei der Internationalen Befreiungsfeier in Mauthausen, war die Kundgebung beim ehemaligen „Russenslager“ der Hauptpunkt des Tages. Es werden die (wichtigsten) Anwesenden aufgezählt und es wird näher auf den Ablauf der Kundgebung eingegangen. Der russische General erklärt in seiner Rede, dass gemeinsam für den Frieden gekämpft werden soll. Die Feier kam durch die Kranzniederlegung am früheren Appellplatz zu einem Ende.

Erinnern

Es soll nicht vergessen werden, denn das entspricht einem „Selbstvergessen“. Ein Vergessen der Opfer des Faschismus würde auch ein Vergessen von Österreich bedeuten. Es soll an den geleisteten Schwur erinnert werden, der besagt, dass der Weg zur unteilbaren Freiheit bestritten wird, der durch gemeinsame Achtung und Zusammenarbeit beschrieben wird.

Mahnung

Mauthausen soll eine Mahnung sein, „niemals vor der Gewalt zu kapitulieren“.

Aufklärungsarbeit

Es ist unbegreiflich, dass jene, die eine Schuld für Mauthausen tragen, bereits wieder Waffen erhalten sollen.

35) *Mauthausen – Internationales Mahnmal für alle* *(Volksstimme 5.6.1956)*

Elf Jahre nach der Befreiung findet eine Feier im ehemaligen KZ Mauthausen statt, bei der Delegationen aus diversen Nationen teilnahmen. Dabei wurde das polnische Mahnmal enthüllt.

Gräueltaten

Jeder Stein erinnert an die Ermordung und unmenschliche Quälerei der hunderten unschuldigen Menschen durch die SS.

Mahnung

Alle freien ÖsterreicherInnen beziehungsweise die österreichische Unabhängigkeit sind in Gefahr, wenn die Gestapohenker noch frei herumlaufen und dadurch zur Verletzung von Recht und Gesetz kommt.

Mehrmalige Betonung, dass es „unsere“ Pflicht sei, so etwas wie die Konzentrationslager niemals wiederkehren lassen zu dürfen.

36) Befreiungskundgebung in Mauthausen (Volksstimme 13.5.1958)

Am 13. Gedenktag der Befreiung fand wieder eine Gedenkkundgebung im ehemaligen KZ Mauthausen statt. Die Vertreter der diversen Nationen erinnern, dass sie gemeinsam an ihrem Ziel – dem „Sturz der Barbarei“ – gearbeitet haben. Es wurde ein Gedenkstein für die rumänischen Opfer des KZ freigelegt.

Erinnern

Die Lagerinsassen haben nach der Befreiung einen Schwur geleistet, dass sie alles machen, um all jene von der Machergreifung abzuhalten, die Völkermord und Rassenhass betreiben.

Mahnung

Damals hat die chemische Wissenschaft in den Händen der Verbrecher zur Vergasung von Millionen Menschen geführt. Ungeheuerlich ist daher der Gedanke an die Folgen, wenn die Atomwaffen als Produkte der Atomforschung ebenfalls in die Hände dieser Verbrecher kommen würden. Aufgrund dessen wurde dazu aufgerufen, gemeinsam gegen den Feind zu agieren.

37) Schwur in Mauthausen (Volksstimme 5.8.1959)

Am Sonntag wurde von hunderten jungen Festivaldelegierten ein Schwur abgelegt, die Rückkehr dieser grausamen Zeit zu verhindern.

Erinnern

Ziel der Widerstandskämpfer war es, die Hitler-Tyrannie und den Krieg zu beenden und Friede und Freiheit zu erlangen.

38) Aus den letzten Tagen des Schreckens (Neue Zeit 14.5.1960)

Die Geschehnisse der letzten Tage des KZ Mauthausen als auch vom Nebenlager Steyr werden geschildert.

Gräueltaten

Die Häftlinge wurden auf offenen Güterwagen zusammengepfercht bei klirrender Kälte. Bei der Ankunft befanden sich dann viele erstarrte Leichen auf den Waggons.

„Tag und Nacht rauchte es aus den Schornsteinen des Krematoriums, in den Kellern türmten sich die Leichen.“

Erinnern

Es werden vergangene Ereignisse bezüglich des KZ Mauthausen geschildert beziehungsweise durch Zitate veranschaulicht.

39) *Spanische Arbeiter in Oberösterreich (Neue Zeit 20.5.1961)*

Bei der Gedenkkundgebung stand die Grundsteinlegung für das Denkmal der spanischen Opfer im Fokus. Es werden mehrere Arbeiter und ehemalige Mauthausen-Häftlinge vorgestellt, die in der Gemeinde Mauthausen ihre neue Heimat gefunden haben, da in Spanien noch immer der Faschismus vorherrscht.

40) *Mahnmal für 2804 Opfer des Faschismus (Neue Zeit 31.10.1961)*

Es wurde ein neues Denkmal auf dem Areal des ehemaligen KZ Mauthausen für die 2804 Opfer des Faschismus enthüllt.

Aufklärungsarbeit

Die Grausamkeiten haben die Überhand gewonnen, da die demokratische Welt nicht bald genug etwas dagegen unternommen hat.

41) *Feier in Mauthausen (Neue Zeit 3.11.1961)*

Es wurde ein neues Denkmal auf dem Areal des ehemaligen KZ Mauthausen für die 2804 Opfer des Faschismus enthüllt.

Aufklärungsarbeit

Die Grausamkeiten haben die Überhand gewonnen, da die demokratische Welt nicht bald genug etwas dagegen unternommen hat.

42) *Junge Gewerkschafter (Volksstimme 12.11.1961)*

Junge österreichische und westdeutsche Gewerkschafter gedenken im ehemaligen KZ Mauthausen, die beim Kampf gegen den Faschismus ums Leben kamen.

43) *Zur Nachahmung empfohlen (Neue Zeit 11.4.1962)*

Allen TraiskirchnerInnen wird fünfzig Prozent der Reisekosten in das ehemalige KZ Mauthausen rückerstattet. Die Gemeinde Ebreichsdorf schickt ebenfalls zwei Ortsansässige, wahrscheinlich Jugendliche, zu einem Rundgang nach Mauthausen und Auschwitz.

44) *Aufstand in Mauthausen (Volksstimme 7.10.1962)*

Es wird geschildert wie 800 russische Offiziere aus dem Todesblock 20 flüchten und nur sieben davon überlebten.

45) *(Neue Zeit 21.5.1963)*

Bei der Gedenkfeier des ehemaligen KZ Mauthausen wurden von der Landesleitung der KPÖ, der Linzer, Welser und Steyrer Bezirksleitung und weiteren Organisationen Kränze vor dem Mahnmal am Appellplatz platziert.

46) *Mauthausen-Gedenkfeier 1964 (Volksstimme 7.5.1964)*

Im Zuge des 19. Jahrestages der Befreiung findet wieder eine Gedenkfeier auf dem Appellplatz des ehemaligen KZ Mauthausen statt. Es werden Denkmäler für die griechischen und ungarischen Opfer enthüllt.

47) *Nie wieder Mauthausen – Nie wieder Krieg (Volksstimme 11.5.1964)*

Bei der diesjährigen Internationalen Gedenkfeier waren wieder VertreterInnen aus verschiedenen ausländischen Botschaften anwesend. Darüber hinaus fielen sich dort das Landwirtehepaar Langthaler, das zwei entflohenen sowjetischen Offiziere bei sich versteckt und dadurch gerettet hatte, mit diesen zwei KZ-Häftlingen in die Arme. Die Freie Österreichische Jugend (FÖJ) und die KPÖ waren wieder stark bei der Kranzniederlegung vertreten.

Mahnung

Ein Schriftsteller weist darauf hin, dass man wachsam sein sollte, da der Faschismus und Krieg noch nicht im Keime erstickt sind.

Der Appell gilt an die ganze Welt: Mauthausen sollte sich niemals wiederholen und auch Menschenwürde und –recht sollte nicht derartig schlecht gehandhabt werden.

48) *Auf der diesjährigen Mauthausenkundgebung (Volksstimme 12.5.1964)*

Bei den ungefähr 5000 Anwesenden stand das Ehepaar Langthaler im Fokus, da sie 19 Jahre später ihre geretteten Häftlinge wieder in die Arme schließen konnten.

49) Mauthausen – vor zwanzig Jahren (Volksstimme 5.5.1965)

Zwanzig Jahre nach der Befreiung findet erneut eine internationale Gedenkkundgebung statt. Es werden ehemalige österreichische Mauthausen Häftlinge und auch Antifaschisten von verschiedenen Nationen teilnehmen. Es wird eine Gedenktafel errichtet werden, die an die 32 verstorbene US-Soldaten, die als Häftlinge im KZ Mauthausen gestorben sind, erinnern soll.

50) Den Schwur von Mauthausen erneuert (Volksstimme 11.5.1965)

Die Befreiungsfeier zum 20. Gedenktag der Befreiung war sehr eindrucksvoll im Sinne des Kampfes gegen Faschismus und für Frieden. Es wird der Ablauf der gesamten Feier beschrieben.

Gräueltaten

Das KZ Mauthausen übertraf mit dessen Gräueltaten alles was bisher darüber bekannt war und es erhielt bald den Namen „Mordhausen“.

Erinnern

Es wird an den Schwur nach der Befreiung erinnert, der darauf aufbaut, dass man für ein freies, demokratisches und unabhängiges Österreich kämpfen werde.

Mahnung

„Sorgen wir dafür, daß [sic] ein solcher Ungeist der Brutalität nicht mehr aufkommen kann. [...] Die Welt ist da, damit wir alle leben!“

Es hat sich während dem Nazi-Regime gezeigt, dass die Liebe und Menschlichkeit zu schwach ist, sodass nicht sicher gesagt werden kann, dass sich die Gräueltaten in Form von KZs nicht wiederholen könnten. Daher darf es „keine Verjährung, kein Vergessen und kein Vertuschen geben“.

51) 2500 junge Gewerkschafterin Mauthausen (Neue Zeit 9.11.1965)

Junge MetallarbeiterInnen, BauarbeiterInnen, Angestellte und TextilarbeiterInnen feierten anlässlich „20 Jahre Zweite Republik“ im ehemaligen KZ Mauthausen.

Mahnung

Die GewerkschafterInnen wurden dazu aufgefordert, niemals mehr Zeiten aufkeimen zu lassen, bei denen Konzentrationslager eingesetzt werden.

52) Pierre Daix: Flucht aus Mauthausen (Volksstimme 14.11.1965)

Es wird die Flucht der russischen Offiziere aus Block 20 sehr genau beschrieben.

Gräueltaten

Die Häftlinge trugen die Steinblöcke die Todesstiege hinauf, bis einer zurückblieb. Dieser wurden vom antreibenden Kapo mit einem Knüttel ins Genick geschlagen, sodass er neun weitere Häftlinge mit in den Tod riss.

Erinnern

Es wird beschrieben wie sich von Tag zu Tag die Anzahl der Häftlinge von Block 20 aufgrund von Todesfällen verringerte. Es wird beschrieben wie sich die Schwächeren für die Stärkeren opferten und sie schlussendlich ausbrachen.

53) *Der Mann von der 186. Stufe (Volksstimme 12.9.1966)*

SS-Unterscharführer Hans G. leitete die Ermordung von 62 Häftlingen. Der/die AutorIn des Artikels beschreibt wie er oder sie den Mann aufsuchen kann, um ihn selbst zu befragen wie er zu seiner Vergangenheit steht. Er/sie gestattete Hans G. tatsächlich einen Besuch ab. Einige Gesprächsausschnitte werden zitiert. Hans G. meint, dass er sehr gutmütig war und sich sogar von einem gefangenen tschechischen Arzt die Hand operieren ließ anstatt in die Ordonanz zu gehen. Der ehemalige SS-Unterscharführer weiß jedoch nicht mehr, ob sein tschechischer Lebensretter denn auch selbst Mauthausen überlebt hätte.

Gräueltaten

62 Häftlinge hat man die Todesstiege hinauf gejagt, um sie nach dieser Tortur auf der 186 Stufe „auf der Flucht“ zu erschießen.

Aufklärungsarbeit

Hans G. hatte keine Entscheidungsgewalt oder hatte auch nicht den Mord an Millionen Menschen zu verantworten, dennoch war er „ein kleiner Bestandteil der furchtbaren Mordmaschinerie.“ Diese Maschinerie wäre aber nicht möglich gewesen, wenn nicht genügend willige kleine Befehlsempfänger mitgemacht hätten.

54) *Je dunkler die Nacht, desto heller die Sterne (Volksstimme)*

Der Ausbruch der russischen Häftlinge aus Block 20 sowie die wilde Fahndung nach ihnen werden geschildert. Zwei der überlebenden Häftlinge verdankten ihr Leben der Familie Langtaler, die ihnen Schutz gewährt haben.

55) *Weg zur Entlassung nur durch den Schornstein (Volksstimme 1.3.1967)*

Die Worte aus der Überschrift waren sehr bekannt im Lager. Es werden Zeugenaussagen widergegeben.

Gräueltaten

Ein polnischer Häftling wurde gezwungen die Worte von der Überschrift in einem akzentfreien Deutsch zu wiederholen. Da dieser nur gebrochen Deutsch sprach, wurde er zu Tode geprügelt.

Wer auf der Todesstiege seinen schweren Steinbrocken absetzte, „wurde sofort von den Wächtern auf den Lagertürmen niedergemäht“.

Ein inhaftierter Zigeunerbub hatte aufgrund von Hunger eine Katze gestohlen und gegessen, woraufhin er von der SS eine ganze Nacht lang mit eiskaltem Wasser übergossen wurde, bis er an der Lagermauer gefesselt erfror.

56) *Seid einig, wehret den Anfängen!* (Volksstimme 9.5.1967)

Die Befreiungsfeier war wieder eine beeindruckende Kundgebung für Demokratie und Freiheit. Zuvor wurde ein Denkmal für deutsche Opfer von Mauthausen enthüllt.

Mahnung

Der Artikel endet mit dem Schwur von Mauthausen: „Seid einig im Kampf gegen Faschismus und Barbarei, wehret den Anfängen!“

57) *Jugendliche aus vielen Ländern Europas* (Volksstimme 12.8.1969)

Hundert Jugendliche aus diversen europäischen Ländern haben sich an den Arbeiten zur Instandhaltung der Gedenkstätte Mauthausen beteiligt.

58) *Befreiungsfeiern in Mauthausen* (Volksstimme 4.10.1969)

In Paris wurde vom Mauthausen-Komitee beschlossen, die 25. Jahresfeier der Befreiung am Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen und auch in einigen Nebenlagern abzuhalten. Es wird der geplante Ablauf beschrieben.

59) *Am 2. II. 1945: Ausbruch der 500* (Volksstimme 7.2.1970)

Bereits zum 25. Mal jährt der Ausbruch der 500 sowjetischen Häftlinge, daher wird das Geschehen in dem Artikel thematisiert.

Gräueltaten

Auf Befehl ernährte man die Häftlinge aus Block 20 so geringfügig, sodass sie verhungern sollten. Täglich starben deshalb 20 bis 50 russische Gefangene.

Erinnern

Bei der „Mühlviertler Hasenjagd“ war mein scheinbar so blutdurstig, sodass die SS sogar versehentlich einen Hitlerjugend-Führer, der bei der Jagd durch den Wald ging, erschossen.

60) Mauthausen: 25 Jahre nach Befreiung (Volksstimme 10.3.1970)

Ehemalige Mauthausen-Häftlinge aus ungefähr 18 Nationen werden dem traurigen und ersten Jubiläum gedenken. In einer Sitzung vom Internationalen Mauthausen Komitee wurden die Programmabläufe der Gedenkfeier besprochen.

61) Mauthausen: 3000 Gäste werden zu Gedenkfeier erwartet (Volksstimme 29.4.1970)

Bisher haben bereits 3000 Gäste zu den Befreiungsfeiern in Mauthausen und dessen Nebenlagern zugesagt.

62) Museum im KZ Mauthausen (Volksstimme 29.4.1970)

Das neu eingerichtete Museum, im Wert von 3,5 Millionen Schilling, wird zur 25. Jahrestag der Befreiung allen Besuchern zugänglich gemacht.

63) Mauthausen: Die Opfer sind unentwegte Mahner (Volksstimme 11.5.1971)

Die traditionelle Befreiungsfeier fand erneut im ehemaligen KZ Mauthausen mit vielen Delegationen aus diversen Nationen statt. Es demonstriert sogar ein ehemaliges Häftlingspaar gegen die Miteinbeziehung von einigen ehemaligen NSDAP-Mitgliedern in die Regierung von Kreisky.

Mahnung

Die Opfer sollten als Mahnung dafür gelten, dass es zu keiner Wiederholung der Vergangenheit kommt. Die religiösen und weltanschaulichen Differenzen dürfen beim Kampf um ein demokratisches, neutrales und unabhängiges Österreich keine Rolle spielen.

64) Wie die „Welser Gruppe“ in Mauthausen vernichtet wurde (Volksstimme 22.4.1972)

Beim Linzer KZ-Prozess wird die Welser Gruppe thematisiert, die sich aus 20 Kommunisten und Antifaschisten aus Österreich zusammensetzte. Die Aussagen eines Zeugen über die grauenhafte Behandlung der Welser Gruppe werden im Artikel widergegeben.

Gräueltaten

Nach ihrer Ankunft musste die Welser Gruppe zwei Tage und drei Nächte lang ohne Ausruhen oder Schlafen unter der scharfen Beobachtung der SS-Leute an der Lagermauer stehen. Einige der Welser Gruppe wurden von SS-Leuten mit Prügelhieben zum Steinbruch geschickt, um dort Steine zu schleppen. Danach wurden sie zum Zaun geschickt, wo sie von Angehörigen der Gestapo verhört wurden und dann erschossen wurden.

Einem der Welser Gruppe wurde sogar der Bart im Gesicht von Gestaposchergen weggebrannt. Andere wählten den Freitod, indem sie zur Postenkette liefen um durch ein Erschießen weiteren „qualvollen Behandlungen“ zu entrinnen.

65) Mauthausen: Niemals vergessen (Volksstimme 8.5.1973)

Der 28. Jahrestag der Befreiung wurde erneut beeindruckend in internationaler antifaschistischer Verbundenheit gefeiert.

Mahnung

Es sollte auch weiterhin nicht vergessen und der Kampf gegen Faschismus weitergeführt werden, da es noch immer Hinweise auf einen faschistischen Ungeist gäbe.

Ungereimtheiten, die aus bewusstem und auch unbewusstem Vergessen resultieren, sollten beseitigt werden.

Aufklärungsarbeit

Die Basis des Faschismus fruchtet in der Gesellschaft. Die Mehrheit der ÖsterreicherInnen ließ sich 1938 mit nahezu blindem Vertrauen auf den Faschismus ein.

66) Blut und Granit (Volksstimme 11.8.1973)

Der Artikel schildert die Geschichte, Entstehung und Hintergründe des KZ-Mauthausen sowie das Vorgehen der Widerstandskämpfer.

Gräueltaten

Der Tod lauerte auf der Todesstiege im Steinbruch, am elektrisierenden Stacheldraht, in der Gaskammer, der sogenannten Klagemauer und auch unter den schießenden und schlagenden SS-Leuten.

Erinnern

Eine detaillierte Beschreibung von der Vergangenheit des KZ-Mauthausen soll zur Erinnerung dienen.

67) Mauthausen-Feier im Zeichen Chiles (Volksstimme 7.5.1974)

Von insgesamt 18 Staaten waren ungefähr 5000 bis 6000 Personen bei der internationalen Gedenkkundgebung in Mauthausen anwesend. Es wurde den faschistischen Opfern und dem unterdrückten chilenischen Volk gedenkt. Viele Abgeordneten der KPÖ nahmen ebenfalls an der Kundgebung teil und legten Kränze nieder.

Mahnung

Die Befreiungsfeier wurde mit einem Appell an die Anwesenden beendet, nämlich dass man alles unternehmen muss, um das Wiederaufkeimen vom Faschismus und dem Vernichtungswahn der Völker zu verhindern.

68) *Er blieb seiner Heimat treu (Volksstimme 23.2.1975)*

Es wird ein Artikel der Zeitschrift „Sowjetunion heute“ über Dmitri Karbyschew widergegeben. Der sowjetische General blieb trotz mehreren Krankheiten, Hunger und den Misshandlungen der Nazis in den Todeslagern, darunter auch Mauthausen standhaft und war illegal tätig.

Gräueltaten

Er musste nackt draußen bei klirrender Kälte verweilen und in der Nacht darauf wurde er auf den schneebedeckten Appellplatz gezerrt, um dann an einer Mauer mit eiskaltem Wasser übergossen zu werden. Nachdem er bereits von einer Eiskruste überzogen war, stoppte man die Tortur.

69) *Begegnung in Mauthausen (Volkstimme 10.8.1975)*

Zum 30. Befreiungstag kamen 12000 Menschen aus Europa zur Gedenkkundgebung im ehemaligen KZ Mauthausen, darunter auch einige Amerikaner der 11. Tankdivision. Es werden die letzten Wochen und Tage im KZ Mauthausen sowie dessen Befreiung geschildert. Einer der Amerikaner schickte nach dem herzlichen Empfang in Mauthausen einen Brief an den Generalsekretär des (illegalen) Internationalen Mauthausenkomitees, der zum Teil im Artikel abgedruckt wurde. In diesem Brief bekundete er seinen Dank für den großartigen Empfang bei der Feier, die in gewissermaßen eine Belohnung für seine Taten waren.

70) *Im Geiste der Widerstandskämpfer (Volksstimme 28.10.1975)*

Am Nationalfeiertag bekannten sich 500 junge Berg- und Metallarbeiter aus beinahe jedem Bundesland in ehemaligen KZ Mauthausen klar zur österreichischen Republik.

Mahnung

In einer Festrede wird beteuert, dass es in Österreich nie wieder zu derartigen Gräueltaten kommen darf.

71) *„Wie ein furchtbarer Traum ...“ (Volksstimme 1.2.1976)*

Im Artikel wird das Gespräch mit drei ehemaligen Mauthausen Häftlingen und Zeugen im Gogl-Prozess thematisiert. Sie beschreiben die Geschehnisse im KZ Mauthausen.

Gräueltaten

Eine Gruppe der Strafkompagnie bestand aus 130 Mann und wurde jeden Tag um ungefähr 20 Mann reduziert. Den schießwütigen SS-Leuten wurde es erleichtert die Häftlinge zu treffen, da man ihnen auf Herz und Rücken eine rote Zielscheibe aufgemalt hatte.

Es benötigte oft drei Männer um die 100 bis 120 Kilogramm schweren Steine auf den Rücken der Häftlinge zu laden. Wenn diese zusammenbrachen oder die schweren Steine nicht mehr heben konnten wurden sie erschlagen.

Erinnern

Eine detaillierte Beschreibung von den furchtbaren Erlebnissen der drei Häftlinge des KZ-Mauthausen soll zur Erinnerung dienen.

Mahnung

Es wurde ein Zitat eines ehemaligen Häftlings inkludiert: „Die Öffentlichkeit soll dies nie vergessen und dafür kämpfen, daß [sic] sich diese Greueltaten [sic] nie wiederholen können“.

72) Die Verstorbenen von Mauthausen (Volksstimme 29.10.1976)

Nach dem Tod eines misshandelten Häftlings, wurden die Angehörigen per Post darüber verständigt, dass die Verstorbenen einer Krankheit erlagen, die leider nicht mehr geheilt werden konnte.

Aufklärungsarbeit

Die verharmlosende Formulierung im Linzer Straßenverzeichnis, das den grausame und gewaltsame Ermordung von zwei Häftlingen im KZ Mauthausen mit „gestorben“ verharmlosen, ist eine Verhöhnung der Opfer und zeigt, dass die faschistische Vergangenheit noch nicht bewältigt worden ist.

73) Mauthausen mahnt (Volksstimme 10.5.1977)

Zum 32. Jahrestag der Befreiung wurde wieder eine beeindruckende antifaschistische Kundgebung im ehemaligen KZ Mauthausen mit 6000 Personen aus fünfzehn Ländern Europas abgehalten.

Mahnung

Der Justizminister verlautbarte auf der Kundgebung, dass man ein Auge auf „jene Kräfte, die den Keim des Faschismus in sich tragen“ haben muss.

Dr. Soswinsky von der Mauthausner Lagergemeinschaft ist der Meinung, dass alle, die nicht aus der Vergangenheit ihre Lehren ziehen, diese dann folglich noch einmal durchleben werden.

Aufklärungsarbeit

Der Justizminister klärt jedoch nicht darüber auf, wie man den Faschismus und dessen Organisationen tatsächlich bekämpfen kann, wenn man diese seiner Meinung nach nicht verbieten sollte.

74) *Guten Ruf Österreichs erhalten! (Volksstimme 3.9.1977)*

Ein Lehrer schildert wie eine Gruppe österreichischer Jugendlicher lautstark, provokant und respektlos auf dem Gelände des ehemaligen KZ Mauthausen ihr Unwesen trieben.

Aufklärungsarbeit

Dies zeigt, dass es nicht ausreichend fähige Geschichtslehrer gibt, welche die Jugend zu politisch hellhörigen und respektvollen jungen Bürgern gegenüber den Opfern ihrer Vorfahren ausbilden können. Scheinbar ist den Pädagogen und auch den „Reformern“ wichtiger „unpolitisches, konsumorientiertes, williges und verdummtes ‚Menschenmaterial‘“ in Österreich zu haben. Kann dieser Vorfall denn damit zusammenhängen, dass gerade in Oberösterreich ein Landesschuldinspektor tätig ist, der damals einen SS-Rock trug?

75) *Mauthausen: Ewige Mahnung (Volksstimme 9.5.1978)*

Die Gedenkkundgebung wurde mit der Enthüllung von Gedenktafeln für zwei Häftlingsärzte eröffnet, die als Antifaschisten ins KZ Mauthausen eingeliefert wurden und dort tausenden Häftlingen das Leben retteten. Es wird der Ablauf der beeindruckenden internationalen Kundgebung und Demonstration gegen den Faschismus beschrieben.

Mahnung

Die Erwachsenen müssen alles machen, um die Wiederholung der Gräueltaten der Vergangenheit zu vermeiden und in den Schulen sollte man immer an dieses schreckliche System erinnern.

76) *Dokumentarfilmprojekt über Mauthausen (Volksstimme 9.5.1978)*

Es wurde genehmigt, dass ein Dokumentarfilm über das KZ Mauthausen mit Interviews und Stellungnahmen von ehemaligen Häftlingen gedreht wird. ÖVP und auch FPÖ haben gegen die Förderung dieses Filmprojekts gestimmt.

77) Mehr Schüler in Mauthausen (Volksstimme 24.10.1978)

Sowohl im ehemaligen KZ Mauthausen als auch im DÖW ist die Zahl der Besucherinnen, vor allem der SchülerInnen, bedeutend gestiegen. Dieser Anstieg scheint mit der Aufforderung an die LehrerInnen zusammenzuhängen zeitgeschichtliche Aufklärung zu leisten.

78) Dokumentation über KZ Mauthausen: Das Grauen nicht vergessen (Volksstimme 26.10.1978)

„Davon habe ich nichts gewußt [sic]“ ist der Titel der Dokumentation und auch die Worte die oft im Zusammenhang mit dem KZ Mauthausen verwendet wurden, da sie tatsächlich meist nicht über das volle Ausmaß Bescheid wussten.

Mahnung

Eine Rhetorische Frage weist darauf hin, dass Uninformiertheit, Intoleranz und Fehlinformation wohl der falsche Weg sind, um die NS-Vergangenheit zu überwinden. Auch die Dokumentation zeigt auf, wie wichtig die Informiertheit bezüglich der KZ ist, um einer Wiederholung dieser grauenhaften Zeit zu vermeiden.

Aufklärungsarbeit

Wenn die Zahl der getöteten JüdInnen mit „nur“ minimiert wird, symbolisiert es eine „menschliche Niedertracht“, die vermutlich auch zur Errichtung der Konzentrationslager geführt hat.

79) Für Verbot der Neonazi-Organisation (Volksstimme 15.5.1979)

Beeindruckende antifaschistische Kundgebung mit nationaler und internationaler Beteiligung ging wieder im ehemaligen KZ Mauthausen über die Bühne.

Mahnung

Laut dem Innenminister müsste man viel politisch argumentieren und auch achtsam sein in Bezug auf Unbelehrbare. Die Vermeidung des Neofaschismus setzt eine gute Informiertheit voraus. Dennoch verschließt die Regierung die Augen vor dem Verbot von faschistischen Parteien wie ANR und NDP, was sich bei der Gedenkkundgebung bemerkbar machte. Hier standen Kinder, die bei der Zufahrt zum ehemaligen Lager die Leute mit aufgemalten Hackenkreuzen auf den Handflächen begrüßten.

80) ÖGJ besuchte Mauthausen (Volksstimme 1.7.1979)

30 Mitglieder der Gewerkschaftsjugend haben das ehemalige KZ Mauthausen besucht, da ihnen dort die grauenhaften Verhältnisse in der NS-Zeit vor Augen geführt werden können.

Erinnern

Besonders junge Leute sollten sich mit der schrecklichen Vergangenheit auseinandersetzen, da sie es selbst nicht erlebt haben.

81) *Würdige Feiern für KZ-Opfer (Volksstimme 3.11.1979)*

Beeindruckende Totengedenkfeiern hielt man in Oberösterreich ab, unter anderem auch im ehemaligen KZ Mauthausen.

82) *Herr Niemand macht sich bemerkbar (Volksstimme 13.5.1980)*

Bei der Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Mauthausen wird Bundeskanzler Kreisky bei seiner Rede von Jungsozialisten gestört, die auf den Skandal der Präsidentschaftskandidatur von Burger hinweisen und schimpft diese als Akteure des Faschismus.

Mahnung

Die Verharmlosung der SPÖ trägt laut Artikel dazu bei den „Boden für Burger und Konsorten aufzulockern“.

Aufklärungsarbeit

Fast 25. Jahre nach Abschluss des Staatsvertrags wird ein Staatsoberhaupt gewählt, der als ersten Kandidaten einen Neonazi hat, was eben laut Staatsvertrag unzulässig ist.

83) *Interesse an Mauthausen steigt (Volksstimme 28.5.1980)*

46.000 SchülerInnen haben vergangenes Jahr das ehemalige KZ Mauthausen besucht. Ungefähr die Hälfte der SchülerInnen informieren sich nach dem Besuch auch weiter darüber. Ein Viertel beschäftigt sich zwar nicht weiter damit, hat aber viel Information aufgenommen und das andere Viertel ist einfach nur bei der Exkursion dabei.

84) *Kundgebung der JG in Mauthausen (Volksstimme 28.10.1980)*

Nach einer allgemeinen Kundgebung in Mauthausen, veranstaltete die Junge Generation der SPÖ eine eigene Kundgebung für 1000 Sozialisten. Bei dieser Kundgebung wird das Grauen des Faschismus geschildert.

85) *Mit dem Ferienclub nach Mauthausen (Volksstimme 16.4.1981)*

Der Wiener Ferienclub macht eine Exkursion zum ehemaligen KZ Mauthausen, um die jungen Leute über Faschismus aufzuklären und um ihnen zu zeigen, wie grauenhaft dieser Teil unserer Vergangenheit war.

86) Sonntag Mauthausen-Feier (Volksstimme 8.5.1981)

Es wird der geplante Ablauf für die traditionelle Befreiungsfeier in der Gedenkstätte Mauthausen geschildert. Dabei werden wieder zahlreiche inländische und ausländische Gäste erwartet.

87) KZ-Opfer gegen Aufrüstung (Volksstimme 31.10.1981)

Im Zuge des Nationalfeiertages fand eine Kundgebung in Mauthausen statt.

Mahnung

Die Neutralität kann keinesfalls als Schutz vor einer atomaren Vernichtung angesehen werden.

Aufklärungsarbeit

Der Kampf gegen Faschismus entspricht auch einem Kampf gegen Militarismus. Aufgrund einer Steigerung des Wettrüstens, besprach man in Mauthausen, dass die Rüstungswirtschaft in eine Friedenswirtschaft umgemünzt werden sollte. Hierbei sollte die Regierung aktiv für eine Abrüstung eintreten.

88) KZ-Gräber werden gepflegt (Volksstimme 15.1.1982)

Am Friedhof in Katsdorf wurde 46 Opfer des KZ Mauthausen begraben. Vier Leichen dieser Opfer sollten angeblich nach der Mühlviertler Hasenjagd von Bauern zum Friedhof transportiert worden sein. Die restlichen, bestatteten Opfer wurden nach der Befreiung in einen Altersheim untergebracht und waren dort ihrem schrecklichen Zustand erlegen.

89) 170.000 besuchten Mauthausen (Volksstimme 26.2.1982)

Die Besucherzahl der Gedenkstätte Mauthausen ist deutlich angestiegen gegenüber dem Vorjahr. Anhand von Zahlen wird demonstriert wie sich Anzahl von Exekutive, SchülerInnen und StudentInnen aus dem In- und Ausland erhöht hat.

90) In Mauthausen für Abrüstung (Volksstimme 22.9.1982)

Es wird beschrieben um was es sich beim Internationalen Treffen für Abrüsten, das bei der Gedenkstätte Mauthausen stattfinden wird, handelt und wie der Ablauf dieser Veranstaltung sein wird. Es wird mit mehr als 80 Organisationen und Verbänden gerechnet.

91) Beendet das Wettrüsten! (Volksstimme 23.9.1982)

Da man im Mai 1945 geschworen hat für eine gerechte und freie Welt einzutreten, findet ein „Internationales Treffen für Abrüstung“ im ehemaligen KZ Mauthausen statt, um etwas gegen den Rüstungswettlauf zu unternehmen. Sie fordern eine internationale Abrüstungskonferenz, eine Reduktion aller Atomraketen in Europa und auch die Vernichtung von allen Massenvernichtungswaffen.

Aufklärungsarbeit

Der Artikel behandelt das Thema weshalb dieses Treffen ausgerechnet in Mauthausen stattfindet. Die Menschen, die hier für die Abrüstung eintreten, sprechen aus eigener Erfahrung, welche grausamen und unmenschlichen Zustände im Krieg herrschen.

92) Eindrucksvolle Feier im KZ-Mauthausen (Volksstimme 10.5.1983)

Ungefähr 8000 Menschen aus 20 Nationen nahmen an der beeindruckenden Gedenkkundgebung in der Gedenkstätte Mauthausen teil.

Mahnung

Der Erfolg der Gedenkkundgebung ist äußerst wichtig, da ein dritter Weltkrieg drohen könnte und neonazistische Provokationen besonders in Österreich aktuell sind.

93) Birke bedrohte KZ-Denkmal (ÖÖN 4.6.1983)

Am ehemaligen KZ Mauthausen Gelände zerstörte eine Birke beinahe das Russendenkmal. Die Birke wurde dann entfernt.

94) Oskar Werner und Maria Schell bei Gedenkfeier in Mauthausen (ÖÖ Tagblatt 16.8.1983)

Auf dem Gelände der KZ Gedenkstätte wurde zu Ehren der Opfer eine Lesung gehalten und es wurden auch Tonbänder vom Eichmann-Prozess vorgespielt.

95) Birke „sprengte“ KZ-Denkmal. Feuerwehr beseitigte Schäden (ÖÖ Tagblatt 4.6.1983)

Eine Birke hat sich auf dem 18 Meter hohen russischen Denkmal im ehemaligen KZ Mauthausen verwurzelt und musste von der Feuerwehr entfernt werden, da diese sonst größere Schäden beim Mahnmahl verursachen hätte können.

96) Über das KZ Mauthausen (Volksstimme 1.11.1983)

Eine ausgestrahlte Folge von „teleobjektiv“ mit unserer der dunklen Vergangenheit. Die Dokumentation zeigt das KZ Mauthausen als „Schaltstelle“ von 48 Nebenlagern.

97) Was uns Mauthausen zu sagen hat (Volksstimme 13.11.1983)

Der Rechtsaußen der Kärntner ÖVP, Ingomar Pust, stellte die folgende Frage: „Was haben wir Österreicher mit Mauthausen zu tun?“ Dies beantwortete er selbst mit „nicht“.

Gräueltaten

Ungefähr 150000 Häftlinge aus allen europäischen Ländern wurden als Sklavenarbeiter getötet.

Mahnung

Der Tod der 150.000 Häftlinge von Mauthausen soll uns allen eine Mahnung sein, vor allem den jungen Soldaten. Das Museum hat viel zu erzählen und gilt ebenfalls als Mahnung.

Aufklärungsarbeit

Mauthausen ist sehr wohl von Bedeutung für uns Österreicher. Fast 200.000 Personen – „leider mehr Ausländer als Österreicher“ – besuchen jährlich die Gedenkstätte, um zu lernen welchen Ausmaß die Ideologie der braun Uniformierten und der Rassenwahn führen kann.

98) Gemeinsam gegen Terror (OÖ Tagblatt 9.11.1983)

Der spanische Ministerpräsident stattete der Gedenkstätte Mauthausen während seinem Österreich-Aufenthalt einen Besuch ab. Nach seinem Aufenthalt setzte er sich für eine internationale Kooperation zur Bekämpfung des Terrors ein.

99) Mauthausen: Mahnmal wurde enthüllt (Volksstimme 17.11.1983)

Die Bundesrepublik Deutschland hat ein Denkmal im ehemaligen KZ Mauthausen erbauen lassen, das nun beim Festakt enthüllt wurde.

Mahnung

Die grausamen Geschehnisse von Mauthausen dürfen nicht in Vergessenheit geraten und auch nicht verharmlost werden. Daher sollte Mauthausen als Mahnung fungieren.

100) BRD-Mahnmal im KZ Mauthausen (OÖ Tagblatt 17.11.1983)

Um 8000 ermordeten Deutschen zu gedenken, wurde im ehemaligen KZ Mauthausen ein Mahnmal von der BRD errichtet und enthüllt.

101) Mauthausen: Mahnmal enthüllt (OÖ Tagblatt 17.11.1983)

Um 8000 ermordeten Deutschen zu gedenken, wurde im ehemaligen KZ Mauthausen ein Mahnmal von der BRD errichtet und im Rahmen eines Festaktes enthüllt.

102) 182.000 besuchten Mauthausen (Volksstimme 21.2.1984)

1983 ist die Zahl der BesucherInnen wieder gegenüber dem Vorjahr angestiegen, vor allem bei den Jugendlichen und auch bei den Organen der Exekutive. Aus dem Ausland kam die größte Anzahl der MuseumsbesucherInnen aus Deutschland, gefolgt von Italien.

103) KZ-Feier Mauthausen am 6. Mai (Volksstimme 3.5.1984)

In Mauthausen findet anlässlich der Jährung der Befreiung des KZ Mauthausen die Hauptgedenkkundgebung statt, aber auch in den Nebenlagern Ebensee und Gusen findet eine Gedenkfeier statt. Sowohl die KPÖ als auch die Kommunistische Jugend nehmen an allen Kundgebungen teil.

104) Polen-Geschenk für Mauthausen (OÖN 7.5.1984)

Bei der Gedenkfeier, bei der ungefähr 6000 Menschen aus 20 Ländern anwesend waren, wurde ein von Polen überliefertes Ölbild von einem Familienvater, der sich im KZ freiwillig zu Tode hungerte, geweiht.

Mahnung

Man muss der Vergangenheit lernen und sich gegen anfänglichen Faschismus wehren. Die Exekutive sollte zukünftig verschärfter gegen NeofaschistInnen in Österreich vorgehen.

105) Wachsam gegen Faschismus – Wird alles getan? (Volksstimme 8.5.1984)

Innenminister Blecha gab den Staatsvertagsunterzeichnern in seiner Rede im ehemaligen KZ Mauthausen das Versprechen, dass er alles unternehmen werde, um die Jugendlichen gegen den Faschismus zu sensibilisieren.

Mahnung

Blecha hat die Exekutive dazu aufgefordert, zukünftig verschärfter gegen NeofaschistInnen in Österreich vorgehen. Ob dies in die Tat umgesetzt wird, wird sich noch weisen. Es wäre jedoch ein guter Zeitpunkt, da es gerade zur Formierung von jungen RechtsextremistInnen kommt.

106) Mauthausen: Tausende bei der Befreiungsfeier (Volksstimme 8.5.1984)

Ungefähr 7000 TeilnehmerInnen waren wieder bei der alljährlichen Befreiungsfeier in der Gedenkstätte Mauthausen anwesend.

Mahnung

Die Gedenkfeier bietet die Möglichkeit aus der Vergangenheit zu lernen und die faschistischen Anfänge abzuwehren, schließlich bestünde eine zunehmende Kriegsgefahr.

107) Berliner Jugendliche sanieren Mauthausner KZ-Gedenkstätte (OÖ Tagblatt 25.6.1984)

Jugend-Arbeitseinsätze des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge wurden in Mauthausen durchgeführt. Diese Einsätze sollen die Jugendlichen der Vergangenheit näher bringen und ihnen bewusst machen, wie wichtig ein friedliches Miteinander ist.

108) Sozialisten besuchten KZ (OÖ Tagblatt 6.7.1984)

48 TeilnehmerInnen der SPÖ Sierning besuchten das ehemalige KZ Mauthausen und schockiert über die grausame Nazi-Verbrechen.

109) 20.000 Schüler besuchten Mauthausen (Volksstimme 24.8.1984)

Die Gedenkstätte Mauthausen wurden in den letzten Jahren vor allem für junge ÖsterreicherInnen einer Pilgerstätte, um dort meist zum ersten Mal mit den Grausamkeiten des Faschismus in Kontakt zu kommen. Auch ungefähr 200 TouristInnen aus der UdSSR haben Mauthausen erst vor Kurzem einen Besuch abgestattet.

Gräueltaten

Ein sowjetischer General wurde von SS-Leuten so lange nackt bei eisiger Kälte mit kaltem Wasser überschüttet bis sein Körper zu einer vereisten Säule erstarrt war.

Mahnung

Mauthausen gleicht einem Abbild der nazistischen Verbrechen und soll auch künftige Generationen davor mahnen in Bezug auf Faschismus achtsam zu sein.

110) Ein Mensch nur unter vielen (Volksstimme 25.1.1985)

Es wird der Ausbruch der sowjetischen Offiziere geschildert, die ohnehin bereits zum Tod verurteilt waren, und auch die Barmherzigkeit der Familie Langthaler.

Gräueltaten

Die entflohenen Häftlinge wurden erschossen, erschlagen, getreten und es wurden Fuhrwerke und Lastkraftwagen mit blutigen, verstümmelten Leichen zurück ins Lager gebracht.

Während der Messe konnte Maria Langthaler das Geschrei, das Gebell der Hunde, Schüsse und auch die Todesschreie von einigen hören, die man sofort erschlagen hat.

Erinnern

Man erzählt bewusst von der Mühlviertler Hasenjagd und von hartherzigen Zivilisten, die zusammen mit den SS-Leute, Volkssturm, Nazi-Organisationen oder der Gendarmerie die Häftlinge gejagt haben. Es wird aber auch anhand von Zitaten beschrieben wie Maria Langthaler die zwei Häftlinge versteckt und ihnen somit das Leben gerettet hat, obwohl sie sich selbst und ihre Familie damit in Gefahr gebracht hat.

111) An KZ Mauthausen denken (Volksstimme 2.2.1985)

Die Sozialistische Jugend Linz fordert gerade 40 Jahre nach der Befreiung des KZ Mauthausen die Auflösung der Koalition mit der FP, da diese eine innige Beziehung zu Faschisten hat.

Mahnung

Die Freiheitliche Partei hat scheinbar ihre Vergangenheit bis jetzt noch nicht überwunden, was einen „Faustschlag für alle Demokraten“ bedeutet.

112) Oster-Erinnerungen an die brutale „Hasenjagd“ (OÖ Tagblatt 4.4.1985)

Familie Langthaler riskierte ihr Leben für zwei entflozene Häftlinge, die sie drei Monate lang versteckten. Am Ostersonntag wird im Radio Ö1 an die Hasenjagd erinnert.

113) Sternmarsch nach Mauthausen (OÖ Tagblatt 4.5.1985)

Zum 40. Mal feiert man vor Ort die Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen. Der Ablauf der Hauptgedenkfeier sowie die Gedenkkundgebungen in einigen Nebenlagern, die von Jugendlichen mitgestaltet werden, wird geschildert.

114) Mauthausen-Feiern (Volksstimme 4.5.1985)

Es wird geschildert wo (Gedenkstätte Mauthausen und dessen Nebenlager) und wann die Gedenkkundgebungen anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung des KZ Mauthausen stattfindet.

115) Mauthausen: Gedenken an Opfer des Faschismus (Volksstimme 7.5.1985)

20.000 Menschen fanden sich zur Gedenkkundgebung im KZ Mauthausen ein, um die 40 Jahre Befreiung zu feiern. Diese Kundgebung war auch gegen den (Neo)Faschismus und für den Frieden, sprich gegen die Rüstung, gedacht.

116) KZ Mauthausen – warum verschönert? (Volksstimme 19.5.1985)

Der/die AutorIn bekundete ihr Entsetzen über die verschönernden Veränderungen im ehemaligen KZ Mauthausen.

Aufklärungsarbeit

Wenn man nicht die zahlreichen Tafeln und Zeichnungen genauer ansieht, ist es schwer zu erkennen, wie grausam die Realität im ehemaligen KZ Mauthausen tatsächlich war. Will man den Faschismus nicht so darstellen, wie er damals war.

117) Tischlerlehrlinge in Mauthausen (Volksstimme 11.7.1985)

21 Berliner Tischlerlehrlinge renovierten die Baracken des ehemaligen KZ Mauthausen.

118) Mauthausen-Feier (Volksstimme 19.4.1986)

Zur traditionellen Internationalen Befreiungsfeier werden sogar Busse von Linz ins ehemalige KZ Mauthausen hin und zurück vom KZ-Verband organisiert.

119) Fahrten nach Mauthausen (Volksstimme 29.4.1986)

Der KZ-Verband Oberösterreich organisiert mehrere Autobusse zur Gedenkfeier im ehemaligen KZ Mauthausen. Die Zusteigmöglichkeiten werden aufgelistet.

120) Autobusse nach Mauthausen (Volksstimme 8.5.1986)

Zur Internationalen Gedenkfeier im ehemaligen KZ Mauthausen werden Busse von Linz und Bad Ischl nach Mauthausen und zurück organisiert. Die weiteren Zusteigmöglichkeiten werden aufgelistet.

121) Opfer-Gedenken (ÖÖN 10.5.1986)

Gestern wurde in der Gedenkstätte Mauthausen das Mahnmal zum Gedenken an die niederländischen NS-Opfer von Prinz Bernhard enthüllt.

Schulduzuweisung

Innenminister Blecha hat auch darauf hingewiesen, dass auch Österreich im KZ Mauthausen ermordet wurden: „Widerstandskämpfer, deren Opfer Österreich vom Makel der Mitschuld bewahre“.

122) Kein Weglügen der Vergangenheit (OÖN 12.5.1986)

Der Unterrichtsminister Herbert Moritz verkündete bei der 41. jährnden Befreiungsfeier des ehemaligen KZ Mauthausen, dass eine Verdrängung, Verharmlosung und Leugnen der faschistischen, österreichischen Vergangenheit nicht zur Bewältigung beiträgt.

Aufklärungsarbeit

Laut Moritz sollte man auch nicht vergessen, dass der Antisemitismus bereits lange Zeit vor Hitler in Österreich existiert hat und dass der Austrofaschismus den Weg des Naziregimes nach Österreich vorbereitet hat.

„Dem Opfer der Freiheitskämpfer steht gegenüber, daß [sic] Hundertausende Österreicher Hitler bei seinem Einmarsch im März 1938 frenetisch begrüßt und sich aktiv im nationalsozialistischen Sinnen betätigt haben, daß [sic] Österreicher wie Kaltenbrunner und Eichmann zu den größten Übeltätern unter allen Kriegsverbrechern zählen“, erklärt Moritz in seiner Rede.

123) Faschistische Vergangenheit kann man nicht weglügen (OÖ Tagblatt 12.5.1986)

Zur Erziehung von demokratischen Jugendlichen ist laut Unterrichtsminister Herbert Moritz eine Vergangenheitsbewältigung nötig. Seit 1970 haben ungefähr eine halbe Million Jugendliche aus Österreich im ehemaligen KZ Mauthausen die grauenhafte NS-Vergangenheit zu Gesicht bekommen. Dies sollte die humane und demokratische Gesinnung fördern.

Erinnern

Laut Moritz sollte man auch nicht vergessen, dass der Antisemitismus bereits lange Zeit vor Hitler in Österreich existiert hat und dass der Austrofaschismus den Weg des Naziregimes nach Österreich vorbereitet hat.

Aufklärungsarbeit

„Dem Opfer der Freiheitskämpfer steht gegenüber, daß [sic] Hundertausende Österreicher Hitler bei seinem Einmarsch im März 1938 frenetisch begrüßt und sich aktiv im nationalsozialistischen Sinnen betätigt haben.“

124) „Die dunklen Seiten der Vergangenheit bewältigen“ (Volksstimme 13.5.1986)

Anlässlich des 41. Jahrestages der Befreiung des KZ Mauthausen fanden sich rund 10.000 Menschen am Appellplatz ein. Im Namen der KPÖ wurden wieder Kränze niedergelegt.

Mahnung

Totgeglaubte Emotionen können schnell wieder erwachen, deshalb müssen die Kräfte im Kampf um Frieden und Menschenwürde verstärkt werden.

Aufklärungsarbeit

In der damaligen Generation gab es zu viele, die nichts hören und sehen wollten, um der Wahrheit zu entrinnen. Das Großdeutschtum und der Antisemitismus waren schon länger in Österreich als Hitler. Hunderttausende ÖsterreicherInnen haben Hitler beim Anschluss zugejubelt. Es wurden aber auch hunderttausende ÖsterreicherInnen ihrer Freiheit beraubt.

125) Eine Mauthausen-Führung (Neue Arbeiter Zeitung 13.3.1987)

Es wird detailliert geschildert wie eine Führung für SchülerInnen im Zuge eine Exkursion im ehemaligen KZ Mauthausen abläuft beziehungsweise wie ein ehemaliger KZ Häftling diese durchführt.

Erinnern

Bei der Schilderung der Klassen-Führung wird näher auf das NS-Regime in Österreich und sowohl auf die Errichtung als auch auf die Geschehnisse des KZ Mauthausen eingegangen.

126) Viele 100.000 kamen nach Mauthausen (Neue Arbeiter Zeitung 13.3.1987)

Zuerst wird der derzeitige Zustand der Gedenkstätte Mauthausen beschrieben und wer dafür verantwortlich ist. Die Anzahl der BesucherInnen steigt tendenziell an, insbesondere die der SchülerInnen, StudentInnen und der Exekutive.

127) Mauthausen-Film überzeugender als der Innenminister (Volksstimme 14.3.1987)

Bei einer Informationsveranstaltung zu „Vergangenheitsbewältigung und aktuelle Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in den österreichischen Schulen“ war man vom Film über das KZ Mauthausen mit dem Titel „Rückkehr unerwünscht“ überzeugt. Dieser sollte im Rahmen des Geschichtsunterrichts in Schulen gezeigt werden, wo nun ein Schwerpunkt auf Nationalsozialismus und Rechtsextremismus liegt.

128) Mauthausen-Film für Schüler: Aufklärung gegen Neonazismus (Neue Arbeiter Zeitung 14.3.1987)

Die vorherige gezeigte Dokumentation, die in der Gedenkstätte Mauthausen gezeigt wurde, ist von vielen Zeitzeugen bemängelt worden. Der Film „Rückkehr unerwünscht“ stellt die Hintergründe besser dar und inkludiert auch deutlich mehr Zeugenaussagen.

Aufklärungsarbeit

Die bedeutendste Maßnahme im Kampf gegen die neonazistische Provokation ist und bleibt die Aufklärung, die in Bezug auf die Respektlosigkeit vor dem Leben geleistet werden muss.

129) Verrat und Verdrängung (Volksstimme 28.4.1987)

Am Freitag fand der vierzehnte Bundesdelegiertentag des KZ-Verbandes im ehemaligen KZ Mauthausen statt.

Schuldzuweisung

Bezüglich der viel debattierten „Pflichterfüllung“ meint der Obmann des KZ Verbandes Dr. Soswinski: „Für uns österreichische Widerstandskämpfer bedeutet die Äußerung von der Pflichterfüllung im NS-Staat Verrat an Österreich. Die Widerstandskämpfer waren die getreuen Österreicher“.

Mahnung

Die Bundesregierung und die Sicherheitsstellen Österreichs sollen gegen alle Organisationen und Personen Maßnahmen setzen, die für eine Verbreitung des antisemitischen und nationalsozialistischen Gedankengutes sorgen und auch Jugendliche damit anstecken.

130) Mauthausen (Volksstimme 12.5.1987)

Bei der Befreiungsfeier vom ehemaligen KZ Mauthausen wird eine Ausstellung eines Mühlviertler Malers eröffnet, die der Mauthausner Opfer gedenken soll.

131) Antisemitismus ist eine geistige Immunschwäche (OÖ Tagblatt 18.5.1987)

Bei Befreiungsfeier von der Gedenkstätte Mauthausen verkündete Finanzminister Lacina, dass man den Antisemitismus wie eine Krankheit bekämpfen sollte.

Mahnung

„Die jüngere Generation darf das schreckliche geistige Erbe nicht vergessen, damit es uns Nachgeborenen nicht wieder einmal so geht, nur weil wir vergessen haben.“

Aufklärungsarbeit

Die Schuld heute nimmt dort ihren Anfang, wo keine (selbst)kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und der Gegenwart stattfindet.

132) Lacina sprach im KZ: „Der Antisemit überlebte, der Jude war tot ...“ (Neue Arbeiter Zeitung 18.5.1987)

Die Rede von Finanzminister Lacina im ehemaligen KZ Mauthausen wurde in diesem Artikel genauer unter die Lupe genommen.

Aufklärungsarbeit

Die Schuld heute nimmt dort ihren Anfang, wo keine (selbst)kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und der Gegenwart stattfindet.

Laut Umfrage sind sieben Prozent der ÖsterreicherInnen Antisemiten, was darauf hinweist, dass sich noch nicht genug in Österreich verändert hat. Daher muss man wachsam sein und die Ursache des Antisemitismus bekämpfen.

133) Mauthausen: Vom Widerstand reden! (Volksstimme 19.5.1987)

Bei der diesjährigen beeindruckenden Befreiungskundgebung im ehemaligen KZ Mauthausen mit großer internationaler Beteiligung, vor allem aus Italien und Jugoslawien beziehungsweise Slowenien.

Aufklärungsarbeit

In seiner Rede verurteilte Finanzminister Lacina „die Politik der Verdrängung und Nichtbewältigung der Vergangenheit nach 1945 und betonte, daß [sic] der Antisemitismus eine ‚geistige Immunschwäche‘ unserer Zeit sei.“

134) „Sicherheit“ in der Kantine (Volksstimme 20.5.1987)

Bei der vergangenen, diesjährigen Befreiungsfeier in der Gedenkstätte Mauthausen kam es zu einer Auseinandersetzung, da Ordnungshüter ein paar Jugendliche dazu veranlassen wollten ein Transparent mit den Worten „Wir brauchen einen Antifaschisten als Bundespräsidenten“ abzuhängen. Ein Sicherheitsbeamter vertrat nämlich die Meinung, dass es den derzeitigen Bundespräsidenten [Waldheim] beleidigen würde.

135) Einheit SJ – KJÖ (Volksstimme 20.5.1987)

Bei der Befreiungsfeier in Mauthausen zeigte die Sozialistische Jugend und die KJÖ Besorgnis, da der antifaschistische Auftrag aus dem Staatsvertrag nach wie vor nicht erfüllt wird.

Aufklärungsarbeit

Wie die Art der nationalsozialistischen Vergangenheitsbewältigung in Österreich vonstattengeht zeigt sich am Verschweigen einiger Lebensabschnitte des Bundespräsidenten Waldheim. Sowohl Waldheim als Bundespräsident sowie die Nichterfüllung des antifaschistischen Auftrages sind nicht vertretbar.

136) 19 Berliner Tischlerlehrlinge renovieren KZ-Gedenkstätte (OÖN 24.6.1987)

Bereits seit fünf Jahren kommen Bauhandwerkslehrlinge von Berlin für kostenlose Werkarbeiten in die Gedenkstätte Mauthausen. Das Material wurde von der Deutschen Kriegsgräberfürsorge finanziert.

137) Der Papst wird 1988 auch das KZ Mauthausen besuchen (OÖN 28.7.1987)

Auf Wunsch der österreichischen Bischöfe soll Papst Johannes Paul II. 1988 dem ehemaligen KZ Mauthausen einen Besuch abstatten und auch eine Gedenkfeier abhalten.

138) Bischöfe wollen Papstbesuch in Mauthausen (Neue Arbeiter Zeitung 28.7.1987)

Da der Papst Johannes Paul II. Österreich 1988 besuchen wird, haben die österreichischen Bischöfe den Wunsch geäußert, dass er eine Gedenkfeier in Mauthausen abhalten sollte.

139) Erschüttert in Mauthausen (Neue Zeit 6.10.1987)

Mitglieder der Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes erhielten eine sachkundige Führung durch das ehemalige KZ Mauthausen.

Gräueltaten

„Die Teilnehmer waren sichtlich erschüttert, auf welche Weise in den Konzentrationslagern wehrlose Menschen zu Tode mißhandelt [sic], vergast, erschossen und aufgehängt wurden.“

140) Mauthausen: Gedenkfeier für Seliggesprochen (OÖN 17.11.1987)

In der Gedenkstätte Mauthausen wird eine Gedenkfeier für Marcel Callo von der katholischen Jugend abgehalten. Marcel Callo ist für das Eintreten der Menschenrechte nach Mauthausen gebraucht und ermordet worden. Der Papst hat ihn dieses Jahr seliggesprochen.

141) Grüne: Gedenken im KZ Mauthausen (OÖN 13.1.1988)

Laut den Grünen sollten sich die National- und Bundesratsabgeordneten am 50. Jahrestag des Anschlusses anstelle des Parlaments in der Gedenkstätte Mauthausen versammeln. Darüber hinaus sollten sie auch lieber den Opfern zuhören, anstatt selbst Reden zu halten. Die Grünen haben sich auch gegen eine Ansprache zum Gedenken an 1938 von Bundespräsident Waldheim ausgesprochen.

142) Schülerfahrten nach Mauthausen (Volksstimme 20.2.1988)

Vom 11. März bis 16 April 1988 wird den SchülerInnen die Möglichkeit gegeben, ab dem vierzehnten Lebensjahr Fahrten kostenfrei ins ehemalige KZ Mauthausen zu fahren.

Erinnern

Es werden kurz die Anfänge des KZ Mauthausen geschildert.

143) Rote Falken in Mauthausen (Neue Arbeiter Zeitung 9.3.1988)

Die Roten Falken hielten eine Großkundgebung in der Gedenkstätte Mauthausen ab, bei der auch der Bundespräsident kritisiert wurde.

144) Mauthausen (Neue Arbeiter Zeitung 25.3.1988)

Vom 1. April bis 15. November 1988 wird wieder ein Künstler seine Gedichte im ehemaligen KZ Mauthausen ausstellen.

145) 200.000 besuchten Mauthausen (Volksstimme 17.4.1988)

Im Vorjahr wurde das ehemalige KZ Mauthausen von 200.000 Personen besucht, darunter auch zahlreiche inländische und ausländische SchülerInnen. Es werden einige Zahlen und Fakten zur Gedenkstätte aufgelistet.

146) Gedenken in Mauthausen mit Mikis Theodorakis (Volksstimme 22.4.1988)

Anlässlich des Gedenken an die 50. Jahre seit dem Anschluss Österreichs findet die Gedenkkundgebung im ehemaligen KZ Mauthausen mit einem Auftritt von Mikis Theodorakis und seiner „Mauthausen Kantate“ statt. Es wird der Ablauf der Gedenkfeier beschrieben.

147) Mikis Theodorakis. Abfahrt Mauthausen (Volksstimme 12.5.1988)

In diesem Artikel werden alle Abfahrten bezüglich Ort und Zeit zur Gedenkkundgebung mit Mikis Theodorakis in der Gedenkstätte Mauthausen aufgelistet.

148) Zehntausende Gedenken in Mauthausen (Neue Arbeiter Zeitung 16.5.1988)

Bei der Gedenkfeier im ehemaligen KZ Mauthausen hielt Bundeskanzler Franz Vranitzky vor Zehntausenden eine Rede, auf die näher eingegangen wird.

Schuldzuweisung

Der Staat Österreich darf sich „nicht dem Vorwurf der Kollektivschuld aussetzen, obwohl viele Österreicher den Nazis ‚nicht unfreundlich‘ gegenüberstanden, müsse man berücksichtigen, daß [sic] die Leiden der Opfer immer auf die Schuld einzelner zurückzuführen sind“.

Gräueltaten

„Mehr als 122.000 geschundene und gequälte Menschen fanden im Konzentrationslager Mauthausen den Tod.“

Aufklärungsarbeit

Die Schuld heute nimmt dort ihren Anfang, wo keine (selbst)kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und der Gegenwart stattfindet.

149) Zwanzigtausend kamen (Volksstimme 17.5.1988)

Zehntausende nahmen an der Gedenkkundgebung im ehemaligen KZ Mauthausen teil. Da es das Gedenkjahr 1988 war, erwartete man sich eine Rede mit Tiefgang von Bundeskanzler Vranitzky bei dieser Befreiungsfeier. Er ging nicht auf die Auslöser des Faschismus und auch nicht auf die Parallelen zwischen 1938 und 1988 ein, was jedoch von KPÖ-Mitgliedern gemacht wurde.

150) „Hymnus auf das Leben ...“ (Volksstimme 17.5.1988)

Die Mauthausen-Kantate von Mikis Theodorakis, bei der er Gedichte über Mauthausen vertonte, wird beschrieben und auch kommentiert.

Gräueltaten

„Der jude [sic] fällt auf der teppe [sic], die treppe [sic] färbt sich rot.“

151) Mauthausen nicht aktuell? (Volksstimme 17.5.1988)

In der Fernsehnachrichtensendung „Zeit im Bild“ wird die beeindruckende Gedenkfeier zur Hauptsendezeit mit keiner Silbe erwähnt.

Aufklärungsarbeit

Der Artikel endet mit folgender rhetorische Frage: „Antifaschistische Aufklärung ja. Aber was tun, wenn nicht einmal der ORF einen angemessenen Beitrag dazu leistet – trotz seiner gesetzlichen Verpflichtung?“.

152) Mauthausen und KZ-Verband (Volksstimme 22.5.1988)

Aufgrund des 50. Jahrestages des Anschlusses Österreichs, war die Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Mauthausen sehr bedeutend. Es wird die beeindruckende Feier beschrieben und auch der Ärger des Autors darüber, dass die antifaschistische Veranstaltung am Nachmittag nicht vom KZ-Verband angekündigt wurde und dass auch die Busse bereits zu Mittag abreisen mussten.

153) Mauthausen-Kantate (Volksstimme 29.5.1988)

Die Aufführung der Mauthausen-Kantate bei der Gedenkfeier im ehemaligen KZ Mauthausen entspricht einem bedeutenden Dokument antifaschistischer Kultur und Solidarität.

154) Die Welt ist gespannt auf den Papst in Mauthausen (OÖN 24.6.1988)

Es wird die Ankunft von Papst Johannes Paul II. beschrieben und was bei seinem Besuch im ehemaligen KZ Mauthausen zu erwarten sei beziehungsweise welcher Ablauf geplant ist. Die Gedenkfeier wird jedoch in einem kleineren Rahmen abgehalten werden. Es ist aber auch nicht jeder vom Österreich-Besuch des Papstes begeistert.

Opfermythos

Laut dem Artikel kann man aus den Worten „vielgeprüftes Österreich“ des gebürtigen polnischen Papstes daraus schließen, dass viele ÖsterreicherInnen auch zu den Opfern aus diesen „dunklen Jahren“ gehören.

155) Der Papst in Mauthausen. Gedenken an Geknechtete (OÖN 25.6.1988)

Dieser Artikel schildert die Gedenkrede vom Papst Johannes Paul II. und gab teilweise dessen Inhalt in Zitaten wieder.

Gräueltaten

„Sie folterten sie, zerbrachen ihnen die Gebeine, mißhandelten [sic] grausam ihre Körper und Seelen.“

Mahnung

„Haben wir nicht mit allzu großer Eile deine Hölle vergessen?“

156) Papst im KZ: „Haben wir die Hölle zu eilig vergessen?“ (Arbeiter Zeitung/ Tagblatt 25.6.1988)

Es wird die Gedenkrede von Papst Johannes Paul II. wird wiedergegeben.

Gräueltaten

„Sie folterten sie, zerbrachen ihnen die Gebeine, mißhandelten [sic] grausam ihre Körper und Seelen.“

Mahnung

„Haben wir nicht mit allzu großer Eile deine Hölle vergessen?“

157) Papst mahnt in Mauthausen: Nicht aus der Geschichte löschen (OÖN 25.6.1988)

Der Artikel beschreibt den Ablauf der Gedenkrede von Papst Johannes Paul II. und beinhaltet auch einige bedeutende Zitate aus dieser Rede.

Gräueltaten

„Sie folterten sie, zerbrachen ihnen die Gebeine, mißhandelten [sic] grausam ihre Körper und Seelen.“

Mahnung

„Haben wir nicht mit allzu großer Eile deine Hölle vergessen?“

158) Mauthausen: Gedenken an geknechtete Menschen (Neue Zeit 25.6.1988)

Mehr als 2000 Menschen kamen zur Gedenkfeier von Papst Johannes II. im ehemaligen KZ Mauthausen.

Gräueltaten

„Sie folterten sie, zerbrachen ihnen die Gebeine, mißhandelten [sic] grausam ihre Körper und Seelen.“

159) „Beschämung“ über die Mauthausner Papstrede (Neue Zeit 26.6.1988)

Es wird geschildert wie kritische Mahner die Gedenkrede von Papst Johannes Paul II. im ehemaligen KZ Mauthausen empfinden. Der Papst habe es versäumt klare Worte zu den NS-Opfern, vor allem der jüdischen Opfer, und der Rolle der Kirche zu formulieren.

160) Man spricht davon. Keine Floskel (Arbeiter Zeitung/ Tagblatt 27.6.1988)

Der Autor äußerte kritische Meinungen zum Papstbesuch im ehemaligen KZ Mauthausen.

161) Kundgebung im KZ-Mauthausen (Volksstimme 3.8.1988)

Anlässlich des Gedenkens an das Eintreffen der ersten Häftlinge im angehenden KZ Mauthausen am 8. August 1938 wird ein Gedenkmarsch sowie eine Mahnwache abgehalten.

162) Vor 50 Jahren: Erste Häftlinge in Mauthausen (Volksstimme 9.8.1988)

Anlässlich des Gedenkens an das Eintreffen der ersten Häftlinge im angehenden KZ Mauthausen am 8. August 1938 wurde gestern ein Gedenkmarsch sowie eine Mahnwache abgehalten.

163) Gedenkkundgebung im KZ Mauthausen (Volksstimme 10.8.1988)

Es fand eine Gedenkkundgebung im ehemaligen KZ Mauthausen statt, um den 300 Häftlingen die vor 50 Jahren ankamen zu gedenken.

164) „Keine Gaskammer in Mauthausen“ (Neue Arbeiter Zeitung 20.9.1988)

Der Artikel thematisiert die Versuche des ÖVP-Funktionärs Heinz Kleinszig zu beweisen, dass die Gaskammer erst nach 1945 im KZ Mauthausen eingebaut wurde. Kleinszig hat sogar den Handschlag mit einem israelischen Delegierten verweigert. Nun ermittelt die Staatspolizei wegen NS-Wiederbetätigung und Verhetzung.

165) „Mauthausen-Lüge“: Kärntner VP droht mit Ausschluß [sic] (OÖN 21.9.1988)

Falls ÖVP-Funktionär Heinz Kleinszig seine Aussage, dass die Gaskammer erst nach 1945 in KZ Mauthausen eingebaut wurde, tatsächlich ernst meinen würde, dann würde man ihn laut man ihn wohl aus der Partei ausschließen. Eine Kündigung von der Kärntner Handelskammer gestalte sich schwierig, aber es könnte zu einem Disziplinarverfahren kommen wegen NS-Wiederbetätigung und Verhetzung.

166) Am Nationalfeiertag in ehemaliges KZ (Neue Zeit 15.10.1988)

In die Gedenkstätte Mauthausen wird zu einer „Reise in die schreckliche Vergangenheit“ geladen. Dafür wurden Busse von Graz weg organisiert. SchülerInnen, Lehrlinge, StudentInnen und Arbeitslose müssen nicht für Fahrtkosten aufkommen.

167) Am Nationalfeiertag in ehemaliges KZ (Neue Zeit 15.10.1988)

In die Gedenkstätte Mauthausen wird zu einer „Reise in die schreckliche Vergangenheit“ geladen. Dafür wurden Busse von Graz weg organisiert. SchülerInnen, Lehrlinge, StudentInnen und Arbeitslose müssen nicht für Fahrtkosten aufkommen.

168) Befreiung des KZ Mauthausen (Volksstimme 14.1.1989)

Es wird beschrieben wie Louis Haeffliger vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes an der Befreiung des KZ Mauthausen beteiligt war.

169) Wahrheit muß [sic] bewiesen werden (Neue Zeit 17.2.1989)

Der „profil“-Journalist Robert Buchacher wurde wegen Ehrenbeleidigung angeklagt, da er die Behauptung vom Wiener Lehrer Emil Lachout, dass eine alliierte Untersuchungskommission nach der Befreiung festgestellt hat, dass in Mauthausen oder in Dachau „keine Menschen mit Giftgas getötet wurden“ als Fälschung widerlegte.

170) Wahrheit muß [sic] bewiesen werden (Volksstimme 17.2.1989)

Der „profil“-Journalist Robert Buchacher wurde wegen Ehrenbeleidigung angeklagt, da er die Behauptung vom Wiener Lehrer Emil Lachout, dass eine alliierte Untersuchungskommission nach der Befreiung festgestellt hat, dass in Mauthausen oder in Dachau „keine Menschen mit Giftgas getötet wurden“ als Fälschung widerlegte.

171) Eine Tasse Tee und die Folgen (AZ 3.5.1989)

Es wird das Schicksal des Otto Pensl beschrieben, sowie vom generellen Widerstand in Österreich. Otto Pensl landete schlussendlich im KZ Mauthausen, wo er weiter standhaft blieb und sogar anderen KZ Häftlingen half.

Opfermythos

Die neuen Machthaber hatten schon in den ersten Tagen nach der Okkupation Österreichs viele hunderte aufrechte Österreicher, Katholiken, Sozialdemokraten und Kommunisten, verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau geliefert.

Gräueltaten

Otto Pensl wurde mit zahlreichen anderen Häftlingen „bestialisch ermordet“.

In den letzten Wochen und Tagen des NS-Regime führte man noch „grausame Hinrichtungen“ durch.

172) Mauthausener Befreiungskundgebung (OÖN 8.5.1989)

Anlässlich des 44. Jahrestages der Befreiung des KZ Mauthausen nahmen mehr als 5000 BesucherInnen und ehemalige Häftlinge aus 20 Nationen an Gedenkkundgebung in der Gedenkstätte teil.

173) Großkundgebung in Mauthausen: Löschnak warnt vor Intoleranz (Neue Arbeiter Zeitung 8.5.1989)

Zum 44. Jahrestag der Befreiung des KZ Mauthausen fand eine Kundgebung im ehemaligen KZ Mauthausen statt.

Mahnung

Laut Innenminister Franz Löschnak darf eine Intoleranz, welche die Entstehung von Mauthausen ermöglicht hat, nicht toleriert werden.

174) „Gegen Intoleranz darf es keine Toleranz geben“ (Volksstimme 9.5.1989)

Bei der diesjährigen verregneten Befreiungskundgebung in der Gedenkstätte Mauthausen fanden sich wieder tausende in- und ausländische Personen ein.

Aufklärungsarbeit

Man darf nicht die Vergangenheit verdrängen und vergessen, da man ansonsten blind wird für das Hier und Jetzt wird.

175) Mauthausen, Teil zwei – 3 Monate unbedingt! (Volksstimme 23.6.1989)

Der Sozialhelfer Wolfgang Kirchleitner wurde nach seinem Besuch im ehemaligen KZ Mauthausen Zeuge eines polizeilichen gegenüber eines der „Kinder am Karlsplatz“. Aufgrund dessen erstattete der Sozialhelfer Anzeige gegen die zwei handgreiflichen Polizisten, die ihn dann wegen Verleumdung verklagten. Vor Gericht wurde der Sozialarbeiter dann zu drei Jahren unbedingter Freiheitsstrafe verurteilt.

176) 187 Fahrten gegen das Vergessen (Neue Zeit 29.7.1989)

Bereits seit 30 Jahren fahren Schulabgänger aus Leoben auf Exkursion ins das ehemalige KZ Mauthausen, um Zeitgeschichte zu erleben.

Aufklärungsarbeit

Die meisten SchülerInnen sind zu tiefst betroffen und werden zur Nachdenklichkeit angeregt. Ihnen wird in der Gedenkstätte bewusst, was Menschlichkeit überhaupt bedeutet.

177) Mauthausen (Volksstimme 2.8.1989)

Bis 26. Oktober ist noch die Sonderausstellung zu begutachten. Generell sind auch die zwei durchgehenden Museen täglich zu besichtigen, sowie der Film „Rückkehr unerwünscht“, der zur jeder vollen Stunde gezeigt wird.

178) Zwei Museen in Mauthausen (Neue Zeit 4.8.1989)

Es wird näher auf die zwei Museen in der Gedenkstätte Mauthausen eingegangen und dass es auch die Möglichkeit gibt, sich den Film „Rückkehr unerwünscht“ anzusehen. Von Mitte Dezember bis Ende Jänner ist die Gedenkstätte für BesucherInnen nicht zugänglich.

179) Gericht bremst Verfahren (Volksstimme 31.8.1989)

Nachdem bereits der Vorarlberger Walter Ochensberger aufgrund von vorgeworfener NS-Wiederbetätigung (er hat behauptet, dass es keine Gaskammern oder Massenmord in deutschen KZs gegeben hat) freigesprochen wurde, kam es zum nächsten Schock. Der Wiener Gerd Honsik behauptete in seinem Druckwerk „Halt“, dass in einigen Konzentrationslagern, wie beispielsweise Mauthausen, keine Menschen vergast worden seien. Das Druckwerk wurde zwar beschlagnahmt, dennoch wurde nicht ausschließlich vom Wiener Landesgericht bestätigt, dass tatsächlich die Gaskammern zum Einsatz kamen. Folglich wird sich das Verfahren gegen Honsik nun in die Länge ziehen.

180) „Denkmal des Grauens und der Vernichtung“ (Volksstimme 8.5.1990)

Die Sozialistische und Kommunistische Jugend veranstaltete vor dem Russenlager-Denkmal des ehemaligen KZ Mauthausen eine Kundgebung. Es wird die Ausländerfeindlichkeit durch die FPÖ und die „Kronen-Zeitung“ kritisiert. Die Großkundgebung im ehemaligen KZ Mauthausen wurde von ungefähr 8000 Menschen besucht.

Mahnung

Der ÖGB-Präsident Verzetnitsch war der Meinung, dass „der Schoß“ noch „fruchtbar“ sei und man daher die Anfänge abwehren muss. Wenn andere verspottet, abgelehnt oder diskriminiert werden, sollte man dagegen Widerstand leisten.

181) Mauthausen aktuell (Volksstimme 2.10.1990)

Bereits 67.000 SchülerInnen und StudentInnen sowie 119.000 Erwachsene statteten der Gedenkstätte Mauthausen einen Besuch ab. Dabei spielen die Diskussionen mit Zeitzeugen eine große Rolle.

182) Gedenken an die Befreiung (OÖN 6.5.1991)

Bei der gestrigen 46. Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Mauthausen nahmen auch Delegationen aus dem Ausland teil und Wissenschaftsminister Busek hielt eine Gedenkrede.

183) Scholten predigt Härte gegen Neonazipropaganda (OÖN 11.5.1992)

Bei der Gedenkkundgebung im ehemaligen KZ Mauthausen beklagte der Unterrichtsminister Rudolf Scholten eine neue Welle der Neonazipropaganda, sogar an Schulen.

Mahnung

Man darf nicht vergessen, da das Verdrängte ansonsten in verschiedenen Gestalten wiederkehrt, denn das „Vergessen gebiert Monstern“. „Wir sind verpflichtet, uns gegen die Anfänge von Menschenverachtung und Terror zu wehren“.

184) Ein Kniefall für 6000 italienische Märtyrer (OÖN 30.1.1993)

Der italienische Staatspräsident Scalfaro besuchte das ehemalige KZ Mauthausen um den 6000 italienischen gefallenden NS-Opfern zu gedenken.

Gräueltaten

Wer nicht bereits erschossen wurde oder vor Erschöpfung bei der Arbeit im Steinbruch zusammenbrach, der wurde durch Gas oder die Genickschüsse ermordet, erschlagen oder am Galgen erhängt.

185) Gedenken an NS-Opfer (Neue Zeit 30.1.1993)

Beim Staatsbesuch von Italiens Staatspräsident Scalfaro wollte man ein Zeichen gegen Nationalsozialismus, um ein Wiederaufleben von Rassismus und Rechtsextremismus in Europa zu vermeiden. Scalfaro und Klestil besuchten aufgrund dessen das ehemalige KZ Mauthausen.

186) Soldaten helfen, Gedenkstätte zu erhalten (OÖN 21.4.1993)

Das Bundesheer befreite die das Gelände und die Todesstiege des ehemaligen KZ Mauthausen vom Gestrüpp, sodass die BesucherInnen so vorfinden, wie es zur grausamen NS-Zeit war.

Gräueltaten

„Im KZ Mauthausen ermordeten die Nazis 122.000 Menschen.“

187) Die Befreiung (OÖN 10.5.1993)

Im Artikel wird an die Befreiung erinnert.

Aufklärungsarbeit

„Aus der Erfahrung der Geschichte wurde so gut wie nicht gelernt.“

188) Mauthausen: Bilder aus einer kalten Zeit (Neue Zeit 10.6.1993)

Im Parteihaus der SPÖ Steiermark steht eine Ausstellung mit Bildern vom ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen, die zur Erinnerung an die Grausamkeiten im Naziregime gelten sollen. Der JG-Landesvorsitzende erachtet die Ausstellung und den Staatsbesuch von Bundeskanzler Vranitzky in Israel als einen „Teil der Wiedergutmachung“.

189) „Wie haben die das ausgehalten?“ (OÖN 2.3.1994)

Es werden die Dreharbeiten zu Grubers „Hasenjagd“ im ehemaligen KZ Mauthausen beschrieben und ein Darsteller, der einen Häftling spielte, schildert wie es ihm dabei erging

Erinnern

Durch das Beziehen eines Darstellers zum vergangenen Geschehen im KZ Mauthausen, wird man daran erinnert, was die Häftlinge damals durchgemacht haben.

190) Haben wir (k)ein gutes Gedächtnis (Neue Zeit 1.4.1994)

Zum Überdenken der Erinnerungsarbeit in der Gedenkstätte Mauthausen lud der Bundesminister Scholten eine Sachverständigenkommission aus verschiedenen Ländern ein. Vergessen, Verdrängen sowie Erinnern hängen bedeutend mit den individuellen und kollektiven Identitäten zusammen. Zeitzeugen sind im Prozess der Erinnerung sehr überzeugende Berichterstatter.

191) Besuch aus Amerika (OÖN 4.6.1994)

16 jüdische StudentInnen aus Amerika besuchte im Zuge ihres Bundesland Oberösterreich Aufenthaltes das ehemalige KZ Mauthausen.

192) „Krieg und Gewalt nützen niemandem“ (Neue Zeit 9.5.1995)

Anlässlich der 50. Jahre Befreiung vom Nazi-Regime hielt man eine beeindruckende Feier im ehemaligen KZ Mauthausen ab und an mehreren österreichischen Plätzen wurden Kränze im Zuge des 50-Jahr-Jubiläums des Kriegsendes.

193) Die fast unerträgliche Wahrheit (OÖN 9.5.1995)

Vor der sogenannten „Fallschirmspringerwand“, wo zahlreiche Häftlinge ermordet wurden oder auch als letzten Ausweg den Freitod wählten, lesen Burgschauspieler aus Auszügen aus dem Totenbuch, Erinnerungen, Protokollen oder aus Texten von ehemaligen Häftlingen vor. Dabei werden Wut und Trauer unter den zahlreichen Zuschauern ausgelöst.

194) Zumutbare Wahrheit (Volksstimme 11.5.1995)

40.000 Personen aus dem In- und Ausland kamen zur 50. Jahrfeier zur Befreiung des Konzentrationslagers nach Mauthausen. Die Sozialistische Jugend Oberösterreich sowie die KJÖ-Junge Linke hielten eine Gedenkrede für die gefallenen SAJ-Mitgliedern. Bundeskanzler Vranitzky und Innenminister Ehem sprachen sich gegen ein Vergessen und Verdrängen aus.

195) Die Gewalt der Worte und der Lieder (Volksstimme 18.5.1995)

Zum 50. Jahrestag der Befreiung wurde eine große Gedenkkundgebung im ehemaligen KZ Mauthausen abgehalten, bei der ungefähr 30.000 Personen aus verschiedenen europäischen Ländern teilnahmen. Es wird der inhaltliche Ablauf der Feier beschrieben. Es wurde aber auch Kritik geübt an der Lesung von SchauspielerInnen des Burgtheaters beim Steinbruch.

196) Gedenken (Neue Zeit 17.10.1995)

Zum Gedenken an tausende ermordete Juden besuchten der israelische Parlamentspräsident Shevach Weiss und der österreichische Botschafter Israels Yosef Govrin die KZ-Gedenkstätte Mauthausen.

Schuldzuweisung

Tausende Juden wurden in „diesem Nazi-Vernichtungslager“ ermordet.

197) Nach dem Krieg (Volksstimme 14.12.1995)

Es wurde eine Konferenz zum Thema Mauthausen abgehalten bei der diskutiert wird welche Funktion Mauthausen heute hat und auch in der Zukunft haben wird. Es wird beschrieben wie man anfangs mit dem ehemaligen Konzentrationslager umging beziehungsweise welche anderen Pläne man damit gehabt hat.

Aufklärungsarbeit

Die Teilnahme Österreichs am NS-Regime, das Mauthausen erst ermöglicht hat, wurde lange Zeit nicht in der Öffentlichkeit thematisiert. „Die Rolle der österreichischen Täter – im ‚zivilen‘ Bereich wohl gipfeln in der berüchtigten ‚Mühlviertler Hasenjagd‘ – wurde erst viel später beleuchtet.“

198) „Ich konnte es einfach nicht glauben ...“ (Volksstimme 18.5.1995)

Die Erinnerungen an die Befreiung des amerikanischen Truppenkommandant Oberst Richard R. Seibel, der zum 50. Befreiungsfeier bei der Gedenkkundgebung eine Rede hielt, wurden in Form von einem Interview wiedergegeben. Am Ende des Artikels wird mit einer rhetorischen Frage darauf hingewiesen, ob man nach diesen Worten noch Zweifel daran gibt, dass es die Gaskammer nie gegeben haben soll.

Gräueltaten

Als Zeitvertreib erachtete der Lagerkommandant Ziereis die Vergasung von Häftlingen in einem Gaswagen, der zwischen Mauthausen und Gusen hin und her fuhr. Der Exekutionsraum war Ziereis „private Hinrichtungsstätte“.

Erinnern

Es wird beschrieben wie der amerikanische Truppenkommandant das gerade befreite Konzentrationslager damals wahrnahm: „Der Geruch von Krankheit, Seuchen und Tod.“ Es wurde auch daran erinnert, wie man nach der Befreiung versuchte Seuchen, Krankheiten oder Ungeziefer zu vermeiden und die Häftlinge wieder schrittweise aufzupäppeln.

Archiv KZ Mauthausen

1) Der Mord an Richard Bernaschek (ÖÖN 18.7.1945)

Die Geschichte von Bernaschek wird anfangs aus der Sicht von einem Mithäftling erzählt. Anschließend schildert der Mithäftling auch seine eigene Flucht aus dem KZ und erläutert auch den Ablauf im KZ.

Opfermythos

Die in diesem Artikel aufgezählten politischen Häftlinge stammten allesamt aus Österreich, genauer gesagt, aus Oberdonau.

Erinnern

Durch die Schilderung des KZ-Häftlings wird dem Leser bewusst gemacht, was erst vor kurzem im ehemaligen KZ Mauthausen passiert ist.

2) *Die Heimat und wir KZ-ler (Neue Zeit 6.1.1946)*

Ein ehemaliger Häftling beschreibt seine Wahrnehmung, wie wenig die Öffentlichkeit, vor allem Politiker und Funktionäre, ihren Dank gegenüber den Menschen zeigten, die sich der Demokratie zuliebe opferten.

Opfermythos

Österreicher wurden aufgrund ihrer demokratischen Überzeugung jahrelang in den Konzentrationslagern gelitten.

Es ist „viel zu viel Leid über unser Vaterland gekommen“.

3) *Eigruber zum Tode verurteilt (Neue Zeit 14.5.1946)*

In diesem Artikel wird thematisiert, wie die 58 Angeklagten mit ihrem Todesurteil umgingen. Es wird ebenfalls darauf verwiesen, dass August Eigruber sein Todesurteil durch den Strang ohne Zucken und mit einem „verächtlichen Lächeln“ zu Kenntnis genommen hat.

Gräueltaten

Eigruber wird auch verdächtig ein eigenes Konzentrationslager gehabt zu haben, wo er selbst Experimente mit aufklappbaren Stühlen speziell zum Hängen durchgeführt haben soll.

4) *Weber verneint seine Schuld – Ausbildung in Mauthausen (Neue Zeit 12.9.1946)*

Es wird auch erläutert weshalb Franz Weber zum Kommandant der Lagerwache von Peggau wurde und wie seine Ausbildung im KZ Mauthausen von statten ging.

Opfermythos

Der ehemalige Leutnant der Grazer Polizeischule, Franz Weber, hat sich gegen die Berufung zum Kommandanten der Lagerwache gestraubt, aber er gibt an keine andere Möglichkeit gehabt zu haben, da er ansonsten vor das SS-Gericht gekommen und bestraft worden wäre.

5) *Sechs Jahre Kerker für Judenauslieferung (Neue Zeit)*

Zwei Juden, die beim Transport nach Mauthausen entkommen sind und beim Hof des Landwirtes Otto Just Unterschlupf suchten. Als sie am nächsten Tag nach Ersuchen des

Landwirtes nicht verschwanden, beauftragte Just zwei daherkommende SS-Männer, die Juden zu verhaften. Er bat sie jedoch diese weiter weg vom Hof zu erschießen wegen seiner Kinder. Otto Just wurde dadurch zu sechs Jahren schweren Kerkers verurteilt.

6) Er wünschte recht viele Leichen aus Mauthausen (Tagblatt 23.4.1947)

Es wird geschildert, dass der Leiter des Steyrer Krematoriums Franz Moser vor dem Linzer Volksgericht stand. Das Steyrer Krematorium war für die Verbrennung der Leichen aus dem KZ Mauthausen zuständig. Franz Moser nahm Einfluss auf die Erhöhung der zu verbrennenden Leichen, da er als Geschäftsmann seine Vorteile daraus zog.

Opfermythos

Franz Moser war ein fanatischer Nationalsozialist, der seine Angestellten mit der Gestapo beziehungsweise mit dem KZ drohte und sie teilweise sogar selbst misshandelte.

Schuldzuweisung

Franz Moser war ein gebürtiger Bayer, der zu der Auslandsorganisation der NSDAP gehörte und dadurch auch für das Krematorium in Steyr zuständig war.

7) Zwei Freisprüche (Neue Zeit 3.6.1947)

Während dem Todesmarsch von Ungarn nach Mauthausen wurden zwei erschöpfte Juden von SS-Männern erschossen. Volkssturmgruppenleiter Czar und Volkssturmszugführer Pechböck sollten die zwei Toten zum Lagerfriedhof bringen. Einer war jedoch noch am Leben daher schossen beide auf den lebenden Juden. Die beiden wurden freigesprochen, da es keinen Nachweis gibt, dass der Getötete noch am Leben war.

Gräueltaten

„Czar gab aus einem Meter Entfernung einen Schuß [sic] auf seinen Kopf ab, Pechböck schoß [sic] mit dem Gewehr auf den Sterbenden.“

8) Wieder ein Judenmord-Prozeß [sic] (Neue Zeit 7.6.1947)

Die SS-Streife übergab zwei angebliche Mauthausner Juden an eine Gruppe von acht Volkssturmmännern und befahl ihnen die beiden aufgrund von Plünderung zu erschießen. Daraufhin gingen drei dieser Gruppen mit den beiden Plünderern in den Wald, wo dann Schüsse ertönten. Nun stehen zwei dieser Gruppe wegen Verdacht auf Mord vor dem englischen Militärgericht.

9) Fünf Jahre für einen Menschenhinder (Neue Zeit 2.4.1948)

Vor dem Volksgericht wurde über nationalsozialistischen Vorkommnissen verhandelt. Es wird hier vor allem näher auf die Märsche von Juden hingewiesen, die auf grausame Weise ins KZ Mauthausen getrieben worden sind. Der Volkssturmkommandant und Leiter dieser Kolonne Franz Isker, wurde trotz blöder Bemerkung, dass er nur als Friedensstifter unter den Juden, die sich selbst blutig schlugen, agiert hat, freigesprochen und erhielt nur fünf Jahre schweren Kerker. Grund dafür war die Aussage eines angeblichen Tatzeugen.

Gräueltaten

Die ausgehungerten, beinahe marschunfähigen Juden wurden von den Bewachungsmannschaften nach Mauthausen getrieben und wurden dabei misshandelt und oft auch niedergeknallt.

Der Volkssturmkommandant prügelte die Juden so lange, bis ihnen das Blut herunterrannte und er befahl auch jeden Juden zu ermorden. Ein Volkssturmmann leistete dem Folge und tötete acht Juden, die er teilweise in die Mur warf.

10) Teufel im „Sanatorium“ Mauthausen (Tagblatt Linz 13.2.1950)

Der Artikel handelt von einem der gefürchtetsten Mauthausner Kapos namens Franz Steurer. Steurer gestand jedoch nur zögernd Fußtritte und Ohrfeigen „auf Befehl“ verabreicht zu haben. Er wurde vom Volksgericht zu einer lebenslangen Kerkerstrafe verurteilt.

Gräueltaten

Franz Steurer erschlug seine Mithäftlinge für Zigaretten, stieß sie Todesstiege hinunter oder trieb sie in den elektrisch geladenen Zaun sowie in die Kugeln der SS.

Ein Zeuge sagte aus, dass Steurer mindestens dreißig Häftling mit Schlägen auf den Kopf tötete.

11) Mauthausen-Henker vor Gericht (Neue Zeit 31.5.1960)

Der Lagerälteste Josef Schöps und der Lagerkapo Adolf Stumpf sollen für hunderte Morde an Häftlingen im KZ Mauthausen verantwortlich sein und stehen nun vor Gericht.

Gräueltaten

Die beiden Angeklagten haben 600 sowjetische Häftlinge zu Tode gequält.

12) Der Mörder von Mauthausen, Steyr und Melk (Neue Zeit 3.12.1960)

Es wird kurz beschrieben wo und wie SS-Unterscharführer Gottlieb Muzikant mehr als 200 Menschen in österreichischen Konzentrationslagern getötet hat. Er steht nun vor dem Schwurgericht.

Gräueltaten

Der Angeklagte hat im KZ Mauthausen und Melk 90 Häftlinge durch Giftgasinjektionen getötet.

13) Ganze Transporte gingen „ins Gas“ (Volksstimme 29.3.1961)

Der ehemalige politische Häftling im KZ Mauthausen musste dort die Totenbücher führen. Er sagte aus, dass auch Häftlinge nach Mauthausen transportiert wurden ohne dort registriert zu werden, da diese durch Vergasung „spurlos verschwanden“. Durch die auflodernden Flammen oben im Kamin waren deutlich sichtbar, sodass es jede/r gewusst haben muss.

Gräueltaten

Die Verbrennungsöfen wurden Tag und Nacht genutzt.

14) Mord als Schauspiel (Volksstimme 31.10.1969)

In Wien wurden 700 Feuerwehrmänner zur Militärschießstätte kommandiert. Fünf davon wurden an Pfählen gebunden, zwei davon wurden gleich erschossen und die anderen wurden in das Konzentrationslager Mauthausen gebracht. Dies war jedoch nur ein Fall von vielen, bei denen die Kollegen mit ansehen sollten, was bei Widerstand gegen das „Blut-Regime“ passiert.

Erinnern

Durch diesen Artikel wird einem ins Gedächtnis gerufen, wie man damals versucht hat Widerstand zu unterdrücken beziehungsweise wie man eben die Menschen Feuerwehrmänner eingeschüchtert hat.

Aufklärungsarbeit

Viele, die sich dem Nazi-Regime willig unterordneten und anpassten oder dieses eben sogar tatkräftig unterstützten, haben problemlos ihre Karriere nach Kriegsende fortgesetzt und wurden teilweise von der Republik mit einem Ehrenzeichen ausgezeichnet, obwohl andere sich für diese Republik aufgeopfert haben.

15) Herr Gogl, Sie haben Glück, daß [sic] Sie noch leben! – Schwerer Zusammenstoß mit Belastungszeugen (Tagblatt 1972)

Anlässlich des Prozesses gegen Gogl, der in Ebensee und Mauthausen sein Unwesen trieb wird auch in einem kurzen Abschnitt Bezug auf Mauthausen genommen.

Schuldzuweisung

„Wir dachten, in Österreich wird es nicht so schlimm sein, dort sind gemütliche Leut‘!“ Da irrte sich aber der ehemalige Häftling und Zeuge, denn in Mauthausen machte er Bekanntschaft mit der SS und unter anderem auch mit Gogl.

16) Mauthausen-Prozeß [sic]: Russen sollen kommen. SS-Kollege Gogls weiß nicht mehr, was war (Tagblatt 18.4.1972)

Krämer und Gogl haben sich freiwillig zur SS gemeldet und sollen in Mauthausen drei Häftlinge ermordet haben. Krämer wurde von den Amerikanern zu 20 Jahren Kerker verurteilt, da er neun Morde im KZ Mauthausen begangen hat. Nach fast neun Jahren wurde er aber bereits entlassen und ist nun Zeuge im Gogl-Prozess.

17) Zeuge zum Linzer Schwurgericht: „Macht doch endlich Schluß [sic]!“ (OÖN 18.4.1972)

Am Linzer Landesgericht bricht bereits die dritte Verhandlungswoche im Prozess gegen den SS-Unterscharführer Johann Gogl, der in den Konzentrationslagern Mauthausen und Ebensee zahlreiche Häftlinge getötet haben soll. Der Zeuge Max Krämer, der bereits wegen der Beteiligung an neun Morden in Mauthausen und Ebensee verurteilt worden war, entlastete Gogl.

18) Gogl abermals schwer belastet (Neue Zeit 20.4.1972)

Die drei ehemaligen Mauthausen Häftlinge aus der Tschechei sagten gegen Gogl im Linzer KZ-Prozess aus. Die Frage eines Geschworenen, „ob denn alle SS-Leute im Lager Mauthausen Schläger gewesen wäre“, verneinte der tschechische Zeuge.

Gräueltaten

Gogl erschlug einen Häftling mit einem Schaufelstiel, da diese beim Ziegeltragen zusammenbrach. Ein anderer Häftling wurde von Gogl erschossen, weil dieser zu schwach war um sich aufrecht zu halten.

19) Gogl, noch nicht 20 Jahre alt: Häftlinge erschlagen, erschossen und gehetzt (Tagblatt 20.4.1972)

Der ehemalige Mauthausen Häftling aus der Tschechei belastete Gogl schwer, jedoch klagte er nicht die Institution von SS-Männern an.

Gräueltaten

Gogl soll der Kommandoführer von der „Liquidierung von 47 gefangengenommenen alliierten Fallschirmspringern“ gewesen sein und dabei soll er auch selbst gemordet haben. Gogl hat auch einen tschechischen Häftling mit dem Schaufelstiel erschlagen. Diesen getöteten Häftling musste der Zeuge dann zu den anderen Leichen ins Krematorium schaffen. Ein anderer Häftling der vor Müdigkeit fast umfiel, wurde von Gogl erschossen. Gogl soll auch einen „scharf abgerichteten Hund“ auf den tschechischen Zeugen gehetzt haben.

20) 47 alliierte Fallschirmjäger wurden in Mauthausen ermordet (Volksstimme 21.4.1972)

Ein weiterer tschechischer Häftling im KZ Mauthausen bestätigte im Prozess gegen SS-Unterscharführer Gogl, dass dieser „den Ruf eines Schlägers besaß“. Auch dieser Zeuge sagte aus, dass auch menschliche Personen unter den SS-Männern waren.

Schuldzuweisung

47 alliierte Fallschirmjäger fielen in deutsche Hände und wurden ins KZ Mauthausen gebracht.

Gräueltaten

Die 47 alliierten Fallschirmjäger wurden im KZ Mauthausen grausam getötet. Eine Gruppe dieser Fallschirmjäger unter Schlägen zum Steinbruch gebracht, um dort mit schweren Steinen die Todesstiegen hinaufzusteigen. Nachdem sie oben ankamen wurden sie von den SS-Männern gegen den Zaun getrieben, wo sie dann von Wachposten erschossen wurden.

21) Gogl wieder belastet (Tagblatt 21.4.1972)

Ein weiterer ehemaliger Häftling im KZ Mauthausen sagte aus, dass Gogl an der Liquidierung der 47 alliierten Fallschirmjäger und der „Welser Gruppe“ beteiligt war.

Gräueltaten

Am Weg zum Steinbruch wurden die Fallschirmjäger bereits brutal geschlagen. Nachdem sie blutüberströmt die Stufen herauf wankten, trieb man sie in den Zaun, wo sie von Wachposten erschossen wurden.

22) *Liner KZ-Prozeß [sic]: SS-Frauen schauten Erschießungen zu* (Neue Zeit 25.4.1972)

Ein weiterer Zeuge namens Marsalek, der Lagerschreiber im KZ Mauthausen war, bestätigte ebenfalls die Beteiligung Gogls bei der Ermordung der 47 Fallschirmjäger. Vor der Erschießung der Fallschirmjäger eilten die SS-Frauen, die in der Kommandantur tätig waren

zur Postenkette, um die Ermordung mit anzusehen. Diese Erschießungen wurden als „auf der Flucht erschossen“ betitelt.

Gräueltaten

„Einigen hing die Haut in Fetzen von den Leibern.“

23) Wiener Polizeibeamter: „Ich weiß, daß [sic] Gogl 2mal beim Mord an der Gruppe beteiligt war“ (Tagblatt 25.4.1972)

Der Wiener Polizeibeamte Johann Marsalek bestätigte die Beteiligung Gogls an der Ermordung der 47 Fallschirmjäger und der „Welser Gruppe“ als Kommandoführer. Es hat aber auch ein paar SS-Männer gegeben, die sich vor derartigen Aufgaben gedrückt hatten.

Gräueltaten

Beim Rasieren der Fallschirmjäger floss bereits viel Blut.

24) Linzer Mauthausenprozeß [sic]: Wiener Oberpolizeirat als Zeuge (OÖN 25.4.1972)

Der Zeuge namens Marsalek, der Lagerschreiber im KZ Mauthausen war, schilderte, dass Gogl bei der Ermordung der 47 Fallschirmjäger und der „Welser Gruppe“ als Kommandoführer beteiligt war.

25) Lokalaugenschein in Mauthausen (Neue Zeit 26.4.1972)

Anlässlich des Gogl-Prozesses wurde ein Lokalaugenschein im ehemaligen KZ Mauthausen durchgeführt. Gogl beteuerte, dass er sein Gewissen nicht erleichtern müsse und zeigte dem Gerichtshof eine Stelle, an der er von einem Arbeitsführer abgelöst wurde, da er keine Misshandlungen und Erschießungen befahl und tätigte.

Gräueltaten

Gogl hat unterwegs mit einem Prügel auf die armen Opfer eingeschlagen.

26) Gericht marschierte über die Todesstiege. Gogl an seiner ehemaligen „Wirkungsstätte“ (Tagblatt 26.4.1972)

Anlässlich des Gogl-Prozesses wurde ein Lokalaugenschein im ehemaligen KZ Mauthausen durchgeführt. Es wird beschrieben wie die Gedenkstätte Mauthausen auf Gogl, die Geschworenen, den Berufsrichter, die BesucherInnen und auf den/die AutorIn wirkt beziehungsweise wirken sollte.

Gräueltaten

Im Lagerraum des Krematoriums stapelten sich die Leichen oft bis zur Decke.

Die Öfen riechen noch nach den 30.000 verbrannten Häftlingen, als hätte man erst gestern die Verbrennung eingestellt.

Erinnern

Im Artikel bezieht man sich immer wieder auf die vergangenen Geschehnisse beziehungsweise zieht man Vergleiche mit der heutigen Erscheinung des ehemaligen KZ Mauthausen.

27) Sowjetische Zeugen sahen den Mord an den Fallschirmjägern (Neue Zeit 27.4.1972)

Der Sowjetische Zeuge gehörte als Häftling dem Steinträgerkommando im ehemaligen KZ Mauthausen an und musste mit ansehen, wie die 47 Fallschirmjäger getötet wurden.

Gräueltaten

Einige der Fallschirmjäger wurden bereits auf der Todesstiege erschlagen. SS-Männer trieben die Fallschirmjäger in die Sperrzone, wo sie dann von Wachposten erschossen wurden.

28) Zeugen aus UdSSR im Prozeß [sic] gegen Gogl sagten aus: Wenig Konkretes hinzugefügt (Tagblatt 27.4.1972)

Zwei russische Zeugen, die im ehemaligen KZ Mauthausen inhaftiert waren, sagten aus, dass Gogl an der Liquidierung der Fallschirmjäger und der „Welser Gruppe“ beteiligt war.

Gräueltaten

Laut Zeuge prügelte, schlug Gogl die Häftlinge Tod oder erschoss sie.

29) Mauthausen: Niemals vergessen (Volksstimme 16.5.1972)

Ungefähr 5000 Personen nahmen an der Gedenkkundgebung im ehemaligen KZ Mauthausen teil. In einer Aktion der KPÖ und der KJÖ Oberösterreich wurden Unterschriften gegen den Freispruch des früheren SS-Unterscharführers Gogl gesammelt, da man nicht in Schutz genommen werden soll bezüglich Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Gräueltaten

Gogl soll Häftlinge erschlagen oder zur Erschießung in den Draht gejagt haben.

Mahnung

„Niemals vergessen!“ hat man sich nach der Befreiung geschworen, jedoch nicht aus Hass auf einzelne Personen, sondern um das System anzuklagen beziehungsweise um vor Gewaltherrschaft und Faschismus zu warnen.

30) *US-Soldaten von 1945 in Mauthausen (OÖN 5.5.1975)*

Unter den 12.000 Besuchern der Gedenkkundgebung im ehemaligen KZ Mauthausen, waren auch diejenigen amerikanischen Soldaten dabei, die damals an der Befreiung beteiligt waren. Seit 30 Jahren sind sie erstmals wieder in Mauthausen. Es wird ihr Verhalten bei der Feier beschrieben.

31) *Bundespräsident in Mauthausen: Nicht die Grausamkeit, sondern die Menschlichkeit und Freiheit haben gesiegt (Tagblatt 5.5.1975)*

Anlässlich des 30. Jahrestages der Befreiung des ehemaligen KZ Mauthausen fand eine Befreiungsfeier mit ungefähr 10.000 Menschen aus beinahe allen Ländern Europas statt. Die amerikanischen Soldaten, die damals zur Befreiung beitrugen nahmen ebenfalls an der Gedenkfeier teil.

32) *Mauthausen (Tagblatt 5.5.1975)*

Bundespräsident Dr. Kirchschräger begrüßte die amerikanischen Befreier des KZ Mauthausen die zur Gedenkkundgebung in der Gedenkstätte angereist sind.

33) *Vor 30 Jahren: Mauthausen befreit (Volksstimme 6.5.1975)*

Anlässlich des 30. Jahrestages der Befreiung des KZ Mauthausen waren 10.000 Menschen aus fast allen Ländern Europas bei der Gedenkkundgebung anwesend, darunter auch wichtige Angehörige der KPÖ, die amerikanischen Befreier und zahlreiche ehemaligen Mauthause Häftlinge.

Mahnung

Die anwesenden chilenischen Flüchtlinge beteuerten in Gedanken an die Opfer des Hitlerregimes die Dringlichkeit des Kampfes gegen Faschismus und Krieg.

34) *SS-Gogl kann sich „an nichts erinnern“ (Volksstimme 18.11.1975)*

Nach dem skandalösen Freispruch von Johann Gogl beginnen nun die Neuverhandlungen am Landesgericht Wien. Gogl wies weiterhin jede Schuld von sich und beteuerte sogar nicht gewusst zu haben, welche Bedeutung die zu hörenden Schüsse hatten.

Gräueltaten

Gogl soll alliierten Fallschirmspringer selbst mit gezielten Schüssen und mit Hilfe von Kapos auch mit Holzprügel ermordet haben.

Seine eigenen SS-Kameraden soll Gogl sogar misshandelt haben.

35) Von Hunden zerrissen (Volksstimme 13.3.1987)

Es wird beschrieben wie es den Häftlingen, die aus dem Außenkommando Sankt Lambrecht kamen, in Mauthausen erging.

Gräueltaten

Auf dem Appellplatz wurden scharf abgerichtete Hunde auf die Sankt-Lambrechter Häftlinge gehetzt. Neun davon starben dabei und die anderen Verletzten kamen in die Strafkompagnie. Am Tag drauf wurden neben den neun von den Hunden zerfleischten Häftlinge, noch weitere fünf Häftlinge im Totenbuch als „auf der Flucht erschossen“ eingetragen.

Erinnern

Durch die detaillierte Beschreibung des Aufenthalts der Sankt-Lambrechter Häftlinge, wird einem bewusst ins Gedächtnis gerufen wie grausam die Zeit im KZ Mauthausen unter dem NS-Regime gewesen sein muss.

36) Unendlich dumm (OÖN 7.11.1992)

In dem Artikel wird erörtert, wie das NS-Regime vorging beziehungsweise wie Konzentrationslager möglich waren.

Mahnung

„Wer heute die Erinnerung an die Verbrechen der NS-Vergangenheit ohne Erschütterung, Scham und Traurigkeit standzuhalten weiß, der ist sich ihrer historischen Tragweite nicht bewußt [sic].“

Aufklärungsarbeit

„Das Nazi-Regime erzeugte eine ‚Volksgemeinschaft‘, in deren Innersten die Hölle brodelte.“ Konzentrationslager waren nur deshalb möglich, da es die Nazis geschafft hatten, die Menschen durch ihre „autoritär-brutale Erziehung“ gefühlskalt zu machen.

37) KZ Mauthausen: Arbeit macht tot (OÖN 7.11.1992)

Die Hintergründe und die Abläufe der NS-Konzentrationslager sowie des KZ Mauthausen werden geschildert.

Schuldzuweisung

In der Reichskristallnacht „rückten die Nazi-Berserker aus“ und zogen durch die „Städte des Deutschen Reiches“ und zerstörten jüdisches Eigentum. In dem Artikel wird nichts von der österreichischen Beteiligung erwähnt und wenn dann nur, dass das KZ Mauthausen der Hauptstützpunkt des NS-Regimes in der „Ostmark“ war.

Gräueltaten

Die Häftlinge sind nicht nur „körperlich ausgebeutet werden, sondern durch die Arbeit vernichtet werden“.

Von insgesamt 200.000 Häftlingen wurden 100.000 ermordet, die Hälfte davon in der Gaskammer.

Die Häftlinge wogen im Durchschnitt 42 Kilo.

38) KZ Mauthausen – 50 Jahre danach. Motto: „Gedenken, nicht vergessen“ (OÖN 24.11.1994)

Anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung des KZ Mauthausen findet eine Großgedenkkundgebung mit internationaler Beteiligung statt. Dabei werden Lagerlieder und Gedichte aus dem Konzentrationslager vorgetragen.

39) Beeindruckt und schockiert (OÖN 10.5.1995)

5000 SchülerInnen waren bei der Gedenkfeier im ehemaligen KZ Mauthausen anwesend. Es werden einige Zitate der SchülerInnen mit eingebaut in den Artikel. Einige SchülerInnen schildern auch, dass sie bis jetzt nicht genug beziehungsweise noch nichts über das KZ erfahren hätten.

Mahnung

Ein Zitat einer Schülerin lautet: „Das sollte sich ein jeder ansehen, sonst passiert so etwas wieder“.